

2015

GESCHÄFTSBERICHT POSTBANK KONZERN

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN 2015

		01.01. – 31.12.2015	01.01. – 31.12.2014 ^{1, 2}
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.272	3.845
Verwaltungsaufwand	Mio €	-2.724	-2.754
Ergebnis vor Steuern	Mio €	582	432
Konzerngewinn	Mio €	608	259
Cost Income Ratio gesamt	%	81,0	83,5
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	8,8	6,9
nach Steuern	%	9,2	4,2
Ergebnis je Aktie ³	€	2,78	1,18

		31.12.2015	31.12.2014
Informationen zur Aktie			
Aktienkurs zum Stichtag	€	35,73 ⁷	35,14
Aktienkurs	Hoch €	37,00 ⁸	38,50
	Tief €	31,99 ⁸	33,75
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	7.818 ⁷	7.688
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

AROS

		31.12.2015	31.12.2014
Bilanz			
Bilanzsumme ¹	Mio €	150.597	155.397
Kundeneinlagen ¹	Mio €	102.341	102.911
Kundenkredite ¹	Mio €	92.821	92.485
Risikovorsorge ¹	Mio €	923	1.361
Eigenkapital ¹	Mio €	7.158	6.461
Harte Kernkapitalquote ⁴ (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) regular phased-in	%	13,7 ⁵	10,7 ⁶
Harte Kernkapitalquote ⁴ (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) fully phased-in	%	11,4 ⁵	10,2 ⁶
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) regular phased-in	%	4,1	–
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) fully phased-in	%	3,4	–
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	14,76	14,77
Langfristrating			
Fitch		BBB+/Ausblick Rating Watch Evolving	A+/Ausblick negativ

¹Angaben angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang)

²Inklusive aufgegebenen Geschäftsbereichs

³Basierend auf 218,8 Millionen Aktien

⁴Den Berechnungen liegen die neuen regulatorischen Anforderungen der Deligierten Verordnung (EU) zugrunde.

⁵Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 vorbehaltlich dessen Billigung

⁶Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6 im Konzernanhang

⁷Der Stichtag bezieht sich im Jahr 2015 auf den 21. Dezember 2015, hiernach erfolgte die Einstellung des Handels der Postbank Aktien aufgrund der Eintragung des Squeeze-out in das Handelsregister.

⁸Zeitraum 1. Januar bis 21. Dezember 2015



POSITIONEN UND PERSPEKTIVEN

digital & persönlich



 Postbank

Das Woher hilft, das Wohin zu erkennen

Operatives Geschäft

Einführung
Postüber-
weisungs- und
Scheckverkehr

Postbank wird
eigenständiges
Institut

Erhalt der
Vollbanklizenz

Übernahme
DSL Bank

Einstieg ins
Direct Brokerage

Übernahme von
BHW Holding und
850 Filialen der
Deutsche Post AG

Kapitalmarkt

 Postbank
Postbank wird
Aktiengesellschaft


Deutsche Post AG
wird Mehrheitseigen-
tümerin der Postbank


Deutsche Postbank AG
geht an die Börse

Aufnahme
in den DAX

Deutsche Bank
erwibt Beteiligung
an der Postbank
(22,9%)

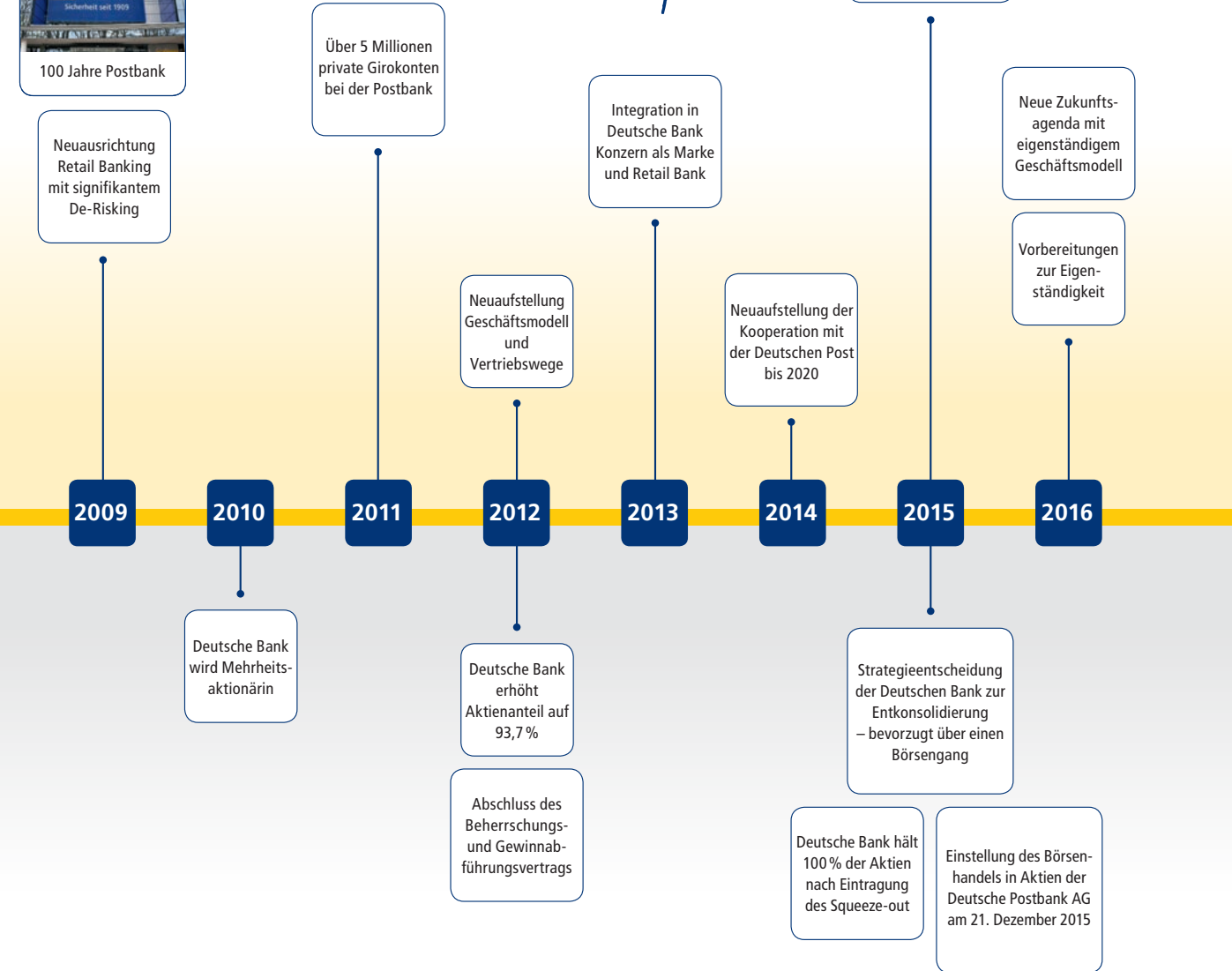
IPO



100 Jahre



digital & persönlich



Die Postbank schaut auf 106 Jahre Unternehmensgeschichte. Ausgewählte Meilensteine zeigen, wie sich die Bank von 1909 bis heute zur führenden Privatkundenbank Deutschlands entwickelt hat.



Klare Ziele bestimmen die Richtung

„Unsere klare Positionierung
digital &
persönlich
sowie unser einzigartiges
Geschäftsmodell als
sichere Kundenbank sind
die Grundpfeiler, auf
denen wir auch in Zukunft
aufsetzen.“



ir.postbank.de

Frank Strauß,
Vorsitzender des Vorstands

„Wir haben unseren erfolgreichen Weg konsequent fortgesetzt“

Interview mit dem Vorsitzenden des Vorstands Frank Strauß



Herr Strauß, wie bewerten Sie das Geschäftsjahr 2015?

Das Jahr war erneut in mehrerlei Hinsicht herausfordernd, daher können wir mit dem um ca. 10 % auf 522 Mio € verbesserten bereinigten Ergebnis vor Steuern zufrieden sein. Die Herausforderungen lagen zum einen im Marktumfeld mit Niedrigzinsniveau, verschärften Regulierungsanforderungen und der angespannten Lage der Finanzmärkte mit hohen Schwankungen. Diese Faktoren beschäftigen uns wie die gesamte Finanzindustrie. Hinzu kommt, dass die Vertragsverlängerung mit der Deutschen Post unser Ergebnis um rund 110 Mio € belastet hat. Dass wir diese Belastung unter dem Strich ausgleichen und 2015 sogar mehr verdienen konnten, zeigt: Wir haben unseren erfolgreichen Weg konsequent fortgesetzt und einmal mehr gezeigt, wie leistungsfähig und robust unser Geschäftsmodell ist.

Zum anderen war es ein bewegtes Jahr für uns angesichts der Ankündigung der Deutschen Bank, die Postbank zu entkonsolidieren. Die dafür notwendigen Vorbereitungen haben wir zusätzlich zum laufenden Geschäft konsequent angestoßen. Wir haben zahlreiche Veränderungen bereits umgesetzt und unsere Strategie auf die künftige Eigenständigkeit hin angepasst. 2015 stand also für uns auch im Zeichen des Wandels. Umso stolzer sind meine Vorstandskollegen und ich auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Postbank. Denn es ist nicht selbstverständlich, dass ein Unternehmen derartige Herausforderungen stemmt und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich ist.

Sie haben das Niedrigzinsumfeld angesprochen. Dieses bleibt ja eine Herausforderung insbesondere für Banken wie die Postbank, die ein starkes Einlagengeschäft haben. Wie wollen Sie es schaffen, die Rentabilität der Postbank in diesem Umfeld zu steigern?

Zunächst einmal: Die Postbank ist rentabel. Wir haben im Geschäftsjahr 2015 eine Eigenkapitalrendite von 8,8 % vor Steuern erzielt. Die Rendite auf das Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte – Return on Tangible Equity – nach Steuern beträgt 13,0 %. Das ist ein im Branchenvergleich ordentlicher Wert. Das Ziel ist, unsere Kapitalkosten zu verdienen – zu diesem Ziel sind wir nun erstmals in Schlagdistanz. Klar ist aber auch: Wir müssen und wollen profitabler werden und haben hierfür weiterhin Hausaufgaben zu erledigen. Unser Einlagenüberhang eröffnet uns die Chance,

im Kreditgeschäft weiter zu wachsen. Unser Neugeschäft in der Baufinanzierung und bei unseren Firmen- und Ratenkrediten wirkt sich heute bereits positiv auf unsere Rentabilität aus. Dies werden wir weiter forcieren mit dem Ziel einer auf Basis des Kundengeschäfts ausgeglichenen Bilanz. Unser Geschäftsmodell ist leistungsfähig und trotz den Bedingungen im Zinsumfeld, das sehen Sie nicht zuletzt an den hohen Volumen im Neukundengeschäft. Wir werden weiter an unserer Effizienz arbeiten und in die Themen Digitalisierung und Mittelstand investieren. Und wir kommen auch nicht darum herum, uns in Zeiten des Niedrigzinsumfelds weiterhin mit der Bepreisung unserer Dienstleistungen zu befassen. All das wird sich unserer Erwartung nach positiv auf die Rentabilität auswirken.

Rentabler und profitabler bedeutet ja zumeist auch risikoreicher. Wie bewerten Sie das Risikoprofil der Postbank?

Die Postbank ist eine Bank mit einem konservativen Risikoprofil. Wir haben Risiken konsequent abgebaut und verfügen heute über eine gute Kreditqualität im Aktivgeschäft. Im Segment NCOU bauen wir weiterhin noch bestehende Altlasten ab – das minimiert unsere Risiken weiter, entlastet unser Risikokapital und wirkt sich zusätzlich positiv auf das Ergebnis aus. Wenn Sie sich unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft anschauen, so hat sich diese im vergangenen Geschäftsjahr von einem bereits historisch niedrigen Niveau trotz unseres Wachstums im Kundenkreditgeschäft weiter reduziert, und zwar besser als erwartet um rund 21 % auf 209 Mio €. Zudem kommen wir durch die Fokussierung auf das Kreditgeschäft unserem Ziel einer ausgeglichenen Bilanz im Kundengeschäft immer näher und reduzieren so weiter die Notwendigkeit von Finanzanlagen. In Summe sehen Sie deutlich, dass die Postbank sich zu einer vergleichsweise risikoarmen, krisenfesten Bank entwickelt hat. Und diesen Weg gehen wir weiter.



***Stichwort Risikoprofil:
Wie steht es denn um die Kapitalisierung?***

Wir sind mittlerweile zufriedenstellend kapitalisiert, deutlich besser als noch vor einigen Jahren. Die Postbank hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend transformiert. Wir haben seit Anfang 2008 die Bilanzsumme um fast 80 Mrd € abgebaut. Im Geschäftsjahr 2015 haben wir die harte Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregeln um 1,2 % auf 11,4 % gesteigert. Dies ist meines Erachtens ein guter Wert, vor allem angesichts unseres vergleichsweise risikoarmen Geschäftsmodells. Damit kann sich die Postbank auch im Branchenvergleich sehen lassen. Unsere Leverage Ratio nach neuen regulatorischen Anforderungen liegt mit 3,4 % erstmals und deutlich über der 3-%-Marke und damit auf einem soliden Niveau. Es freut mich besonders, dass wir diese deutlichen Verbesserungen trotz des Wachstums im Kundenkreditgeschäft eigenständig durch Risikoabbau und Thesaurierung von Gewinnen erreicht haben.

Und was ist mit Ihren Kosten – sind die nicht immer noch viel zu hoch? Die Postbank hat eine Cost Income Ratio von 81 %.

Kostenmanagement hat bei uns eine hohe Aufmerksamkeit. Die Postbank ist bereits sehr diszipliniert, was die Kosten angeht. Dadurch haben wir die Verwaltungsaufwendungen im vergangenen Geschäftsjahr nahezu konstant halten können und die Cost Income Ratio leicht verbessert – und zwar trotz der erheblichen Zusatzbelastungen durch steigende regulatorische Anforderungen und Sondereffekte wie die Entflechtung von der Deutschen Bank, die wir im Ergebnis 2015 mitgetragen haben. Ich muss aber auch sagen, dass diese Kennziffer den Risikogehalt nicht abbildet. Wenn Sie z. B. eine Bankbilanz mit Schwerpunkt auf reine Ratenkredite mit unserer auf risikoärmere Baufinanzierungskredite fokussierten Bilanz vergleichen, ergibt die alleinige CIR-Betrachtung ein verzerrtes Bild, da die Risikokosten darin nicht berücksichtigt sind. Diese sind zur Bewertung der nachhaltigen Ertragskraft einer Bank aber von grundsätzlicher Bedeutung. Insofern vergleicht man Äpfel mit Birnen, wenn man nur auf die Cost Income Ratio schaut. Es ist aber richtig, dass wir noch effizienter werden müssen. Wir werden auch auf der Kostenseite weiterhin unsere Hausaufgaben machen.

Ein großer Kostenblock ist ja das Filialnetz der Postbank. Haben Sie hier nicht den besten Ansatz für Kostensenkungen?

Unser dichtes Filialnetz ist ein Wettbewerbsvorteil und daher auch ein wesentlicher Bestandteil unserer Strategie für die kommenden Jahre. Wir wollen für unsere Kunden „digital & persönlich“ da sein, und sie schätzen unsere breite Präsenz vor Ort.



Die Partnerschaft mit der Post sorgt dafür, dass wir uns in einer einzigartigen Situation befinden. Das gilt nicht nur für die Kostenstruktur. Sie sorgt auch dafür, dass wir auch in kleineren Filialen in der Regel eine Grundaustattung haben. Daher ist es für uns möglich und auch sinnvoll, unser flächendeckendes Filialnetz aufrechtzuerhalten.

Dennoch gilt: Wir wollen unser Filialnetz künftig deutlich effizienter machen, etwa durch ein höheres Maß an Automatisierung und Selbstbedienung sowie neue Filialformate an kleineren Standorten. Dafür werden wir in den kommenden Jahren einen signifikanten Betrag in unsere Filialen investieren.

Und: Wir werden das Filialnetz natürlich auch kontinuierlich und mit Augenmaß weiter optimieren, so wie wir das auch in der Vergangenheit getan haben. Dort, wo mehrere Filialen sehr nah beieinander sind, werden wir wie auch in der Vergangenheit prüfen, ob man sie zusammenlegen kann.

Heißt das auch, dass Sie Personal abbauen wollen?

In den vergangenen Jahren haben wir rund 3.500 Stellen sozialverträglich und geräuschlos abgebaut. So werden wir das weiterhin kontinuierlich und mit Augenmaß handhaben. Hilfreich ist hier die Altersstruktur, denn der Altersdurchschnitt unserer Mitarbeiter ist vergleichsweise hoch. Deshalb stehen für uns Pensionierungen, Vorruhestandsregelungen und auslaufende Verträge im Fokus.

„Wir sind eine führende Digitalbank in Deutschland.“



Wie will die Postbank in diesem anhaltend fordernden Umfeld künftig die Profitabilität steigern?

Kostenmanagement ist ein wichtiger, aber natürlich nicht der einzige Hebel. Wir haben eine klare Vision und einen Plan für die Postbank. Wir wollen mit unserem einzigartigen Geschäftsmodell erfolgreich sein und wachsen. Was heißt das konkret? Wir haben 14 Millionen Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Für sie wollen wir „die Bank fürs Leben“ sein, also ein fairer und verlässlicher Partner in finanziellen und postalischen Fragen. Für unsere Mitarbeiter wollen wir ein attraktiver Arbeitgeber mit einer wertschätzenden und partnerschaftlichen Kultur sein. Um das zu erreichen, setzen wir weiter auf die Grundpfeiler unserer Ausrichtung und auf unsere Positionierung „digital & persönlich“.

Mit der Postbank Zukunftsagenda haben wir uns eine klare Marschroute mit sechs strategischen Maßnahmen gegeben: der Ausbau unseres Kreditgeschäfts als Balancierung zu unseren Einlagen, ein eigenständiger Investitionsplan für mehr Effizienz und Wachstum, die Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells, die digitale Transformation, die Stärkung unserer Markenpositionierung und die Stärkung unserer Kultur und Identität unter dem Stichwort „Wir sind die Postbank“. Diesen Plan arbeiten wir nun Schritt für Schritt ab.

Stichwort „digital & persönlich“.

Sie setzen auf eine Kombination dieser beiden Welten. Wie kommen Sie damit voran?

Aus unserer Sicht sind das nicht zwei Welten, sondern eine – dies spiegelt schlichtweg die Lebenswirklichkeit unserer Kunden wider, die heute über alle Kanäle und zu jeder Zeit ein bedarfsgerechtes Produkt und einen guten Service wollen.

Digitalisierung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Postbank. Wir sind überzeugt, mit unserem Geschäftsmodell und unserer Aufstellung hier einen Wettbewerbsvorteil zu haben. Wir sind eine führende Digitalbank in Deutschland mit der meistbesuchten Finanzdienstleistungs-Website. Diese Kompetenz und Erfahrung müssen wir in den kommenden Monaten und Jahren auf die gesamte Bank übertragen. Die Weiterentwicklung von Services für unsere Kunden wird dabei ebenso im Vordergrund stehen wie die Verbesserung der Effizienz bei bankinternen Prozessen.

Schon heute beraten wir unsere Firmenkunden auf Wunsch per Videokonferenz, um zusätzlich Spezialisten einzubinden. In der Baufinanzierung haben wir mit „Bauen–Kaufen–Wohnen“ einen digitalen Prozess geschaffen, mithilfe dessen wir Online-Informationen und persönliche Beratung im Sinne des Kunden verbinden. Dieser Service wird von unseren Kunden außerordentlich gut angenommen.

Und auch das digitale Neugeschäft wächst, z. B. bei Ratenkrediten und Girokonten. Und wir haben einige digitale Innovationen auf den Weg gebracht, weitere folgen. Ganz wichtig ist aber: Digitalisierung heißt nicht nur Online und Mobile Banking, Apps und andere digitale Services, sondern Digitalisierung beinhaltet viel mehr.

Nämlich?

Wir vollziehen eine grundlegende digitale Transformation und richten die gesamte Organisation konsequent auf das digitale Zeitalter aus. Eine so verstandene Digitalisierung hat mehrere Dimensionen: Wachstum des Geschäfts, klar von den Bedürfnissen der Kunden her definierte Prozesse, eine moderne und leistungsfähige IT-Infrastruktur sowie die Veränderung der Arbeitsplatzausstattung unserer Mitarbeiter. Das betrifft also nicht nur unsere Direktbank bzw. das Online-Geschäft, sondern wir rollen diese Veränderung in der gesamten Bank aus. Dafür haben wir ein Chief Digital Office eingerichtet, das den digitalen Transformationsprozess in den kommenden Jahren koordinieren und inhaltlich begleiten wird. Digitalisierung muss vor allem auch in den Köpfen stattfinden.

Das klingt, als ob sich die Bank nur noch auf die Digitalisierung ausrichtet.

Aus den genannten Gründen ist die Digitalisierung von essenzieller Bedeutung. Aber natürlich werden wir auch in den persönlichen Service für unsere Kunden investieren. Die Themen Selbstbedienung und Automatisierung habe ich bereits genannt. Wir wollen unseren Kunden künftig aber auch besser verknüpfte Dienstleistungen anbieten. Beispiel hierfür sind die neuen Postbank Vertriebscenter, in denen wir das gesamte Leistungsspektrum der Postbank für unsere Kunden vor Ort erlebbar machen, sie optimiert ansprechen und ein verbessertes Serviceerlebnis bieten können. Wir haben bis Ende 2015 bereits vier dieser Vertriebscenter eröffnet, in denen neben unseren Privatkunden künftig vor allem auch unsere Firmenkunden aus einer Hand beraten werden. Die Erfahrungen mit den ersten Standorten zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Insgesamt wollen wir bis Ende 2017 50 Vertriebscenter eröffnet haben.



Das klingt nach viel Veränderung für Ihre Mitarbeiter. Gehen die das denn mit?

Ja, absolut. Die Postbank ist eine äußerst veränderungsbe-reite und -fähige Organisation. Wir sehen das auch an den Ergebnissen unserer Mitarbeiterbefragung in der Dimension „Veränderungsfähigkeit“, die von den Mitarbeitern 75 % Zustimmung erfährt. Das ist etwas Besonderes, und dafür sind meine Kollegen im Vorstand und ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar. Die Postbank hat sich schon einige Male erfolgreich grundlegend gewandelt. Das heißt, wir können Veränderung und haben das bereits mehrfach bewiesen. Das geht aber nur auf Basis einer entsprechenden Kultur und Identität, der wir auch weiterhin hohe Priorität beimessen. Deshalb ist dies auch ein integraler Bestandteil unserer Postbank Zukunftsagenda. Ich bin fest überzeugt, dass eine Verbesserung der geschäftlichen Performance nur möglich ist, wenn man gleichzeitig auch an der Kultur und dem Miteinander arbeitet.

Die Postbank hat eine starke Identität, wir stehen zusammen, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestalten die Weiterentwicklung der Postbank aktiv mit. Deshalb bin ich auch unverändert zuversichtlich, was die Zukunft der Postbank angeht.



Die Deutsche Bank will die Postbank entkonsolidieren, sie soll als präferierte Lösung wieder an die Börse gebracht werden. Was bedeutet das für die Postbank, und wie weit sind Sie mit den Vorbereitungen?

Wir schlagen das nächste große Kapitel in der langen Geschichte der Postbank auf. Darauf bereiten wir uns konsequent vor – und das nicht erst seit gestern, sondern wir arbeiten daran intensiv seit der Ankündigung der Deutschen Bank im vergangenen Frühjahr. Wir müssen in vielen Bereichen das entflechten, was wir in den letzten Jahren zusammengebaut hatten. Große und wichtige Schritte auf diesem Weg sind bereits vollzogen, z. B. der Squeeze-out der Minderheitsaktionäre. Wir haben unsere Servicegesellschaften Anfang 2016 wieder in die Postbank zurückgeführt. Auch mit der Entflechtung der IT kommen wir gut voran. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen arbeiten in vielen Projekten mit Hochdruck daran, dass wir schnell wieder eigenständig werden. Unser erklärtes Ziel ist es, zur Jahresmitte 2016 strukturell wieder eigenständig zu sein. Das werden wir schaffen, auch wenn noch ein Teil des Wegs zu gehen ist. Alles Weitere wird sich zeigen, wenn wir die Voraussetzungen geschaffen haben.

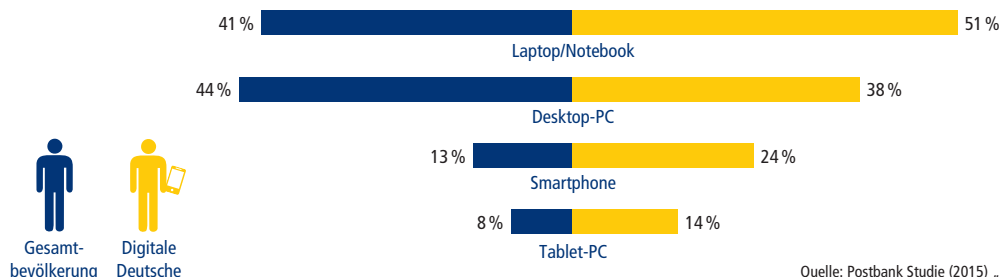
Wie sieht Ihr Plan bis zu einem möglichen IPO aus?

Wir haben eine klare Vision, an deren Umsetzung wir seit einigen Jahren kontinuierlich arbeiten. Mit der Postbank Zukunftsagenda haben wir ein klares Programm, mit dem wir wachsen, unsere Effizienz verbessern und erfolgreich sein wollen. Wir arbeiten diese Zukunftsagenda sehr konzentriert Zug um Zug ab. Dabei werden wir liefern, was wir versprechen.

Herr Strauß, danke für das Gespräch.

Postbank: digital & persönlich

Welche Geräte zum Online Banking genutzt werden



Quelle: Postbank Studie (2015) „Der digitale Deutsche und das Geld“

Mit 14 Millionen Kunden ist die Postbank die größte Privatkundenbank und mit rund 5 Millionen Online-Kunden zugleich auch eine der größten Direktbanken Deutschlands. Diese Zahlen belegen, dass der Postbank bereits heute eine einzigartige Synthese von digitalen Angeboten und persönlicher Nähe gelingt.

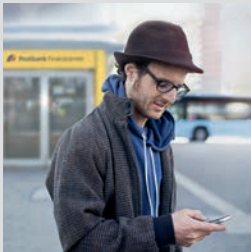
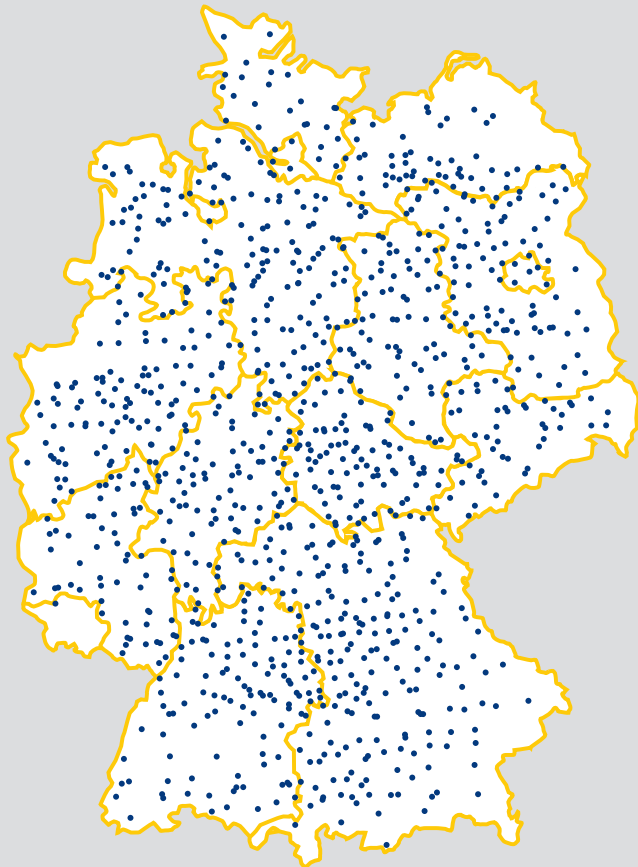
Das Beste aus zwei Welten – die erfolgreiche Umsetzung dieser Maxime ist das Ergebnis der zukunftsweisenden Strategie der Postbank und Beweis dafür, wie fortschrittlich sich die traditionsstarke Bank für ihre Kunden transformiert hat.

Im Mittelpunkt dieser Strategie steht der Kunde mit seinen Wünschen, Bedürfnissen und seiner Lebensplanung. Ihm gilt das Versprechen der Postbank für ein kanalübergreifendes Beratungs- und Serviceangebot – und zwar wann und wo immer er seine Bank braucht. Dabei werden Online-Services und persönliche Beratungsangebote zu einer ganzheitlichen sowie effizienten Kundenbetreuung verzahnt. Ob also der Kunde eine Filiale aufsucht, seinen PC, sein Tablet oder sein Smartphone bedient oder seine Anweisungen per Telefonbanking übermittelt: Der Kunde erlebt immer eine spezifisch auf seinen Bedarf ausgerichtete „Customer Journey“.

Es ist auch die Historie der Postbank, die hierfür die idealen Voraussetzungen schafft. Seit ihrer Gründung im Jahr 1909 steht die Postbank in Deutschland für Sicherheit und Vertrauen bei Finanzdienstleistungen. Ihre Marke genießt einen gestützten Bekanntheitsgrad von nahezu 100 %, und ihre bundesweite Präsenz ist im Markt einzigartig. So gibt es heute neben den über 1.000 Postbank Finanzcentern weitere 4.500 Kontaktpunkte für Kunden über Partnerfilialen der Deutschen Post. Darüber hinaus hat die Postbank begonnen, ihr Filialnetz um perspektivisch 50 Vertriebscenter zu ergänzen, in denen den Kunden das gesamte Produktportfolio der Postbank unter einem Dach zur Verfügung steht. Das Angebot umfasst neben Finanzdienstleistungen für Privatkunden wie Giro- und Sparkontoeröffnungen, Beratung zu Bausparen, Ratenkrediten und Immobilienfinanzierungen auch maßgeschneiderte Angebote für Geschäfts- und Firmenkunden, die Vermittlung von Immobilien sowie Dienstleistungen der Deutschen Post. Die flächendeckende Präsenz der Postbank wird durch ihr Netz von SB-Geräten wie Geldautomaten, Kontoauszugsdruckern und Service-Terminals komplettiert. Insgesamt stehen den Kunden deutschlandweit rund 5.000 SB-Geräte kostenfrei zur Verfügung. Abgerundet wird dieses Angebot über die 1.300 Shell-Stationen, an denen sich Postbank Kunden bequem mit Bargeld versorgen können.

6.000

Kontaktpunkte



Diese starke Präsenz bietet dem Unternehmen zahlreiche Chancen, den Kontakt zu seinen Kunden auch auf digitalem Weg fortzusetzen. Denn: Wer mit der Postbank vor Ort erfolgreich zusammenarbeitet, vertraut sich ihr auch online an. Die Bank hat für Kunden „ein Gesicht“, sie ist im wahrsten Sinne greifbar. Täglich kommen etwa eine Million Menschen persönlich in „ihre“ Postbank Filiale, und über 4 Millionen Nutzer (Unique Users) besuchen die Website www.postbank.de pro Monat. Damit ist die Postbank „digital & persönlich“ marktführend und immer für ihre Kunden da, wann und wo sie ihre Bank brauchen.



postbank.de/kontakt



Postbank: Digitalbank Nr. 1

- 6,4 Millionen Online-Banking-Konten¹
- 2,5 Millionen Postbank Finanz-App-Downloads
- 4,2 Millionen Website-Zugriffe pro Monat
- 1. Bank in Deutschland mit Transaktionsfreigabe per Fingerabdruck
- 1. Bank in Deutschland mit Überweisung per E-Mail
- Vielfach als sicherste und benutzerfreundlichste Online-Bank ausgezeichnet



¹Inklusive Girokonten, onlinefähiger SparCards und Wertpapierdepots

Wachstumsmotor Digitalisierung

Im Zeitalter von Smartphone, Tablets, Apps und Co. gehören die digitalen Medien heute für die meisten Menschen zum täglichen Leben. So verfügen laut einer aktuellen Postbank Studie¹ heute schon sechs von zehn Bundesbürgern über ein Smartphone. Gut 95 % gehen damit ins Internet. Und diese Entwicklung wird sich fortsetzen: Noch für dieses Jahrzehnt rechnen Experten mit einer nahezu 100 %igen Smartphone-Abdeckung in Deutschland.

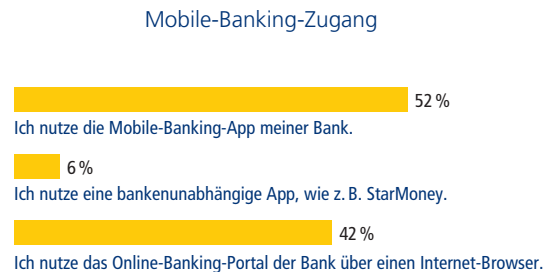
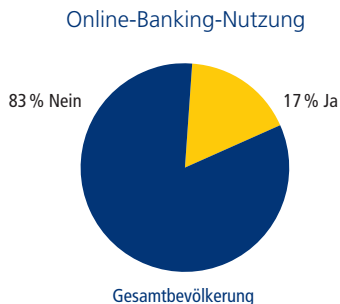
Es überrascht daher wenig, dass auch das Online Banking signifikante Wachstumsraten zeigt. Die Postbank verzeichnet jährlich über 600 Millionen Log-ins in geschützte Kundbereiche. Die Website ist damit die am stärksten genutzte Finanzwebsite in Deutschland. Für die Postbank ist das nicht nur Bestätigung ihrer Digitalisierungsstrategie, sondern verdeutlicht auch das Potenzial, welches durch die konsequente Weiterentwicklung der Digitalisierung von Geschäftsprozessen in diesem Geschäftsfeld erschlossen werden kann. So wird heute schon knapp über ein Viertel aller Ratenkredite über

die Postbank Website abgeschlossen. Diese Entwicklung veranschaulicht – stellvertretend für viele Geschäftsfelder – den Erfolg der bankweiten Digitalisierungsstrategie.

In den kommenden Jahren investiert die Postbank einen hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag, um den rasanten Fortschritt der Digitalisierung für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden erlebbar zu machen. Dabei spielt insbesondere die effiziente Verzahnung der Online- und Offline-Angebote eine herausragende Rolle.

Denn selbst Kunden mit höchster Internetaffinität schätzen laut Postbank Studie das persönliche Gespräch mit ihrem Bankberater ebenso stark wie der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Und sie wünschen sich auch die gleichen Produktangebote. Für die Beraterinnen und Berater in den Filialen ergibt sich so die Chance, mithilfe der digitalen Services ihre Kundengespräche effizienter und erfolgreicher zu gestalten.

Welche Zugänge zum Online Banking genutzt werden¹



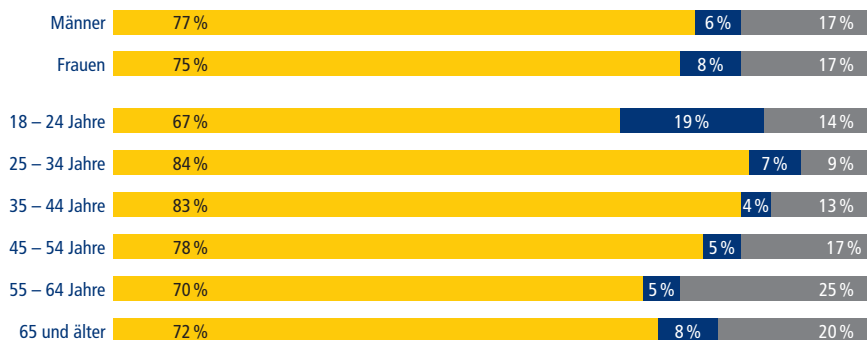
¹ Quelle: Postbank Studie (2015) „Der digitale Deutsche und das Geld“

Echte Mehrwerte für Kunden

Das flächendeckende Filialangebot der Postbank ist in Deutschland einzigartig. Die historisch gewachsene Verbindung mit der Deutschen Post bietet dem Kunden die komfortable Kombination von Bank- und Postgeschäft aus einer Hand. Die Postbank sichert sich durch diese Partnerschaft Synergieeffekte und steigert durch das faktische Cost Sharing die Effizienz ihres flächendeckenden Filialnetzes. Gleichzeitig investiert die Postbank jährlich in Höhe eines dreistelligen Millionen-Euro-Betrags in ihre Filialen: Multifunktions terminals, geschlossene Bargeldsysteme an den Schaltern, interaktive Touch-Displays, Dialogterminals, Geldautomaten mit Einzahlungsfunktion (Cash Recycler) oder kostenfreie WLAN-Nutzung sind nur einige Beispiele dafür, wie Kunden in den Filialen von technische Neuerungen profitieren. Gleichzeitig wird so die Brücke zwischen digitalem und persönlichem Kundenservice gebaut.

Die Postbank eröffnet dem Kunden die Möglichkeit, sich sowohl online als auch vor Ort im Beratungsgespräch zu informieren und je nach Bedarf den besten Kanal zu wählen. Unser Berater in der Filiale entwickelt sich dabei zunehmend zu einem Coach für digitale Bankanwendungen. Umfrageergebnisse zeigen: Je bedeutender eine finanzielle Entscheidung aus Kundensicht ist, desto wichtiger wird die Begleitung durch den Berater. Eine direkte Verknüpfung zwischen Online-Service und persönlicher Beratung bildet die Video-Chat-Lösung für Geschäftskunden, welche Kunden und Berater zunehmend unabhängig von räumlichen oder zeitlichen Rahmenbedingungen macht. Auch automatisierte Ordermöglichkeiten wie „Google-Überweisungen“ oder Fingerprint-Transaktionen sind zukunftsweisend. So ist über die App „Postbank Finanzassistent“ eine absolut sichere Überweisungsfreigabe am Mobiltelefon per Fingerabdruck bereits heute möglich.

Online-Banking-Nutzung in der deutschen Bevölkerung



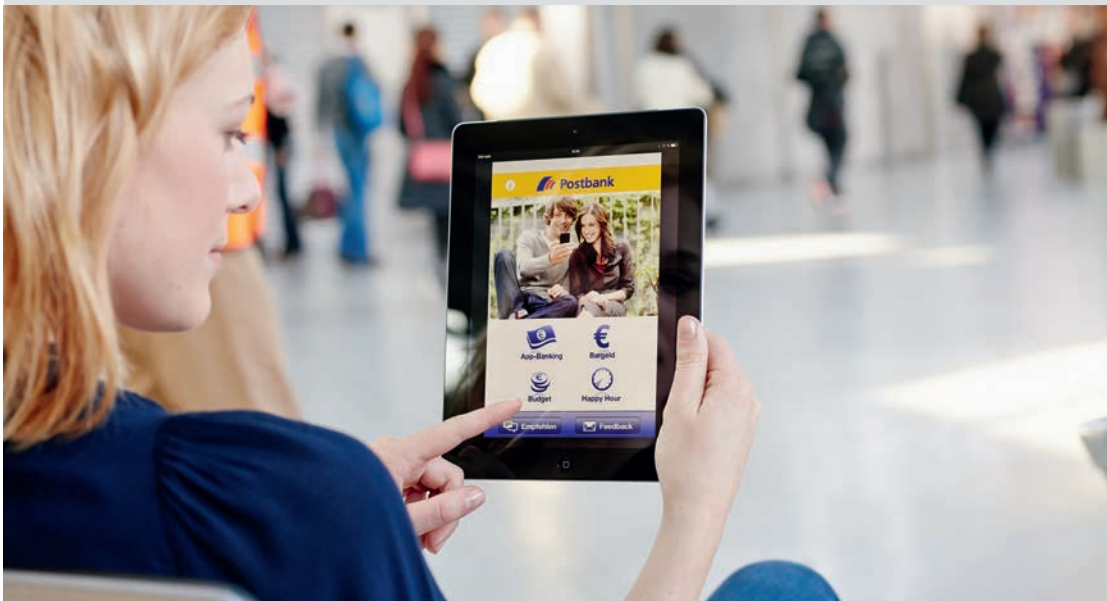
Ja, nutze ich bereits.



Nein, nutze ich nicht, plane aber die Nutzung.



Nein, nutze ich nicht und plane die Nutzung auch nicht.

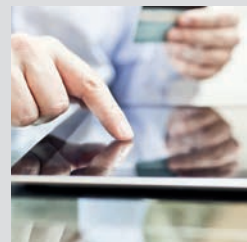


„Unser Ziel ist es, durch den konsequenten Ausbau unserer Online-Aktivitäten eine Verbindung zwischen dem Service vor Ort in der Filiale und der digitalen Welt zu ermöglichen.“

Frank Strauß, Vorsitzender des Vorstands

Digitale Experteneinheit

Die Postbank hat im Jahr 2015 ein Chief Digital Office eingerichtet. Eine spezialisierte Einheit mit direkter Anbindung an den Vorstandsvorsitzenden initiiert, kontrolliert und optimiert über alle Betätigungsfelder der Postbank hinweg das digitale Transformationsprogramm. Ziel ist es, bankinterne Prozesse zu digitalisieren, das Kundenerlebnis zu verbessern, neue Technologien einzusetzen und die Unternehmenskultur weiterzuentwickeln. Ausgangspunkt einer jeden Überlegung ist dabei der Mehrwert für die Postbank Kunden.



Wachstumstreiber Kreditgeschäft

Deutschland verzeichnet seit einigen Jahren eine stabile positive Konjunkturentwicklung. Die Reallöhne wachsen, und das Beschäftigungsniveau ist so hoch wie nie zuvor in der Geschichte der Republik. Das Zinsniveau hat einen historischen Tiefstand erreicht, und die deutsche Wirtschaft kann von anhaltenden Wettbewerbsvorteilen durch den Eurokurs profitieren. Während das Zinsumfeld insbesondere einlagenstarke Banken vor Herausforderungen stellt, ermöglicht dieses aber auch, die für Kreditnehmer attraktiven Konditionen in Wachstum des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden umzuwandeln.

Die Postbank verzeichnete Ende 2015 einen Einlagenüberhang von rund 10 Mrd €. Ziel ist es, perspektivisch eine ausgeglichene Bilanz im Kundengeschäft zu erreichen. Die Bilanzstruktur der Postbank bietet dementsprechend reichlich Potenzial zum Ausbau des Kreditgeschäfts. Drei ausgewählten Geschäftsbereichen kommt dabei eine herausgehobene Bedeutung zu.

1. Immobilienfinanzierungen

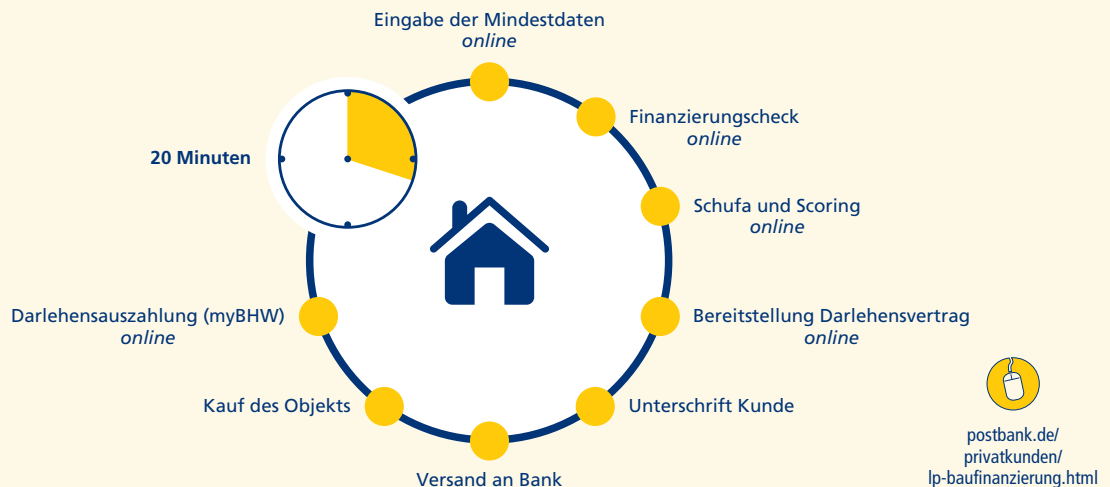
Schon heute ist die Postbank zusammen mit ihren Marken DSL Bank und BHW der größte Baufinanzierer in Deutschland.

Dank der seit 2010 nachhaltig steigenden Zahlen beim Wohnungsneubau konnte die Postbank ihr Geschäftsvolumen bei Immobilienkrediten deutlich vergrößern. Das Bestandsvolumen privater Baufinanzierungen liegt bei rund 70 Mrd €. Allein im Jahr 2015 betrug das Neugeschäft inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen rund 10,5 Mrd €. Diese positive Entwicklung soll ausgebaut werden. Denn trotz des jüngsten Anstiegs von Fertigstellungen neuer Wohnimmobilien besteht vor allem in den Metropolregionen Deutschlands nach wie vor ein hoher Neubaubedarf. Experten taxieren dabei – unter Berücksichtigung des Zuzugs von Migranten – einen Bedarf in der Größenordnung von jährlich mindestens 300.000 neuen Wohnungen.



Bauen – Kaufen – Wohnen

Perfekte Verbindung von persönlicher Beratung und digitalen Angeboten
in der Immobilienfinanzierung



Die Verbindung zwischen digitalen Informationsangeboten und individueller, persönlicher Beratung hat die Postbank im Jahr 2015 in einem Pilotprojekt mit dem Namen „Bauen – Kaufen – Wohnen“ umgesetzt.

Die Idee: Postbank Kunden können rund um die Uhr schnell und unkompliziert einen Immobilienkredit abschließen. Die umfassende und gründliche Information des Kunden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ist dabei gewährleistet. Dazu wird auf den Webseiten www.postbank.de und www.bhw.de ein in dieser Form bislang einzigartiges Tool angeboten, dessen Bedienung für die Nutzer denkbar einfach ist: Sie geben an, ob sie den Neubau, den Kauf oder die Modernisierung einer Immobilie finanzieren möchten. Nach Eingabe des gewünschten Kreditvolumens und der vorhandenen Eigenmittel werden verschiedene Zins- und Tilgungskombinationen angezeigt, die die Interessenten im Hinblick auf persönliche Verhältnisse, Wünsche und finanzielle Liquidität prüfen können.

Sofern der Interessent eine persönliche Beratung wünscht, kann dieser den Online-Prozess durch Anforderung einer persönlichen Kontaktaufnahme ergänzen. In diesem Fall wird nach einem „Welcome Call“ der regional zuständige Baufinanzierungsberater der Postbank über die Rahmendaten der gewünschten Finanzierung des Interessenten informiert. So kann unmittelbar der Terminvorschlag für die weiterführende Beratung per Telefon, in der Filiale oder auch beim potenziellen Kunden zu Hause vereinbart werden.

Schon in den ersten Monaten der Testphase von „Bauen – Kaufen – Wohnen“ konnte die Postbank mehrere Tausend Kundenkontakte mit einem Bauspar- und Baufinanzierungsvolumen in Höhe eines dreistelligen Millionen-Euro-Betrags generieren. Die erfolgreiche Verzahnung der digitalen Kontaktaufnahme mit der persönlichen Beratung deutet bei einem bundesweiten Ausbau des Piloten langfristig auf ein erhebliches Wachstumspotenzial an digital & persönlich verzahnten Immobilienfinanzierungen bei Postbank und BHW hin.

2. Mittelstandsfinanzierung und Commercial Real Estate

Die Postbank ist seit ihrer Gründung stets ein wichtiger Partner für Firmenkunden in Deutschland. Mit mehr als 300.000 Kunden und einem Kreditportfolio von rund 8 Mrd € steht die Postbank im Geschäft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen heute auf einem starken Fundament. Das Leistungsangebot reicht vom Zahlungsverkehr (0,8 Milliarden Transaktionen jährlich) über Zins- und Währungsmanagement sowie eigene Leasing- und Factoring-Gesellschaften der Postbank bis hin zu Mittelstandskrediten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen (Commercial Real Estate). Ziel der Postbank ist es, die Position als Hauptbankverbindung des deutschen Mittelstands auszubauen. Die Schaffung eines eigenen Vorstandsressorts zum Jahresende 2015 unterstreicht die strategische Bedeutung dieses Geschäftsfelds für die künftige Entwicklung der Postbank.

Im Kreditgeschäft mit Mittelstandskunden konnte die Postbank im Jahr 2015 ein Wachstum von 9 % beim Neugeschäft verzeichnen. Hier berät und begleitet sie ihre Firmen- und Geschäftskunden auf Wunsch durch den vollständigen Prozess, etwa bei der Finanzierung von Investitionen.

Zudem konnte die Postbank von der steigenden Nachfrage bei der Finanzierung von gewerblichen Immobilien profitieren. Allein 2015 lag das Neugeschäftsvolumen bei mehr als 2 Mrd € und ist damit im zweistelligen Prozentbereich gestiegen. Die Postbank konnte damit deutlich besser abschneiden als der Gesamtmarkt. Über den weiteren Ausbau des Vertriebs soll dieses Wachstum fortgesetzt und verstetigt werden. Hier begleitet die Postbank auch Immobilienfinanzierungen außerhalb Deutschlands, etwa zum Aufbau von Produktions-, Versand- oder Vertriebsstandorten in neuen Absatzmärkten. Dabei kann die Postbank ihren Kunden ein umfangreiches Zins- und Währungsmanagement anbieten.

Um optimale Erreichbarkeit auch für Firmen- und Geschäftskunden zu gewährleisten, entstehen derzeit in zahlreichen Ballungsgebieten neue Postbank Vertriebscenter. Hier ist die gesamte Angebotspalette der Postbank unter einem Dach vereint, und fachkundige Ansprechpartner garantieren für umfassende und kompetente Beratung.

3. Konsumentenkredite

Dank der positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen und eines historisch hohen Beschäftigungsstand ist das Geschäft mit Ratenkrediten in den vergangenen Jahren stark gewachsen.

Aktuell verfügt die Postbank über einen Bestand an privaten Krediten im Umfang von rund 10 Mrd €. 2015 betrug das margenstarke Neugeschäft mit Ratenkrediten rund 2,6 Mrd €. Dabei ist bemerkenswert, dass die Kunden ihr gewachsenes Vertrauen in die Postbank fast nahtlos auch in die digitale Welt übertragen: Über 4 Millionen Menschen besuchen die Website der Postbank pro Monat, und jeder vierte Ratenkredit bei der Postbank wird mittlerweile bereits online abgeschlossen.



„Wir brauchen eine Bank,
die versteht, was wir tun.“

v.l.: Michael Piersina (Firmenkundenberater), Taleb Katta (Geschäftsführer und Firmenmitbegründer
atb systemetiketten)



ir.postbank.de

INHALT

01

AN UNSERE STAKEHOLDER

BRIEF DES VORSTANDS	4
VORSTAND	6
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	8
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	12

02

UNSERE VERANTWORTUNG

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	24
NACHHALTIGKEIT	36

03

KONZERNLAGEBERICHT

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	40
ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT	42
VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG	44
MITARBEITER	48
WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2015	49
WIRTSCHAFTSBERICHT	50
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2015	50
GESCHÄFTSVERLAUF	53
ERTRAGSLAGE	54
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	55
VERMÖGENS- UND FINANZLAGE	57
NACHTRAGSBERICHT	59
CHANCENBERICHT	60
RISIKOBERICHT	61
PROGNOSEBERICHT	97

04

KONZERNABSCHLUSS

GESAMTERGEBNISRECHNUNG	104
BILANZ	106
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	107
KAPITALFLUSSRECHNUNG	108
ANHANG – NOTES	110
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 41)	149
BESTÄTIGUNGSVERMERK	196

05

WEITERE INFORMATIONEN

REGULATORISCHE ANGABEN	200
KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN	220
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	226
GREMIEN	228
GLOSSAR	230
ADRESSEN	238
FINANZKALENDER 2016	

Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden, über 14.000 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von 151 Mrd € einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Den Schwerpunkt unserer Aktivitäten bildet das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Geld- und Kapitalmarktaktivitäten ergänzen das Profil der Bank.

Was uns erfolgreich macht, ist insbesondere unsere marktweit einzigartige Kundennähe. Wir sind für unsere Kunden da, wann und wo immer sie es wünschen. Privat und geschäftlich. Digital und persönlich.

Das macht die Postbank zu einer Bank fürs Leben.



6,4 Millionen Online-Banking-Konten¹

Schnell, bequem und wann immer gewünscht: Online Banking gehört heute für viele Menschen ganz selbstverständlich zum Alltag. Knapp 80 % der Postbank Girokonten sind bereits für das Online Banking freigeschaltet, Tendenz steigend. Erfolgreich sind wir hier, weil wir ein hohes Maß an Sicherheit mit echter Innovationskraft verbinden. Für Ersteres loben uns regelmäßig Fachmagazine wie CHIP und FOCUS-MONEY. Für Letzteres ernten wir die Begeisterung unserer Kunden.

¹Inklusive Girokonten, onlinefähiger SparCards und Wertpapierdepots

AN UNSERE STAKEHOLDER

BRIEF DES VORSTANDS	4
VORSTAND	6
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	8
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	12

01

Schätzte Damen und Herren,

die Postbank hat im Geschäftsjahr 2015 ihre Strategie unter anhaltend schwierigen Marktbedingungen fortgesetzt. Trotz des Niedrigzinsumfelds, weiterhin gestiegener regulatorischer Anforderungen und einer für die Finanzbranche insgesamt volatilen Lage ist es uns gelungen, ein Ergebnis vor Steuern von 582 Mio € zu erzielen, nach 213 Mio € (ohne aufgegebenen Geschäftsbereich) im Vorjahr. Bereinigt um wesentliche Sondereffekte, haben wir das Ergebnis vor Steuern spürbar um knapp 10 % auf 522 Mio € steigern können. Diese Resultate sind unter den genannten Bedingungen zufriedenstellend. Zu danken ist dieser Erfolg in erster Linie unseren mehr als 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren rund 3.000 selbstständigen Handelsvertretern, die auch im vergangenen Jahr ihr Bestes für die Postbank gegeben haben.

Dass die Postbank auch in rauem Fahrwasser auf Kurs bleibt, unterstreicht einmal mehr die Robustheit und Leistungsfähigkeit unseres Geschäftsmodells. Unser Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden erweist sich als nachhaltig stabil. Wachstumsimpulse kommen aus der Mitte unseres Kerngeschäfts, z. B. wuchs das Neuvolumen im Kreditgeschäft. Die Baufinanzierung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 16 %, das Neugeschäft bei Ratenkrediten betrug 12 %, Kredite für Firmenkunden wuchsen um 17 %, gewerbliche Immobilienfinanzierungen um 15 %. Dass sich die Digitalisierungsstrategie der Postbank auszahlt, zeigt sich in der weiterhin erfreulichen Entwicklung der Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle: So stieg die Anzahl der digital eröffneten Girokonten um rund 19 %, das Volumen der digital abgeschlossenen Ratenkredite wuchs um mehr als 8 %. Insbesondere das margenstarke Kreditgeschäft wollen wir weiter ausbauen und unseren Einlagenüberhang in Richtung einer im Kundengeschäft ausgeglichenen Bilanz für weiteres Wachstum nutzen.

Auf Basis des guten Geschäftsverlaufs hat sich die Postbank im abgelaufenen Jahr in wesentlichen finanziellen und bilanziellen Kennziffern positiv weiterentwickelt. So wuchs die Rendite auf das Eigenkapital abzüglich immaterieller Vermögenswerte – Return on Tangible Equity – nach Steuern von 6,1 % auf 13,0 %. Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity vor Steuern) stieg von 6,9 % auf 8,8 %. Die Postbank ist rentabel und macht gute Fortschritte, ihre Kapitalkosten zu verdienen. Gleichzeitig haben wir als Bank unser Risikoprofil weiter verbessert. Die Risikovorsorge ist als Ergebnis unserer fortgeführten Anstrengungen zur Risikoreduktion trotz des Ausbaus z. B. unseres Ratenkreditgeschäfts im Vergleich zum Vorjahr um weitere 21,1 % auf ein historisch niedriges Niveau gesunken. Auch den Abbau der Finanzanlagen haben wir weiter vorangetrieben. Die Kapitalquoten zeigen eine deutliche Verbesserung. Die harte Kernkapitalquote (CET1, fully phased-in) stieg auf 11,4 %, die Leverage Ratio (fully phased-in) der Postbank liegt mit 3,4 % erstmals und deutlich über der 3%-Marke. Mit Kostendisziplin ist es außerdem gelungen, den Verwaltungsaufwand auf 2.724 Mio € weiter zu senken – trotz steigender Belastungen zur Erfüllung regulatorischer Anforderungen sowie zusätzlicher Aufwendungen zur Entflechtung von der Deutschen Bank. Damit ist die Postbank bereits heute eine kostenbewusste, vergleichsweise risikoarme und komfortabel kapitalisierte Bank, und zwar aus eigener Kraft. Wir werden weiter diszipliniert an einer kontinuierlichen Verbesserung dieser Kennzahlen arbeiten.

Wir sehen die Postbank gut gerüstet, um die Herausforderungen zu meistern, die vor ihr liegen. Unmittelbar ist dies auch die Entkonsolidierung von der Deutschen Bank. Hierauf bereitet sich die Postbank seit der öffentlichen Ankündigung durch die Deutsche Bank im vergangenen Frühjahr konsequent vor. Wesentliche Schritte hierfür, wie die Abfindung der verbliebenen Minderheitsaktionäre, sind bereits vollzogen. Das nächste Etappenziel ist die vollständige Entflechtung der Postbank. Dieses Ziel wollen wir zur Jahresmitte 2016 erreicht haben. Die dafür notwendigen Maßnahmen – wie z. B. die Re-Integration unserer Servicegesellschaften – kommen gut voran.



Für ihren Weg in eine eigenständige Zukunft hat die Postbank eine Vision und einen klaren Plan. Unser Ziel bleibt es, für unsere Kunden die „Bank fürs Leben“ zu sein. Wir wollen für unsere Kunden ein fairer und verlässlicher Partner sein, sowohl für finanzielle als auch für postalische Dienstleistungen. Unseren Mitarbeitern sind wir ein attraktiver Arbeitgeber mit einer wertschätzenden Unternehmenskultur. Vor allem aber wollen wir wachsen und erfolgreich sein. Als künftig wieder eigenständiges Unternehmen machen wir uns fit für die Börse und haben hierzu sechs strategische Maßnahmen definiert, die die Postbank insgesamt effizienter machen werden und Wachstum generieren. Bei aller Veränderung setzen wir allerdings auch auf Kontinuität, auf die Faktoren, die uns in den vergangenen Jahren stark und erfolgreich gemacht haben: Unser einzigartiges Geschäftsmodell, unser Leitbild und unsere Positionierung „digital & persönlich“ bleiben die Grundpfeiler unseres Handelns. Um die Organisation auf die Umsetzung der Postbank Zukunftsentwicklungsagenda auszurichten, hat der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG zum Dezember 2015 eine Veränderung im Vorstand beschlossen. Mit dem neu geschaffenen Ressort „Firmen und Märkte“ wird der Fokus auf das Mittelstandsgeschäft, die Immobilienfinanzierung sowie das Engagement an den Finanzmärkten im Vorstand neu verankert. Im Zuge der Entflechtung von der Deutschen Bank hat die Postbank zudem das neue Ressort „IT/Operations“ geschaffen, in das neben der IT u. a. unsere Servicegesellschaften wieder eingegliedert wurden. Zudem haben wir das „Chief Digital Office“ eingerichtet, das die Digitalisierung der gesamten Postbank vorantreiben soll.

Ein grundlegender Wandel lässt sich nur erfolgreich bewältigen, weil die Postbank auf zufriedene, engagierte und vor allem veränderungsbereite Mitarbeiter bauen kann, die an einem Strang ziehen. Meine Vorstandskollegen und ich sind hierüber besonders froh, und wir sind stolz auf die Postbankerinnen und Postbanker, die aktuelle und anstehende Veränderungen zusätzlich zu ihrem Tagesgeschäft positiv annehmen und zupackend gestalten.

Um fit für die Börse zu sein, werden wir unsere „Hausaufgaben“ weiterhin zielgerichtet und konsequent angehen. Insgesamt untermauern die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2015, warum meine Vorstandskollegen und ich derart zuversichtlich für die Zukunft der Postbank sind: Das Unternehmen ist in einem schwierigen Umfeld auf einem guten, vielversprechenden Weg – hin zu einer noch besseren und eigenständig starken Postbank, die Wert schafft für alle Stakeholder: Kunden, Mitarbeiter, Eigentümer und die Gesellschaft als Ganzes.

Bonn, 23. März 2016

Frank Strauß
Vorsitzender des Vorstands



[https://www.postbank.de/
postbank/leitbild.html](https://www.postbank.de/postbank/leitbild.html)

POSTBANK VORSTANDSSITZUNG FEBRUAR 2016





v.l.: Frank Strauß (Vorsitzender des Vorstands), Marc Heß (CFO), Hans-Peter Schmid (Filialvertrieb), Susanne Klöß-Braekler (Produkte), Dr. Ralph Müller (Firmen und Märkte), Zvezdana Seeger (Generalbevollmächtigte IT/Operations), Ralf Stemmer (Ressourcen, CAO), Hanns-Peter Storr (CRO)

ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN

KREDITGESCHÄFT UND DIGITALISIERUNG ALS WACHSTUMSTREIBER

Die Postbank konnte ihr Neukreditgeschäft 2015 auf hohem Niveau weiter ausbauen und deutlich verbesserte Margen erzielen. Im Girogeschäft waren wir mit über 380.000 neu eröffneten privaten Konten weiter erfolgreich. Mit dem Ausbau der starken Marktposition – sowohl im digitalen Banking als auch im persönlichen Kontakt mit den Kunden – sichert sich die Postbank nachhaltig eine positive Entwicklung.

Ratenkreditgeschäft wächst stärker als der Markt

Das Ratenkreditneugeschäft entwickelte sich auch 2015 sehr erfreulich – das Neugeschäftsvolumen betrug ca. 2,6 Mrd € und übertraf damit den entsprechenden Vorjahreswert um 11 %. Besondere Bedeutung für das Neugeschäft bewies erneut der Vertriebskanal Internet, auf den mit etwa 25 % ein großer Anteil am Neugeschäft entfiel.

Der Bestand an Ratenkrediten (Konsumentenkredite) stieg weiter an und lag mit 6,3 Mrd € per 31. Dezember 2015 – bei gleichbleibend hoher Portfolioqualität – um rund 0,6 Mrd € bzw. 11 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Bundesbank wies per Ende 2015 für den deutschen Bankenmarkt insgesamt einen Zuwachs des Konsumentenkreditbestands von 3,0 % aus. Damit wächst die Postbank weiterhin stärker als der Markt. Die Postbank investiert nachhaltig in die Digitalisierung ihrer Kundenprozesse, um das Kundenerlebnis zu verbessern und die Effizienz beim Ratenkreditgeschäft zu steigern. Ziel ist die Kredit-Sofortzusage und -Sofortauszahlung bei allen Vertriebskanälen. Heute ist dies bereits im Filialvertrieb möglich.

Im Ratenkredit-Test von FOCUS-MONEY in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Finanz Service Institut (DFSI) ging die Postbank zum wiederholten Mal als Gesamtsieger hervor. Dabei wurden die Kosten bundesweit angebotener Privatkunden-Ratenkredite von 27 Banken verglichen.

Bausparneugeschäft leicht über Vorjahresniveau

Im Bauspargeschäft, das wir unter der Marke BHW betreiben, wurde bei der neu beantragten Bausparsumme ein Volumen von rund 10,4 Mrd € generiert und damit das Vorjahresniveau leicht übertroffen. Getragen wurde das Geschäft maßgeblich von der Postbank Finanzberatung mit 5,9 Mrd € sowie den Postbank Filialen, die ihr Neugeschäft mit 2,3 Mrd € erneut gegenüber dem Vorjahr steigern konnten. Im Kooperationsgeschäft konnte das Neugeschäftsvolumen mit 1,8 Mrd € ebenfalls spürbar ausgebaut werden.

Unsere Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse wurde in einer aktuellen Studie von FOCUS-MONEY (Ausgabe 21/2015) zum Thema Kundenzufriedenheit mit dem Gesamturteil „sehr gut“ bewertet.

Neugeschäft in der Baufinanzierung erreicht Rekordniveau

Inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen nahmen unsere Kunden trotz des starken Wettbewerbs bis Ende 2015 Finanzierungsmittel für private Bauvorhaben im Volumen von ca. 10,5 Mrd € auf, womit das bereits hohe Niveau des Vorjahres um 16 % übertroffen wurde. Hierzu trug das unter der Marke BHW akquirierte Neugeschäft rund 4,0 Mrd € (inklusive Zuteilungsauszahlungen) bei. Im Vermittlergeschäft, in dem wir mit der Marke DSL Bank als „Partnerbank der Finanzdienstleister“ positioniert sind, konnten wir das Volumen mit 6,4 Mrd € um fast 30 % steigern. Das hervorragende Neugeschäft resultierte insbesondere aus den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen für die private Baufinanzierung im Jahr 2015.

Der Bestand an Baufinanzierungen lag am 31. Dezember 2015 bei rund 70,9 Mrd € und damit um etwa 1,0 Mrd € unter dem Wert des Vorjahres, was vor allem an der Rückführung ehemals angekaufter Portfolios lag. Wie in den vergangenen Jahren machten unsere Kunden auch in diesem Jahr umfangreich von vereinbarten Sondertilgungsrechten Gebrauch und verwendeten ihre monetären Mittel verstärkt zur Darlehenstilgung.

Die Verzahnung von digitalen Angeboten und persönlicher Beratung in der Baufinanzierung wird kontinuierlich ausgebaut. Seit 2015 ist ein online-basierter Finanzierungsanfrage-Prozess in 12 Pilotregionen und mit 250 Baufinanzierungsexperten etabliert, der das Neugeschäft verstärkt. Indem Kundenanfragen sehr schnell den richtigen Berater erreichen, wird eine hohe Terminquote erzielt. Als einer der großen Anbieter im privaten Baufinanzierungsgeschäft war die Postbank zudem der erste Pilotpartner, der an die neue Online-Förderplattform der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) angebunden wurde. Somit konnten Kunden ab Mitte 2014 von einem durchgängig online-basierten Antrags- und Zusageprozess für erste wohnwirtschaftliche KfW-Förderkredite profitieren. Die Anbindung weiterer KfW-Förderprodukte und Funktionalitäten wurde inzwischen finalisiert, sodass weitere Prozessvorteile realisiert werden konnten. Über die Marken DSL Bank und BHW akquirierte die Postbank bis zum 31. Dezember 2015 KfW-Darlehen in Höhe von ca. 940 Mio €.

Das Girokonto – auch digital – als Schlüssel zur Postbank

Der Bestand privater Postbank Girokonten lag per 31. Dezember 2015 mit 5,25 Millionen auf dem Vorjahresniveau. Damit blieb die Postbank unangefochten größter Anbieter im deutschen Markt. Die Sichteinlagen auf privaten Girokonten stiegen 2015 um 13 % auf 29,1 Mrd €. Mit rund 380.000 neu eröffneten privaten Girokonten stellte die Postbank im Berichtsjahr abermals ihre Vertriebskraft unter Beweis, wobei der Anteil von Online-Abschlüssen weiter an Bedeutung gewinnt. Im Jahr 2015 entfielen rund 23 % der Kontoeröffnungen auf diesen Vertriebsweg – nach rund 15 % im Vorjahr. Mittlerweile sind knapp 80 % der Girokonten für das Online Banking freigeschaltet, der Anteil der Kunden mit digitalen Transaktionen steigt stetig an. Daher steht der digitale Kontoprozess bei uns künftig noch stärker im Fokus. Auch 2016 wird die Postbank ihre Innovationskraft unter Beweis stellen: Das neue Konto geht mit einem vollständig digitalen Eröffnungs- und Legitimationsprozess an den Start, der die sofortige Nutzung des Kontos, z. B. für Überweisungen, erlaubt.

Spargeschäft in Niedrigzinsumfeld mit rückläufigem Trend

Das Volumen der privaten Anlagen in Sparprodukten ging planmäßig im Vergleich zum Vorjahr um rund 5,5 % auf 46,0 Mrd € zurück. Fokusprodukt der Sparpalette der Postbank ist seit Mitte 2014 die Postbank SparCard Rendite plus, ein klassisches und transparentes Sparprodukt in Kartenform, sowie das korrespondierende Online-Produkt Postbank SparCard Rendite plus *direkt*. Seit der Produkteinführung sind positive Impulse für das Neugeschäft zu verzeichnen.

Verhaltenes Wertpapier- und Vorsorgegeschäft

Die Situation an den Kapitalmärkten und das niedrige Zinsniveau wirkten sich einerseits positiv auf das Geschäft mit Investmentfonds und andererseits dämpfend auf das Anleihegeschäft aus. Das Neugeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 % auf rund 1,8 Mrd € gesteigert werden. Insgesamt blieb das verwaltete Volumen gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 13,9 Mrd € fast unverändert.

Geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen (Stichwort: Lebensversicherungsreformgesetz) sowie die anhaltende Niedrigzinsphase erfordern eine grundsätzliche Neuausrichtung im Versicherungssegment für Altersvorsorge. Die Postbank wird ihr Produktportfolio verschlanken und die Verkaufsprozesse optimieren. Zum 1. Januar 2016 startete eine neue Produktlinie: Die PB Privat Rente Zukunft bietet trotz des Niedrigzinsumfelds attraktive Renditemöglichkeiten und soll gemeinsam mit weiteren Optimierungen zur Belebung des Lebensversicherungsgeschäfts im Jahr 2016 beitragen.

Im Sachversicherungsgeschäft mit unserem Kooperationspartner HUK-COBURG gehen wir aufgrund effizienterer Prozesse in der Beratung und der Optimierung des Angebots für die Zukunft von einer deutlich positiven Entwicklung des Geschäfts aus. Anfang 2015 wurde erfolgreich der Postbank Autokredit eingeführt. Damit rundete die HUK-COBURG als Deutschlands größter KFZ-Versicherer das Angebot für ihre Kunden attraktiv ab.

Bestand an Firmenkundenkrediten zeigt positive Entwicklung

Die langfristige strategische Ausrichtung des Firmenkundengeschäfts zielt weiterhin auf den deutschen Mittelstand. In diesem Segment will sich die Postbank als Hauptbankverbindung für den täglichen Grundbedarf etablieren und neue Marktanteile gewinnen.

Im Zuge dieser Strategie richtet sich auch im Kreditgeschäft der Fokus auf mittelständische Firmenkunden, wobei die bisher zugrunde gelegte risikobewusste Kreditpolitik in Verbindung mit einem optimalen Kapitaleinsatz beibehalten wird. Das Neugeschäft der Firmenkundenkredite inklusive Factoring, Leasing und der gewerblichen Immobilienfinanzierung entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr sehr positiv und verzeichnete einen Anstieg um 9,5 % auf 4,6 Mrd €. Der Bestand an Firmenkundenkrediten konnte deutlich um 0,8 Mrd € gesteigert werden und lag zum Jahresende 2015 bei 14,8 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen auf das starke Neugeschäft und den Anstieg von Kontokorrent- und Geldmarktkrediten zurückzuführen. Factoring konnte durch eine weitere Verfeinerung des Portfolios die Erträge bei einem um 0,2 Mrd € höheren Volumen steigern.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung konzentrieren wir uns im Neugeschäft nach erfolgreicher Portfoliokonsolidierung – im Rahmen unserer etablierten Geschäfts- und Risikostrategie – auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien, ergänzt um die selektive Finanzierung von Projektentwicklungen für professionelle Immobilieninvestoren. Im Wesentlichen getrieben durch ein deutlich gesteigertes Neugeschäftsvolumen, konnte der Kreditbestand bei weiterhin konservativer Ausrichtung unseres Portfolios trotz hoher außerplanmäßiger Tilgungen stabilisiert werden. Das Bestandsvolumen am 31. Dezember 2015 für Commercial Mortgages lag mit 6,7 Mrd € auf dem Vorjahresniveau.

Die Zahl der abgewickelten Transaktionen im Zahlungsverkehr konnte mit 0,8 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr konstant gehalten werden. Als Folge des herausfordernden Niedrigzinsumfelds wurde das Anlagevolumen unserer Firmenkunden bewusst zurückgefahren. Ende Dezember 2015 lag es mit 4,1 Mrd € erwartungsgemäß unter dem vergleichbaren Vorjahreswert von 5,0 Mrd €.

Herausforderung negative Geldmarktverzinsung

Das Segment Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört es u. a., die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern und die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns zu steuern. Dabei unterstützt der Bereich die Bemühungen zur weiteren Risikoreduktion und den Abbau der Bilanzsumme zur Verbesserung von künftig relevanten regulatorischen Kennzahlen (z. B. Leverage Ratio). Das gesamte Bilanzvolumen sank um 3,1 % auf 150,6 Mrd €.

Eine wesentliche Herausforderung für das Segment Financial Markets war die Anlage der Geldmarktaktiva, die sich als Folge der EZB-Politik bereits seit Ende 2014 mit Negativzinsen konfrontiert sieht. Diese sanken im Verlauf des Berichtsjahres auf -0,30 %. Daher lag ein besonderer Fokus auf der Disposition der kurzfristigen Geldmarktanlagen wie der Forderungen an Kreditinstitute. Diese konnten im Jahresvergleich erfolgreich um 3,8 Mrd € auf 15,9 Mrd € reduziert werden. Der Bestand an Finanzanlagen sank zwar um 0,9 Mrd € von 26,3 Mrd € im Vorjahr auf 25,4 Mrd €, im Gegenzug konnte aber das Kommunalkreditgeschäft (Forderungen an Kunden) um 1,2 Mrd € auf 4,3 Mrd € ausgebaut werden.

Non Core Operating Unit mit weiterem Volumenabbau

Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) umfasst die Portfolios und Aktivitäten, die gemäß der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Sie wurden aus den ursprünglichen Segmenten herausgelöst, um sie zielgerichteter steuern zu können. Dazu gehören u. a. ausgewählte Finanzanlagebestände und Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten, nicht mehr im Vertrieb befindliche Produkte im Kundengeschäft sowie besicherte und unbesicherte Emissionen.

Die Bestände in der Non Core Operating Unit wurden bis zum 31. Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahresende weiter reduziert. Dies erfolgte insbesondere durch Fälligkeiten im verbliebenen Portfolio und den Verkauf von zwei Non-Performing-Loan-Portfolios in Italien. Insgesamt reduzierten sich 2015 die Aktiva um 2,1 Mrd € auf 9,0 Mrd €, während die Passiva 25,8 Mrd € betragen.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch Postbank) hat sich im Geschäftsjahr 2015 ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen sehr gut im Wettbewerb behaupten können. Wie in den Vorjahren stellte der anhaltende Zins- und Margendruck für die Bankenbranche eine große Herausforderung dar. Die europäische Zentralbank geht auch für die kommenden Jahre von einem weitestgehend konstant niedrigen Zinsniveau aus. Ein historisch niedriges Renditeniveau, geringe Margen, weiter zunehmende regulatorische Anforderungen sowie Kosten für die Rückerstattung von Kreditbearbeitungsgebühren haben die Geschäftsentwicklung in der deutschen Banken- und Finanzdienstleistungsbranche auch im abgelaufenen Geschäftsjahr belastet. Nach Einführung der Liquidity Coverage Ratio und Vorgabe harter Kernkapitalquoten sind bereits weitere regulatorische Vorgaben in Vorbereitung. Neben dem niedrigen Renditeniveau sowie dem anhaltend hohen Margendruck werden weiter steigende Verbraucherschutzanforderungen sowie neue regulatorische Vorgaben und deren Umsetzung die deutsche Finanzdienstleistungsindustrie 2016 erneut vor große Herausforderungen stellen.

Das Geschäftsmodell der Postbank hat sich in diesem schwierigen Umfeld als weiterhin stabil bewährt. Eine deutlich verbesserte Risikovorsorge sowie ein leicht gesunkener Verwaltungsaufwand lieferten einen wesentlichen Beitrag zu einem guten Ergebnis in diesem schwierigen Marktumfeld.

Im vergangenen Geschäftsjahr konnten wesentliche Meilensteine in Richtung Eigenständigkeit der Postbank erzielt werden. Das Projekt Entflechtung schreitet nach Beginn im Jahr 2015 bereits zügig voran. Des Weiteren haben wir mit der Implementierung des neuen Geschäftsverteilungsplans eine strukturelle Basis geschaffen, um als Bank eigenständig, als Unternehmen noch effizienter und im Wettbewerb noch erfolgreicher werden zu können.

Im Sinne einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit informierte uns der Vorstand im Geschäftsjahr 2015 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Strategie, der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörterten mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld sowie wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen in den einzelnen Segmenten wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle uns vorgelegten zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben und Beschlüsse gefasst. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Zudem wurden der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Risikoausschusses auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.



Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2015 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt acht ordentlichen Sitzungen und zu drei außerordentlichen Sitzungen zusammengefunden. In den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche und geschäftliche Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung sowie über das Risikomanagement und neue gesetzliche und regulatorische Anforderungen unterrichtet. In einer ganztägigen Klausurtagung haben wir gemeinsam mit dem Vorstand über die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung der Postbank vertiefend beraten und diese eingehend diskutiert.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Anpassung des Vorstandsvergütungssystems. Ferner haben wir über Maßnahmen zur Umsetzung der angestrebten Entflechtung aus der Deutsche Bank Gruppe und über die neue Geschäftsverteilung mit dem Vorstand ausführlich diskutiert. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2015 haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats mindestens an der Hälfte der abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen.

In der ordentlichen Sitzung am 4. Februar 2015 haben wir über die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 beschlossen und der vorgelegten Planung für das Geschäftsjahr 2015 zugestimmt. Ferner haben wir uns über den aktuellen Status bezüglich der Closed-end Funds berichten lassen. Der Vorstand hat uns über den Stand der Jahresabschlussarbeiten informiert.

In der Bilanzsitzung am 23. März 2015 haben wir nach umfassender eigener Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2014 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2014 berichten lassen. Daneben haben wir den Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung gemäß § 171 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG) und § 314 Abs. 2 AktG und die Erklärung zur Unternehmensführung inklusive Corporate Governance Bericht beschlossen. Ferner haben wir die Ziele 2015 des Vorstands auf Basis der aktualisierten Mittelfristplanung beschlossen. Im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten erfolgte der Beschluss zur Entlastung nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) für Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank Filialvertrieb AG. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzung

waren die Risikosituation der Gesamtbank und der Personal- und Sozialbericht. Ferner haben Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam den Status wesentlicher laufender Projekte erörtert und diskutiert. Außerdem haben wir auf dieser Sitzung die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten für die Hauptversammlung am 28. Mai 2015 beschlossen.

In der ordentlichen Sitzung am 14. Juli 2015 haben wir die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG aktualisiert und die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten für die auf den 28. August verlegte Hauptversammlung intensiv diskutiert und beschlossen. Des Weiteren hat uns der Vorstand die Geschäftsentwicklung für das erste Quartal 2015 berichtet. Mit Blick auf die bevorstehende Entkonsolidierung aus dem Deutsche Bank Konzern wurden wir vom Vorstand über das weitere Vorgehen der Postbank nach der strategischen Entscheidung des Hauptaktionärs inklusive Postbank Agenda und Prioritäten informiert.

Im Zusammenhang mit der Hauptversammlung 2015 hat der Aufsichtsrat am 27. und am 28. August zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen abgehalten. In der Sitzung am 27. August haben wir uns über den organisatorischen Ablauf der Hauptversammlung berichten lassen. Wir wurden vom Vorstand über die Ergebnisse des ersten Halbjahres 2015 informiert und haben diese mit ihm diskutiert.

Die Aufsichtsratssitzung im Anschluss an die Hauptversammlung am 28. August 2015 hatte die Neu- bzw. Wiederbesetzung von Ausschüssen aufgrund der Veränderung im Aufsichtsrat zum Inhalt.

Im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 9. September 2015 hat sich der Aufsichtsrat eine neue Geschäftsordnung gegeben, die Festlegung eines Zielwerts für den Frauenanteil im Vorstand und die diesbezügliche Umsetzungsfrist beschlossen sowie die Mindestquote für den Aufsichtsrat von 30 % bestätigt. Des Weiteren hat der Vorstand den Personal- und Sozialbericht sowie den Gesamtbankrisikobericht vorgestellt und ein Update zur Postbank Agenda gegeben.

In unserer außerordentlichen Sitzung am 5. Oktober 2015 haben wir nach intensiver Beratung den neuen Geschäftsverteilungsplan mit Wirkung zum 1. Dezember 2015 erlassen. Ferner haben wir beschlossen, einen Freigabeantrag dafür zu stellen, dass die Erhebung der Anfechtungsklagen gegen die in der Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschlüsse der Eintragung des Squeeze-out-Beschlusses in das Handelsregister der Postbank nicht entgegenstehen, und durch welche Rechtsanwaltssozietät die Vertretung in dem Freigabeverfahren erfolgen soll.

Weiterhin wurden wir ausführlich über beabsichtigte Änderungen in der Vergütungsstruktur und über Änderungsklauseln im Vorstandsanstellungsvertrag informiert.

In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 4. November 2015 fanden die Wahlen zum Aufsichtsratsvorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Personalausschusses statt.

In der Sitzung am 5. November 2015 haben wir nach ausführlicher Diskussion über die Anpassung des Vergütungssystems der Vorstandsmitglieder, die Zielvorgaben des Vorstands und eine Anpassung des Vorstandsanstellungsvertrags beschlossen. Weiterhin hat der Vorstand im Rahmen der Regelberichterstattung über die Geschäftsentwicklung und die Risikosituation der Postbank informiert.

In der außerordentlichen Sitzung vom 2. Dezember 2015 haben wir weitere Anpassungen des Vorstandsanstellungsvertrags beschlossen und die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG aktualisiert. Außerdem haben Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam den Status wesentlicher laufender Projekte erörtert und diskutiert.

In der letzten Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres am 17. Dezember 2015 standen die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsplanung 2016, die Geschäfts- und Risikostrategie der Postbank sowie die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats. Weiterhin haben wir eine Höchstdauer für die Zugehörigkeit im Aufsichtsrat festgelegt und eine Änderung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats beschlossen. Der Vorstand hat uns über die aktuelle wirtschaftliche Lage des Unternehmens informiert. Gemeinsam mit dem Vorstand haben wir die Geschäftsplanung 2016 sowie die Geschäfts- und Risikostrategie 2016 der Postbank erörtert. Nach umfangreicher Beratung haben wir dem vorgelegten Geschäftsplan 2016 zugestimmt. Hinsichtlich der Vorstandsvergütung haben wir Beschlüsse über den Vergütungsvergleich gefasst und das Vorstandsvergütungssystem angepasst.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zwei Mal im Wege der schriftlichen Stimmabgabe Beschlüsse gefasst.

Interessenkonflikt

Neben den in der Entsprechenserklärung dargestellten und vorsorglich erklärten Interessenkonflikten wurden im Geschäftsjahr 2015 keine weiteren Konflikte von den Mitgliedern des Aufsichtsrats angezeigt und sind solche dem Aufsichtsrat auch nicht bekannt.

Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der Postbank hat für seine Arbeit im Geschäftsjahr 2015 sieben Ausschüsse gebildet. Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG und seiner Ausschüsse

Aufsichtsrat			
Werner Steinmüller (Vors.)	Stefanie Heberling	Karen Meyer	Michael Spiegel
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Timo Heider	Christiana Riley	Eric Stadler
Rolf Bauermeister	Dr. Tessen von Heydebreck	Karl von Rohr	Gerd Tausendfreund
Susanne Bleidt	Hans-Jürgen Kummetat	Bernd Rose	Renate Treis
Prof. Dr. Edgar Ernst	Prof. Dr. Katja Langenbucher	Christian Sewing	Wolfgang Zimny

Präsidialausschuss (§ 11 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Personalausschuss (§ 14 GO AR)	
Frank Bsirske (Vors.)	Stefanie Heberling
Werner Steinmüller (stv. Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Susanne Bleidt	Renate Treis

Risikoausschuss (§ 12 GO AR)	
Michael Spiegel (Vors.)	Bernd Rose
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Renate Treis
Stefanie Heberling	Wolfgang Zimny

Nominierungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Frank Bsirske
Dr. Tessen von Heydebreck (stv. Vors.)	Eric Stadler

Prüfungsausschuss (§ 13 GO AR)	
Christiana Riley (Vors.)	Karl von Rohr
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Bernd Rose
Timo Heider	Gerd Tausendfreund

Vergütungskontrollausschuss (§ 16 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Vermittlungsausschuss (§ 17 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich die Vorbereitung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Corporate Governance, die Prüfung der Einhaltung der Entsprechenserklärung sowie besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss tagte im Berichtsjahr fünf Mal. Gegenstand der Beratungen waren die Ausgestaltung der Vorstandsverträge, die Weiterentwicklung in der Governance und die Kreditvergabe an Organmitglieder der Postbank Gruppe. Weiterhin bereitete der Präsidialausschuss in seinen Sitzungen Beschlussfassungen für den

Aufsichtsrat vor und stimmte der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen zu.

Der Risikoausschuss ist für die Überwachung und Beratung von Risikobereitschaft, -profil und -strategie einschließlich grundsätzlicher Fragen des Vergütungssystems und der Gestaltung der Konditionen im Kundengeschäft zuständig. Ferner befasst sich der Ausschuss mit der Gewährung von Organkrediten, wesentlichen Kreditentscheidungen, speziellen Investitionsentscheidungen sowie grundsätzlichen Fragen der Kreditgewährung. Der Risikoausschuss tagte 2015 vier Mal, davon wurde eine Sitzung gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss abgehalten. Der Vorstand hat den Risikoausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen der Finanz- und der Risikokennzahlen informiert. Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen auftragsgemäß über das aktuelle Marktumfeld und die jeweilige Risikosituation beraten und über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen entschieden. Darüber hinaus hat der Risikoausschuss die Risikostrategie sowie Portfoliostrategien und -strukturen mit dem Vorstand erörtert und Maßnahmen zur Steuerung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit Änderungen der regulatorischen Anforderungen beschäftigt, um hieraus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikokultur abzuleiten. In diesem Zusammenhang wurden die Berücksichtigung der Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur bei den durch das Vergütungssystem gesetzten Anreizen überprüft sowie die Angemessenheit der Konditionsgestaltung im Kundengeschäft erörtert. Um bei übergreifenden Themen den Aufsichtsrat und den Vorstand effizient beraten zu können, haben der Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, Revision, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum insgesamt sieben Mal. Mit dem Risikoausschuss wurde eine gemeinsame Ausschusssitzung abgehalten. Gegenstand der Beratungen – im Beisein des Wirtschaftsprüfers – waren die intensive Begleitung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2014, die Zwischenberichte sowie die Erörterung der Rechnungslegung. Der Halbjahresbericht und die Quartalsergebnisse 2015 wurden im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich im Berichtszeitraum von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des Revisionssystems der Postbank überzeugt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Jahresabschlussprüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers gemäß den Vorgaben des DCGK. In seinen sieben Sitzungen hat er sich 2015 umfassend mit den Prüfungsergebnissen des Wirtschaftsprüfers, der Arbeit der Internen Revision, mit Fragen der Compliance, der Rechnungslegung und zu Rechtsrisiken sowie mit durchgeführten Sonderprüfungen und Beanstandungen der Aufsichtsbehörden befasst. Der Ausschuss hat während des gesamten Berichtsjahres die Abarbeitung der Feststellungen aus solchen Prüfungen eng begleitet. Der Vorstand informierte den Prüfungsausschuss regelmäßig über Änderungen im regulatorischen Umfeld, deren Folgen für die Postbank und über den Umsetzungsstand der in diesem Zusammenhang gestarteten Projekte. Soweit dies erforderlich war, wurden eigene Beschlüsse gefasst oder eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Aufsichtsrat gegeben.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen der Personalarbeit der Deutsche Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2015 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in den Personalausschusssitzungen waren die Personalstrategie und die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns. Dabei wurden u. a. auch die Themenbereiche Vielfalt (Diversity), Altersstruktur in der Deutsche Postbank AG einschließlich Demografie, geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte einschließlich des Talentmanagements sowie Informationen zur Personalkosten- und Personalmengensteuerung behandelt.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Der Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat zudem bei der Ermittlung von Kandidaten für die Besetzung im Vorstand sowie der Personen der oberen Leitungsebene und der Einhaltung der zugrunde gelegten Grundsätze. Er erarbeitet die Ziele hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats und achtet auf deren Erreichung. Ferner überprüft der Nominierungsausschuss regelmäßig Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und bewertet die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr sieben Mal getagt. Schwerpunkte waren die Vorbereitung der Wahlvorschläge an die Hauptversammlung für die Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat sowie die Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats und des Vorstands einschließlich der Vorschläge für die Bestellung eines neuen Generalbevollmächtigten im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Geschäftsverteilungsplans. Im Rahmen der Effizienzprüfung und Evaluation hat der Ausschuss sich mit der Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder und des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit intensiv befasst.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung einer angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeiter und insbesondere der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion. Weiterhin bereitet er Beschlussvorschläge über die Vergütung von Geschäftsleitern unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement der Postbank vor und achtet darauf, dass die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche in die Ausgestaltung der Vergütungssysteme mit einbezogen werden. Der Vergütungskontrollausschuss tagte im Geschäftsjahr fünf Mal. Gegenstand der Beratungen waren die neuen Anforderungen an die Gestaltung von Vergütungssystemen des Vorstands und der Mitarbeiter aufgrund regulatorischer und gesetzlicher Änderungen im Zusammenhang mit der Institutsvergütungsverordnung. Ferner hat der Ausschuss die Berichte des Vergütungsbeauftragten umfassend erörtert. Neben der Zielerreichung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 und den Zielen des Vorstands für

das Geschäftsjahr 2015 hat der Vergütungskontrollausschuss die Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie die Maßgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex zum Vergütungsvergleich intensiv beraten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsratsplenium regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2015 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Abschlussprüfer hat gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zu Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft. Da sich für das Berichtsjahr kein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn ergab, hat der Vorstand dem Aufsichtsrat keinen Gewinnverwendungsvorschlag vorgelegt. Vielmehr wurde der Jahresüberschuss des Einzelabschlusses auf HGB-Basis gemäß dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bereits an die DB Finanz-Holding GmbH abgeführt.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratsitzung am 22. März 2016 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsratsitzung am 22. März 2016 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss am 16. März 2016 berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG und den Konzernabschluss.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG und den Konzernabschluss gebilligt, der Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG ist damit festgestellt.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2015 gab es keine Änderungen in der Besetzung des Vorstands.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Änderungen ergeben:

Herr Stefan Krause wurde vom Amtsgericht Bonn am 26. Juni 2015 in den Aufsichtsrat bestellt, am 14. Juli 2015 zum Vorsitzenden gewählt und durch die Hauptversammlung am 28. August 2015 bestätigt. Weiterhin wurde auf der Anteilseignerseite Frau Christiana Riley durch die Hauptversammlung gewählt. Herr Werner Steinmüller ist seit dem 4. November 2015 Vorsitzender des Aufsichtsrats. Herr Michael Spiegel wurde vom Amtsgericht Bonn am 17. November 2015 in den Aufsichtsrat bestellt. Durch die Hauptversammlung am 1. Februar 2016 wurden Herr Michael Spiegel als Mitglied des Aufsichtsrats bestätigt und Frau Karen Meyer aufseiten der Anteilseigner in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Rainer Neske ist am 25. Juni 2015 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, Herr Lawrence A. Rosen hat den Aufsichtsrat zum 28. August 2015 verlassen, und Herr Stefan Krause hat sein Mandat zum 31. Oktober 2015 niedergelegt. Herr Dr. Christian Ricken hat sein Mandat mit Ablauf des 31. Januar 2016 niedergelegt.

Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Herrn Stefan Krause, Herrn Rainer Neske, Herrn Dr. Christian Ricken und Herrn Lawrence A. Rosen für ihr großes Engagement im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Monate und Jahre.

Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben sich auch im Berichtsjahr mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex beschäftigt. Am 14. Juli 2015 sowie am 2. Dezember 2015 erfolgten Aktualisierungen der letzten jährlichen Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2014, die auf der Website des Unternehmens zur Verfügung stehen. Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben am 17. Dezember 2015 ihre jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären der Postbank auf der Website des Unternehmens zugänglich gemacht. Abgesehen von den jeweils erklärten Abweichungen, ist die Postbank sämtlichen Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zunächst in der Fassung vom 24. Juni 2014 und zuletzt in der Fassung vom 5. Mai 2015 gefolgt. Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe dieser Entsprechenserklärung. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen werden deshalb nicht mehr aktualisiert.



Eine ausführliche Erläuterung zur Corporate Governance und zur Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 können Sie dem Corporate Governance Bericht inklusive der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 24 entnehmen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 22. März 2016

Der Aufsichtsrat

Werner Steinmüller
Vorsitzender



Baufinanzierer Nr. 1

Bei allem Wandel gibt es Dinge, die bleiben: der Wunsch nach den eigenen vier Wänden. Diesen erfüllt die Postbank seit Jahren und verzeichnete zuletzt ein steigendes Neugeschäftsvolumen ihrer Immobilienkredite. Weitere Zuwächse sind zu erwarten, denn nach wie vor besteht vor allem in den Metropolregionen ein hoher Neubaubedarf. Die Postbank wird diese Chance mit guten Angeboten an ihre Kunden nutzen und damit ihre Position – gemeinsam mit ihren Marken DSL Bank und BHW – als größter Baufinanzierer in Deutschland weiter ausbauen.

UNSERE VERANTWORTUNG

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	
<u>INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG</u>	<u>24</u>
<u>NACHHALTIGKEIT</u>	<u>36</u>

02

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

In dieser Erklärung berichtet die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch: Postbank) gemäß § 289a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung bzw. gemäß § 161 AktG und Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance im Unternehmen. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken nebst Hinweis, wo diese öffentlich zugänglich sind, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand, Aufsichtsrat und der jeweiligen Ausschüsse sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen. Es wird auch zu Kodexanregungen Stellung genommen.

Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Organe der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des DCGK.

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben sich mit der Erfüllung der Vorgaben und im Besonderen mit den Änderungen des DCGK in der Fassung vom 5. Mai 2015 befasst. Nach eingehender Beratung haben sie am 17. Dezember 2015 eine gemeinsame Entsprechenserklärung abgegeben. Diese Erklärung sowie die Entsprechenserklärungen der Vorjahre sind auf den Internetseiten der Postbank (https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance.html) veröffentlicht.



Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben am 17. Dezember 2015 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben:

„I. Die letzte jährliche Entsprechenserklärung erfolgte am 17. Dezember 2014. Aktualisierungen der Begründung dieser Entsprechenserklärung erfolgten am 14. Juli 2015 und am 2. Dezember 2015. Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2014 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der am 30. September 2014 im Bundesanzeiger veröffentlichten Fassung vom 24. Juni 2014 sowie der am 12. Juni 2015 im Bundesanzeiger veröffentlichten Fassung vom 5. Mai 2015 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

1. Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Die Deutsche Bank AG hält seit dem 3. Dezember 2010 mehr als 50 % der Postbank-Aktien und ist damit Muttergesellschaft der Deutsche Postbank AG. In der Person von Herrn Karl von Rohr und Herrn Christian Sewing sind zwei Mitglieder des Vorstands der Deutsche Bank AG Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Zudem war zwischenzeitlich Herr Stefan Krause, damals Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.

Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG auf Konzernbeziehungen nicht zugeschnitten. Erfasst werden vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich vorsorglich dennoch entschieden, eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK zu erklären.

2. Nach Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK soll die Vergütung insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen. Die Anstellungsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder sehen in Bezug auf Vergütungsteile Höchstgrenzen vor, die jedoch teilweise nicht vollumfänglich der Kodex-Empfehlung entsprechen. Es ist jedoch beabsichtigt, die Anpassung der entsprechenden laufenden Verträge an die Anforderungen des Kodex aufzunehmen. Es wird in diesem Kontext die Auffassung vertreten, dass die Höchstgrenzen sich nicht ausschließlich auf die Gewährung und Zuteilung der Vergütungskomponenten, sondern auch auf den späteren Zufluss derselben beziehen müssen. Obwohl die Deutsche Postbank AG diese Ansicht für nicht überzeugend erachtet, erklären wir dennoch rein vorsorglich, dass eine betragsmäßige Höchstgrenze für den Zufluss der zeitlich hinausgeschobenen aktienbasierten Vergütungsbestandteile nicht festgelegt worden ist und deshalb die Deutsche Postbank AG der Empfehlung in Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 in dieser Ausprägung nicht entsprochen hat.
3. Nach Ziffer 4.2.3 Abs. 3 DCGK soll der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau – auch nach der Dauer der Vorstandszugehörigkeit – festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen. Für die überwiegende Zahl der Vorstandsmitglieder gilt ein beitragsorientierter Plan, der strukturbedingt nicht auf ein bestimmtes Versorgungsniveau zielt bzw. aus dem sich ein solches nicht ableiten lässt. Der Aufsichtsrat stellt daher hinsichtlich dieser Versorgungszusagen nicht auf ein angestrebtes Versorgungsniveau ab. Eine Änderung dieser üblichen Zusagestruktur ist nicht angestrebt. Für die entgeltabhängigen Versorgungszusagen ist ein maximaler Versorgungsgrad in Relation zum versorgungsfähigen Grundgehalt festgelegt. Der Aufsichtsrat erachtet die diesbezüglich mit dem maximalen Versorgungsgrad getroffene Festlegung als ausreichend.
4. Nach Ziffer 5.3.3 DCGK soll der Nominierungsausschuss ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt sein. Gemäß § 25d Absatz 11 Kreditwesengesetz hat der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats weitere Aufgaben zu übernehmen, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat vorbereitet werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss der Deutsche Postbank AG auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.

5. Nach Ziffer 5.3.2 Satz 3 DCGK soll der Vorsitzende des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrats unabhängig sein. Am 9. Juli 2014 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Christian Ricken als neuen Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt. Herr Dr. Ricken ist Chief Operating Officer im Unternehmensbereich Private & Business Clients der Deutsche Bank AG („COO PBC“). Die Deutsche Bank AG hält derzeit unmittelbar und mittelbar ca. 96,80% der Anteile der Deutsche Postbank AG und ist somit kontrollierender Aktionär im Sinne der Ziffer 5.4.2. Satz 2 DCGK. Aufgrund seiner Tätigkeit als COO PBC der Deutsche Bank AG steht Herr Dr. Ricken zum kontrollierenden Aktionär der Deutsche Postbank AG in einer geschäftlichen Beziehung, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen könnte und ist daher nicht unabhängig im Sinne der Ziffer 5.4.2 Satz 2 DCGK. Ungeachtet seiner leitenden Position bei der Deutsche Bank AG hält der Aufsichtsrat Herrn Dr. Ricken für den geeigneten Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Herr Dr. Ricken hat aufgrund seiner Tätigkeit als COO PBC der Deutsche Bank AG und seiner übrigen beruflichen Laufbahn umfangreiche Erfahrung im Bereich Finance/ Commercial Banking. Er verfügt insbesondere über den erforderlichen Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie über die notwendigen Erfahrungen in der Leitung von Gremien. Herr Dr. Ricken ist nach der Erwartung des Aufsichtsrates in der Lage, der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Vorsitzender des Prüfungsausschusses ausreichend Zeit zu widmen und kann diese Tätigkeit unter Wahrung der Interessen der beteiligten Parteien wahrnehmen. Er kann überdies auch langfristig die Kontinuität in dieser zentralen Position gewährleisten.
6. Nach Ziffer 2.2.1 Abs. 2 Satz 2 DCGK sind wesentliche Änderungen des Vergütungssystems des Vorstands der Hauptversammlung zur Billigung vorzustellen. Das Vergütungssystem der Postbank Vorstandsmitglieder wurde mit Wirkung für das Geschäftsjahr 2014 geändert. Vor dem Hintergrund weiterer Modifikationen, die nach Verkündung der Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern an dem Vergütungssystem vorzunehmen waren, wurde in der Hauptversammlung 2015 von einer Vorstellung dieses nur interimistisch geltenden Systems abgesehen.
7. Nach der neu gefassten Ziffer 5.4.1 Abs. 2 Satz 1 DCGK soll bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats zusätzlich eine festzulegende Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat berücksichtigt werden. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2015 nach der erforderlichen eingehenden Diskussion eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat beschlossen, womit der Neufassung von Ziffer 5.4.1 Abs. 2 Satz 1 DCGK ab diesem Zeitpunkt entsprochen wurde.
- II. Ferner erklären Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG, dass die Absicht besteht, künftig den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der geltenden Fassung vom 5. Mai 2015 mit Ausnahme der nachfolgend benannten Empfehlungen zu entsprechen:
1. Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK mit der unter I.1 genannten Begründung
 2. Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK mit der unter I.2 genannten Begründung

3. Ziffer 4.2.3 Abs. 3 DCGK mit der unter I.3 genannten Begründung
4. Ziffer 5.3.3 DCGK mit der unter I.4 genannten Begründung
5. Ziffer 5.3.2 Satz 3 DCGK mit der unter I.5 genannten Begründung.“

Die Anregungen des DCGK werden ebenfalls umgesetzt mit den Ausnahmen, dass die Hauptversammlung nicht im Internet übertragen wird (Ziffer 2.3.3 DCGK) und die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft für die Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, aus technischen Gründen bis zum Vorabend der Hauptversammlung erreichbar sind, nicht jedoch während der Hauptversammlung (Ziffer 2.3.2 DCGK). Für Aktionäre oder Aktionärsvertreter, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zur Abstimmung erreichbar.

Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe einer sogenannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen werden deshalb nicht mehr aktualisiert.

Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte und Prinzipien der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe ausrichten soll, sind im „Postbank Leitbild“ dokumentiert. Das Leitbild konkretisiert mit Vision und Mission die strategische Ausrichtung der Postbank. Sechs Werte definieren den Weg dahin. Wort und Geist dieser Werte und Prinzipien finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Sie reflektieren die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln. Das Leitbild ist für alle leitenden Angestellten der Postbank Gruppe verbindlich und spiegelt sich in den Zielvereinbarungen der Bank wider. Der Stand der Implementierung wird im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung überprüft.

Die folgenden Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- Kundenorientierung
- Nachhaltige Leistung
- Partnerschaft
- Integrität
- Innovation
- Disziplin

Sämtliche Mitarbeiter der Postbank Gruppe unterliegen dem „Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank“. Des Weiteren gilt der Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officers“ der Deutschen Bank für den Chief Financial Officer der Postbank, die Bereichsleiter des Ressorts Finanzen der Postbank sowie den Chief Financial Officer der Postbank Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG.

Darüber hinaus hat für die Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. In ihrer Policy „Grundsätze unternehmerischer Verantwortung – Postbank Gruppe“ hat sie die Ziele, Rollen, Anforderungen und Verantwortlichkeiten nachhaltiger Unternehmensführung definiert. Diese Grundsätze sind auch für die leitenden Angestellten der Postbank verbindlich.

Für die Postbank ist Nachhaltigkeit der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, um eine dauerhaft lebenswerte Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Als fester Bestandteil der Geschäftsstrategie wird Nachhaltigkeit aktiv in der täglichen Zusammenarbeit gelebt. Lieferanten der Bank werden zur Einhaltung dieser Werte mit dem „Supplier Code of Conduct“ verpflichtet.

Es ist unser Selbstverständnis, einen aktiven Beitrag für den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde sowie zu unserem gesellschaftlichen Umfeld zu leisten. Dadurch wollen wir langfristig unseren Unternehmenserfolg sichern sowie das Leitbild der Nachhaltigkeit jedem einzelnen Mitarbeiter nahebringen. Wir verpflichten uns, für unsere Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen. Wir sind als Unternehmen ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der wir agieren. So haben wir das Ziel, einen Mehrwert für unsere Stakeholder zu generieren.

Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich im Einklang mit Ziffer 4.1.1 DCGK insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage. (Weitere Informationen erhalten Sie über die Internetseite www.postbank.de/nachhaltigkeit.)



Festlegung von Zielgrößen für Frauenanteile im Aufsichtsrat, im Vorstand und in Führungsebenen

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen (Ziffer 4.1.5 DCGK), bei der Bestellung von Vorständen (Ziffer 5.1.2 DCGK) und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.1 DCGK) wird auf Vielfalt (Diversity) geachtet. Eine angemessene Berücksichtigung von Frauen wird entsprechend den rechtlichen Maßgaben umgesetzt.

Der Aufsichtsrat, für den seit dem 1. Januar 2016 die fixe gesetzliche Quote von 30 % Frauenanteil gilt, hat am 9. September 2015 im Rahmen der Umsetzung der Vorgaben der Implementierung des „Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ beschlossen, dass weiterhin mindestens eine Frau im Vorstand vertreten ist. Zudem hat der Vorstand am 18. August 2015 verbindliche Zielwerte für Frauenanteile für die ersten beiden Führungsebenen von jeweils 20 % für 2017 und jeweils 25 % für 2020 beschlossen.

Für die dem Gesetz unterfallenden Tochtergesellschaften wurden ebenfalls Zielwerte festgelegt.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Deutsche Postbank AG und vertritt diese nach außen. Die Mitglieder des Vorstands tragen dabei gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Über die Gesamtverantwortung hinaus führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die durch sie vertretenen Ressorts in eigener Verantwortung.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Er ist für die Aufstellung der Quartals- und der Halbjahresberichte, den Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG sowie des Gesamtkonzerns einschließlich der Lageberichte verantwortlich. Weiterhin trägt der Vorstand Sorge für die Einhaltung von Rechtsvorschriften und von behördlichen Regelungen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Unternehmensplanung regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab und unterrichtet ihn über den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung.

Der Vorstand berät sich in regelmäßigen Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Die Einberufung einer Sitzung durch den Vorstandsvorsitzenden außerhalb des Sitzungsturnus erfolgt bei Eilbedürftigkeit oder auf Antrag zweier Vorstandsmitglieder. Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitserfordernisse, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand Komitees mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Die Gremien dienen sowohl dem Informationsaustausch zu bedeutenden steuerungsrelevanten Themen wie auch der Vorbereitung von Entscheidungen des Vorstands. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Komitees sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen geregelt. Änderungen in den Geschäftsordnungen bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Die gebildeten Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

In der Zuständigkeit des Operating Committee liegen das Kosten-, Ressourcen- und Infrastrukturmanagement. Weiterhin gehören die Steuerung von Investitions- und Projektvorhaben sowie die Überwachung und Steuerung von Auslagerungssachverhalten zu seinem Verantwortungsbereich.

Aufgabenschwerpunkte des Reputationskomitees sind die Festlegung von Leitlinien und Prüfkriterien für Produkte und Prozesse zur Erkennung, Beurteilung und Eskalierung von möglichen Reputationschäden sowie die Überwachung dieser Leitlinien.

Das Bankrisikokomitee stellt die risikoartenübergreifende Steuerung und Planung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem Komitee obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen. Das Bankrisikokomitee wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktrisikokomitee, das Komitee für operationelle Risiken, das Deckungsgeschäftskomitee, das Modell- und Validierungskomitee und das Kreditrisikokomitee unterstützt. In enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee erfolgt die Arbeit des Asset-Liability-Komitees, des Non-Core-Operating-Unit-Komitees und des Data-Quality-Komitees.

Der Kundenbankausschuss hat eine beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktion für den Vorstand der Postbank und das Global Executive Committee im Unternehmensbereich Private & Business Clients der Deutsche Bank Gruppe. Er arbeitet die Vertriebsstrategie aus, führt eine regelmäßige Überwachung der Vertriebswege und der Produktmaßnahmen durch und gibt Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten.

Für die Erleichterung der Amtseinführung sowie für Fortbildungen werden angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder erfüllen die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und widmen ihren Aufgaben ausreichend Zeit. Zur Amtseinführung sowie zur Fortbildung der Aufsichtsratsmitglieder werden angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäße bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte – eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften.

Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sieben Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Risiko-, Vergütungskontroll-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss.



Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung und Arbeitsweise, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe Seite 12).

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen für eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Corporate Governance Kodex mindestens elf unabhängige Mitglieder angehören. Es wird davon ausgegangen, dass der Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses die Unabhängigkeit der Arbeitnehmervertreter an sich nicht infrage stellt. Mitglieder des Aufsichtsrats sollen insbesondere keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren und eine Regelzugehörigkeitsgrenze von 20 Jahren. Bei der Besetzung des Aufsichtsrats ist ferner auf das Vorliegen von internationaler Erfahrung zu achten.

Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 25 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Im Berichtszeitraum gehörten fünf Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 25 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diesen Anteil mindestens zu wahren und bis zum Jahr 2017 auf 30 % zu erhöhen. Aufgrund der Wahl einer weiteren Frau in den Aufsichtsrat wird dieser Zielwert mittlerweile erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann.

Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig, mindestens ein Mal jährlich, im Rahmen einer Effizienzprüfung überprüft. 2015 wurden erneut zudem Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder beider Gremien sowie der Organe in ihrer Gesamtheit bewertet. Die aktuelle Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse wurden positiv bewertet. Diskutiert wurde indessen über den Umfang der Behandlung einzelner Themen sowie die Zusammenarbeit mit der zweiten Führungsebene. Die Mitglieder beider Gremien verfügen über die wesentlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten für eine effektive Geschäftsleitungs- und Aufsichtsratsstätigkeit in der Postbank. Im Falle von Nachbesetzungen werden die im Rahmen der Effizienzprüfung gewonnenen Erkenntnisse zu den Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen zu berücksichtigen sein.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die wesentlichen Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Sofern sich die Aktionäre rechtzeitig zur Hauptversammlung angemeldet haben, können sie die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zum Vorabend der Hauptversammlung bevollmächtigen. Am Tag der Hauptversammlung selbst steht für die Erteilung, den Widerruf sowie die Änderung von Weisungen gegenüber den Stimmrechtsvertretern der Gesellschaft die Ein- und Ausgangskontrolle zur Verfügung. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung können „Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere der Gesellschaft bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch durch Datenfernübertragung übermittelt werden“.

Sind sämtliche Aktionäre anwesend oder ordnungsgemäß vertreten (Vollversammlung), kann die Hauptversammlung auch dann wirksam Beschluss fassen, wenn die Einberufungsförmlichkeiten nicht eingehalten wurden, soweit kein Aktionär der Beschlussfassung widerspricht.

Squeeze-out

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 28. August 2015 den Ausschluss der außenstehenden Aktionäre mit einer Mehrheit von 99,6 % des vertretenen Kapitals beschlossen.

Gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung sind sieben Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen erhoben worden. Nach Auffassung der Deutsche Postbank AG sind die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen unbegründet. Die Deutsche Postbank AG hatte daher am 15. Oktober 2015 bei Gericht einen Freigabeantrag gestellt, um die zeitnahe Eintragung in das Handelsregister zu erwirken. Diesem Antrag hat das OLG Köln am 18. Dezember 2015 entsprochen, und der Übertragungsbeschluss ist am 21. Dezember 2015 im Handelsregister eingetragen worden.

Damit sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre kraft Gesetzes auf die Hauptaktionärin, die Deutsche Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main, übergegangen, und die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hält seitdem 100 % der Aktien an der Deutsche Postbank AG.

Daraufhin wurde die Notierung der Aktie der Deutsche Postbank AG an allen Börsen eingestellt. Die letzte Börsenzulassung wurde mit Ablauf des 13. Januar 2016 widerrufen. Somit ist die Deutsche Postbank AG seit dem 14. Januar 2016 nicht mehr börsennotiert.

Weitere Corporate Governance

Transparenz

Die Postbank ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen den Interessengruppen zugänglich gemacht. Die Postbank veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Halbjahresberichte und Zwischenmitteilungen. Sie kommuniziert über Pressekonferenzen, Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen, Ad-hoc-Mitteilungen, gegebenenfalls Meldungen nach § 15a WpHG (directors' dealings), Unternehmensberichte sowie die unternehmenseigene Internetseite (www.postbank.de). Auf dieser sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.





Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf Seite 188, Note 5.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung der Postbank Gruppe erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Jahresfinanzberichte werden binnen 90 Tagen erstellt, vom Vorstand aufgestellt, geprüft und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Die Halbjahresfinanzberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert wurden, veröffentlicht. Die Zwischenmitteilungen der Geschäftsleitung werden innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen offengelegt. Der Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf Seite 192, Note 59.



Compliance

In der Finanzbranche hat das Vertrauen der Marktteilnehmer allgrößtes Gewicht. Geschäfte und Dienstleistungen im Finanzdienstleistungsbereich müssen daher geprägt sein von Fairness gegenüber anderen Marktteilnehmern und insbesondere gegenüber unseren Kunden. Unser geschäftlicher Erfolg hängt nicht zuletzt von einem soliden, vertrauensvollen Verhältnis zwischen unseren Kunden, der Postbank und unseren Mitarbeitern ab. Verhaltensweisen, die den Kunden schädigen, den Kapitalmarkt in unfairen Weise beeinflussen oder dem Ansehen unserer Bank abträglich sind, müssen vermieden werden. In diesem Sinne entwickelt unser Haus das einheitliche Compliance-Verständnis und das bestehende Interne Kontrollsystem fortlaufend weiter. „Compliance“ bedeutet sinngemäß das „Handeln in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen, regulatorischen Vorschriften und internen Regelwerken“. Innerhalb der Deutsche Postbank AG wird darunter einerseits ein von Fairness, Integrität und Vertrauen getragenes Miteinander von Kunden, Bank und Mitarbeitern verstanden, das auf der Beachtung geltender Gesetze und anderer Regelwerke zum Schutz der Kunden und zur Vermeidung von Interessenkonflikten basiert. Darüber hinaus dient die Sicherstellung einer angemessenen Compliance auch dazu, Risiken für die Bank, die sich aus der Nichteinhaltung von Regelungen ergeben können, zu reduzieren.

Durch die Beratung und Unterstützung der Geschäftsbereiche und durch andere Vorkehrungen und Maßnahmen, insbesondere regelmäßige Risikoanalysen sowie Kontroll- und Überwachungstätigkeiten, trägt die Compliance-Funktion zu einer Unternehmensorganisation bei, die auf die Einhaltung gesetzlicher und anderer Rechtspflichten ausgerichtet ist und dem Risiko von Verstößen präventiv entgegenwirkt. Hierdurch werden Compliance-Risiken, also Risiken von gesetzlichen oder regulatorischen Sanktionen, finanziellen Verlusten oder

Reputationsverlusten, die dadurch eintreten können, dass die Bank nicht im Einklang mit geltendem Recht, bestehenden Regularien, Verhaltensregeln oder anerkannten Standards handelt, reduziert.

Risikomanagement

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden.

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die für sie wesentlichen Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Neben diesen Grundsätzen werden über die Strategien ebenfalls Leitlinien, Risikobereitschaft und Limite zu den unterschiedlichen Risikoarten festgelegt und mit dem Risikoausschuss und dem Aufsichtsrat erörtert.

Die wesentlichen Risiken werden innerhalb der Postbank sowohl auf Einzel- als auch auf Portfolioebene gesteuert – dies schließt auch die Steuerung von Konzentrationsrisiken mit ein. Dabei werden die jeweiligen Risiken entlang der Risikostrategie, der Risikobereitschaft und der Risikotragfähigkeit limitiert und überwacht. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst.

In das Risikomanagement werden alle Ebenen der Bank zur Risikosteuerung und -überwachung einbezogen: Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Vorstand, Risikokomitees und operative Einheiten, welche gemäß den Vorgaben der MaRisk alle relevanten Berichte zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutsche Bank Gruppe erfolgt über die gemeinsame Vernetzung der Gremien sowie die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von zentralen Risiken. Die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen werden gemeinsam analysiert und gemeinsam berichtet. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision und dem Prüfungsausschuss überwacht.



Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf Seite 61 entnehmen.

NACHHALTIGKEIT

VERANTWORTUNG FÜR KOMMENDE GENERATIONEN ÜBERNEHMEN

Die Postbank engagiert sich für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Gesellschaft, in der sie geschäftlich tätig ist. Sie übernimmt Verantwortung für die natürlichen Grundlagen des Lebens und will ihren Kunden ein verlässlicher Partner sein. Sie hat sich verpflichtet, ihren Beitrag zu einer dauerhaft lebenswerten Zukunft für nachfolgende Generationen zu leisten. Über ihre Ziele und Fortschritte berichtet die Bank jährlich in einem eigenständigen Nachhaltigkeitsbericht.

Nachhaltigkeit im Bankgeschäft

Für ihre Kunden, Geschäftspartner und Anteilseigner will die Postbank nachhaltigen Wert schaffen und ein verlässlicher Partner sein. Dies macht auch der Slogan „Eine Bank fürs Leben“ deutlich, der den Markenauftritt der Bank kennzeichnet. Er steht für ein geschäftliches Handeln, das an den Wünschen und Belangen der Stakeholder ausgerichtet ist. Von besonderem Wert ist dafür das Feedback des Kundenbeirats der Postbank. Er wurde 2006 ins Leben gerufen, um den Service und die Produkte der Postbank kritisch zu beobachten, Anregungen für Verbesserungen zu geben und neue Angebote mitzuentwickeln. Auf diese Weise kann die Kundenperspektive dazu beitragen, dass Produkte und Dienstleistungen der Postbank stetig besser, verständlicher und unkomplizierter werden und damit die Kundenerlebnisqualität steigt. Der Kundenbeirat besteht aus einem 30-köpfigen Kerngremium und einem rund 3.000 Mitglieder umfassenden erweiterten Beirat. Die Mitarbeit ist ehrenamtlich. Themenschwerpunkte der Arbeit im Jahr 2015 waren u. a. die Digitalisierung des Bankgeschäfts, Sicherheit im Online- und im Telefon-Banking, das Vorteilsprogramm der Postbank sowie Vor-Ort-Tests in ausgewählten Postbank Finanzcentern zur Steigerung der Servicequalität.

Risiken gehören zum Bankgeschäft. Um den verantwortungsvollen Umgang mit den ökonomischen, aber auch den sozialen und den ökologischen Risiken ihres Kerngeschäfts sicherzustellen, hat die Postbank ein eigenständiges Vorstandsressort, das Chief Risk Office, eingerichtet. Es arbeitet auf der Grundlage ethischer Prinzipien, die in den Leitlinien der Bank für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt sind. 2015 sind die Kompetenzen des Chief Risk Office nochmals erweitert worden. Soziale und ökologische Risiken aus dem Bankgeschäft werden auf der Grundlage einer eigenständigen Reputationsrisiko-Policy in Zusammenarbeit mit dem Ressort Ressourcen bewertet und gesteuert.

Soziale Nachhaltigkeit

Die Postbank übernimmt Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für das Wohl der Gesellschaft, in der sie aktiv ist. Ihren Mitarbeitern hilft sie, Privat- und Arbeitsleben besser zu verbinden, z. B. durch Betreuungsangebote für Kinder oder Beratungs- und Unterstützungsleistungen für pflegende Angehörige. 2015 hat die Bank erfolgreich ein Arbeitszeitkonzept erprobt, bei dem Mitarbeiter bis zu 20 % ihrer Arbeitsleistung zu Hause oder an einem anderen Ort außerhalb der Betriebsstätte erbringen können. Zur Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter hat sie 2015 zahlreiche externe Gesundheitsberater engagiert. Sie machen Trainingsangebote zur Verbesserung der Fitness, beraten in Fragen der Arbeitsergonomie und helfen bei allen Fragen rund um die Gesundheit.

Neben Projekten im Bildungsbereich fördert die Postbank die gesellschaftliche Integration und setzt sich in der Flüchtlingshilfe ein. Unter dem Motto „Wir für Kinder“ macht sie sich für Kinder in Deutschland stark. Sie unterstützt gemeinsam mit der Kinderrechtsorganisation

Save the Children ein Bildungsprojekt an deutschen Grundschulen und Kindergärten. Dieses Kinder-Eltern-Schulprojekt hat das Ziel, die Bildungschancen in Deutschland nachhaltig zu verbessern und die Kommunikation innerhalb der Familien sowie zwischen Familie und Schule zu verbessern. Mitarbeiter der Postbank haben in dem Projekt die Möglichkeit, sich als Schulbotschafter an den beteiligten Bildungseinrichtungen zu engagieren.

Neben der Kooperation mit Save the Children fördert die Postbank das soziale Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen von Aktionstagen. Hierbei werden von Mitarbeitern entwickelte und im Team umgesetzte Projekte für Kinder in Deutschland finanziell und durch die Arbeitsfreistellung von Mitarbeitern unterstützt. Seit September 2015 unterstützt die Postbank auch den ehrenamtlichen Einsatz der Mitarbeiter bei der Hilfe für Flüchtlinge. Über die „Flüchtlingshilfe-Aktionstage“ werden Initiativen ebenfalls monetär und durch Arbeitsbefreiung gefördert. Darüber hinaus können alle Mitarbeiter über eine eigens dafür eingerichtete „Hilfsbörse“ selbst Initiativen vorstellen, Aufrufe starten und Kollegen suchen, die sich mit ihnen gemeinsam engagieren möchten. Wir wollen, dass sich Menschen, die viel verloren und unglaubliche Strapazen hinter sich haben, bei uns wohl- und willkommen fühlen.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Ziele des Weltklimagipfels vom Dezember 2015 hat sich die Postbank in vollem Umfang zu eigen gemacht. Sie hat sich vorgenommen, Deutschlands – prozentual bemessenes – Reduktionsziel für Treibhausgase in ihrem Verantwortungsbereich klar zu übertreffen: Bis 2020 will die Postbank ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 2007 um deutlich mehr als 40 % reduzieren. Zu diesem Zweck nutzt sie ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Standard der Umweltmanagementnorm ISO 14001 erfüllt. Seine Wirksamkeit wurde im November 2015 von der unabhängigen Prüfungsgesellschaft DNV GL – Business Assurance erneut bestätigt.

Um ihren Energieverbrauch weiter zu senken, hat die Bank beschlossen, bis Ende 2016 ein Energiemanagementsystem nach ISO 50001 aufzubauen. Ihre Nettoemissionen an Treibhausgasen hat die Postbank in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Dazu haben Energiesparmaßnahmen im Immobilienmanagement ebenso beigetragen wie die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen und die Verringerung der Dienstreisetätigkeit, z. B. mithilfe der Videokonferenz-Technologie. Das von dem Multitechnikanbieter SPIE realisierte Beleuchtungskonzept der Postbank ist 2015 mit dem European Energy Service Award 2015 ausgezeichnet worden. Bei Geschäftsreisen mit der Deutschen Bahn nutzt die Postbank im Fernverkehr generell einen CO₂-neutralen Tarif. Beim Dienstwagenangebot werden auch ökologische Kriterien berücksichtigt. Als Folge dessen ist der Durchschnittsverbrauch der Dienstwagenflotte gegenüber 2007 um 6 % auf 6,8 l/100 km im Jahr 2015 zurückgegangen.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Postbank berichtet offen über ihre Ziele, Aktivitäten und Ergebnisse im Bereich der Nachhaltigkeit. Ihr jährlich erscheinender Nachhaltigkeitsbericht erfüllt bereits seit 2014 den neuen Standard G4 der Global Reporting Initiative. Im Internet bietet die Postbank einen Überblick unter www.postbank.de/nachhaltigkeit.





6.000 Mal vor Ort

Wahre Kundennähe heißt für die Postbank, auf allen Wegen leicht erreichbar zu sein. Über sämtliche digitalen Kanäle – aber eben auch ganz persönlich. Deshalb halten wir nicht nur an einer flächen-deckenden Präsenz in Deutschland fest, sondern investieren auch in unser Serviceangebot vor Ort. Beispielsweise in erweiterte SB-Möglichkeiten oder auch in unsere neuen Vertriebscenter, die alle Postbank Leistungen unter einem Dach bündeln. So kommen unsere Kunden schnell zu ihrem Ziel und finden dennoch, was vielfach unverzichtbar ist: kompetente persönliche Beratung.

KONZERNLAGEBERICHT

DER DEUTSCHE POSTBANK AG

<u>GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN</u>	<u>40</u>
<u>ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT</u>	<u>42</u>
<u>VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG</u>	<u>44</u>
<u>MITARBEITER</u>	<u>48</u>
<u>WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2015</u>	<u>49</u>
<u>WIRTSCHAFTSBERICHT</u>	<u>50</u>
<u>GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2015</u>	<u>50</u>
<u>GESCHÄFTSVERLAUF</u>	<u>53</u>
<u>ERTRAGSLAGE</u>	<u>54</u>
<u>SEGMENTBERICHTERSTATTUNG</u>	<u>55</u>
<u>VERMÖGENS- UND FINANZLAGE</u>	<u>57</u>
<u>NACHTRAGSBERICHT</u>	<u>59</u>
<u>CHANCENBERICHT</u>	<u>60</u>
<u>RISIKOBERICHT</u>	<u>61</u>
<u>PROGNOSEBERICHT</u>	<u>97</u>

03

KONZERNLAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen und Geschäftsmodell des Konzerns

Grundlagen

Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konzerns Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main.

Die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Postbank AG hat am 5. Juni 2012 einem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG), und der Deutsche Postbank AG zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde mit Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 wirksam. Mit Beschluss des Oberlandesgerichts Köln vom 11. September 2012 wurde der Vertrag bestandskräftig. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann ordentlich erstmalig zum 31. Dezember 2016, danach jeweils zum Abschluss eines Geschäftsjahres gekündigt werden.

Die Deutsche Bank AG hat am 27. April 2015 weitere 5.934.243 Aktien der Deutsche Postbank AG erworben und damit ihren unmittelbaren und mittelbaren Anteil von 94,09 % auf 96,80 % erhöht, was zur Überschreitung der 95 %-Schwelle führte. 38.754.243 Deutsche Postbank Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von 17,71 % der Stimmrechte) werden für eigene Rechnung unmittelbar von der Deutsche Bank AG gehalten, und 173.053.126 Deutsche Postbank Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von 79,09 % der Stimmrechte) werden mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH gehalten. Die Deutsche Bank AG hat den Vorstand der Deutsche Postbank AG ebenfalls am 27. April 2015 aufgefordert, die erforderlichen Schritte zur Vorbereitung eines Squeeze-out der außenstehenden Aktionäre gemäß § 327a ff. Aktiengesetz (AktG) zu ergreifen. Aus diesem Grund wurde die ursprünglich für den 28. Mai 2015 geplante Hauptversammlung der Deutsche Postbank AG auf den 28. August 2015 verschoben. Die Hauptversammlung beschloss den Ausschluss der außenstehenden Aktionäre mit einer Mehrheit von 99,6 % des vertretenen Kapitals. Nach Eintragung des Beschlusses in das Handelsregister B des Amtsgerichts Bonn (HRB 6793) am 21. Dezember 2015 wurde der Beschluss bestandskräftig, die Deutsche Bank AG hält seither mittelbar und unmittelbar 100 % der Aktien der Deutsche Postbank AG.

Ein wesentlicher Grund für den Ausschluss der Minderheitsaktionäre liegt in der Umsetzung der am 27. April 2015 verkündeten neuen Strategie der Deutsche Bank AG. Die Deutsche Bank AG hat als Resultat ihres Strategieprozesses als eine von sechs wesentlichen Entscheidungen beschlossen, das Privat- und Firmenkundengeschäft auf eine marktführende Kundenberatung zu konzentrieren. Im Zuge dessen soll auch die Deutsche Postbank AG entkonsolidiert werden. Die Deutsche Bank AG plant in Umsetzung dieser Strategie, die Deutsche Postbank AG nach erfolgter Einstellung der Notierung im Zusammenhang mit dem Ausschluss der Minderheitsaktionäre vorzugsweise wieder an die Börse zu bringen. Alternativ kommt auch eine Veräußerung der Beteiligung an der Deutsche Postbank AG in Betracht.

Als notwendige Voraussetzung für die bilanzielle Entkonsolidierung arbeitet die Deutsche Postbank AG an der organisatorischen und technischen Entflechtung von der Deutschen Bank. Die Deutsche Postbank AG strebt an, sich bis Mitte des Jahres 2016 so aufzustellen, dass sie operativ eigenständig agieren kann.

Geschäftsmodell

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit liegen im Privatkundengeschäft (Retail Banking) und im Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen). Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Financial Markets und die Non Core Operating Unit (NCOU) gegliedert.

- Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Investmentfonds) und Versicherungen. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen (Postbank eigene wie auch Agenturpartner der Deutsche Post AG), den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutsche Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen. Die hierdurch erhöhte Kundenfrequenz bietet Ansprachemöglichkeiten für Postbank Produkte und generiert Provisionserträge.
- Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Geldanlageprodukte sowie Angebote aus dem Zins- und Währungsmanagement komplettieren die Produktpalette.
- Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen die Sicherung der Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank.
- Der Geschäftsbereich NCOU beinhaltet von der Postbank identifizierte Portfolios und Aktivitäten, die nicht zum Kern der zukünftigen strategischen Ausrichtung gehören. Zur zielgerichteten Steuerung wurden sie aus ihren ursprünglichen Segmenten herausgelöst und in das Segment Non Core Operating Unit mit eigener Management-Verantwortlichkeit überführt.

Details sind der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2015 – 1.066 Filialen in Deutschland sowie eine Zweigniederlassung in Luxemburg.

Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und einer der großen Finanzdienstleister Deutschlands. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen, das Bauspargeschäft und das Privatkreditgeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, diverse Versicherungsprodukte und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Fondsgesellschaften, Banken und Versicherern. In ihren eigenen rund 1.100 Finanzcentern bietet sie neben umfangreichen Finanzdienstleistungen auch Dienstleistungen der Deutsche Post AG an. Hinzu kommen über 4.500 Partnerfilialen der Deutsche Post AG, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, sowie rund 700 Beratungszentren der Postbank Finanzberatung AG. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft sowie im Bereich der großen Zahlungsverkehrsadressen engagiert. Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank**Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank**

Die Postbank setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben dem Einsatz von finanziellen Leistungsindikatoren – auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ein. Bei den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren handelt es sich um die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit. Beide genannten wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren waren 2015 im Zielsystem als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Mitarbeiterbefragung. In der Befragung wird eine Vielzahl von Fragen gestellt, die sich in die Dimensionen Identifikation, Führung, Geschäftserfolg/Ziele, Kundenfokus, Produktivität und Effizienz, Leitbild, Veränderungsfähigkeit und Kommunikation einteilen lassen. Die Fragen können – je nach Zustimmungsgewicht – von den Mitarbeitern in fünf Stufen beantwortet werden. Die Mitarbeiterzufriedenheit wird hierbei insbesondere aus dem Ergebnis zur Dimension Identifikation abgeleitet. Diese besteht aus verschiedenen

Fragen zur Ermittlung der Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Die Kundenzufriedenheit wird quartalsweise mittels telefonischer Interviews anhand eines weitgehend gleichbleibenden strukturierten Fragebogens erhoben. Die zugrunde liegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsanlage erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit den zentralen Leistungsfaktoren der Bank (Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen, Reklamationsmanagement usw.) erfragt. Die Zufriedenheit wird dabei mittels einer verbalisierten 5er-Skala (1 = vollkommen zufrieden bis 5 = unzufrieden) erhoben. Die Durchführung der Studie erfolgt durch ein renommiertes externes Marktforschungsinstitut unter Beachtung hoher Qualitätsstandards.

Auch im Zielsystem für die leitenden Angestellten finden sich Zieldimensionen, die eine Ableitung der Ziele aus den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren auf Konzernebene auf die Führungskräfte der Postbank ermöglichen. Neben Zielen in der Dimension Kosten/Finanzen als finanzielles Individualziel erhält jede Führungskraft auch Ziele in den Dimensionen Markt/Kunden, Prozess/Qualität sowie Mitarbeiter/Team, die auf das jeweilige Aufgabengebiet bezogen sind. Damit besteht ein durchgängiges System, das die konzernweite Steuerung nach den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ermöglicht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die balancierte Optimierung von Rentabilität, Effizienz und Kapitalausstattung bzw. Verschuldungsgrad (Leverage).

Das Ergebnis vor Steuern beinhaltet als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Performance der Postbank alle Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung vor Abzug von Steuern. Dabei werden die Gesamterträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis), die Risikovorsorge, der Verwaltungsaufwand (bestehend aus Personalaufwand, andere Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen) und das Sonstige Ergebnis (Saldo aus Sonstige Aufwendungen und Sonstige Erträge) berücksichtigt.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor Steuern. Die Größe berechnet sich als Quotient aus dem Ergebnis vor Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital in der Berichtsperiode.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR), des Quotienten aus Verwaltungsaufwand zuzüglich Sonstiger Aufwendungen und Gesamterträgen zuzüglich sonstiger Erträge vor Risikovorsorge, als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung gemessen.

Die Postbank hat, auch vor dem Hintergrund sich wandelnder regulatorischer Anforderungen, im Laufe des Jahres 2015 weitere wichtige Kennzahlen identifiziert, die auf Gesamtbankenbene gemessen und gesteuert werden. Dies sind die Leverage Ratio und die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio).

Die CET1-Quote wird ermittelt als Quotient aus dem harten Kernkapital, das den höchsten Anforderungen an Kapitalpositionen der CRR entspricht, und den risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets). Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist der Quotient aus dem Kernkapital und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure). Letztere entspricht der Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen unter Anwendung aufsichtsrechtlicher Bewertungsanpassungen. Beide Kennzahlen werden im Rahmen der Steuerung ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und darüber hinaus die Leverage Ratio auf Basis der neuen regulatorischen Anforderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 ermittelt.

Steuerungsprozess

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, mit Ausnahme der Kennzahl zur Kapitalausstattung (CET1-Quote) und der Leverage Ratio. Die beiden letztgenannten Kennzahlen werden auf Konzernebene gesteuert. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Der Prozess dieser regelmäßigen Reviews wird kontinuierlich weiterentwickelt. Ein zusätzlicher konkreter Anlass zur Anpassung ergibt sich aus der im vierten Quartal 2015 geänderten Geschäftsverteilung im Vorstand sowie der im Zuge der Integration in die Deutsche Bank Gruppe erweiterten Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank, die im Zuge der Entflechtung von der Deutschen Bank überarbeitet und an die Erfordernisse der Postbank als eigenständiges Institut angepasst wird.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen, ermittelt die Postbank Renditekennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets, RoA) als auch auf das eingesetzte Risikokapital. In Anlehnung an den Return on Equity wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital bzw. den Kapitalbedarf berechnet (insbesondere Return on Regulatory Capital, RoReC, bzw. Return on Total Capital Demand, RoTCD), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Ent-

scheidungsgrundlage bildet. Zudem werden Informationen zur Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals (Return on Risk-adjusted Capital, RoRaC) auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios bereitgestellt. Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt zu erwirtschaften sind. Ergänzend zum RoE wird eine Berechnung des Return on Tangible Equity (RoTE) auf Basis des durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapitals in der Berichtsperiode abzüglich der durchschnittlichen immateriellen Vermögenswerte in der Berichtsperiode auf Ebene der Gesamtbank vorgenommen.

Um weiteren zentralen Anforderungen aus Kapitalmarktperspektive Rechnung zu tragen, hat die Postbank konkrete Zielwerte für die Kennzahlen Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) definiert; die Mittelfristplanung des Postbank Konzerns ist konsequent auf die Erreichung dieser Zielwerte ausgerichtet.

Im Sinne einer Optimierung des Bilanzstrukturmanagements hat die Postbank vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und der eingeschränkten rentierlichen Anlagemöglichkeiten von Überschussliquidität bzw. der limitierten Möglichkeit der Weitergabe an die Deutsche Bank Gruppe darüber hinaus auch eine Zielgröße für die Loan to Deposit Ratio (LtD) festgelegt. Hierbei strebt die Postbank Gruppe ein ausgeglichenes Verhältnis von Kundenkrediten und -einlagen an.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Zielen der Postbank Gruppe, die an einem adjustierten Ergebnis vor Steuern und der zugehörigen CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei Vorstand, Risk Takern (Personen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts) und unseren sonstigen Führungskräften ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht sowie im Konzernanhang in Note 56 („Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“).

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2015 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

§ 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, können gemäß § 71b AktG hieraus keine Rechte ausgeübt werden. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt am 31. Dezember 2015 unmittelbar und mittelbar 100 % der Aktien der Postbank, davon 79,09 % mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Falls Arbeitnehmer Aktien der Deutsche Postbank AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 25c Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese fachlich geeignet und zuverlässig sind und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den betreffenden Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben. Die nationale Aufsicht leitet die Informationen im Zusammenhang mit der fachlichen Eignung und der Bestellung von Vorstandsmitgliedern an die Europäische Zentralbank (EZB) zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben weiter.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands gemäß § 84 Abs. 3 AktG widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung

oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann gemäß § 45c Abs. 1 bis 3 KWG einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse eines oder mehrerer Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gemäß § 46 Abs. 1 KWG einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken. In diesem Fall kann deren Funktion durch den Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG erfüllt werden.

Die Satzung der Deutsche Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit auch eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Satzungsänderungen werden mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter den unter Tagesordnungspunkt 9 a näher festgelegten Bedingungen bis zum 8. Juli 2019 ermächtigt, einmalig oder mehrmals Genussscheine, hybride Schuldverschreibungen, Options- und Wandelschuldverschreibungen auszugeben. Der Gesamtnennbetrag darf insgesamt 3 Mrd € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 273,5 Mio € ausgegeben werden.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- bzw. Wandelgenussscheinen, Options- und Wandelschuldverschreibungen, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind. Die bedingte Kapitalerhöhung kann bis zum 8. Juli 2019 nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen, auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die näheren Einzelheiten zum bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen
Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen bei Kontrollwechseln
Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen worden sind, bestehen nicht.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet unter https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html abrufbar.



VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wird das Plenum seit dem Geschäftsjahr 2014 in diesen Themen durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2015

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue gesetzliche bzw. regulatorische Vorgaben.

Maßgebliche Zielsetzung für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines auf Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex durchgeführten horizontalen sowie vertikalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe für das Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Für das Jahr 2015 wurde ein vertikaler Vergütungsvergleich innerhalb der Postbank Gruppe durchgeführt, der ebenfalls die Angemessenheit der Vergütung als Ergebnis hatte.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, die Unternehmensziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben sowie unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen maximalen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des § 25a Abs. 5 KWG hat die Hauptversammlung der Postbank ein Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 für die Vorstandsmitglieder gebilligt.

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungsausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung¹ der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutsche Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 nochmals modifiziert. Diese Modifikationen dienen dazu, die Positionierung der Postbank als künftig unabhängig von dem Deutsche Bank Konzern agierendes Bankinstitut abzubilden und insoweit im Gefüge der Zurückbehaltungssystematik auch weiterhin die richtigen Anreize zu setzen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart.

Die wesentlichen Grundzüge des Vorstandsvergütungssystems für das Geschäftsjahr 2015 sind im Weiteren ausführlich dargestellt. Auf die im Vergleich zu 2015 bestehenden Unterschiede der noch nachwirkenden Regelungen für 2014 und auf das Vergütungssystem für die vorangegangenen Geschäftsjahre (2013 und früher), aus denen in den Berichtsjahren noch Vergütungen zufließen, wird anschließend gesondert eingegangen.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

Erfolgsabhängige Komponente (variable Vergütung)

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die Höhe der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder wird, ausgehend von einem vereinbarten Zielwert für die variable Vergütung, auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Postbank Gruppen-, Ressort- und Individualzielen auf der Basis von Messkriterien (Key Performance Indicators) ermittelt, wobei einheitliche Postbank Gruppenziele in der Gewichtung den überwie-

genden Anteil der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2015

Die Gewährung, d.h. die Vergabemodalitäten der für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung, wurde mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert und aufgrund der geänderten strategischen Planung der Deutschen Bank im Hinblick auf die Positionierung der Postbank für 2015 erneut modifiziert. Die ausstehenden Vergütungselemente aus den Jahren vor 2014 unterliegen im Hinblick auf ihre Auszahlung bzw. Zuteilung weiterhin dem bis dahin gültigen Vergütungsmodell.

Die variable Vergütung wird unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich findet die im Deutsche Bank Konzern etablierte Zurückbehaltungsmatrix Anwendung, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist auf insgesamt 225.000 € begrenzt.

Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar (Cash-Bonus) ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Zurückbehaltungs- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie ab. Für die für das Geschäftsjahr 2015 zu gewährenden aktienbasierten Vergütungselemente ist bereits vertraglich eine Umwandlung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugeteilten Deutsche Bank-Aktien-Awards in Postbank Aktien-Awards bzw. ein anderes wertbasiertes Vergütungselement vorgesehen, wenn die Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern herausgelöst ist. Hierdurch bleibt die Wertentwicklung der noch aufgeschobenen Vergütungselemente optimal mit den Erfolgsbeiträgen der Vorstandsmitglieder verknüpft. Der Umwandlungszeitpunkt ist mit Wirkung zu Beginn des nächsten Monats drei Monate nach erfolgter Entkonsolidierung vorgesehen. Maßgeblich für die Umwandlung ist der Wert des jeweiligen Deutsche Bank-Aktien-Awards auf Basis der durchschnittlichen Xetra-Schlusskurse während der letzten zehn Handelstage vor dem Umwandlungsdatum.

¹Gewährung meint in diesem Zusammenhang die Aufteilung der für das abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung auf die Vergütungselemente und Inanspruchnahme der festgelegten variablen Vergütung in diesen Vergütungselementen.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine weitere Haltefrist, während der besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen gelten. Für den für das Geschäftsjahr 2015 gewährten EUA beträgt die Haltefrist zwölf Monate. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank-Aktien geliefert.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben. Um die Gesamtverantwortung der Vorstandsmitglieder bereits im Prozess der Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern stärker zu betonen, wurde für den REA für das Geschäftsjahr 2015 eine einheitliche Zurückbehaltungsfrist von drei Jahren beschlossen, nach der der Award in einer Tranche unverfallbar wird (sogenanntes „Cliff Vesting“).

An die genannte Zurückbehaltungsfrist schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine zwölfmonatige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank-Aktien geliefert werden. Während der Zurückbehaltungsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen.

Für das Geschäftsjahr 2015 bedeutet dies, dass die Vorstandsmitglieder einheitlich den Wert ihrer für das Jahr 2015 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (vier Jahre nach Festlegung) realisieren können.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von EUA und REA gewährt werden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2016 ermittelt.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – RIA) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Zurückbehaltungsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2015 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2019 ausgezahlt.

Die genannten Awards berechtigen nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die Vergütungskomponenten EUA, RIA und REA unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Zurückbehaltungs- bzw. Haltefristen. Diese Bedingungen und Fristen bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die entsprechenden Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung

ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Für die zurückbehalten gewährten Vergütungselemente REA- und RIA gelten sogenannte Leistungsbedingungen, d. h. Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank Gruppe bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA bzw. REA-Tranche verfallen, wenn die Leistungsbedingungen, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern der Postbank Gruppe und/oder des Konzerns, nicht erfüllt sind. Den REA für 2015 betreffend verfallen, wenn die Leistungsbedingungen in einem Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums nicht erfüllt sind, bis zu 1/3 des REA. Eine weitere Leistungsbedingung ist die sogenannte Common-Equity-Tier-1-Leistungsbedingung. Danach verfallen bis zu 100 % des noch nicht unverfallbaren REA, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor Ablauf der Zurückbehaltungsfrist die Kernkapitalquote (Common-Equity-Tier-1-Quote) des Deutsche Bank Konzerns bzw. der Postbank Gruppe unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten). Der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern Rechnung tragend, ist ab 2017 keine Messung der Leistungsbedingungen mit Bezug auf die Deutsche Bank mehr vorgesehen. Das Ergebnis der Postbank bzw. die Leistung ihrer Vorstandsmitglieder wird nach der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern keinen (nennenswerten) Einfluss mehr auf das Deutsche Bank Ergebnis haben.

Sämtliche zurückbehalten gewährten Vergütungselemente (REA, RIA) sowie der EUA und der REA während der Haltefrist unterliegen darüber hinaus dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutsche Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats nochmals mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 modifiziert, wobei die Grundstrukturen unverändert geblieben sind. Vor diesem Hintergrund kann für die Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 im Wesentlichen auf die vorstehenden Ausführungen für das Geschäftsjahr 2015 verwiesen werden. Dies gilt insbesondere für die Aufteilung der variablen Vergütung in die Vergütungselemente Cash-Bonus, Equity Upfront Award (EUA), Restricted Incentive Award (RIA) sowie Restricted Equity Award (REA).

Im Unterschied zu dem ab dem Geschäftsjahr 2015 modifizierten Vergütungssystem beträgt die Haltefrist für die aktienbasierte Vergütung des Geschäftsjahres 2014 (EUA, REA) einheitlich sechs Monate. Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von EUA

und REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt. Es ist keine automatische Umwandlung der Aktien-Awards nach der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern vorgesehen.

Den Verantwortlichkeiten innerhalb des Konzerngefüges Rechnung tragend, waren die Zurückbehaltungszeiträume der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung (REA) unterschiedlich ausgestaltet. Grundsätzlich wird der für das Geschäftsjahr 2014 vergebene REA in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar. Für Mitglieder des Vorstands, die im Geschäftsjahr 2014 zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet waren (dies betraf Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), fanden im Jahr 2014 Sonderregelungen Anwendung und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Zurückbehaltungsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden (sogenanntes „Cliff Vesting“).

Für das Geschäftsjahr 2014 bedeutet dies, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet waren, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Für das Geschäftsjahr 2014 sahen die Vergütungselemente folgende (Zins-)Aufschläge vor:

- **Equity Upfront Award:**
Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist.
- **Restricted Equity Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent.
- **Restricted Incentive Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe.

Die Verfallbedingungen für die aufgeschoben gewährten Vergütungselemente RIA und REA sehen eine Messung sowohl am Postbank Gruppen- wie auch Deutsche Bank Konzernergebnis vor.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 waren im Jahr 2015 noch Vergütungselemente offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstanden bzw. anstehen.

Die Kurzfristkomponente wurde zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutsche Bank AG umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutsche Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag lagen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wurden diese Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares wurden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben. Im Jahr 2015 wurde die Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2013 ausgezahlt. Für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wurde nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Stückzahl der Phantom Shares mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie der letzten zehn Handelstage bis zum Ablauf der Sperrfrist (30,89 €) multipliziert.

Die Langfristkomponente wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für die Vergütungsjahre 2012 und 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurde das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernserfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt wurden bzw. für die Vergütungsjahre 2012 und 2013 noch zur Umwandlung ausstehen. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgten bzw. erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II), die nach Ablauf einer zwölfmonatigen Sperrfrist wieder in einen Eurobetrag umgewandelt werden.

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhal-

tigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausbezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2015 wurde nach Ablauf der Sperrfrist die Langfristkomponente II der Jahre 2010 (dritte Tranche), 2011 (zweite Tranche) sowie 2012 (erste Tranche) ausbezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2014 in virtuelle Aktien der Deutsche Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnittskurs der Aktie (siehe oben, 30,89 €) multipliziert. Im Jahr 2015 wurde darüber hinaus die Langfristkomponente I der Jahre 2011 (dritte Tranche), 2012 (zweite Tranche) sowie 2013 (erste Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen (Langfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien der Deutsche Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 23. März 2015 (30,30 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2016 an.

Für die im Jahr 2015 am Tag der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG gesperrten Phantom Shares wurden ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank AG ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet und die Phantom-Share-Anteile entsprechend erhöht.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist begrenzt durch die maximale Höhe der variablen Vergütung von 150 % des vereinbarten Zielwertes.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung (Grundvergütung sowie variable Vergütung) pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2015

Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der

Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Aus der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung besteht noch ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss. Die Höhe der variablen Vergütung ist in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie darf den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht übersteigen, und die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht und dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 56.

MITARBEITER

Der Personalbestand blieb nahezu auf dem Vorjahresniveau: Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2015, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 14.758 Mitarbeiter, das waren 16 weniger als am 31. Dezember 2014 (14.774).

Der Anteil der Beamten an unserer Mitarbeiterschaft lag mit – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 4.786 Personen bei ca. 32 %. Etwa 24 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2015 belief sich auf rund 7 %. Die Gründe waren im Wesentlichen Vorruhestandsvereinbarungen, der Beginn des gesetzlichen Ruhestands sowie die zum Jahresende ausgelaufenen Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen in den Filialen. Die durch-

schnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 21 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2015

Squeeze-out

Die Deutsche Bank AG hat am 27. April 2015 weitere 5.934.243 Aktien der Deutsche Postbank AG erworben und damit ihren mittelbaren und unmittelbaren Besitz auf 96,80 % der Stimmrechte erhöht, verbunden mit der Überschreitung der 95 %-Schwelle.

Die Deutsche Bank AG hat den Vorstand der Deutsche Postbank AG ebenfalls am 27. April 2015 aufgefordert, die erforderlichen Schritte zur Vorbereitung eines Squeeze-out der außenstehenden Aktionäre gemäß § 327a ff. AktG zu ergreifen. Die aufgrund dessen auf den 28. August 2015 verschobene Hauptversammlung beschloss den Ausschluss der außenstehenden Aktionäre mit einer Mehrheit von 99,6 % des vertretenen Kapitals.

Ein wesentlicher Grund für den Ausschluss der Minderheitsaktionäre lag in der Umsetzung der am 27. April 2015 verkündeten neuen Strategie der Deutsche Bank AG. Die Deutsche Bank AG plant in Umsetzung dieser Strategie, die Deutsche Postbank AG nach erfolgter Einstellung der Notierung im Zusammenhang mit dem Ausschluss der Minderheitsaktionäre vorzugsweise wieder an die Börse zu bringen. Alternativ kommt auch eine Veräußerung der Beteiligung an der Deutsche Postbank AG in Betracht.

Gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung sind sieben Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen von insgesamt sieben Aktionären der Deutsche Postbank AG erhoben worden. Nach Auffassung der Deutsche Postbank AG sind die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen unbegründet. Die Deutsche Postbank AG hatte daher am 15. Oktober 2015 bei Gericht einen Freigabeantrag gestellt, um die zeitnahe Eintragung des Übertragungsbeschlusses in das Handelsregister zu erwirken. Diesem Antrag hat das OLG Köln am 18. Dezember 2015 entsprochen.

Der Übertragungsbeschluss wurde am 21. Dezember 2015 in das beim Amtsgericht Bonn geführte Handelsregister der Postbank eingetragen. Damit sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre kraft Gesetzes auf die Hauptaktionärin, die Deutsche Bank AG mit Sitz in Frankfurt am Main, übergegangen.

Mit sofortiger Wirkung wurde der Handel der Postbank Aktie an allen Börsen eingestellt.

Organe

Herr Rainer Neske hat am 28. Mai 2015 sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG mit Wirkung zum Ablauf des 25. Juni 2015 niedergelegt. Mit Beschluss vom 26. Juni 2015 hat das Amtsgericht Bonn Herrn Stefan Krause als Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG

bis zum Ablauf der nächsten Hauptversammlung bestellt. Stefan Krause wurde in der Sitzung vom 14. Juli 2015 vom Aufsichtsrat zu dessen Vorsitzendem gewählt.

Frau Christiana Riley und Herr Stefan Krause wurden durch die Hauptversammlung der Deutsche Postbank AG am 28. August 2015 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats gewählt. Sie ersetzen die ausgeschiedenen Mitglieder Lawrence A. Rosen und Rainer Neske. Stefan Krause wurde in der Sitzung vom 28. August 2015 vom Aufsichtsrat zu dessen Vorsitzendem gewählt.

Herr Stefan Krause hat sein Mandat als Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG mit Wirkung zum 31. Oktober 2015 niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat Herrn Werner Steinmüller mit Wirkung zum 4. November 2015 zum Vorsitzenden gewählt. Herr Michael Spiegel wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Bonn vom 17. November 2015 als Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Veränderungen im Konzern

Im zweiten Quartal 2015 wurde eine Vereinbarung zur Veräußerung der Tochtergesellschaft Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn, eines Anbieters für bargeldlosen und kartengestützten Zahlungsverkehr, getroffen. Die Veräußerung erfolgte im dritten Quartal 2015.

Am 10. Dezember 2015 hat die Deutsche Postbank AG von der Deutsche Bank AG die Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV (Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA; Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA; Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA; Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA) und die Deutsche Postbank Funding LLCs I-IV (Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA; Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA; Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA; Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA) zurückerworben und ab diesem Zeitpunkt wieder konsolidiert.

Die Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV sowie die Deutsche Postbank Funding LLCs I-IV wurden ursprünglich zur Aufnahme regulatorischer Eigenmittel errichtet. Hierbei hat die Postbank insgesamt vier Schuldverschreibungen begeben, die von jeweils einer LLC-Gesellschaft gehalten werden. Die LLC-Gesellschaften haben ihrerseits jeweils Wertpapiere (Class B Preferred Securities) begeben, die von den Trust-Gesellschaften gehalten werden. Die Trust-Gesellschaften haben sich ihrerseits über Emissionen von Trust Preferred Securities extern am Markt refinanziert.

Die Trust Preferred Securities der Trusts I-III werden im Rahmen der Übergangsregelungen für bestandsschutzfähige Instrumente im zusätzlichen Kernkapital des Postbank Teilkonzerns angerechnet. Der nicht in Höhe der Übergangsregelungen gemäß Artikel 486 Abs. 5 CRR im zusätzlichen Kernkapital anrechenbare Anteil wird während des Übergangszeitraums bis 31. Dezember 2021 dem Ergänzungskapital zugerechnet. Nach Ablauf der Übergangsregelungen werden die Trust Preferred Securities der Trusts I-III dem Ergänzungskapital zugerechnet. Die Trust Preferred Securities des Trusts IV werden im Rahmen der Übergangsregelungen für bestandsschutzfähige Instrumente bis zur ersten Kündigungsmöglichkeit am 29. Juni

2017 im zusätzlichen Kernkapital des Postbank Teilkonzerns angerechnet. Der nicht in Höhe der Übergangsregelungen gemäß Artikel 486 Abs. 5 CRR im zusätzlichen Kernkapital anrechenbare Anteil wird bis zur ersten Kündigungsmöglichkeit im Rahmen der Übergangsregelungen für bestandschutzfähige Instrumente dem Ergänzungskapital zugerechnet. Ab dem Zeitpunkt der ersten Kündigungsmöglichkeit werden die Trust Preferred Securities des Trusts IV nicht mehr in den regulatorischen Eigenmitteln berücksichtigt.

Im Dezember 2015 hat die Postbank einen Kaufvertrag mit der PBC Banking Services GmbH über den Rückerwerb ihrer Servicegesellschaften (Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH) und gleichzeitig mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG über die Veräußerung der von der Postbank gehaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH unterzeichnet. Der Erwerb und die Veräußerung erfolgten mit Wirkung zum 1. Januar 2016.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2015

Volkswirtschaftliches Umfeld

Schwaches Wachstum der Weltwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2015 abgeschwächt. Während sich die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern mit einem durchschnittlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,9 % nochmals leicht beschleunigte, blieb das Wachstum in den aufstrebenden Märkten deutlich hinter dem des Vorjahres zurück. Mit lediglich 4,0 % fiel es auf das niedrigste Niveau seit dem Krisenjahr 2009. Maßgeblich trugen hierzu schwere Rezessionen in einigen großen Schwellenländern bei, die wiederum Folge sinkender Rohstoffpreise und internationaler Konflikte waren. Insgesamt wuchs die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2015 nur noch um 3,1 % nach 3,4 % im Vorjahr, während der Internationale Währungsfonds (IWF) zu Jahresbeginn noch einen Zuwachs von 3,5 % erwartet hatte.

Der konjunkturelle Aufschwung in den USA hat sich im Jahr 2015 in einem soliden Tempo fortgesetzt. Getragen wurde die Entwicklung von der Binnennachfrage. Insbesondere der private Verbrauch überzeugte mit dem kräftigsten Zuwachs seit zehn Jahren. Er profitierte nicht zuletzt von den deutlich gesunkenen Energiepreisen. Auch der Staatsverbrauch wurde ausgeweitet, nachdem dieser im Vorjahr noch leicht gesunken war. Zudem wurden die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen erneut gesteigert. Dagegen dämpfte der Außenhandel das Wachstum deutlich. Während die Exporte unter der schwachen Weltkonjunktur und dem starken US-Dollar litten, zogen die Importe dank der starken Binnennachfrage kräftig an. Insgesamt entsprach das BIP-Wachstum mit 2,4 % dem Ergebnis des Vorjahres, blieb damit aber deutlich hinter dem von uns zu Jahresbeginn erwarteten Wert von 3,7 % zurück. Der solide Konjunkturaufschwung schlug sich dennoch in einem kräftigen Anstieg der Beschäftigung nieder. Zugleich reduzierte sich die Arbeitslosenquote spürbar.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen erneut die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Das BIP-Wachstum fiel mit 6,6 % jedoch etwas niedriger aus als im Vorjahr. Vor allem in China schwächte sich die Konjunktur weiter ab, insbesondere weil die Exporte gegenüber dem Vorjahr zurückgingen. Das BIP-Wachstum gab auf 6,9 % nach und fiel damit auf den niedrigsten Wert seit den frühen 1990er Jahren. Die japanische Wirtschaft erholte sich nur sehr verhalten von dem im Vorjahr erlittenen konjunkturellen Rückschlag. Als Schwachpunkt erwies sich insbesondere der deutlich gesunkene private Verbrauch. Zugleich kamen die Bruttoanlageinvestitionen kaum über eine Stagnation hinaus. Die Exporte expandierten aufgrund der kräftigen Aufwertung des Yen nur verhalten. In der Summe wuchs das BIP mäßig um 0,5 %, während wir ein Plus von 1,3 % erwartet hatten.

Die Konjunktur im Euroraum hat sich 2015 spürbar gefestigt. Dies betraf insbesondere die Binnennachfrage. So wurde der private Verbrauch, den vorliegenden Daten nach zu urteilen, um 1,7 % ausgeweitet. Dies war der stärkste Zuwachs seit acht Jahren. Der Staatsverbrauch stieg um 1,2 %. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um ca. 2,0 % gesteigert. Auch der Außenhandel belebte sich, was sich in nahezu gleichem Ausmaß auf Exporte und Importe erstreckte. In der Summe führte dies zu einem BIP-Wachstum von 1,5 % nach einem Zuwachs um 0,9 % im Vorjahr. Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern des Euroraums verliefen zwar weiterhin differenziert, jedoch erzielten alle Länder mit Ausnahme Griechenlands positive Wachstumsraten. In der Folge gab die Arbeitslosigkeit spürbar nach. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag aber am Jahresende mit 10,4 % immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Die Wirtschaftsentwicklung in Europa entsprach damit weitgehend unseren Erwartungen, wobei der Anstieg des BIP etwas stärker ausfiel, als von uns zu Jahresbeginn erwartet.

Solider Aufschwung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wuchs 2015 sehr kontinuierlich in einem soliden Tempo. Dabei legten die Exporte trotz der schwachen Weltkonjunktur um mehr als 5 % zu. Die deutsche Exportindustrie profitierte von dem schwachen Euro sowie von einer deutlich anziehenden Nachfrage aus dem Euroraum. Gleichzeitig beschleunigte sich allerdings auch das Importwachstum, sodass der Außenhandel per Saldo nur einen moderaten Wachstumsbeitrag lieferte. Zum wichtigsten Wachstumsträger entwickelte sich der private Verbrauch, der um 1,9 % und damit mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr ausgeweitet wurde. Begünstigt wurde diese Beschleunigung durch einen spürbaren Anstieg der verfügbaren Einkommen bei gleichzeitigem Rückgang der Inflationsrate von 0,9 % auf 0,3 %. Der daraus resultierende kräftige Zuwachs der Realeinkommen ermöglichte zudem eine geringfügige Erhöhung der Sparquote. Der Staatsverbrauch wurde auch aufgrund steigender Ausgaben infolge des Zustroms an Flüchtlingen um 2,8 % ausgeweitet. Dagegen schwächte sich der Zuwachs bei den Bruttoanlageinvestitionen auf 1,7 % ab. Dabei zogen die Ausrüstungsinvestitionen überdurchschnittlich stark um 3,6 % an. Die Bauinvestitionen legten hingegen nur um 0,2 % zu, wobei einem soliden Zuwachs bei den Wohnungsbauinvestitionen Rückgänge bei den öffentlichen und den gewerblichen Bauinvestitionen gegenüberstanden. Insgesamt wuchs das BIP 2015 um 1,7 % und damit geringfügig stärker als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund des soliden und breit aufgestellten

Aufschwung entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt positiv. Die Zahl der Arbeitslosen fiel im Jahresdurchschnitt um 104.000 auf 2,8 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,7 % auf 6,4 % führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 329.000 auf 43,03 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, entsprach die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2015 in Deutschland weitgehend unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts, wobei das BIP-Wachstum jedoch stärker ausfiel, als von uns prognostiziert.

Entwicklung an den Märkten

Die globalen Finanzmärkte wurden im Jahr 2015 stark durch die unterschiedliche geldpolitische Ausrichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) und der US-Notenbank (Fed) beeinflusst. Während die EZB den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik deutlich erhöhte, leitete die Fed bei den Leitzinsen die Wende nach oben ein. Einen prägenden Einfluss hatte zudem die Wachstumsabschwächung in den Schwellenländern. Insbesondere die zunehmenden Befürchtungen, dass sich das BIP-Wachstum Chinas nachhaltig abschwächen könnte, sowie die Verwerfungen an den chinesischen Aktienmärkten führten in der zweiten Jahreshälfte zu einer negativen Grundstimmung und verursachten zudem starke Schwankungen an den Märkten.

Der deutsche Aktienmarkt durchlebte 2015 eine Berg- und Talfahrt. Bis in den April hinein zogen die Notierungen markant an. In der Spitze konnte der DAX gegenüber seinem Schlusstand von 2014 um gut 26 % zulegen. Triebfedern waren in dieser Phase die expansiven geldpolitischen Maßnahmen der EZB, die daraufhin deutlich sinkenden Kapitalmarktzinsen sowie eine deutliche Abwertung des Euro. Nachfolgend gingen diese Gewinne teilweise wieder verloren. Ab August kam es dann infolge massiver Turbulenzen an den chinesischen Aktienbörsen sogar zu markanten Kursverlusten, die den deutschen Leitindex im September auf sein Jahrestief drückten. Hiervon konnten sich die Notierungen aber wieder erholen, unterstützt durch die sich abzeichnende erneute geldpolitische Lockerung durch die EZB. In Anbetracht der anhaltenden Verunsicherung der Anleger gingen aber auch diese Gewinne bis zum Jahresende teilweise wieder verloren. Dennoch legte der DAX im Vergleich zum Jahresschlusstand 2014 noch um 9,6 % zu. Der EURO STOXX 50 erzielte hingegen lediglich ein Plus von 3,8 %. Deutlich schwächer entwickelten sich die Aktiennotierungen in den USA, da der starke US-Dollar die Unternehmensgewinne belastete. Der S&P 500 gab um 0,7 % nach. Die zunehmende Verunsicherung im Jahresverlauf schlug sich auch an den Märkten für Unternehmensanleihen nieder. Die Risikoaufschläge für Anleihen im Non-Investmentgrade-Bereich stiegen im Vorjahresvergleich deutlich. Anleihen mit hoher Bonität im Investmentgrade-Bereich behaupteten sich zwar besser, aber auch hier zogen die Aufschläge spürbar an.

Die Verwerfungen bei Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten bildeten sich zu Beginn des Jahres 2015 zunächst weiter zurück. Die Renditeaufschläge italienischer, spanischer und portugiesischer Staatspapiere gegenüber Bundesanleihen gaben bis März deutlich nach und erreichten die niedrigsten Niveaus seit der ersten Jahreshälfte 2010. Zugleich fielen die Renditen in den genannten Ländern jeweils auf historische Tiefstände. Treiber dieser Entwicklung war vor allem die Ankündigung der EZB, künftig auch

Staatsanleihen anzukaufen. Unterstützend wirkten aber auch die verbesserten fundamentalen Rahmenbedingungen in den betreffenden Ländern. Nachfolgend kam es jedoch zu einer ausgeprägten Gegenbewegung. Zunächst weiteten sich die Renditeaufschläge wieder leicht aus. Anschließend sorgten die schwierigen Verhandlungen mit Griechenland über weitere Finanzhilfen für Verunsicherung und ließen die Aufschläge weiter steigen. Mit der sich abzeichnenden Einigung auf ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland gaben diese zu Beginn der zweiten Jahreshälfte aber wieder nach. Anschließend ergab sich eine differenzierte Entwicklung bei einer insgesamt positiven Grundtendenz. Zum Jahresende lagen die Renditeaufschläge für italienische und portugiesische Staatsanleihen deutlich unter ihren Vorjahresniveaus, während jene für spanische Anleihen aufgrund politischer Unsicherheiten leicht darüber lagen.

Aufgrund der extrem niedrigen, zu Jahresbeginn sogar negativen Inflationsrate und der weiterhin schwachen Kreditvergabe im Euroraum beschloss die EZB im Januar, ihr bestehendes Ankaufprogramm für Asset Backed Securities und Covered Bonds massiv auszuweiten. Seit März 2015 erwirbt sie auch Anleihen am Sekundärmarkt, die von Zentralregierungen der Mitgliedsstaaten, Institutionen mit Förderauftrag oder Europäischen Institutionen emittiert wurden. Das Programm mit einem monatlichen Ankaufvolumen von insgesamt 60 Mrd € sollte ursprünglich bis mindestens September 2016 laufen. Im Dezember 2015 verlängerte die EZB die Laufzeit bis mindestens März 2017. Dabei behielt sie sich aber vor, den Ankauf solange fortzuführen, bis die Inflationsentwicklung wieder im Einklang mit ihrem mittelfristigen Ziel einer Inflationsrate von knapp 2 % steht. Zudem erweiterte sie das Spektrum der im Rahmen des Programms erwerblichen Wertpapiere um Anleihen regionaler und lokaler Gebietskörperschaften und beschloss weiterhin, Zuflüsse aus den Anleihekäufen zukünftig zu reinvestieren. Des Weiteren senkte die EZB den Einlagensatz im Dezember um 0,1 Prozentpunkte auf -0,30 %, während sie den Hauptrefinanzierungssatz das gesamte Jahr über konstant bei 0,05 % hielt. In der Summe ist die Geldpolitik der EZB damit 2015 deutlich expansiver geworden. Infolgedessen gaben die Geldmarktzinsen deutlich nach. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2015 mit -0,13 % um 0,21 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresresultimo.

Die US-Notenbank erhöhte im Dezember ihren Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf eine Spanne von 0,25 % bis 0,50 %, nachdem dieser zuvor sieben Jahre lang bei 0 % bis 0,25 % gelegen hatte.

Die Anleihemärkte im Euroraum wurden in den ersten Monaten des Jahres 2015 stark durch die Geldpolitik geprägt. Im Zuge der Ausweitung des Anleiheankaufprogramms durch die EZB gaben die Kapitalmarktzinsen massiv nach. Im April fiel die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bis auf das historische Tief von 0,07 %. Dies stellte sich aber als Übertreibung heraus, zumal sich die konjunkturelle Erholung im Euroraum festigte und eine erste Leitzinsanhebung in den USA näher rückte. Bis in den Juni hinein folgte eine scharfe Korrektur der zehnjährigen Bundrendite bis auf knapp 1 %. Nachfolgend gaben die Renditen am deutschen Kapitalmarkt aufgrund der Verunsicherung durch die starken Kursabschläge an den Aktienmärkten sowie der sich abzeichnenden weiteren geldpolitischen Lockerung durch die EZB wieder nach. Zum Jahresende lag die zehnjährige Bundrendite bei 0,63 %

(Vorjahr: 0,54 %). Bei gleichzeitig sinkenden Geldmarktzinsen ist die Zinskurve in Deutschland dadurch etwas steiler geworden. In den USA zog die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen ebenfalls leicht an. Zum Jahresende lag sie mit 2,27 % um 0,10 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Aufgrund der stärker gestiegenen Geldmarktsätze ist die US-Zinskurve dennoch etwas flacher geworden.

Die unterschiedlichen geldpolitischen Kurse der EZB und der Fed hatten deutliche Auswirkungen auf das Austauschverhältnis zwischen Euro und US-Dollar. Vor allem in den ersten Monaten des Jahres geriet der Euro infolge der expansiven Maßnahmen der EZB unter Druck. Von 1,21 US \$ Ende 2014 fiel er bis März auf das Jahrestief von 1,05 US \$. Nachfolgend konnte sich der Euro zwar erholen, stand aber im Herbst erneut unter Abwertungsdruck. Ende 2015 wurde er mit knapp 1,09 US \$ gehandelt. Damit hat er gegenüber dem Vorjahr um 10,2 % abgewertet.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach nur in Teilen unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen hatten wir zum Jahresende 2015 in etwa auf dem gleichen Niveau erwartet wie zum Jahresbeginn. Zugleich waren wir aber von konstanten EZB-Leitzinsen sowie einer anhaltend flachen Zinsstrukturkurve ausgegangen.

Branchensituation

Im Gesamtjahr 2015 waren das weiter andauernde Niedrigzinsumfeld sowie die regulatorischen Anforderungen die dominierenden Themen für den europäischen Bankensektor.

Im Juni 2015 einigten sich die 28 EU-Finanzminister auf einen Verordnungsentwurf zur Trennung riskanter Bankgeschäfte vom Einlagen- und Kreditgeschäft und legten ihn zur Verabschiedung dem Europäischen Parlament vor. Diese ist bisher aber noch nicht erfolgt.

Ab Oktober 2015 wurde die Liquidity Coverage Ratio (LCR) als Kennzahl zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos von Kreditinstituten in einem ersten Schritt eingeführt. Sie soll sicherstellen, dass jede Bank in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf auch in einem schweren Liquiditätsstressszenario über einen Zeitraum von 30 Kalendertagen selbstständig zu decken.

Auf dem G20-Gipfel im November 2015 in Antalya wurden verbindliche Schwellenwerte sowie der Zeitplan der Einführung für das Verlustabsorptionskapital (Total Loss Absorbency Capacity – TLAC) verabschiedet. Ab 2019 müssen weltweit 30 Kreditinstitute, die als systemrelevant eingestuft sind, 16 % der jeweiligen Risikoaktiva an haftendem Kapital aufweisen. Ab 2022 erhöht sich die Quote auf 18 %. Aus Deutschland zählt nur die Deutsche Bank zur Gruppe der 30 global systemrelevanten Institute.

Die EZB gab im November 2015 bekannt, dass sie den direkt von ihr beaufsichtigten Kreditinstituten der Eurozone individuelle harte Kernkapitalquoten vorgegeben hat. Festgelegt wurde die Höhe der jeweiligen Quote auf der Basis einer aufsichtsrechtlichen Überprüfung und Bewertung (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP), die die EZB 2015 durchgeführt hatte. Erstmals wurden die jeweiligen harten Kernkapitalquoten auf Basis einer europaweit einheitlichen Methodik ermittelt. Die individuellen Quoten veröffentlichte die EZB nicht.

Ende November 2015 veröffentlichte die European Banking Authority (EBA) das Ergebnis der Transparency Exercise, an der 105 Institute aus 21 EU-Ländern teilgenommen hatten. Die Überprüfung erfolgte auf Basis der Bankenbilanzen zum 30. Juni 2015. Die EBA attestierte den Instituten insgesamt eine verbesserte Bilanzqualität. Alle 105 Banken übertrafen die jeweiligen Mindestanforderungen.

Die Leverage Ratio als weiteres aufsichtliches Instrument befindet sich noch in der Testphase durch den Baseler Ausschuss. Zunächst sollen die Banken eine Ratio von mindestens 3 % ausweisen. Bis Ende 2017 werden die Wirkungsweise der Kennziffer analysiert und das Niveau bei Bedarf angepasst. Die endgültige Festlegung einer Mindestgröße wird vor der Umsetzung Anfang 2018 erfolgen.

Am 30. Dezember 2015 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union die Empfehlung der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Politik bezüglich der Dividendenausschüttung veröffentlicht. Die EZB empfiehlt den bedeutenden beaufsichtigten Instituten erneut eine konservative Ausschüttungspolitik, um ihre Eigenkapitalbasis zu stärken. Als Kriterien zur Bemessung der Ausschüttungen werden die Einhaltung der Eigenmittelanforderungen in Bezug auf die aktuellen Anforderungen der CRR, die einzuhaltenden individuell durch die Aufsicht festgelegten sowie allgemeingültigen Kapitalpuffer gemäß KWG sowie ein möglicher SREP-Puffer und die Einhaltung der Kapitalanforderungen bei Nichtanwendung der Übergangsregelungen der CRR herangezogen. Die Empfehlung ist rechtlich nicht bindend.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet weiterhin den deutschen Bankenmarkt. 2015 waren keine nennenswerten Verschiebungen zwischen den einzelnen Säulen zu beobachten. Allerdings bahnt sich im genossenschaftlichen Sektor die Fusion der beiden Spitzeninstitute an, die Mitte 2016 abgeschlossen sein soll.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde im Jahr 2015 um 2,3 % auf 2.440 Mrd € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem Vorjahr leicht beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 1,9 % auf 919 Mrd €, womit der Zuwachs stärker ausfiel als im Vorjahr. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 1,5 % auf 396 Mrd €, nachdem sie im Vorjahr nur ganz leicht gewachsen waren. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich 2015 um 3,1 % auf 1.112 Mrd €. Der Zuwachs war damit deutlich stärker als 2014. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 3,5 % auf 887 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war in den ersten elf Monaten des Jahres 2015 sogar eine Steigerung um 22,0 % zu verzeichnen. In der insgesamt moderaten Belebung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs wider. Die massive Steigerung im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten resultierte insbesondere aus den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und November des Jahres 2015 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert kräftig um 5,8 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen reduzierte sich dabei um

3,9 %. Der hier bereits in den Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Die konjunkturelle Verbesserung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 6,2 %, nachdem es bereits in den Vorjahren zu ähnlich kräftigen Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich erneut positiv ausgewirkt haben.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die im Branchenindex Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Kreditinstitute sowie die Deutsche Postbank AG berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2015 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Vier der fünf Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Drei Banken steigerten im Vorjahresvergleich ihren Überschuss in beiden Abgrenzungen. Ein Kreditinstitut verbuchte sowohl vor als auch nach Steuern einen Verlust. Zwei Institute verbesserten sowohl die Aufwand-Ertrags-Quote als auch die Eigenkapitalrendite nach Steuern. Trotz des Niedrigzinsumfelds und des harten Wettbewerbs in Deutschland erwirtschafteten alle fünf Kreditinstitute einen höheren Zinsüberschuss nach Risikovorsorge als im Vorjahreszeitraum, vier von ihnen auch einen höheren Provisionsüberschuss als in den ersten drei Quartalen 2014. Alle Banken steigerten zudem das Handelsergebnis. Allerdings erhöhte sich bei drei Banken auch der Verwaltungsaufwand im genannten Zeitraum.

Der DAX verzeichnete im Gesamtjahr 2015 ein Plus von 9,6 %. Die Aktien der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verbuchten im genannten Zeitraum dagegen Kursverluste.

GESCHÄFTSVERLAUF

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2015 trotz der anhaltend schwierigen Marktbedingungen in den fortgeführten Geschäftsbereichen ein Ergebnis vor Steuern von 582 Mio € nach 213 Mio € im Vorjahr. Einschließlich des ab dem dritten Quartal 2014 aufgegebenen Geschäftsbereichs Transaction Banking, der 2015 nicht mehr zum Ergebnis beitrug, lag das Ergebnis 2014 bei 432 Mio €.

Das um wesentliche Sondereffekte bereinigte Vorsteuerergebnis stieg gegenüber dem Vorjahr spürbar von 477 Mio € um 9,6 % auf 522 Mio €.

Bereinigt wurden dabei für das Geschäftsjahr 2015 der Ertrag aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV (280 Mio €), erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €), Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration in die bzw. Entflechtung von der Deutschen Bank (–204 Mio €), der Aufwand aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen und eine außerplanmäßige Abschreibung auf vorteilhafte Verträge aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse (–62 Mio €), eine Abschreibung (–38 Mio €) und die nicht mehr vorgenommene Folgebewertung nach IAS 28

(–2 Mio €) bezüglich der PBC Banking Services GmbH sowie Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (–39 Mio €).

Im Vorjahr wurden die Entkonsolidierung der Servicegesellschaften (361 Mio €), Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration in die Deutsche Bank (–147 Mio €), Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (–215 Mio €), Zinsen auf eine Steuernachzahlung für vorausgegangene Geschäftsjahre (–35 Mio €) sowie eine Nachzahlung der Bankenabgabe (–9 Mio €) bereinigt.

Der Konzerngewinn nach Steuern stieg von 259 Mio € im Vorjahr um 134,7 % auf 608 Mio €, wobei der positive Steuereffekt des Berichtsjahres in Höhe von 27 Mio € im Wesentlichen durch Sonderabschreibungen begründet ist.

Die stabile operative Entwicklung ist primär auf unser nachhaltig stabiles Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden zurückzuführen. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus lag der Zinsüberschuss mit 2.403 Mio € leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2.485 Mio €). Der Provisionsüberschuss ging in den fortgeführten Geschäftsbereichen deutlich von 927 Mio € um 15,2 % auf 786 Mio € zurück. Ursächlich hierfür sind die seit Jahresbeginn 2015 geltenden neuen Vertragsbedingungen für die Zusammenarbeit mit der Deutsche Post AG, die bei geringeren Provisionserträgen für die Erbringung von Postdienstleistungen gleichzeitig verminderte Verwaltungsaufwendungen vorsehen. Diesen geringeren Provisionserträgen standen zusätzliche Erträge aus einer veränderten Erfassung der Provisionserlöse aus der Vermittlung von Versicherungen gegenüber.

Das kombinierte Handels- und Finanzanlageergebnis der fortgeführten Geschäftsbereiche verringerte sich deutlich von 210 Mio € um 60,5 % auf 83 Mio €. In den fortgeführten Geschäftsbereichen waren 2014 positive Effekte aus der Übertragung der Servicegesellschaften in Höhe von 162 Mio € entstanden.

Die Risikovorsorge entwickelte sich gegenüber dem schon sehr niedrigen Niveau des Vorjahres von 265 Mio € um 21,1 % auf 209 Mio € weiter rückläufig. Unser Portfolio besteht größtenteils aus hoch besicherten deutschen Baufinanzierungen und profitiert sowohl von der guten Verfassung des deutschen Immobilienmarktes als auch der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland.

Angesichts des anhaltenden Drucks auf die Erträge haben wir dem Kostenmanagement hohe Aufmerksamkeit gewidmet und die Verwaltungsaufwendungen dadurch nahezu konstant halten können. Eine gute Entwicklung verzeichneten die Verwaltungsaufwendungen in den Segmenten Retail Banking, Firmenkunden, Financial Markets und NCOU, während die Verwaltungsaufwendungen im Segment Cost Center/Konsolidierung, insbesondere durch zukunftsgerichtete Investitionen sowie außerordentliche Einmalaufwendungen zur Vorbereitung der Entflechtung von der Deutschen Bank, stiegen. Dass in Summe die Verwaltungsaufwendungen nur leicht rückläufig sind, resultiert aus den steigenden Belastungen zur Erfüllung regulatorischer Anforderungen sowie den Aufwendungen zur Entflechtung von der Deutschen Bank, deren Höhepunkt wir für 2016 erwarten und denen wir weiterhin durch ein striktes Kostenmanagement begegnen.

ERTRAGSLAGE

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen der Gewinn- und Verlustrechnung beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich der Ergebnisse in den fortgeführten Geschäftsbereichen mit den Zahlen des Geschäftsjahres 2014, die in Note 41 in der Spalte „Summe aus fortgeführten Geschäftsbereichen“ wiedergegeben werden.

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss lag – entgegen unserer Erwartung – mit 2.403 Mio € leicht unter dem Vorjahreswert von 2.485 Mio €. Das anhaltend niedrige Zinsniveau stellt für alle einlagenstarken Banken eine Herausforderung dar, wirkte sich jedoch auch positiv auf die Entwicklung der Zinsaufwendungen aus, die im Jahresvergleich um 328 Mio € bzw. 14,6 % zurückgingen. Besonders positiv wirkte sich der Abbau von hochverzinslichen Verbindlichkeiten im Segment NCOU aus. Eine positive Entwicklung konnten wir vor allem durch ein starkes Neukreditgeschäft im Segment Retail Banking verzeichnen. Die im Neugeschäft erzielten Margen liegen über den in den letzten Jahren erzielten Margen, sodass sich die Bestandsmargen entsprechend positiv entwickeln.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis stieg stärker als erwartet von –6 Mio € im Vorjahr auf 56 Mio €. Grund hierfür waren insbesondere substanzielle, per Saldo positive Bewertungsergebnisse der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände sowie der zugehörigen Zinsderivate.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verminderte sich von 216 Mio € um 87,5 % auf 27 Mio € im Berichtsjahr. Der unseren Erwartungen entsprechende, deutliche Rückgang ist auf die positiven Entkonsolidierungseffekte aus der Bündelung unserer Servicegesellschaften im Konzern Deutsche Bank in Höhe von 162 Mio € im Vorjahr zurückzuführen, die den fortgeführten Geschäftsbereichen zuzurechnen waren. Zusätzlich belasteten 2015 eine Abschreibung (–38 Mio €) und die nicht mehr vorgenommene Folgebewertung nach IAS 28 (–2 Mio €) bezüglich der PBC Banking Services GmbH das Finanzanlageergebnis.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss ging erwartungsgemäß von 927 Mio € um 15,2 % auf 786 Mio € zurück. Ursächlich hierfür sind die seit Jahresbeginn 2015 geltenden neuen Vertragsbedingungen für die Zusammenarbeit mit der Deutsche Post AG, die bei rund 180 Mio € geringeren Provisionserträgen für die Erbringung von Postdienstleistungen verminderte Verwaltungsaufwendungen für die Leistungen der Postagenturen und sonstige Serviceleistungen vorsehen. Diesen geringeren Provisionserträgen standen zusätzliche Erträge aus einer veränderten Erfassung der Provisionserlöse aus der Vermittlung von Versicherungen in Höhe von 58 Mio € gegenüber.

Gesamterträge

Die Gesamterträge in den fortgeführten Geschäftsbereichen der Postbank verminderten sich von 3.622 Mio € im Jahr 2014 um 9,7 % auf 3.272 Mio €. Wesentliche Gründe waren die Entwicklung des Provisionsüberschusses und die substanziellen Einmaleffekte aus der Bündelung der Servicegesellschaften im Vorjahr.

Risikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft reduzierte sich trotz des bereits historisch niedrigen Niveaus von 265 Mio € im Vorjahr besser als erwartet um 21,1 % auf 209 Mio €. Darin spiegeln sich einerseits der positive Verlauf im Kundengeschäft, insbesondere die hohe Stabilität aus unserem Privatkundenkreditgeschäft mit einem signifikanten Anteil an hoch besicherten deutschen Immobilienfinanzierungen, sowie andererseits das vorteilhafte makroökonomische Umfeld wider. Diese Entwicklung wurde zusätzlich durch einen im ersten Halbjahr 2015 vereinbarten Verkauf von zwei Portfolios notleidender Kredite begünstigt, aufgrund dessen 32 Mio € Risikoversorge aufgelöst werden konnten. Diesen Effekten steht eine angepasste Parametrisierung in der Berechnung der Portfoliowertberichtigungen gegenüber, die eine Belastung der Risikoversorge in Höhe von 27 Mio € zur Folge hatte.

Die annualisierte Nettozuführungsquote – bezogen auf den Kundenkreditbestand – lag mit 22 Basispunkten u. a. wegen der genannten Auflösung von Risikoversorge deutlich unter dem Niveau des Vorjahres mit 28 Basispunkten.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand im Jahr 2015 lag mit 2.724 Mio € erwartungsgemäß leicht unter dem Vorjahreswert von 2.729 Mio €. Ohne Berücksichtigung diverser Sondereffekte hätte sich die strenge Kostendisziplin in den Verwaltungsaufwendungen noch deutlich positiver bemerkbar gemacht.

Der Personalaufwand verzeichnete hierbei einen Anstieg von 1.131 Mio € um 5,3 % auf 1.191 Mio € aufgrund von höheren Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der Entflechtung von der Deutschen Bank sowie Rückstellungen für Vorruhestandsregelungen und Abfindungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen beinhalteten insbesondere Sondereffekte durch Sachkosten in Verbindung mit der Entflechtung von der Deutschen Bank sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf bisher gemeinsam mit der Deutschen Bank geplante IT-Projekte.

Unter Berücksichtigung der getätigten zukunftsgerichteten Investitionen – beispielsweise in Effizienzsteigerung und die weitere Digitalisierung des Geschäftsmodells – und der gestiegenen Belastungen zur Erfüllung erhöhter regulatorischer Anforderungen konnten wir damit insgesamt eine zufriedenstellende Verbesserung des Verwaltungsaufwands erzielen.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag nach –415 Mio € bei 243 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Der Vorjahreswert enthielt Belastungen u. a. aus dem vorfristigen Rückkauf von Passivpositionen sowie aus Aufwendungen für erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen in Höhe von 129 Mio €. Erwartungsgemäß entstanden 2015 keine weiteren nennenswerten Belastungen. Die Aufwendungen aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung gingen von 79 Mio € auf 13 Mio € zurück. Im Jahr 2015 wurden dagegen positive Effekte aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV (280 Mio €) sowie erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €) verzeichnet.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich nach 432 Mio € (inklusive des aufgegebenen Geschäftsbereichs) um 34,7 % auf 582 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Wesentlicher Treiber waren die stabile operative Entwicklung sowie positive Effekte aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV (280 Mio €), erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €) in Verbindung mit den fortgefallenen Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (215 Mio € im Jahr 2014). Auf den aufgegebenen Geschäftsbereich entfielen im Jahr 2015 keine Ergebnisbeiträge gegenüber 219 Mio € im Vorjahr.

Ein Steuerertrag in Höhe von 27 Mio € resultierte primär aufgrund von Aufwendungen aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse.

Unter Berücksichtigung des Anteils Konzernfremder in Höhe von 1 Mio € stieg der Konzerngewinn im Jahr 2015 von 259 Mio € auf 608 Mio €.

Das Gesamtergebnis der Postbank einschließlich Veränderungen der Bewertungsrücklagen stieg von 460 Mio € um 51,7 % auf 698 Mio € im Jahr 2015. Wesentlicher Treiber neben dem Konzerngewinn waren Neubewertungsgewinne aus leistungsorientierten Versorgungsplänen in Höhe von 108 Mio €.

Auf Basis des Tangible Equity ergibt sich ein Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern in Höhe von 13,0 % für 2015 nach 6,1 % inklusive des aufgegebenen Geschäftsbereichs im Vorjahr.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie betrug 2,78 € (Vorjahr: 1,18 €). Auf den aufgegebenen Geschäftsbereich entfielen im Vorjahr 0,67 €.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG**Retail Banking**

Im Segment Retail Banking stieg das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2015 nicht wie erwartet um einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag, sondern um 87 Mio € bzw. 16,4 % gegenüber 2014 auf 616 Mio €. Bei um 2,5 % moderat rückläufigen Gesamterträgen ist dies vor allem auf einen Rückgang der Verwaltungsaufwendungen sowie die deutlich geringere Risikovorsorge zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss stieg wie erwartet erneut leicht um 0,7 % auf 2.608 Mio €. Nach wie vor stellt das Umfeld niedriger Zinsen eine besondere Herausforderung bei der Anlage der uns überlassenen Kundengelder dar, jedoch konnte die Postbank von margenstarkem Kreditneugeschäft in Verbindung mit geringeren Zinsaufwendungen profitieren.

Das Handelsergebnis lag bei 22 Mio € und damit um 32 Mio € über dem Wert des Vorjahres. Das gute Handelsergebnis, das im Wesentlichen in der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG entsteht, wurde durch substantielle per Saldo positive Bewertungseffekte

der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände sowie der zugehörigen Zinsderivate verzeichnet.

Der Provisionsüberschuss ging erwartungsgemäß deutlich um 15,5 % auf 741 Mio € zurück. Der Rückgang resultiert primär aus der veränderten Vertragsgestaltung mit der Deutsche Post AG, die zu einer Verminderung von Provisionserträgen aus erbrachten Postdienstleistungen, aber auch gleichzeitig zu verringerten Verwaltungsaufwendungen mit einem per Saldo negativen Effekt führte. Diesem standen zusätzliche Erträge aus einer veränderten Erfassung der Provisionserlöse aus der Vermittlung von Versicherungen gegenüber.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich entgegen unserer Prognose trotz Volumenausweitung im Kreditgeschäft und angepasster Parametrisierung in der Berechnung der Portfoliowertberichtigungen mit negativer Auswirkung auf die Risikovorsorge im Jahr 2015 von 221 Mio € auf 174 Mio € weiter deutlich. Damit befindet sich diese auf historisch sehr niedrigem Niveau. Der von uns zu Jahresbeginn erwartete moderate Anstieg der Risikovorsorge trat nicht ein. Diese positive Entwicklung wurde einerseits durch den im ersten Halbjahr 2015 vereinbarten Verkauf notleidender Kredite und die damit verbundene Auflösung von Risikovorsorge in Höhe von 32 Mio € begünstigt. Andererseits ist dies der anhaltend stabilen Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt und der hohen Kreditqualität im gesamten Privatkundengeschäft zu verdanken, das von unserem sehr granularen und hoch besicherten privaten Baufinanzierungsgeschäft dominiert wird.

Der Verwaltungsaufwand verringerte sich um 114 Mio € bzw. 6,7 % auf 1.593 Mio € stärker als erwartet. Dieser Rückgang ist auf eine veränderte Verrechnung von Leistungen der Servicegesellschaften für das Segment Retail Banking und die veränderte Vertragsgestaltung mit der Deutsche Post AG zurückzuführen. Die Entgelte für Leistungen des Transaction Banking werden zwar nicht mehr als Sachkosten erfasst, gehen aber als Teil der internen Verrechnung weiterhin in das Segmentergebnis ein. Gegenüber 2014 stiegen die internen Verrechnungen um 108 Mio € auf 891 Mio €.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei -97 Mio € nach -218 Mio € im Vorjahr. Im Jahr 2014 waren Aufwendungen für Zahlungsverkehrs- und andere Dienstleistungen im ersten Quartal noch in den Verwaltungsaufwendungen der konsolidierten Servicegesellschaften enthalten. Nach Bündelung der Servicegesellschaften zum zweiten Quartal 2014 fallen diese in Form von Dienstleistungsverrechnungen in der Position „Sonstige Aufwendungen“ an. Im Jahr 2014 waren zudem noch Aufwendungen für erwartete bzw. bereits erfolgte Rückerstattungen von Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen enthalten.

Die Cost Income Ratio des Segments verbesserte sich von 79,8 % auf 78,9 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 20,4 % nach 19,9 % im Vorjahr.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden erhöhte sich das Ergebnis vor Steuern spürbar um 13 Mio € bzw. 8,6 % auf 164 Mio € und damit stärker als erwartet. Der vor allem durch geringere Volumen im kurzfristigen Einlagengeschäft und auslaufende margenstarke Geschäfte auf der Aktivseite um 10 Mio €

entgegen unserer Prognose geringere Zinsüberschuss in Höhe von 267 Mio € konnte durch wie geplant gesunkene Verwaltungsaufwendungen überkompensiert werden. Bei einem moderat rückläufigen Provisionsüberschuss von 80 Mio €, einem konstantem Handelsergebnis von 1 Mio € und einem um 8 Mio € verbesserten Finanzanlageergebnis in Höhe von –2 Mio € beliefen sich die Gesamterträge im Jahr 2015 auf 346 Mio € nach 351 Mio € im Vorjahr.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag entgegen unserer Erwartung mit 34 Mio € unter den 37 Mio € im Vorjahr. Diese Entwicklung wurde durch das vorteilhafte gesamtwirtschaftliche Umfeld sowie Forderungsverkäufe und die damit verbundene Auflösung von Risikovorsorge begünstigt.

Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich erwartungsgemäß vor allem durch geringere Sach- (13 Mio €), Personal- (4 Mio €) sowie Restrukturierungsaufwendungen (3 Mio €) um 20 Mio € auf 59 Mio €. Grund hierfür war wiederum überwiegend die Übertragung der Servicegesellschaften, deren Kostenumlagen im Segment seither als Verrechnungen erfasst werden.

Die Verrechnungen betragen –90 Mio € nach –99 Mio € im Vorjahr. Die Cost Income Ratio verbesserte sich ebenso spürbar (Reduzierung von 51,2 % auf 46,0 %) wie die Eigenkapitalrendite vor Steuern (Anstieg von 25,2 % auf 33,4 %).

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets verringerte sich 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert aufgrund der unvorteilhaften Zinsentwicklung und der wie erwartet geringeren Realisierungen im Finanzanlageergebnis um 86 Mio € auf –91 Mio €. Damit lag das Ergebnis vor Steuern nicht, wie von uns erwartet, im unteren negativen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Der Zinsüberschuss des Segments ging gegenüber dem Vorjahr um 95 Mio € auf –48 Mio € in den prognostizierten negativen Bereich zurück. Dies ist wesentlich auf die infolge der durch die EZB verfolgten expansiven Geldpolitik gesunkenen Geldmarktzinsen zurückzuführen.

Das Handelsergebnis war nach 3 Mio € im Vorjahr mit 33 Mio € signifikant positiver, was durch Bewertungsanpassungen bei Aktiva (Credit Valuation Adjustments – CVA) und Passiva (Debit Valuation Adjustments – DVA) sowie durch ein positives Devisenergebnis verursacht wurde.

Der Provisionsüberschuss ging von –15 Mio € im Vorjahr auf –21 Mio € zurück. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich infolge der Fokussierung des Geschäfts um 7 Mio € auf 44 Mio €. Die Sonstigen Erträge und Aufwendungen verzeichneten ein positives Ergebnis von 1 Mio € nach –2 Mio € im Vorjahr. Wesentlicher Treiber für diese Größen war die Übertragung der Geschäfte in Luxemburg von einer Tochtergesellschaft (PBI) auf eine Niederlassung, die insbesondere zu einer Verminderung der gesellschaftsrechtlich und regulatorisch bedingten Aufwendungen führte.

Die Verrechnungen betragen –42 Mio € nach –38 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, was auf höhere Verrechnungen innerhalb der BHW Bausparkasse zurückzuführen ist.

Sowohl die Cost Income Ratio als auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern bewegten sich im negativen Bereich.

Non Core Operating Unit (NCOU)

Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) verzeichnete erwartungsgemäß ein signifikant verbessertes, allerdings anhaltend negatives Ergebnis vor Steuern von –415 Mio €, nachdem es im Vorjahr bei –604 Mio € gelegen hatte.

Der Zinsüberschuss stieg wie erwartet um 65 Mio € auf –365 Mio €. Dies ist vor allem eine Folge reduzierter hochverzinslicher Passiva, u. a. nachdem im Jahresverlauf 2014 eine Jumbo-Emission mit einem Volumen von 1,5 Mrd € fällig geworden war.

Das Handelsergebnis blieb unverändert bei 0 Mio €.

Das Finanzanlageergebnis verbesserte sich von –10 Mio € im Vorjahr auf 13 Mio €. Gründe hierfür sind einerseits realisierte Gewinne aus der Veräußerung von Anleihen aus Peripheriestaaten im Jahr 2015. Andererseits entfielen Belastungen aus vermittelten geschlossenen Fonds.

Der Verwaltungsaufwand ging um 8 Mio € auf 17 Mio € zurück, was vor allem auf die Schließung des operativen Geschäfts der Niederlassung London zurückzuführen ist.

Aufgrund des positiven Marktumfelds im Jahr 2015 zeichnete sich kein größerer zusätzlicher Vorsorgebedarf für Risikopositionen im Segment NCOU ab, sodass mit 2 Mio € gegenüber 8 Mio € im Vorjahr weniger Risikovorsorge gebildet werden musste.

In den Sonstigen Aufwendungen wurden deutlich geringere Aufwendungen für nicht mehr vertriebene Produkte und den Rückkauf von Passiva verzeichnet, sodass sich der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen von –97 Mio € im Vorjahr auf –12 Mio € verbesserte.

Sowohl die Cost Income Ratio als auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern bewegten sich im negativen Bereich.

Cost Center/Konsolidierung

Dieses Segment enthält neben den Konzernkonsolidierungen auch die Ergebnisse der Cost Center zusätzlich zu den Ergebnissen der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaften (siehe Note 41 im Konzernanhang) sowie die Überleitung zum Konzernergebnis. Grundsätzlich werden alle Erträge und Aufwendungen auf die operativen Segmente verrechnet.

Positive wie negative Ergebnisse entstehen vor allem aus Sondereffekten, wie sie aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV (280 Mio €), durch erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €), aus einer Abschreibung (–38 Mio €) und der nicht mehr vorgenommenen Folgebewertung nach IAS 28 (–2 Mio €) bezüglich der PBC Banking Services GmbH, dem Aufwand aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen und einer außerplanmäßigen Abschreibung auf vorteilhafte Verträge aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse (–62 Mio €) sowie der Entkonsolidierung der Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn (5 Mio €), resultierten.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments betrug 308 Mio € nach 361 Mio € im Vorjahreszeitraum und lag damit deutlich über unserer Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses. Dies war überwiegend auf einen positiven Entkonsolidierungseffekt in Höhe von 349 Mio € im Zuge der Bündelung der Servicegesellschaften im Konzern Deutsche Bank zum 1. April 2014 sowie den Abgang der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 12 Mio € für diese Gesellschaften zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss ging auf –59 Mio € gegenüber 0 Mio € im Vorjahr deutlich zurück. Grund hierfür ist ein Aufwand aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse.

Das Finanzanlageergebnis betrug –13 Mio € nach einem Vorjahreswert von 385 Mio €. Diese Entwicklung beruht primär auf dem erwähnten Sondereffekt aus der Bündelung der Servicegesellschaften im Jahr 2014. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich um 119 Mio € auf 1.011 Mio €. Ursächlich hierfür sind vor allem zukunftsgerichtete Investitionen sowie außerordentliche Aufwendungen im Zuge der Entflechtung von der Deutschen Bank.

Positiv mit 1.061 Mio € schlagen die Verrechnungen aus den zu Vollkosten ausgewiesenen anderen Segmenten zu Buche. Die Belastungen aus den auf die anderen Segmente verteilten Verrechnungen ergeben sich in derselben Höhe, also mit –1.061 Mio €.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug 350 Mio € nach –92 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Veränderung beruht primär auf Sondereffekten, wie den positiven Effekten aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV in Höhe von 280 Mio €, erhaltenen Ausgleichzahlungen und zugehörigen Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank in Höhe von 124 Mio € sowie dem Wegfall belastender Sondereffekte, im Wesentlichen durch steuerliche Belastungen aus Vorjahren im Jahr 2014.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2015 mit 150,6 Mrd € um 3,1 % unter dem Vorjahreswert von 155,4 Mrd €. Auf der Aktivseite der Bilanz haben wir den Abbau der Finanzanlagen weiter vorangetrieben. Die Struktur der Passivseite wurde entsprechend angepasst. Neben den verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich auch die Kundeneinlagen.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die auch verbrieft sind, wie Schuldscheindarlehen enthalten, erhöhten sich gegenüber dem Jahresende 2014 um 0,4 Mrd € auf 98,4 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Ratenkredite zurückzuführen.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung lagen in Summe unter dem Vorjahresendwert und betrugen 68,3 Mrd € (Vorjahr: 69,3 Mrd €), was primär auf das Auslaufen von 0,7 Mrd € in Portfolios mit angekauften Baufinanzierungen sowie

0,6 Mrd € der NCOU zugeordneten Portfolios zurückgeführt werden kann. Während bei BHW hohe Forderungsausläufe durch die im aktuellen Umfeld erhöhte Tilgungsneigung verzeichnet werden mussten, gelang für das unter der Marke DSL Bank getätigte Baufinanzierungsgeschäft eine teilweise kompensierende Bestandserhöhung durch das anhaltend gute Neugeschäft. Das Ratenkreditgeschäft wuchs deutlich um 355 Mio € bzw. 5,8 % auf rund 6,5 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute, verminderten sich im Berichtsjahr um 6,5 Mrd € auf 47,3 Mrd €.

Unserer De-Risking-Strategie folgend, reduzierten wir unseren Bestand an Finanzanlagen 2015 erneut um 2,7 Mrd € auf 30,8 Mrd €.

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen aufgrund einer weiteren Reduzierung der Wertpapierpensionsgeschäfte um 3,7 Mrd € auf 15,9 Mrd € zurück.

Die Handelsaktiva aus positiven Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten im Handelsbestand reduzierten sich insbesondere aufgrund von Fälligkeiten in den Held for Trading Loans der BHW Bausparkasse (–48 Mio €) von 697 Mio € auf 647 Mio €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu 2014 um 1,4 Mrd € auf 119,1 Mrd €. Dabei entwickelten sich die Spareinlagen mit 41,8 Mrd € gegenüber 44,5 Mrd € im Vorjahr um 6,1 % rückläufig, während die Bauspareinlagen sich moderat um 0,8 Mrd € auf 19,3 Mrd € verminderten. Die Entwicklung bei den Spareinlagen ist überwiegend auf das historisch niedrige Zinsniveau und die damit einhergehende niedrige Sparneigung bzw. erhöhte Konsumbereitschaft zurückzuführen. Die anderen Verbindlichkeiten erhöhten sich vor allem aufgrund höherer Sichteinlagen von 55,9 Mrd € auf 58,0 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, reduzierten sich im Jahr 2015 um 14,4 % bzw. 3,3 Mrd € auf 19,6 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, inklusive der zweckgebundenen über die KfW erhaltenen Refinanzierungsmittel, reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 2,2 Mrd € auf 15,4 Mrd €. Dieser Rückgang ist primär auf ein vermindertes Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

Unsere gute Liquiditätssituation verbunden mit einem geringen Erfordernis von Neuemissionen und der Fälligkeit von Beständen führte zu einer Verringerung der verbrieften Verbindlichkeiten um weitere 1,2 Mrd € auf 3,4 Mrd € am Ende des Berichtsjahres.

Weitgehend analog zu den Handelsaktiva reduzierten sich die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2014 von 767 Mio € auf 665 Mio €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem angepassten Vorjahreswert um 697 Mio € auf 7.158 Mio €. Dies ist überwiegend auf den Konzerngewinn in Höhe von 609 Mio € und Neubewertungsgewinne aus leistungsorientierten Versorgungsplänen zurückzuführen.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2014 von 10,7 %¹ auf 13,7 %². Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer positiven Gewinnentwicklung sowie aus dem Rückkauf der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV³, die im Rahmen von Übergangsregelungen in Teilen dem zusätzlichen Kernkapital zugerechnet werden dürfen und somit eine Verschiebung der ebenfalls aus den Übergangsregelungen resultierenden Abzugspositionen vom harten Kernkapital zum zusätzlichen Kernkapital ermöglichen. Dieser indirekte Effekt bewirkt eine Erhöhung der harten Kernkapitalquote in der Regular-phased-in-Sicht. Der gleichzeitige Anstieg risikogewichteter Aktiva konnte durch diese Effekte überkompensiert werden.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio nach Feststellung) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2014 von 10,2 %⁴ auf 11,4 %⁵. Der wesentliche Treiber für diese positive Veränderung liegt in der Gewinnentwicklung.

Die Leverage Ratio per 31. Dezember 2015 liegt unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen (regular phased-in) bei 4,1 %. Ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) ergibt sich eine Verschuldungsquote in Höhe von 3,4 %. Den Berechnungen liegen die neuen regulatorischen Anforderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 zugrunde. Beide Werte basieren auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 vorbehaltlich dessen Billigung.

Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2015

Die Investitionen der Postbank im Jahr 2015 waren insbesondere geprägt durch regulatorische Anforderungen, den Richtungswechsel von der Integration zur Entflechtung von der Deutschen Bank und strategische Investitionen in den Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit.

2015 bildeten insbesondere gesetzlich bedingte Investitionen den Schwerpunkt. Darunter fallen z. B. Maßnahmen zur Risikominimierung und Einhaltung von Qualitätsstandards entsprechend den Anforderungen der EZB und der BaFin sowie von Basel III und der Novellierung des Pfandbriefgesetzes. Darüber hinaus bildeten Investitionen im Zusammenhang mit der Integration in die Deutsche Bank bzw. die organisatorische und technische Entflechtung von der Deutschen Bank einen weiteren Schwerpunkt.

Zu den Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit gehörten insbesondere Investitionen in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen (z. B. End-to-End Optimierung), die Erhöhung des Automatisierungsgrades im Bankgeschäft (z. B. Selbstbedienungsterminals, Geldausgabeautomaten) und neue, moderne Filialformate, welche die strategische Ausrichtung „digital & persönlich“ unterstützen.

Die aus den Vorjahren fortgeführte Schließung des Bargeldkreislaufs in den Filialen ist ein weiterer Investitionsschwerpunkt, der zur Steigerung der Effizienz beiträgt.

Gesamtaussage Geschäftslage 2015

Die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Postbank ist trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen stabil. Dies ist maßgeblich auf die Fokussierung und Entwicklung unseres – nachhaltig wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Das Kundengeschäft entwickelte sich stabil. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurden der Bestand an Finanzanlagen und verbrieften Verbindlichkeiten weiter reduziert und die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auch ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) mit einem Anstieg von 10,2 %⁴ auf 11,4 %⁵ erneut spürbar gestärkt.

Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich nach 432 Mio € (inklusive des aufgegebenen Geschäftsbereichs) um 34,7 % auf 582 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Wesentliche Treiber waren die stabile operative Entwicklung sowie positive Effekte aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV (280 Mio €), erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €) in Verbindung mit den fortgefallenen Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (2014: 215 Mio €). Aufgrund der beschriebenen positiven Sondereffekte im vierten Quartal 2015, insbesondere des Ertrags aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV, trat die von uns erwartete Entwicklung nicht ein, die eine Verschlechterung des Ergebnisses vor Steuern um einen höheren zweistelligen Millionen-Euro-Betrag unterstellte.

Der Return on Equity vor Steuern inklusive des aufgegebenen Geschäftsbereichs beträgt 8,8 % (Vorjahr: 6,9 %). Aufgrund der beschriebenen positiven Sondereffekte im vierten Quartal, insbesondere dem Ertrag aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV, trat die von uns erwartete Entwicklung nicht ein, die eine Verschlechterung der Eigenkapitalrendite in der Größenordnung von ein bis zwei Prozentpunkten unterstellte.

Die Cost Income Ratio lag erwartungsgemäß bei 81,0 % nach 83,5 % inklusive des aufgegebenen Geschäftsbereichs im Vorjahr.

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 vorbehaltlich dessen Billigung

³Weitere Informationen zu dieser Transaktion können im Abschnitt „Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2015“ nachgelesen werden.

⁴Pro-forma-Werte gemäß CRR/CRD IV auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 in dessen gebilligter Fassung

⁵Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 vorbehaltlich dessen Billigung

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2014 von 10,2 %¹ auf 11,4 %². Der wesentliche Treiber für diese positive Veränderung liegt in der Gewinnentwicklung.

Die Leverage Ratio per 31. Dezember 2015 liegt ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) bei 3,4 %. Den Berechnungen liegen die neuen regulatorischen Anforderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 zugrunde.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Das Ergebnis der im Jahr 2015 durchgeführten Mitarbeiterbefragung zur Dimension Identifikation (Commitment) hat sich gegenüber dem entsprechenden Ergebnis aus dem Jahr 2014 positiv entwickelt. Der Zustimmungswert hat sich deutlich erhöht, sodass sich die Mitarbeiterzufriedenheit erneut stärker als erwartet verbessert hat. Diese Entwicklung führen wir insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbilds und der Werte der Postbank sowie der Postbank Agenda im Jahr 2015 zurück.

Die Zufriedenheitswerte, welche im Rahmen einer kontinuierlichen Zufriedenheitsbefragung von Privatkunden erhoben werden, weisen trotz des für die Postbank aktuell schwierigen Umfelds niedriger Zinsen (notwendige Maßnahmen zur Erhöhung der Profitabilität wie z. B. Preiserhöhung bei beleghaften Buchungen) wie erwartet einen stabilen Seitwärtstrend aus und bewegen sich auf dem langjährigen Durchschnittsniveau. Bei Geschäfts- und Firmenkunden bestätigt die positive Entwicklung der Kundenzufriedenheit den eingeschlagenen Weg der Ausrichtung auf den Mittelstandskunden.

NACHTRAGSBERICHT

Nach erfolgter Eintragung des Squeeze-out in das Handelsregister am 21. Dezember 2015 sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG kraft Gesetzes auf die Deutsche Bank übergegangen. Mit sofortiger Wirkung wurde der Handel der Postbank Aktie an allen Börsen eingestellt.

Die letzte Börsenzulassung wurde mit Ablauf des 13. Januar 2016 widerrufen. Somit ist die Deutsche Postbank AG seit dem 14. Januar 2016 nicht mehr börsennotiert.

Im Dezember 2015 hat die Postbank einen Kaufvertrag mit der PBC Banking Services GmbH über den Rückwerb ihrer Servicegesellschaften und gleichzeitig mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG über die Veräußerung der von der Postbank gehaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH unterzeichnet. Der Erwerb und die Veräußerung erfolgten mit Wirkung zum 1. Januar 2016. Seit dem 1. Januar 2016 gehören die fünf Servicegesellschaften Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und BHW Kreditservice GmbH entsprechend wieder zur Postbank Gruppe. Rund 6.000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten aktuell in den Servicegesellschaften. Organisatorisch sind die Servicegesellschaften – mit Ausnahme der Postbank Direkt GmbH – dem zum 1. Dezember 2015 neu eingeführten Vorstandsressort IT/Operations zugeordnet. Die Postbank Direkt GmbH wird im Ressort Produkte geführt.

Im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung am 1. Februar 2016 wurden Frau Karen Meyer und Herr Michael Spiegel mit sofortiger Wirkung bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt, zu Mitgliedern des Aufsichtsrats als Vertreter der Anteilseigner gewählt. Frau Meyer folgte Herrn Dr. Christian Ricken, der sein Mandat zum Ablauf des 31. Januar 2016 niedergelegt hat. Das vorgesehene Ersatzmitglied Dr. Roland Manfred Folz hatte erklärt, sein Ersatzmandat niederzulegen und nicht in den Aufsichtsrat aufzurücken. Herr Spiegel ist durch Beschluss des Amtsgerichts Bonn vom 17. November 2015 anstelle des Aufsichtsratsmitglieds Herrn Stefan Krause, welcher als Vertreter der Anteilseigner aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, gemäß § 104 Abs. 2 i.V.m Abs. 3 Nr. 2 AktG zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt worden.

Die Deutsche Bank AG hat das Patronat für die Deutsche Postbank AG, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht der Deutschen Bank für das Jahr 2014, mit Ablauf des 30. Juni 2016 beendet und gekündigt.

¹Pro-forma-Werte gemäß CRR/CRD IV auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 in dessen gebilligter Fassung

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 vorbehaltlich dessen Billigung

CHANCENBERICHT

Niedriges Zinsniveau stimuliert die private Kreditnachfrage

Das aktuell historisch niedrige Zinsniveau hat zu einer erhöhten Konsumneigung der Privatkunden geführt. Zudem stimulieren die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach privater Wohnungsbaufinanzierung. Die Postbank hat hiervon 2015 durch ein anhaltend reges Neugeschäft bei Konsumentenkrediten (2,6 Mrd €) und bei Wohnungsbaukrediten (10,5 Mrd €) weiter profitieren können. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Einlagen im Spargeschäft der Postbank mit -5,9% weiter rückläufig, während der Bestand an Sichteinlagen weiter anstieg. Vor allem im Kreditneugeschäft können aktuell deutlich verbesserte Margen erzielt werden.

Kaufkraft in Deutschland kann weiter steigen

Eine Reihe von Faktoren könnte die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung weiter steigern und damit das Privatkundengeschäft der Postbank begünstigen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und erwartete höhere Tarifabschlüsse in Verbindung mit niedrigen Energiepreisen könnten auf kurze Sicht zu einem spürbaren Anstieg der Realeinkommen und damit zu einer größeren Zuversicht in Deutschland führen. Auf mittlere bis lange Sicht könnten sich diese Faktoren allerdings auch hemmend auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken.

Richtungswechsel in der Geldpolitik kurzfristig nicht wahrscheinlich

Eine kurzfristige Wendung der Europäischen Zentralbank (EZB) hin zu einer restriktiveren Zinspolitik ist nach den am 22. Januar 2015 gefassten Beschlüssen nicht zu erwarten. Vielmehr wurde auf Sicht eine deutlich expansivere Geldpolitik initiiert. Dieses Szenario könnte sich allerdings durch Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Eurozone und insbesondere über die langfristige Refinanzierung des Verbunds bzw. seiner Mitgliedsländer drastisch ändern, sofern sogenannte Eurobonds oder ähnliche Konstrukte für eine kollektive (Teil-)Refinanzierung der Mitgliedsländer in der Eurozone in Erwägung gezogen werden sollten.

Eine gemeinsame (Teil-)Verschuldung in der Eurozone würde unmittelbar zu erhöhten Zinsen für und in Deutschland führen. Kurzfristig wäre hiervon ein Anstieg der privaten Kreditnachfrage, insbesondere nach Wohnungsbaukrediten mit längerer Festzinsbindung, in der Erwartung weiterer Zinssteigerungen zu unterstellen.

Zusätzlich würde ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario zu neuen Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen und damit zu einer Förderung des Provisionsgeschäfts beitragen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten werden.

Digitalisierung im Bankgeschäft schreitet fort

Mit ihrer Positionierung „digital & persönlich“ hat die Postbank frühzeitig den Trend zur Digitalisierung von Bankgeschäften aufgegriffen und wurde bereits vielfach für ihre digitalen Angebote ausgezeichnet. Mit der stark zunehmenden Nutzung mobiler Zugänge gewinnt die Entwicklung weiter an Momentum. Bestandskunden wünschen eine sichere, schnelle und vor allem unkomplizierte Abwicklung ihrer Geschäfte, Neukunden fühlen sich zunehmend durch ein überzeugendes Angebot von Informations- und Abschlussmöglichkeiten angezogen. Für die Postbank bietet die Digitalisierung zusätzliche Chancen, ihre Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat- und Firmenkunden. Der Fokus im Risikomanagement der Postbank lag 2015 primär auf dem Umgang mit Geschäftsrisiken und Operationellen Risiken. Insbesondere aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) werden die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell fortlaufend überprüft. Im zweiten Quartal 2015 standen aufgrund der ange deuteten Entscheidungen zur Zinswende in den USA kurzfristige Marktrisiken im Vordergrund.

Das Risikoprofil der Postbank in Bezug auf die Operationellen Risiken ist maßgeblich bestimmt durch ihre strategische Positionierung als Multikanalbank mit einem flächendeckenden Filial- und Servicenetz sowie einer marktführenden Stellung im Electronic Banking in Deutschland. Hierdurch ist die Postbank einer erhöhten latenten Bedrohung durch betrügerische Angriffe von außen ausgesetzt.

Der aus dem Anlagebuch der Bank resultierende Marktrisiko kapitalbedarf lag zum Jahresultimo 2015 aufgrund einer gegenüber dem Vorjahresultimo leicht reduzierten Zinsrisikoposition und geringerer Credit-Spread-Sensitivitäten des Bestands unter dem Niveau des Vorjahres. Handelsbuchaktivitäten fanden 2015 nicht statt. Sowohl die konjunkturelle Situation als auch der Ausblick für das gesamtwirtschaftliche Umfeld, in dem sich die Postbank bewegt, sind weiterhin solide. Der gute Zustand des Arbeitsmarktes 2015, dokumentiert in einer sinkenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitig steigender Erwerbstätigkeit, die Immobilienpreisentwicklung sowie die positive Entwicklung der deutschen Industrie bieten Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden. Gleichzeitig wirkt diese gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikovorsorge bei.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen abweichende, verschärfte Entwicklung der europäischen Staatsschulden oder einer andauernden Niedrigzinsphase, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Berichtsjahr 2015 wurden die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag im Berichtsjahr aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein anhaltend vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, in dem sich die Bank bewegt, gute Erlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung in der Baufinanzierung sowie ein konsequentes Risikomanagement – deutlich unter dem Vorjahresniveau. Zusätzlich entlasteten Verkäufe von notleidenden Krediten die Risikokosten.

Für das Jahr 2016 erwarten wir eine weiterhin positive Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem anhaltend soliden konjunkturellen Umfeld, getragen durch eine weitere Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sowie eine stabile Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. Während der Geldmarkt im Zusammenhang mit der weiterhin expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auf historisch niedrigem Niveau mit teilweise negativen Renditen verharrte, war der Kapitalmarkt im Berichtsjahr 2015 von erhöhten Zins- und Spread-Volatilitäten und einer leicht steileren Steigung der Zinsstrukturkurve geprägt. In diesem Umfeld stieg auch der operative Value-at-Risk (VaR) des Anlagebuchs im Berichtszeitraum an.

Der auf Basis eines Stressed-VaR-Ansatzes berechnete Risikokapitalbedarf für Marktrisiken ist gegenüber dem Vorjahresultimo gesunken. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen ein Rückgang des Credit Spread Exposure, u. a. in Bezug auf Staatsanleihen und Pfandbriefemissionen. Ausblickend rechnet die Postbank auch für das Jahr 2016 mit einer im Vergleich zum aktuellen Niveau unveränderten Marktrisikoauslastung.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide und wird auch weiterhin als sehr stabil erwartet.

Im Berichtsjahr 2015 wurde die seit 2014 angestrebte Reduktion der hohen Überschussliquidität durch weitere Steuerungsmaßnahmen weiter vorangetrieben. Die Entwicklung der Überschussliquidität im Jahr 2015 ist in der gleichnamigen Tabelle im Abschnitt „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“ dargestellt.

Operationelle Risiken

Das OpRisk-Schadenprofil der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten „High-Frequency/Low-Impact-Schäden“, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten.

In den letzten Jahren war außerdem eine Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil dieser bezog sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds; der Vertrieb der Fonds wurde 2012 eingestellt.

Im Berichtsjahr war nunmehr bei den Klagen und Beschwerden zur Anlageberatung ein rückläufiger Trend, bei denen zum Thema Widerrufsbelehrung bei Baufinanzierungen dagegen eine Zunahme zu beobachten.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Im Berichtszeitraum hat die Postbank die notwendigen Projektaktivitäten für die Umsetzung der bankaufsichtlichen Anforderungen vorangetrieben. Dies betraf insbesondere die erweiterten Anforderungen zum Meldewesen der Risikotragfähigkeit sowie der Liquiditätskennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Delegated Act (Verordnung der EU-Kommission 2015/61) und der Leverage Ratio.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland und UK (Commercial Real Estate). Vorbehaltlich der noch ausstehenden Zulassung ist für 2016 eine Überführung des PK-Dispo-Ratingsystems in den A-IRBA vorgesehen.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Operationelle Risiken ermittelt die Postbank nach dem Standardansatz.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement befindet sich die Postbank seit 2011 fortlaufend in Projekten zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen. Bei den aktuellen Projektaktivitäten im Liquiditätsumfeld steht die Weiterentwicklung von Datenbasis, Systemen und Prozessen zur Umsetzung der Anforderungen zu den Additional Liquidity Monitoring Metrics (ALMM), zum EBA Funding Plan sowie zu den Änderungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Delegated Act im Fokus. Den Schwerpunkt bildete 2015 die Einführung einer Meldesoftware für die oben genannten Liquiditätsmeldungen, mit der sowohl die Meldungen der LCR nach Delegated Act (Erstmeldung im Oktober 2015) als auch parallel der LCR nach der Capital Requirements Regulation (CRR) erstellt und fristgerecht an die Aufsicht bzw. die Deutsche Bank übermittelt wurden. Im Jahr 2016 müssen, abhängig von einer möglichen Entkonsolidierung der Postbank, gegebenenfalls weitere regulatorische Anforderungen bezüglich des Liquiditätsrisikos umgesetzt werden.

Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Management-reports sowie Kernkennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Mit Inkrafttreten der SSM-Verordnung (SSM – Single Supervisory Mechanism) wurde eine einheitliche Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB etabliert. Als Teil der Deutschen Bank wird die Postbank diesbezüglich bei Anfragen der Bankenaufsicht an die Deutsche Bank mit einbezogen.

Auch über das Jahr 2015 hinaus ist die Postbank mit umfangreichen regulatorischen Neuerungen konfrontiert. Hierzu gehören u. a. die Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS # 239), das „Analytical Credit Dataset“-Projekt (AnaCredit-Projekt) der EZB sowie die diversen neuen Regulierungsvorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Risikomanagement im Rahmen des Deutsche Bank Konzerns

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutsche Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in ein geeignetes System zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die Postbank ist auch hinsichtlich der Tätigkeit des Single Supervisory Mechanism (SSM) in das Gruppenrisikomanagement der Deutsche Bank Gruppe eingebunden. Zudem pflegt die Postbank gute Beziehungen zu den nationalen Aufsichtsbehörden und wird dies auch in Zukunft tun.

Die angekündigte Strategie der Deutschen Bank als Eigentümerin der Postbank wird auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das Risikomanagement geprüft, und es werden Vorbereitungen getroffen, Aufgaben hinsichtlich des Gruppenrisikomanagements wieder parallel vollständig eigenständig zu übernehmen.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Im Berichtszeitraum wurden die Risikodefinitionen nicht angepasst oder verändert. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 50 des Konzernanhangs.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

- **Marktrisiken**

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwerbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken im engeren Sinne entstehen für die Postbank aus ihren Positionen im Anlagebuch sowie aus ihren leistungsorientierten Pensionsplänen. Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- a) Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank (Immobilienrisiken).
- b) Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden (Beteiligungsrisiken).

- **Kreditrisiken**

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

- a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.
- c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen.

- **Liquiditätsrisiken**

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwei Arten von Risiken bei der Refinanzierung: das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko:

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.
- b) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

- **Operationelle Risiken**

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen.

- **Geschäftsrisiken**

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Kollektivrisiken als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG bezeichnen mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bauspar-kollektivs.
- c) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.
- d) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierten Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden alle Marktrisiken mit Ausnahme der Credit-Spread-Risiken der Non Core Operating Unit (NCOU) in das Segment Financial Markets übertragen. Die mit Marktrisiken belegten Wertpapierbestände der NCOU sind zum Abbau vorgesehen.

Im Rahmen dieses Risikoberichts werden die operativ steuerbaren Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationellen Risiken und Liquiditätsrisiken ausführlich dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebundene dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Die Risikostrategie gilt konzernweit. Die in einzelnen Konzerneinheiten (z. B. BHW) beschlossenen Risikostrategien sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Zielsetzung des Risikomanagements sind die Ergebnis-sicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und durch operationelle Exzellenz. Dabei wird die Risiko-Governance kontinuierlich weiterentwickelt, um eine einheitliche Risikokultur im Konzern zu etablieren.

Durch die Fortsetzung der restriktiven Risikopolitik soll nachhaltig Raum für Wachstum geschaffen werden. Als Maßnahme gehört hierzu ebenfalls die Stärkung der regulatorischen und der ökonomischen Kapitalbasis (z. B. durch Kapitalthesaurierung). Aufgrund der 2015 getätigten Portfolioverkäufe wird für 2016 eine spürbar über dem niedrigen Vorjahresniveau liegende Risikovorsorge erwartet. Dadurch bleiben zur Risikovermeidung die Geschäftsfelder hinsichtlich ihres Risikoappetits beschränkt, zudem werden Mindestvorgaben für die Kreditqualität der Portfolios und Limite festgelegt sowie Maßnahmen zur Risiko-Mitigation aufgesetzt.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees						
	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	monatlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditätsrisikoprofils Analyse und Bewertung der Kollektiv- sowie Spar- und Giro Risiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Konzern-einheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert konzernweit als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktrisiko-komitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationsrisikokomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet. Als weitere Gremien sind das Asset-Liability-Komitee (ALKO) und das Non-Core-Operating-Unit-Komitee zur Steuerung und Planung der Portfolios (inklusive der Non-Core-Portfolios) der Postbank eingerichtet, die ihre Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllen. Dies gilt ebenfalls für die Arbeit des Data-Quality-Komitees.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office (COO) werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt

und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. 2015 wurden die Aufgaben des COO um das Auslagerungsmanagement, das Business Continuity Management und das Berechtigungsmanagement für die Postbank ergänzt.

Über die Bereiche Risikosteuerung und Kreditrisikocontrolling wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse und Kreditservice Workout & Collections bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich Operations Financial Markets ist verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Der Bereich Pfandbriefmanagement, in dem auch die Abteilung Treuhänderwesen angesiedelt ist, ist ebenfalls dem CRO-Ressort zugeordnet. Die Abteilung Treuhänderwesen achtet auf die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe der Postbank und führt das Deckungsregister. Die Abteilung arbeitet daher auch eng mit dem im Ressort Produkte eingerichteten Bereich Steuerung Deckungsgeschäft zusammen.

Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO-Ressorts.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Kreditbearbeitung Sicherheitenmanagement Qualitätssicherung Auslagerungsmanagement Business Continuity Management (BCM) Berechtigungsmanagement
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikoversorgeprozesses und der Watch-List Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
Kreditservice Workout & Collections	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Abwicklung Handelsgeschäfte Collateral Management
Pfandbrief-management	Treuhänderwesen Führung Deckungsregister und vorschriftsgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Ressort Vorstandsvorsitz unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahe ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Financial Markets (inklusive Non Core Operating Unit), die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche

Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts. Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, PB Factoring GmbH und PB Leasing GmbH ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits. Die Zweigniederlassung Luxemburg ist in die Steuerung der Deutsche Postbank AG eingebunden und wird separat limitiert.

Die operative Steuerung der Markt Risiken im Konzern erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets im Ressort Firmen und Märkte der Deutsche Postbank AG. Darüber hinaus steuert Financial Markets operativ das Liquiditätsrisiko im Konzern mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Markt- und Liquiditätsrisiken werden zentral von den Abteilungen Marktrisiko- bzw. Liquiditätsrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Unternehmensbereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikocontrolling wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“. Die konzernweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird neben der Eigenmittelausstattung nach CRR sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse wird hierbei als sogenannter ökonomischer Substanzwert aus der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellten Konzernbilanz abgeleitet und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

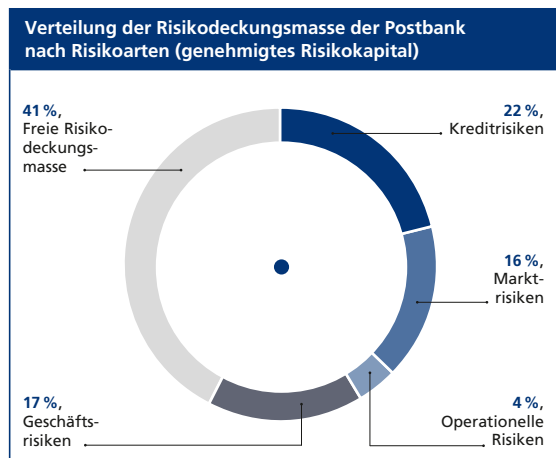
Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital gemäß CRR/CRD IV (Capital Requirements Directive IV) und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

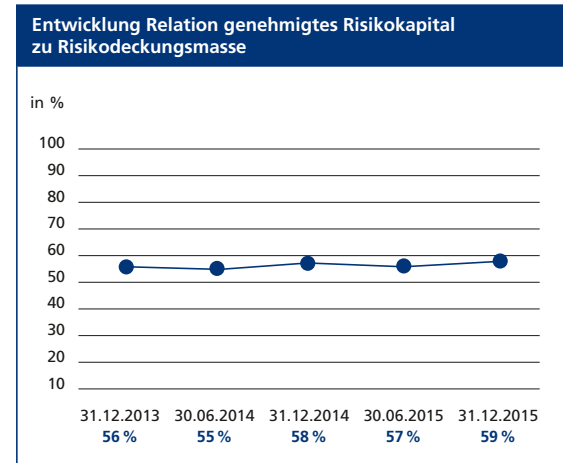
Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Berichtsjahr 2015 (Berechnung per 31. Dezember 2015) stellt sich wie folgt dar:



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2015 und Vorjahresultimo) werden in Note 50 des Konzernabschlusses dargestellt.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 59 %. Insgesamt hat sich im Berichtsjahr das gesamte allokierte Kapital im Vergleich zum Jahresende 2014 nicht verändert. Die Risikodeckungsmasse reduzierte sich leicht gegenüber dem 31. Dezember 2014, sodass sich die Auslastung im Jahresvergleich minimal erhöhte.

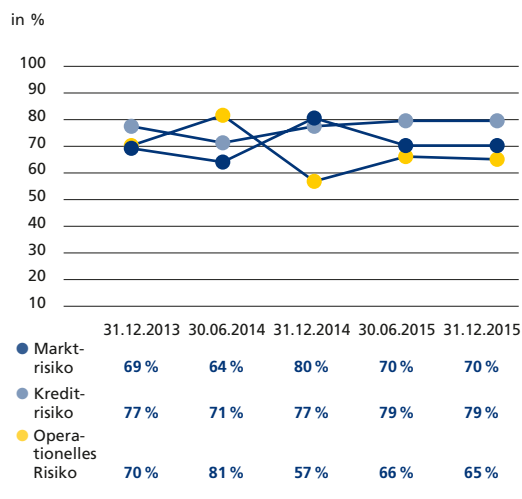
Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse (freies Kernkapital) gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Für Marktrisiken wird derzeit ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) verwendet, das als Methode für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf. Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktives Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern. Als Folge dessen ist generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen.

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten



Zum Stichtag 31. Dezember 2015 betrug die Auslastung des für Marktrisiken im engeren Sinne genehmigten Risikokapitals 70 % (31. Dezember 2014: 80 %). Die im Vergleich zum Vorjahresende gesunkene Auslastung erklärt sich vor allem durch einen Rückgang der Credit-Spread-Sensitivität des Portfolios sowohl gegenüber Staatsanleihen als auch in Bezug auf die eigenen Pfandbriefemissionen. Die Limitauslastung für Kreditrisiken lag zum 31. Dezember 2015 bei 79 % (31. Dezember 2014: 77 %). Einem Anstieg des Kreditrisikos als Folge eines höheren Geschäftsvolumens in den strategischen Geschäftsfeldern innerhalb der Segmente Retail Banking und Firmenkunden sowie von Ratingverschlechterungen steht ein Rückgang des Kreditrisikos im Segment Non Core Operating Unit gegenüber. Die Erhöhung der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 57 % zum Jahresultimo 2014 auf 65 % zum 31. Dezember 2015 basiert u. a. auf der im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch hohen Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der inzwischen eingestellten Vermittlung von geschlossenen Fonds sowie auf den Kundenforderungen zur Rückerstattung der Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen aufgrund der einschlägigen Urteile des Bundesgerichtshofs. Darüber hinaus kam es 2015 im Vergleich zum Vorjahr zu einem substantiellen Anstieg von Klagen und Beschwerden zu Widerrufsbelehrungen bei Baufinanzierungen. Da von Klagen zu Beratungs- und Offenlegungsmängeln auch Mitbewerber betroffen sind und die Schäden der Mitbewerber im Kapitalmodell berücksichtigt werden, führt dies ebenfalls zu einem Anstieg des OpRisk-Kapitalbedarfs der Postbank Gruppe.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten

hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Im Segment Non Core Operating Unit hat die Postbank weitere Konzentrationsrisiken im Rahmen des weiteren Auslaufs von Beständen der Finanzanlagen reduziert.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch

MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomes- sung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risiko- tragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und

spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten diffe- renziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten- übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt- risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Markt- risiken, Limit- auslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kredit- risiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfol- geeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk-Weighted-Assets)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditäts- risiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markt- und Marktfolgeeinheiten, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur, Überschussliquidität, Liquidity Coverage Ratio (LCR)	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- und Marktfolgeeinheiten
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäfts- risiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girorisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girorisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markt- und Marktfolgeeinheiten

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalations- pflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

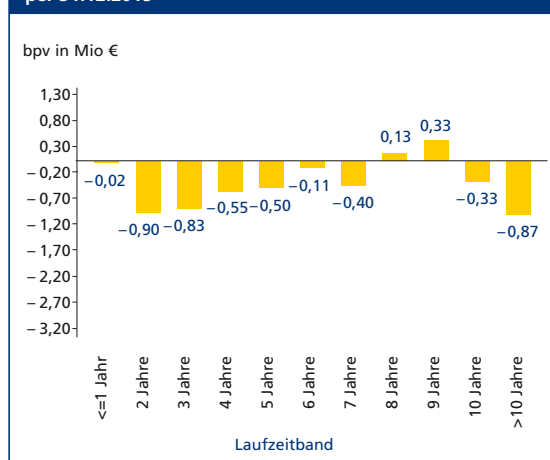
Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente. Sie ergeben sich, wenn die zinsensensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen der Deutsche Postbank AG, die Positionen des Bausparkkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Die im Rahmen der Modellierung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos verwendeten Annahmen und Parameter werden laufend auf ihre Angemessenheit überprüft. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2015 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktives Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum 31. Dezember 2015 weiterhin mit einem aktiven Zins-Exposure positioniert.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2015



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2015 im Wesentlichen auf den kurzen und mittleren Laufzeitbereich bis 7 Jahre sowie die langen Laufzeiten ab 10 Jahre konzentrieren, während im Bereich der Laufzeit von 8 und 9 Jahren passivische Zinsrisikoüberhänge dominieren. Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2015 bei –4,0 Mio € nach –4,3 Mio € am 31. Dezember 2014. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen; die Zinssensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank vorwiegend Zinsswaps. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2015 wurden keine wesentlichen Anpassungen am Marktrisikomodell vorgenommen.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung die historisch beobachteten Werte der letzten 250 Handelstage herangezogen werden, liegt dem VaR für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die aktuelle Positionierung, eine extreme Stressperiode darstellt (Stressed VaR).

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sub-Limiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf täglicher Basis. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurde das eingeräumte VaR-Limit auf Konzernebene jederzeit eingehalten. Auf Subportfolioebene kam es kurzfristig zu einer zweitägigen Überziehung des entsprechenden VaR-Limits als Folge einsetzender Limitdynamisierung.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2015 liegen die Backtesting-Ergebnisse (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit sechs „Ausreißern“ im gelben Bereich. Wesentliche Ursachen für die erhöhte Anzahl an Ausreißern sind vor allem abrupte und deutliche Zins- und Spread-Anstiege im zweiten Quartal 2015 nach einer langen Phase tendenziell sinkender Renditen.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regel-

mäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital im Berichtsjahr 2015 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertige Verluste zu decken.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

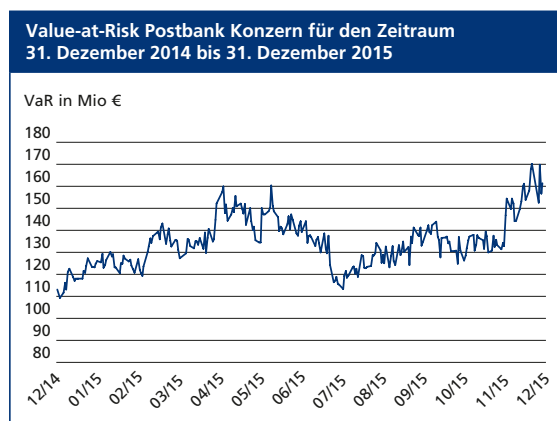
Für das Berichtsjahr 2015 (sowie für das Vergleichsjahr 2014) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern								
Konzern VaR (10 Tage, 99 %)	VaR am Jahresultimo		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Zinsrisiken	87,9	43,5	102,8	49,6	38,2	18,2	62,0	35,3
Aktien-/Aktienindexrisiken	8,6	3,5	9,3	4,0	3,5	2,4	6,2	3,2
Währungsrisiken	3,4	0,6	7,1	8,3	0,3	0,6	3,8	1,9
Sonstige Marktrisiken (Spread)	105,2	97,0	120,0	122,6	93,6	89,4	105,1	104,0
Diversifikationseffekte	-43,7	-31,6	-56,7	-58,9	-30,0	-20,2	-42,5	-37,4
Gesamt	161,4	113,0	170,3	121,0	109,0	94,3	134,6	107,0

Zum 31. Dezember 2015 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 161 Mio € (zum Vergleich: 113 Mio € per 31. Dezember 2014).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der Niederlassung in Luxemburg. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Ansteigende Zins- und Credit-Spread-Risiken infolge zunehmender Marktvolatilitäten führten im Laufe des ersten Halbjahrs 2015 zu erhöhten VaR-Auslastungen. Nach einem deutlichen Rückgang zu Beginn des dritten Quartals kam es insbesondere aufgrund steigender Zinsvolatilitäten in Verbindung mit dem niedrigen Zinsniveau im vierten Quartal zu einem erneuten Anstieg der operativen VaR-Kennzahlen im Anlagebuch.

Das Handelsbuch der Postbank weist seit Mai 2014 keinen aktiven Bestand mehr auf. Neugeschäft in Handelsbuchgeschäften findet derzeit nicht statt.

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutsche Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrissen

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 hielt die Deutsche Postbank AG 42 (per Vorjahresresultimo: 36) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die Postbank. Die Postbank hielt per 31. Dezember 2015 zur Veräußerung bestimmte Beteiligungen (im Sinne von IFRS 5) in Höhe von 471 Mio € (vgl. Note 29).

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrissen auf Konzernebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrissen zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielportfolio. Dieses Zielportfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielportfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielportfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikosteuerung finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses und des Präsidialausschusses) zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden, Commercial-Mortgage-Finanzierungen und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die grundsätzlich vereinfachte und standardisierte Verfahren gelten.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessualorganisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Die im November 2015 neu geschaffene Funktion Modellrisiko und Validierung übernimmt ab 2016 schrittweise die Verantwortung für die Konzeption und Sicherstellung eines übergeordneten Validierungsprozesses für alle (relevanten) Modelle der Bank und damit insbesondere für die internen Ratingverfahren. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch 2015 neben den laufenden Integrationsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Rating-systeme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die explizite Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich insbesondere auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte rund um das Ratingverfahren. Auf diese Weise wird eine ganzheitliche Bewertung der Angemessenheit des jeweiligen Ratingsystems sichergestellt. Im Rahmen der Validierung werden – sofern erforderlich – in einer anschließenden Rekalibrierung auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der einzelnen Verantwortlichkeiten zur Betreuung der Ratingverfahren in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzern-einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als aufsichtsrechtliche Kreditrisikominderungstechniken nutzt die Postbank folgende Sicherungsinstrumente:

- Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen,
- Netting-Rahmenvereinbarungen,
- Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate sowie
- finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).

Sonstige Sachsicherheiten (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutsche Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positions-führenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten

unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten. Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte grundsätzlich bei der Berechnung der aufsichtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e.V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Sicherheitsbearbeiter überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der aufsichtsrechtlichen Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Mit Blick auf Kreditrisikokonzentrationen innerhalb der Kreditrisikominderung berücksichtigt die Postbank positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit in konservativer Weise. Einer Risikokonzentration bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwacht die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Vorliegen von Frühwarnindikatoren in die Beobachtungsklasse und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungsengagement (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten einzustufen. Der Watch-List Report wird vierteljährlich erstellt und dem KRK vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Überfällige und notleidende Engagements

Die Einordnung in die Kategorie „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug – d. h., wenn der Schuldner ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen hat –, die entsprechenden Positionen aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikovorsorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen für ausgefallene Engagements, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfassender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß Art. 178 CRR vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss, wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfallerkennung anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forderungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einem separaten System (ABIT Banknology) gepflegt. Bei Kapitalmarktstiteln sowie Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgt die Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von vorliegenden Risikokennzeichen quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Die LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und

Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (Loss Identification Period) jeweils in Abhängigkeit der Produktart und der Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfoliobasis werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein akutes Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

Forbearance bzw. Forborne und Non-Performing Exposure
Unter dem Begriff „Forbearance“ bzw. „Forborne“ werden sämtliche Geschäfte einer Bank subsumiert, für die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners Modifikationen am Kreditvertrag vorgenommen wurden. Dies können Nachverhandlungen, Restrukturierungen und auch Refinanzierungen sowie Garantien für Refinanzierungszwecke sein.

Als „Non-Performing“ werden alle Geschäfte betrachtet, bei denen ein wesentlicher Teil mit mehr als 90 Tagen in Verzug ist oder bei denen – unabhängig von einem Verzug – ein erkennbares Risiko besteht, dass eine vollständige Rückzahlung nicht erfolgen kann. Dies beinhaltet alle notleidenden (regulatorisch ausgefallenen) Engagements sowie einzelwertberichtigten bzw. pauschaliert einzelwertberichtigten Engagements. Bei der Non-Performing-Bestimmung ist außer Betracht zu lassen, dass das Institut auf kredit-sichernde Maßnahmen wie die Verwertung von Sicherheiten zurückgreifen könnte. Die EBA-Definition für Non-Performing lehnt sich stark an die Ausfalldefinition der CRR und die Vorgaben zu Impairments gemäß IFRS an, ist aber bezüglich Forborne Exposures nicht vollständig deckungsgleich. Unterschieden wird zudem zwischen dem Ausfall einer Forderung und dem Ausfall des Schuldners, der dazu führt, dass alle Forderungen dieses Schuldners als Non-Performing (sogenanntes Pulling) zu deklarieren sind.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt die Postbank das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt „Portfoliostruktur“ angegebene Erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der Erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schuldnerspezifischen Bonitäten und den Korrelations-effekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den

einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Segmente zum 31. Dezember 2015 im Vergleich zum Jahresende 2014 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

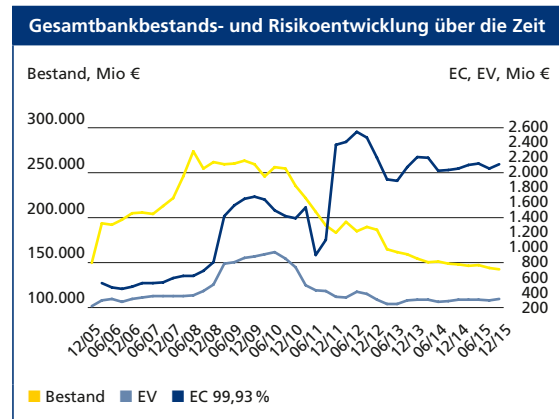
Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ¹	
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
Retail Banking	74.947	76.361	318	297	877	794
Firmenkunden	14.495	13.928	41	47	354	307
Financial Markets ²	47.336	49.951	5	5	382	368
Non Core Operating Unit	8.989	11.194	8	11	581	668
Pensionsfonds	k.A.	k.A.	0	0	11	7
Gesamt²	145.767	151.434	373	360	2.205	2.145

123

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.
²Wert für 2014 angepasst (siehe zu den Hintergründen Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

Der Erwartete Verlust (EV) und das Economic Capital (EC) sind im Vergleich zum Vorjahresultimo gestiegen. In den strategischen Geschäftsfeldern innerhalb der Segmente Retail Banking, Firmenkunden und Financial Markets ist ein EC-Anstieg zu verzeichnen, der vor allem durch gestiegene Volumen (Ratenkredite, Commercial Mortgages), aber auch durch Ratingverschlechterungen begründet ist. Der EV entwickelte sich im Wesentlichen analog. Im Segment Firmenkunden führten einzelne Ratingverbesserungen zu einem leichten Rückgang des EV; die daraus resultierende Reduzierung des EC wurde durch die zuvor genannten Effekte jedoch kompensiert. Im Non-Core-Portfolio sind EC und EV aufgrund von Fälligkeiten und Modellrekalibrierungen im Jahresverlauf gesunken.

Nachfolgende Grafik zeigt Bestand, EC und EV im Zeitablauf. Der Anstieg zum Jahresultimo 2011 war die Folge der Einführung eines neuen Kreditportfoliomodells. Die Entwicklung im Jahr 2015 ist auf die im vorangehenden Absatz genannten Ursachen zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2015 fand insbesondere ein De-Risking bei Commercial Mortgages statt. In der zweiten Jahreshälfte veränderte sich die Risikosituation nur geringfügig.



Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ stellt das maximale Kreditrisiko zum 31. Dezember 2015 im Vergleich zum 31. Dezember 2014 dar. Die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten (ohne Berücksichtigung des Bilanzpostens Risikovorsorge) ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist. Ergänzend zu den in den folgenden Tabellen ausgewiesenen Positionen, hielt die Postbank per 31. Dezember 2015 zur Veräußerung bestimmte finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 484 Mio € (vgl. Note 29).

138

Maximale Adressenausfallrisiken								
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Sicherheiten		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Kreditrisikominderung	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio	31.12.2014 Mio €
Handelsaktiva	647	697	88	134	-	-	559	563
Held for Trading	647	697	88	134	-	-	559	563
Derivate ¹	556	558	-	-	-	-	556	558
Darlehen ¹	91	139	88	134	-	-	3	5
Hedging-Derivate	78	119	-	-	-	-	78	119
Forderungen an Kreditinstitute²	15.876	19.602	13.094	16.357	-	-	2.782	3.245
Loans and Receivables ²	15.876	19.602	13.094	16.357	-	-	2.782	3.245
Wertpapierpensionsgeschäfte	13.144	16.373	13.094	16.357	-	-	50	16
Tagesgelder	837	891	-	-	-	-	837	891
Darlehen	68	384	-	-	-	-	68	384
Namenschuldverschreibungen	425	228	-	-	-	-	425	228
Termingelder	1.100	1.101	-	-	-	-	1.100	1.101
Sonstige Forderungen ²	302	625	-	-	-	-	302	625
Forderungen an Kunden³	98.397	97.972	74.058	75.407	814	630	23.525	21.935
Loans and Receivables ³	93.988	93.040	69.788	70.660	814	630	23.386	21.750
Private Baufinanzierungen	63.903	64.317	61.273	62.060	-	-	2.630	2.257
Bauspardarlehen	3.140	3.564	3.042	3.425	-	-	98	139
Gewerbliche Kredite ^{1,3}	12.175	11.944	5.473	5.175	814	630	5.888	6.139
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	4.621	3.132	-	-	-	-	4.621	3.132
Ratenkredite	6.453	6.098	-	-	-	-	6.453	6.098
Kontokorrentkredite ¹	2.176	2.339	-	-	-	-	2.176	2.339
Schuldscheindarlehen ¹	1.485	1.536	-	-	-	-	1.485	1.536
Sonstige Forderungen ¹	35	110	-	-	-	-	35	110
Fair-Value-Option	4.409	4.932	4.270	4.747	-	-	139	185
Private Baufinanzierungen	4.409	4.932	4.270	4.747	-	-	139	185
Finanzanlagen	30.769	33.044	-	-	-	-	30.769	33.044
Loans and Receivables	17.408	20.642	-	-	-	-	17.408	20.642
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹	17.408	20.642	-	-	-	-	17.408	20.642
Available for Sale	13.361	12.402	-	-	-	-	13.361	12.402
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.035	12.195	-	-	-	-	13.035	12.195
Investmentfondsanteile	261	179	-	-	-	-	261	179
Beteiligungen	60	22	-	-	-	-	60	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	5	6	-	-	-	-	5	6
Zwischensumme²	145.767	151.434	87.240	91.898	814	630	57.713	58.906
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien⁴	426	406	-	-	-	-	426	406
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen⁴	19.700	19.083	-	-	34	-	19.666	19.083
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	13.893	14.207	-	-	-	-	13.893	14.207
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	5.807	4.876	-	-	34	-	5.773	4.876
Gesamt²	165.893	170.923	87.240	91.898	848	630	77.805	78.395

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenaufriß angepasst/ergänzt

²Wert für 2014 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

³Sicherheitenwerte für 2014 um 1.144 Mio € reduziert

⁴Ausweis exklusive Risikovorsorge, Vorjahreswert um 12 Mio € bei Eventualverpflichtungen und 29 Mio € bei Unwiderruflichen Kreditzusagen erhöht

Mit Blick auf den seit dem dritten Quartal 2008 kontinuierlich betriebenen Abbau von finanzmarktbezogenen Beständen und Risiken erfolgte im Berichtsjahr 2015 eine weitere Reduktion des Bestands an Finanzanlagen in Höhe von 2,3 Mrd €.

In der Tabelle sind zum Jahresultimo 2015 Netting-Effekte in Höhe von 8,0 Mrd € (31. Dezember 2014: 9,5 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten eingerechnet. Der zu berücksichtigende Bestand an Wertpapierpensionsgeschäften betrug zum 31. Dezember 2015 5,1 Mrd € (31. Dezember 2014: 2,4 Mrd €).

Bei dem Ausweis zum Berichtsstichtag in der Position „Finanzanlagen“ handelt es sich in Höhe von 4,9 Mrd € um gedeckte Schuldverschreibungen (31. Dezember 2014: 6,7 Mrd €). Daneben sind die ebenso in der Position „Finanzanlagen“ enthaltenen Investorverbriefungen zum 31. Dezember 2015 in Höhe von unter 0,1 Mrd € (31. Dezember 2014: 0,1 Mrd €) als vollbesichert anzusehen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Staaten		Gewerb-liche Real-kredite		Dienst-leister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Handelsaktiva	91	139	319	281	-	-	97	104	35	46	22	25	83	102	647	697
Held for Trading	91	139	319	281	-	-	97	104	35	46	22	25	83	102	647	697
Derivate ¹	0	-	319	281	-	-	97	104	35	46	22	25	83	102	556	558
Darlehen ¹	91	139	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	91	139
Hedging-Derivate	-	-	78	119	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	78	119
Forderungen an Kreditinstitute²	-	-	15.876	19.602	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15.876	19.602
Loans and Receivables ²	-	-	15.876	19.602	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15.876	19.602
Wertpapier-pensions-geschäfte	-	-	13.144	16.373	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13.144	16.373
Tagesgelder	-	-	837	891	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	837	891
Darlehen	-	-	68	384	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	68	384
Namenschuld-verschreibungen	-	-	425	228	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	425	228
Termingelder	-	-	1.100	1.101	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.100	1.101
Sonstige Forderungen ²	-	-	302	625	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	302	625
Forderungen an Kunden	79.630	80.869	443	339	5.052	3.696	6.719	6.660	3.258	3.574	2.261	1.953	1.034	881	98.397	97.972
Loans and Receivables	75.224	75.937	443	339	5.052	3.696	6.719	6.660	3.257	3.574	2.261	1.953	1.032	881	93.988	93.040
Private Baufinan-zierungen	63.776	64.141	0	1	1	1	-	-	23	27	0	-	103	147	63.903	64.317
Bauspardarlehen	3.140	3.564	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.140	3.564
Gewerbliche Kredite ¹	775	624	347	236	6	-	6.719	6.660	2.182	2.596	1.587	1.379	559	450	12.175	11.945
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	-	-	-	-	4.544	3.038	-	-	1	2	-	-	76	92	4.621	3.132
Ratenkredite	6.452	6.098	0	-	-	-	-	-	1	-	0	-	0	-	6.453	6.098
Kontokorrent-kredite ¹	1.081	1.413	69	81	0	1	-	-	574	488	352	299	100	56	2.176	2.338
Schuldschein-darlehen ¹	-	-	27	21	501	656	-	-	470	461	322	275	165	122	1.485	1.535
Sonstige Forderungen ¹	-	97	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-	29	14	35	111
Fair-Value-Option	4.406	4.932	-	-	0	-	-	-	1	-	-	-	2	-	4.409	4.932
Private Baufinan-zierungen	4.406	4.932	-	-	0	-	-	-	1	-	-	-	2	-	4.409	4.932
Finanzanlagen	-	-	12.632	14.551	15.658	16.078	-	-	1.140	1.199	685	622	654	594	30.769	33.044
Loans and Receivables	-	-	7.537	9.746	8.869	9.757	-	-	405	484	302	344	295	311	17.408	20.642
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹	-	-	7.537	9.746	8.869	9.757	-	-	405	484	302	344	295	311	17.408	20.642
Available for Sale	-	-	5.095	4.805	6.789	6.321	-	-	735	715	383	278	359	283	13.361	12.402
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.778	4.619	6.789	6.321	-	-	735	715	383	278	350	262	13.035	12.195
Investmentfonds-anteile	-	-	261	179	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	261	179
Beteiligungen	-	-	56	1	-	-	-	-	0	-	-	-	4	21	60	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochter-unternehmen	-	-	0	6	-	-	-	-	0	-	-	-	5	-	5	6
Zwischensumme²	79.721	81.008	29.348	34.892	20.710	19.774	6.816	6.764	4.433	4.819	2.968	2.600	1.771	1.577	145.767	151.434
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien ³	26	25	6	13	-	-	7	11	227	209	102	83	58	65	426	406
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen³	17.059	16.550	64	53	29	1	140	123	1.345	1.355	696	705	367	296	19.700	19.083
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	12.611	13.129	32	37	-	-	-	-	671	575	415	318	164	148	13.893	14.207
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	4.448	3.421	32	16	29	1	140	123	674	780	281	387	203	148	5.807	4.876
Gesamt²	96.806	97.583	29.418	34.958	20.739	19.775	6.963	6.898	6.005	6.383	3.766	3.388	2.196	1.938	165.893	170.923

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenauftritt angepasst/ergänzt

²Wert für 2014 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

³Ausweis inklusive Risikovorsorge, Vorjahreswert um 12 Mio € bei Eventualverpflichtungen und 29 Mio € bei Unwiderruflichen Kreditzusagen erhöht

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostrategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Postbank nutzt für die Überwachung der Länderlimite zusätzlich eine Frühwarnsystematik.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Handelsaktiva	439	478	206	219	2	–	647	697
Held for Trading	439	478	206	219	2	–	647	697
Derivate ¹	348	339	206	219	2	–	556	558
Darlehen ¹	91	139	–	–	–	–	91	139
Hedging-Derivate	5	54	51	43	22	22	78	119
Forderungen an Kreditinstitute²	6.104	11.103	9.751	8.486	21	13	15.876	19.602
Loans and Receivables ²	6.104	11.103	9.751	8.486	21	13	15.876	19.602
Wertpapierpensionsgeschäfte	4.122	8.729	9.022	7.644	–	–	13.144	16.373
Tagesgelder	288	303	528	576	21	12	837	891
Darlehen	66	176	2	208	–	–	68	384
Namenschuldverschreibungen	227	228	198	–	–	–	425	228
Termingelder	1.100	1.101	–	–	–	–	1.100	1.101
Sonstige Forderungen ²	301	566	1	58	0	1	302	625
Forderungen an Kunden	91.085	89.911	6.603	7.389	709	672	98.397	97.972
Loans and Receivables	86.690	84.994	6.592	7.376	706	670	93.988	93.040
Private Baufinanzierungen	60.435	60.435	3.418	3.828	50	54	63.903	64.317
Bauspardarlehen	3.119	3.542	19	20	2	2	3.140	3.564
Gewerbliche Kredite ¹	8.595	8.072	2.933	3.265	647	608	12.175	11.945
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	4.613	3.091	8	41	–	–	4.621	3.132
Ratenkredite	6.429	6.077	19	17	5	4	6.453	6.098
Kontokorrentkredite ¹	2.167	2.327	7	9	2	2	2.176	2.338
Schuldscheindarlehen ¹	1.303	1.348	182	188	–	–	1.485	1.536
Sonstige Forderungen ¹	29	102	6	8	–	–	35	110
Fair-Value-Option	4.395	4.917	11	13	3	2	4.409	4.932
Private Baufinanzierungen	4.395	4.917	11	13	3	2	4.409	4.932
Finanzanlagen	11.542	12.794	18.737	19.365	490	885	30.769	33.044
Loans and Receivables	6.835	8.176	10.247	11.965	326	501	17.408	20.642
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹	6.835	8.176	10.247	11.965	326	501	17.408	20.642
Available for Sale	4.707	4.618	8.490	7.400	164	384	13.361	12.402
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.383	4.416	8.488	7.395	164	384	13.035	12.195
Investmentfondsanteile	261	179	–	–	–	–	261	179
Beteiligungen	59	22	1	–	–	–	60	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	4	1	1	5	–	–	5	6
Zwischensumme²	109.175	114.340	35.348	35.502	1.244	1.592	145.767	151.434
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien³	375	363	51	43	–	–	426	406
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen³	19.429	18.884	254	186	17	13	19.700	19.083
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	13.814	14.132	67	64	12	11	13.893	14.207
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	5.615	4.752	187	122	5	2	5.807	4.876
Gesamt²	128.979	133.587	35.653	35.731	1.261	1.605	165.893	170.923

123

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenauftritt angepasst/ergänzt²Wert für 2014 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)³Ausweis exklusive Risikovorsorge, Vorjahreswert um 12 Mio € bei Eventualverpflichtungen und 29 Mio € bei Unwiderruflichen Kreditzusagen erhöht

Die nachstehende Tabelle „Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder“ beinhaltet die Positionen der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien). Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter Länder ¹												
Land	Staaten		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Retail		Unternehmen ²		Sonstige ³		Gesamt	
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5	1,0	0,0	4,8	0,0	0,0	1,5	5,8
Irland	362,1	372,0	47,2	211,5	2,6	2,9	47,7	37,2	27,6	74,3	487,2	697,9
Italien	3.268,6	3.404,8	840,7	814,6	2.087,1	2.461,3	371,8	383,7	0,0	0,0	6.568,2	7.064,4
Portugal	60,0	61,3	93,6	220,6	5,1	3,0	0,9	3,6	0,0	0,0	159,6	288,5
Spanien	64,1	431,7	604,3	1.317,9	34,3	27,2	127,4	81,6	0,0	0,0	830,1	1.858,4
Gesamt	3.754,8	4.269,8	1.585,8	2.564,6	2.130,6	2.495,4	547,8	510,9	27,6	74,3	8.046,6	9.915,0

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

²Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

³Beinhaltet Investorverbriefungen

Über den Ausweis in der obigen Tabelle hinausgehend, hatte die Postbank zum 31. Dezember 2015 Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften von den Deutsche Bank Niederlassungen in Spanien und in Italien im Gesamtvolumen von 6,0 Mrd € als Sicherheiten hereingenommen.

Wie bereits zum Vorjahresresultimo hatte die Postbank auch zum Berichtsstichtag keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern im Bestand.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2015 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grund wird beim Ausweis in der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 94 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
Handelsaktiva	-	1	37	45	297	238	74	88	108	89	40	97	556	558
Held for Trading	-	1	37	45	297	238	74	88	108	89	40	97	556	558
Derivate ¹	-	1	37	45	297	238	74	88	108	89	40	97	556	558
Hedging-Derivate	-	-	-	-	78	118	-	1	-	-	-	-	78	119
Held for Trading	-	-	-	-	78	118	-	1	-	-	-	-	78	119
Forderungen an Kreditinstitute²	121	102	350	216	15.112	18.963	157	217	59	36	77	68	15.876	19.602
Loans and Receivables ²	121	102	350	216	15.112	18.963	157	217	59	36	77	68	15.876	19.602
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	300	-	12.778	16.373	66	-	-	-	-	-	13.144	16.373
Tagesgelder	-	3	43	167	730	688	12	33	18	-	34	-	837	891
Darlehen	19	96	-	-	4	194	-	-	2	31	43	63	68	384
Namenschuldverschreibungen	97	-	-	-	250	63	78	165	-	-	-	-	425	228
Termingelder	3	-	-	-	1.097	1.101	-	-	-	-	-	-	1.100	1.101
Sonstige Forderungen ²	2	3	7	49	253	544	1	19	39	5	-	5	302	625
Available for Sale	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	5.232	3.273	2.665	2.612	1.625	1.820	4.883	4.363	3.226	3.633	707	838	18.338	16.539
Loans and Receivables	5.232	3.273	2.665	2.612	1.625	1.820	4.883	4.363	3.226	3.633	704	838	18.335	16.539
Private Baufinanzierungen	13	16	13	10	20	25	32	33	8	40	19	22	105	146
Bauspardarlehen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbliche Kredite ¹	1.848	1.450	967	932	1.451	1.670	3.648	3.402	2.646	3.005	543	457	11.103	10.916
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	3.371	1.807	1.176	1.013	-	-	-	-	2	33	72	280	4.621	3.133
Ratenkredite	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kontokorrentkredite ¹	-	-	-	1	58	55	511	315	385	361	35	66	989	798
Schuldscheindarlehen ¹	-	-	509	656	96	70	692	613	185	194	-	-	1.482	1.533
Sonstige Forderungen ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35	13	35	13
Fair-Value-Option	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	3	-
Private Baufinanzierungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	3	-
Finanzanlagen^{1,3}	12.100	12.841	8.691	8.585	7.650	8.841	1.828	2.191	365	554	128	18	30.762	33.030
Loans and Receivables	5.659	6.235	4.735	5.320	5.851	7.215	870	1.373	286	481	-	4	17.401	20.628
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹	5.659	6.235	4.735	5.320	5.851	7.215	870	1.373	286	481	-	4	17.401	20.628
Available for Sale ^{1,3}	6.441	6.606	3.956	3.265	1.799	1.626	958	818	79	73	128	14	13.361	12.402
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ^{1,3}	6.441	6.606	3.955	3.259	1.602	1.447	958	818	79	65	-	-	13.035	12.195
Investmentfondsanteile	-	-	-	-	197	179	-	-	-	-	64	-	261	179
Beteiligungen	-	-	1	-	-	-	-	-	-	8	59	14	60	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	5	-	5	6
Gesamt^{2,3}	17.453	16.217	11.743	11.458	24.762	29.980	6.942	6.860	3.758	4.312	952	1.021	65.610	69.848

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenauftritt angepasst/ergänzt

²Wert für 2014 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

³Ratingverteilung Finanzanlagen AfS für 2014 korrigiert (Verschiebung zwischen AAA und AA)

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2015 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Handelsaktiva	-	-	0	2	8	14	42	70	41	53	-	-	91	139
Held for Trading	-	-	0	2	8	14	42	70	41	53	-	-	91	139
Darlehen ¹	-	-	0	2	8	14	42	70	41	53	-	-	91	139
Forderungen an Kunden	2	5	468	739	3.782	5.568	29.964	30.897	41.209	38.684	2.461	2.693	77.886	78.586
Loans and Receivables	2	5	453	711	3.478	5.142	27.779	28.310	39.334	36.843	2.461	2.677	73.507	73.688
Private Baufinanzierungen	0	3	115	401	2.804	4.313	25.027	25.711	32.873	30.566	1.936	1.895	62.755	62.889
Bauspardarlehen	0	-	52	98	538	736	1.653	1.750	745	720	20	111	3.008	3.415
Gewerbliche Kredite ¹	2	2	277	206	31	19	291	85	146	47	28	261	775	620
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ratenkredite	0	-	6	1	60	31	570	502	4.964	4.791	407	190	6.007	5.515
Kontokorrentkredite ¹	0	-	3	5	45	43	238	262	606	719	70	123	962	1.152
Schuldscheindarlehen ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Forderungen ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	97	-	97
Fair-Value-Option	-	-	15	28	304	426	2.185	2.587	1.875	1.841	0	16	4.379	4.898
Private Baufinanzierungen	-	-	15	28	304	426	2.185	2.587	1.875	1.841	0	16	4.379	4.898
Gesamt	2	5	468	741	3.790	5.582	30.006	30.967	41.250	38.737	2.461	2.693	77.977	78.725

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenaufritt angepasst/ergänzt

Die nachstehende Tabelle zeigt das valutierte Kredit-Exposure für das Portfolio Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen (LtV-Klassen).

Der LtV (Loan-to-Value) ermittelt sich als Verhältnis zwischen dem valuierten Kredit-Exposure je Darlehensnehmer und dem Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit. Der Wertansatz der jeweiligen Immobiliensicherheit basiert dabei auf dem aktuellen Objektwert, der sich aus der Fortschreibung des ursprünglichen Marktwertes auf den aktuellen Berichtsstichtag ergibt.

In die Berechnung des Loan-to-Values fließt das valutierte Kredit-Exposure der Forderungen des Portfolios Private Baufinanzierungen ein, für das eine Immobilienbesicherung besteht. Das valutierte Kredit-Exposure, das durch Bauspar Guthaben (6,4 % des Bestands) unterlegt, durch Ersatzsicherheiten und blanko mit Negativerklärung (4,2 % des Bestands) besichert ist, fließt nicht in die LtV-Kalkulation ein.

Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen	
Loan-to-Value-Klasse	31.12.2015 in %
<= 50 %	30,8
> 50 %, <= 70 %	28,4
> 70 %, <= 90 %	25,2
> 90 %, <= 100 %	9,3
> 100 %, <= 110 %	4,8
> 110 %, <= 130 %	1,3
> 130 %	0,2
Gesamt	100,0

Zum 31. Dezember 2015 verzeichneten 59,2 % des Bestands an Privaten Baufinanzierungen einen LtV-Wert kleiner oder gleich 70 %.

6,3 % des Gesamt-Exposure sind in den LtV-Klassen größer 100 % vertreten. Hierbei handelt es sich um Forderungen, die durch Immobiliensicherheiten sowie ergänzend regelmäßig durch hoch liquide Zusatzsicherheiten besichert werden.

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2015 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt	Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente		
	Verzug ≤ 3 Monate	Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr						
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
Forderungen an Kunden²	248	239	31	22	55	49	129	202	463	512	361	437
Loans and Receivables ²	247	238	31	21	51	44	122	195	451	498	351	426
Private Baufinanzierungen	182	217	26	12	36	40	111	182	355	451	329	389
Bauspardarlehen	4	4	3	2	4	4	8	11	19	21	17	20
Gewerbliche Kredite ^{1,2}	7	6	–	–	11	–	0	1	18	7	5	8
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	0	–	–	–	–	–	–	–	0	–	–	–
Ratenkredite	3	2	0	–	0	–	0	–	3	2	–	–
Kontokorrentkredite ¹	51	9	2	7	0	–	3	1	56	17	–	–
Sonstige Forderungen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	9
Fair-Value-Option	1	1	0	1	4	5	7	7	12	14	10	11
Private Baufinanzierungen	1	1	0	1	4	5	7	7	12	14	10	11
Gesamt	248	239	31	22	55	49	129	202	463	512	361	437

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenauftritt angepasst/ergänzt

²Sicherheitenwerte für 2014 um 4 Mio € erhöht

Wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung ²		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Forderungen an Kunden²	1.710	2.335	725	1.208	985	1.127	796	1.060
Loans and Receivables ²	1.695	2.315	725	1.208	970	1.107	782	1.039
Private Baufinanzierungen	688	831	263	320	425	511	569	787
Bauspardarlehen	113	128	3	4	110	124	104	118
Gewerbliche Kredite ^{1, 2}	279	401	144	184	135	217	109	133
Ratenkredite	443	581	193	377	250	204	–	–
Kontokorrentkredite ¹	169	371	122	323	47	48	–	–
Schuldscheindarlehen ¹	3	3	–	–	3	3	–	1
Sonstige Forderungen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–
Fair-Value-Option	15	20	–	–	15	20	14	21
Private Baufinanzierungen	15	20	–	–	15	20	14	21
Finanzanlagen	69	71	62	57	7	14	–	–
Loans and Receivables ²	69	71	62	57	7	14	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69	71	62	57	7	14	–	–
Gesamt	1.779	2.406	787	1.265	992	1.141	796	1.060

¹Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenaufritt angepasst/ergänzt

²Sicherheitenwerte für 2014 um 1 Mio € reduziert

Insgesamt ist der Rückgang der wertgeminderten Finanzinstrumente im Berichtsjahr mit einer Reduktion insbesondere bei den gewerblichen Krediten zu begründen.

Forborne und Non-Performing Exposure

Die nachstehende Tabelle zeigt für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ – getrennt nach Forborne und Non-Forborne Exposure – die Werte für Performing und Non-Performing Loans.

Forborne- und Non-Performing-Forderungen an Kunden ¹										
Finanzinstrumente der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“	Performing Loans				Non Performing Loans				Gesamt	
	nicht wertberichtigt		wertberichtigt		nicht wertberichtigt		Summe		31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €		
Forborne²	323	402	395	570	94	76	489	646	812	1.048
Loans and Receivables	320	401	395	570	94	75	489	645	809	1.046
Private Baufinanzierungen	54	60	20	34	50	41	70	75	124	135
Bauspardarlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Kredite	35	105	203	248	3	0	206	248	241	353
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ratenkredite	185	184	111	184	38	28	149	212	334	396
Kontokorrentkredite	46	52	58	101	3	6	61	107	107	159
Schuldschein-darlehen	0	0	3	3	0	0	3	3	3	3
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fair-Value-Option	3	1	0	0	0	1	0	1	3	2
Private Baufinanzierungen	3	1	0	0	0	1	0	1	3	2
Non Forborne	95.442	94.324	1.315	1.765	821	835	2.136	2.600	97.578	96.924
Loans and Receivables	91.125	89.490	1.300	1.745	747	759	2.047	2.504	93.172	91.994
Private Baufinanzierungen	62.534	62.807	668	797	570	578	1.238	1.375	63.772	64.182
Bauspardarlehen	2.939	3.339	113	128	88	97	201	225	3.140	3.564
Gewerbliche Kredite	11.775	11.380	76	153	70	58	146	211	11.921	11.591
Forderungen an öffentliche Haushalte	4.587	3.132	0	0	0	0	0	0	4.587	3.132
Ratenkredite	5.789	5.294	332	397	11	11	343	408	6.132	5.702
Kontokorrentkredite	1.950	1.895	111	270	8	15	119	285	2.069	2.180
Schuldschein-darlehen	1.482	1.533	0	0	0	0	0	0	1.482	1.533
Sonstige Forderungen	69	110	0	0	0	0	0	0	69	110
Fair-Value-Option	4.317	4.834	15	20	74	76	89	96	4.406	4.930
Private Baufinanzierungen	4.317	4.834	15	20	74	76	89	96	4.406	4.930
Gesamt	95.765	94.726	1.710	2.335	915	911	2.625	3.246	98.390	97.972

¹Tabelle gegenüber Vorjahresdarstellung gespiegelt und nach Klassen aufgerissen

²Vorjahreswerte Forborne-Exposure angepasst, siehe Erläuterungen auf Seite 89

Im Berichtsjahr hat die Postbank die Prozesse zur systemseitigen Kennzeichnung von Forborne Assets angepasst. Durch die retrospektive Anwendung dieser Prozesse per 31. Dezember 2014 erhöht sich das Forborne Exposure um 402 Mio € gegenüber dem veröffentlichten Konzernabschluss 2014.

Für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Forborne Exposure zum 31. Dezember 2015 insgesamt 812 Mio € (Vorjahresresultimo: 1.048 Mio €), wobei der Rückgang insbesondere auf Veräußerungen gewerblicher Kredite sowie Veräußerungen von Retail-Portfolios zurückzuführen ist. Das Non-Performing Exposure lag zum Berichtsstichtag bei 2.625 Mio € (Vorjahresresultimo: 3.246 Mio €). Der Rückgang betrifft insbesondere die Produkte der privaten Baufinanzierung, gewerbliche Kredite, Ratenkredite und Kontokorrentkredite.

Ergänzend zu dem Ausweis in der obigen Tabelle, verzeichnete die Postbank per 31. Dezember 2015 ein Non-Performing Exposure in Höhe von 3 Mio € Handelsaktiva und 21 Mio € Finanzanlagen (davon 7 Mio € Forborne Exposure).

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die synthetische Verbriefungstransaktion PB Domicilio 2007-1 der BHW Bausparkasse AG mit einem Volumen von 379 Mio € (aufsichtsrechtliche Bemessungsgrundlage) in Form einer Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien, bezogen auf Italien, führt einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

Die nachfolgenden Originator-Verbriefungstransaktionen wurden gekündigt, befinden sich in der Deferred Redemption und werden daher regulatorisch nicht berücksichtigt. Zum Berichtsstichtag waren folgende Bestände (Class Principal Amount after Distribution) ausstehend:

Provide Blue 2005-1	11,1 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
Provide Blue 2005-2	32,5 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicile 2006-1	21,2 Mio €	(Deutsche Postbank AG)

Im Rahmen von konzerninternen bzw. eigenen Emissionen hat die Postbank in strukturierte Kreditprodukte (Structured Credit Products – SCP) investiert. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells.

Das Portfolio besteht seit Ende 2013 unverändert aus zurückgenommenen Eigenverbriefungen (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS) und wertberichtigten Beständen und hatte per 31. Dezember 2015 einen – bedingt durch Tilgungen verringerten – Buchwert in Höhe von 28 Mio € (Stand per 31. Dezember 2014: 73 Mio €). Nähere Angaben zur Bewertung enthält Note 4h des Konzernanhangs zum Konzernabschluss 2015.



Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Steuerung des Liquiditätsrisikos und des hierfür erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt zentral im Ressort Firmen und Märkte der Deutsche Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG steuert ihre Risiken eigenständig, ist jedoch Teil der konzernweiten Risikoüberwachung auf Basis einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätssengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion des „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Postbank Konzernebene besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassungen.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden implizit im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung auf Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E weiterhin nicht geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekendarlehenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere

simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite, stabile Refinanzierungsbasis aus dem Kundengeschäft und ist weitgehend unabhängig vom Geld- und Kapitalmarkt.

Aufgrund fehlender verbindlicher Gewichtungsfaktoren zur Ermittlung der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wurde auf Datenbasis der CRR-Meldung für die Postbank per 31. Dezember 2015 eine Simulation der Haupttreiber mit an den quantitativen Auswirkungsstudien des Baseler Komitees (QIS) angelegten Gewichtungsfaktoren durchgeführt und so eine NSFR von 109 % ermittelt. An der QIS des Baseler Komitees nimmt die Postbank selbst nicht teil. Die Daten der Postbank werden diesbezüglich durch die Deutsche Bank auf Gruppenebene mit erfasst.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2015 sowie zum 31. Dezember 2014, differenziert nach Restlaufzeiten.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
Nicht derivative Verbindlichkeiten^{1,2}	61.730	57.597	48.508	53.916	20.804	22.267	15.885	15.555	17.317	19.826	164.244	169.161
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹	64	51	5.574	7.677	661	963	5.453	5.366	4.898	5.055	16.650	19.112
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹	41.540	38.032	42.372	45.585	19.192	19.860	7.796	7.727	7.168	8.393	118.068	119.597
Verbriefte Verbindlichkeiten ¹	–	–	82	114	121	1.106	1.711	772	2.181	3.343	4.095	5.335
Nachrangkapital ¹	–	–	14	14	830	338	925	1.690	3.070	3.035	4.839	5.077
Sonstige Passiva ¹	–	–	466	526	–	–	–	–	–	–	466	526
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien ^{2,3}	426	406	–	–	–	–	–	–	–	–	426	406
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen ^{2,3}	19.700	19.108	–	–	–	–	–	–	–	–	19.700	19.108
Widerrufliche Kreditzusagen ³	13.893	14.232	–	–	–	–	–	–	–	–	13.893	14.232
Unwiderrufliche Kreditzusagen ^{2,3}	5.807	4.876	–	–	–	–	–	–	–	–	5.807	4.876
Derivative Verbindlichkeiten	–	–	131	136	82	115	310	378	349	436	872	1.065
Hedging-Derivate	–	–	46	53	18	12	75	155	69	78	208	298
Handelspassiva	–	–	85	83	64	103	235	223	280	358	664	767
Gesamt^{1,2}	61.730	57.597	48.639	54.052	20.886	22.382	16.195	15.933	17.666	20.262	165.116	170.226

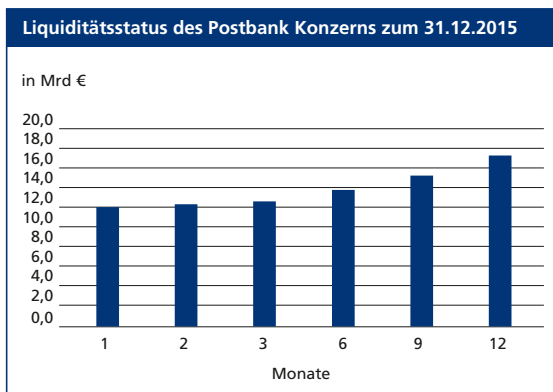
¹Vorjahreswerte um 7.7 Mrd € durch Zins-Cashflows ergänzt

²Ausweis exklusive Risikovorsorge, Vorjahreswert um 12 Mio € bei Eventualverpflichtungen und 29 Mio € bei Unwiderruflichen Kreditzusagen erhöht

³Vorjahreswerte aufgrund von neuem Klassenauftritt angepasst/ergänzt

Hierbei werden die vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

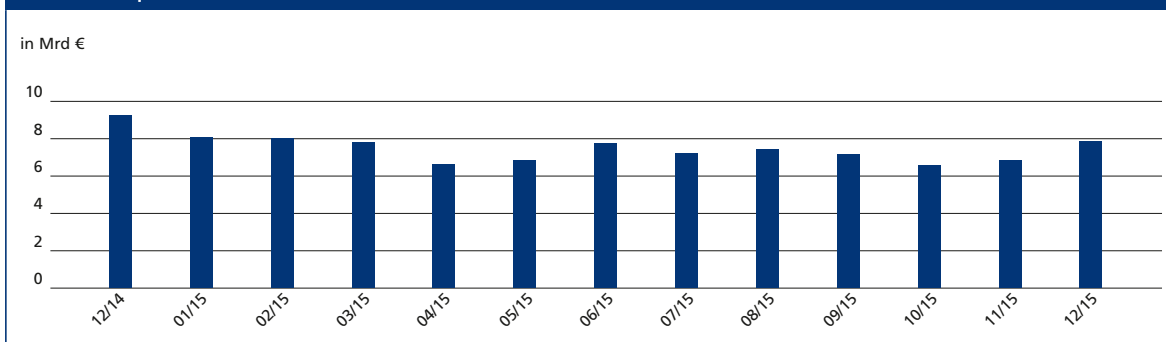
Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2015 eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Jahr 2015 bestätigen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stress-effekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus. Auch die Überschussliquidität im MaRisk-Szenario, in welcher der Risikoappetit der Bank bereits berücksichtigt ist, zeigt die komfortable Liquiditätslage. Der folgenden Grafik sind jeweils die Monatstiefststände der Überschussliquidität im Berichtsjahr zu entnehmen. Die Überschussliquidität lag 2015 stets über 6,5 Mrd €.

Überschussliquidität des Postbank Konzerns 2015



Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das EC-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene lag zum Jahresultimo 2015 bei 700 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Unternehmensbereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling im CRO-Ressort wahrgenommen.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im Jahr 2015 mit 124 Mio € im Vergleich zum Vorjahr (2014: 192 Mio €) substantiell gesunken. Der hohe Wert im Vorjahr basierte insbesondere auf den Rückerstattungen von Bearbeitungsentgelten bei Verbraucherdarlehen aufgrund der einschlägigen BGH-Urteile. Vergleichbare Kundenforderungen waren im Berichtsjahr nicht mehr zu verzeichnen. 2015 waren zudem eine Abnahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung sowie ein Rückgang der externen Betrugsdelikte zu beobachten. Gestiegen ist hingegen die Zahl der Klagen zu Widerrufsbelegungen in der privaten Baufinanzierung.

Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Verschiedene technische und organisatorische Maßnahmen haben 2015, verglichen mit dem Vorjahr, erneut zu einem Rückgang der Schäden geführt.

Im Rahmen der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken erstattet der Rechtsbereich dem Vorstand regelmäßig Bericht und erstellt Analysen, um sicherzustellen, dass den Geschäftsbereichen differenzierte Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Der Rechtsbereich identifiziert Rechtsrisiken durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Er unterstützt u. a. bei der Bewertung der Risikotoleranz der Postbank in Bezug auf Rechtsrisiken und nimmt an einem jährlichen Programm im Deutsche Bank Konzern zur Bewertung von Rechtsrisiken (Annual Legal Risk Assessment Program) teil. Die zur Behebung bzw. Begrenzung von aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultierenden potenziellen Rechtsrisiken erforderlichen Schritte werden zwischen dem Rechtsbereich und den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Flankierend werden innerhalb des OpRisk-Controllings die Rechtsrisiken mittels unterschiedlicher Verfahren über die etablierte Struktur der dezentralen OpRisk-Manager erhoben. So werden die Risiken sowohl systematisch und flächendeckend über die Methoden Szenarioanalyse und Self-Assessment als auch anlassbezogen bei der Einführung

neuer Produkte und bei der Beurteilung von Auslagerungsvorhaben identifiziert und bewertet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Retail Banking	308	269
Firmenkunden	36	38
Financial Markets	110	94
Postbank Gesamt	454	401

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privatkundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich mit 308 Mio € (per 31. Dezember 2014: 269 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking. Auf die im Rahmen der OpRisk-Kapitalmodellierung relevanten Portfolios der Non Core Operating Unit (NCOU), die vollständig dem Retail Banking zuzuordnen sind, entfallen 123 Mio €.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) mit präventiven und reaktiven Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette. Ziel ist es, durch die Entwicklung und die anschließende Implementierung von BCM-Plänen (sogenannten Notfallplänen) die Fortführung, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank in besonderen Ereignisfällen, wie z. B. in Notfällen, zu gewährleisten. Regelmäßige BCM-bezogene Risikoidentifizierungen/-bewertungen (Risk Identification and Assessments, RIA) und Geschäftsauswirkungsanalysen (Business-Impact-Analysen, BIA), bezogen auf die Hauptaufgaben/-geschäftsprozesse, bilden die Planungsgrundlage. Die Funktionsfähigkeit der Notfallplanung wird kontinuierlich überprüft, überwacht und dokumentiert.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablauftypen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktstrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung der Kollektivrisiken

Zur Risikoquantifizierung der Kollektivrisiken nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung nach § 1 Abs. 4 Bausparkassengesetzverordnung (BSpkV) wurden Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe bausparteknisches Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Bei der Modellierung der Parameter für das zukünftige Verhalten der Bausparer besteht das Risiko einer Fehleinschätzung, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt, die entsprechende Reporting- und Überwachungsfunktion nimmt das Risikocontrolling der BHW Bausparkasse AG wahr, das funktional in den Bereich Risikosteuerung der Postbank integriert ist.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationskomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwa-

chung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationssschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residueller Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residuellen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Deutsche Postbank AG.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts festgelegt. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB, die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG).

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, Interner Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (IDV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. Die Tochtergesellschaften werden monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweilig jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitz unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der Postbank. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – im Einklang mit der Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus abgeleitet ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (InstitutsVergV) vom 6. Oktober 2010 wurde am 16. Dezember 2013 durch eine Neufassung ersetzt, die zum 1. Januar 2014 in Kraft trat. Die strukturellen Anforderungen in Bezug auf die Einrichtung eines Vergütungskontrollausschusses (Ausschuss des Aufsichtsrats) sowie der Funktion eines Vergütungsbeauftragten sind von den zuständigen Gremien beschlossen worden. Die weiteren Änderungen der InstitutsVergV wurden von der Postbank ebenfalls umgesetzt.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen insbesondere in Bezug auf die Höhe der zu verschiebenden Anteile der variablen Vergütung und die Zurückbehaltungszeiträume im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 14 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

Laufende Rechtsverfahren

Gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung sind sieben Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen erhoben worden. Nach Auffassung der Deutsche Postbank AG sind die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen unbegründet. Die Deutsche Postbank AG hatte daher am 15. Oktober 2015 bei Gericht einen Freigabeantrag gestellt, um die zeitnahe Eintragung in das Handelsregister zu erwirken. Diesem Antrag hat das OLG Köln am 18. Dezember 2015 entsprochen, und der Übertragungsbeschluss ist am 21. Dezember 2015 im Handelsregister eingetragen worden.

PROGNOSEBERICHT

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft

Der Ausblick für das globale Wachstum im Jahr 2016 ist ungewöhnlich unsicher. Dabei zeichnet sich allerdings für die Industrieländer insgesamt eine moderate Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs ab. Dort profitiert die Binnennachfrage auch weiterhin von dem niedrigen Ölpreis. Zudem hat sich der fiskalische Konsolidierungsdruck nochmals verringert. Auch dürfte die Geldpolitik trotz vorsichtiger Leitzinserhöhungen in den USA in der Summe expansiv bleiben und damit das Wachstum unverändert stützen. Für die Gruppe der aufstrebenden Volkswirtschaften ist zwar ebenfalls ein höheres Wachstum als im Vorjahr zu erwarten, dies gründet sich aber vor allem auf der Annahme, dass die schweren Rezessionen in einigen großen Schwellenländern auslaufen. Dabei wird die Lage jedoch insbesondere für auf Rohstoffexporte angewiesene Länder problematisch bleiben. Zudem gibt es eine Reihe von Risikofaktoren. Hierzu zählt eine weitere Eskalation politischer und militärischer Konflikte. Die Anhebung der US-Leitzinsen könnte zu einem Abzug von Kapital aus den Schwellenländern führen und dadurch die dortige Investitionstätigkeit belasten. Zudem ist nicht auszuschließen, dass strukturelle Probleme zu einem unerwartet kräftigen Rückgang der Dynamik in bisher wachstumsstarken Schwellenländern führen. Sollten einige dieser Risiken eintreten, könnte dies letztlich auch die Konjunktur in den Industrieländern belasten. Der IWF rechnet für 2016 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,4% nach einem Plus von 3,1% im Jahr 2015.

Der Konjunkturaufschwung in den USA steht zum Jahresbeginn auf einer breiten binnenwirtschaftlichen Basis. Der private Verbrauch dürfte von einer weiter steigenden Beschäftigung profitieren. Hinzu kommt die anhaltende Entlastung der Verbraucher durch die gesunkenen Energiepreise, die jedoch geringer ausfallen dürfte als im Vorjahr. Impulse sind auch von Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Dagegen dürften die Exporte unter der schwachen globalen Konjunktur und dem starken US-Dollar leiden. Der Außenhandel wird das Wachstum somit voraussichtlich deutlich belasten. Insgesamt dürfte das BIP schwächer zulegen als im Vorjahr. Wir rechnen für 2016 mit einem BIP-Wachstum von 2,0%.

Die japanische Wirtschaft sollte sich weiterhin verhalten entwickeln. Dabei dürfte der private Verbrauch nach Rückgang in zwei aufeinanderfolgenden Jahren aber wieder expandieren und so zu einer Belebung der Binnennachfrage beitragen. Dagegen sollte das Exportwachstum aufgrund des starken Yen verhalten bleiben. Insgesamt dürfte das BIP-Wachstum mit 0,9% moderat ausfallen.

Im Euroraum dürfte sich die konjunkturelle Erholung leicht beschleunigen. Der private Verbrauch sollte erneut in einem soliden Tempo wachsen, begünstigt durch die niedrigen Energiepreise und den fortschreitenden Rückgang der Arbeitslosigkeit. Auch die Bruttoanlageinvestitionen dürften auf immer noch sehr niedrigem Niveau ausgeweitet werden. Die Staatsausgaben wiederum werden aufgrund der anhaltenden, wenn auch nachlassenden Sparzwänge wohl unterdurchschnittlich stark steigen. Die

anhaltende Belebung der Binnennachfrage wird voraussichtlich erneut zu einem deutlichen Anstieg der Importe führen. Dem sollte aber eine vergleichbare Ausweitung der Exporte gegenüberstehen, die von dem schwachen Euro profitieren. Insgesamt dürfte sich das BIP-Wachstum auf 1,8% verstärken.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel in einem soliden Aufschwung. Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex bewegen sich seit einiger Zeit auf einem recht hohen Niveau und signalisieren damit eine Fortsetzung des Wachstumstrends. Positiv sind infolge deutlicher Steigerungen der realen Einkommen sowie eines voraussichtlich anhaltenden Beschäftigungszuwachses die Aussichten für den privaten Verbrauch. Auch der Staat dürfte seine Konsumausgaben erneut spürbar steigern, nicht zuletzt aufgrund weiter steigender Aufwendungen für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Impulse sind zudem von den Unternehmens- und den Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Die Exporte sollten zwar weiterhin von dem schwachen Euro beflügelt werden. Gleichzeitig wird ihr Wachstum aber durch die sehr verhaltene Weltkonjunktur gebremst. Bei gleichzeitig deutlich steigenden Importen sind vom Außenhandel deshalb keine wesentlichen Wachstumsimpulse zu erwarten. Aufgrund der robusten Binnennachfrage rechnen wir dennoch mit einer Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 2,1%. Dies sollte zu einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt führen. Gleichzeitig dürfte jedoch die Zahl der Arbeitslosen aufgrund des zunehmenden Angebots an Arbeitskräften moderat steigen.

Märkte

Für das Jahr 2016 rechnen wir aufgrund der zunächst noch sehr niedrigen Inflationsrate im Euroraum mit weiteren expansiven geldpolitischen Maßnahmen durch die EZB. Diese könnte den Einlagensatz nochmals senken, das monatliche Volumen ihrer Anleiheankäufe ausweiten oder die Laufzeit des Ankaufprogramms nochmals verlängern oder dieses auf weitere Anleiheklassen ausdehnen. Auch ist nicht auszuschließen, dass die EZB weitere neue, bisher nicht erwartete Instrumente einführt. Die US-Notenbank dürfte hingegen ihren Leitzins weiter anheben, wobei sie aber angesichts des starken US-Dollars und des unsicheren globalen Umfelds voraussichtlich vorsichtig agieren wird. Zum Jahresende 2016 erwarten wir für die Fed Funds Target Rate eine Spanne von 0,75% bis 1,00%.

Infolge der anhaltend expansiven EZB-Geldpolitik dürften die Kapitalmarktzinsen in der Eurozone niedrig bleiben, obwohl einige Faktoren für einen Renditeanstieg im Jahresverlauf sprechen. Hierzu gehört die sich weiter verbessernde konjunkturelle Lage im Euroraum. Auch sollte sich der Ölpreis moderat erhöhen, was zu einer Stabilisierung der Inflationserwartungen führen sollte. Zudem dürften infolge der etwas strafferen US-Geldpolitik die Renditen von US-Staatsanleihen tendenziell steigen, was üblicherweise auch auf den deutschen Markt ausstrahlt. Die sich daraus ergebenden Aufwärtsimpulse für das Renditeniveau dürften jedoch durch die Anleiheankäufe der EZB teilweise kompensiert werden. Wir gehen deshalb von einem Anstieg der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen auf 0,9% bis Ende 2016 aus. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve damit steiler werden.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen sind gespalten. Die bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der globalen Wachstumsaussichten könnten die Risikoaufschläge noch für längere Zeit auf ihrem derzeit erhöhten Niveau halten oder sogar weiter steigen lassen. Die von uns erwartete Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in den Industrieländern spricht jedoch perspektivisch für einen Rückgang der Aufschläge. In der Summe rechnen wir für europäische Anleihen im Investmentgrade-Bereich für den Jahresverlauf mit leicht sinkenden Risikoaufschlägen.

Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, sehen wir auf dem inzwischen erreichten Niveau kaum noch Einengungspotenzial. Gleichzeitig sollte dieses Marktsegment aber durch die anhaltenden Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB sowie durch die von uns prognostizierte Fortsetzung der Konjunkturerholung weiter gestützt werden. Wir rechnen daher mit einer Bewegung der Spreads in einer geringen Schwankungsbreite. Die grundlegende Anfälligkeit der Staatsanleihemärkte für Rückschläge bleibt aber bestehen, wobei diese eher durch politische als durch ökonomische Entwicklungen ausgelöst werden könnten.

Branchensituation

Eine deutliche und nachhaltige Verbesserung des operativen Geschäfts in einem Umfeld niedriger Zinsen sowie die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen dürften für deutsche Banken auch 2016 die zentralen Herausforderungen sein.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken erschweren. Bis Ende 2016 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg, sodass eine Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwerfallen dürfte. Dies gilt vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment unverändert ein harter Wettbewerb herrscht, der Zins- und Provisionsergebnis belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisionsergebnis und Zinsüberschuss sollten daher nur schwer erreichbar sein. Die niedrigen Finanzierungskosten könnten sich aber positiv auf das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien auswirken sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies sollte sich positiv auf die Erträge aus dem Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2016 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, welche die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten zusätzlich das Ergebnis. Viele Banken investieren zudem in die Digitalisierung ihrer Prozesse. Dies bindet zwar Ressourcen, erscheint zur Festigung der Kundenbeziehungen und als Reaktion auf neue Wettbewerber aus der digitalen Welt aber notwendig.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarkts mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2016 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten überwiegend innerhalb der jeweiligen Sektoren erfolgen. Die Fusion der beiden genossenschaftlichen Spitzeninstitute soll Mitte 2016 abgeschlossen sein.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse deutscher Kreditinstitute können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Die European Banking Authority (EBA) wird 2016 einen mit der EZB abgestimmten Stresstest durchführen. Dieser Stresstest wird in allen 28 EU-Staaten stattfinden. Eine endgültige Liste der teilnehmenden Banken sowie die exakte Ausgestaltung des Tests wurden noch nicht veröffentlicht.

Ausblick für den Postbank Konzern

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Für 2016 ist eine veränderte Fokussierung bei den Investitionsschwerpunkten geplant. Während die Postbank für 2016 den Höhepunkt der erwarteten Investitionen zur Entflechtung von der Deutschen Bank sieht und weiterhin in die Einhaltung und Anpassung regulatorischer Anforderungen investiert, wird der Fokus der Investitionen wieder deutlich auf der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit liegen. Insbesondere aufgrund der erwarteten Investitionen in die Entflechtung von der Deutschen Bank wird das Investitionsvolumen 2016 unter Berücksichtigung von bereits erfassten Aufwendungen im Vergleich zu den Vorjahren außergewöhnlich hoch liegen.

Gegenüber den Vorjahren plant die Postbank, verstärkt in strategische Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums in ausgewählten Produktbereichen, zur besseren Verknüpfung von digital gestützten Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozessen sowie zur Stärkung der Effizienz in Front-/Backoffice und in Zentralbereichen zu investieren. Im Rahmen der Digitalisierung investiert die Postbank ferner in neue Vermarktungsprozesse wie beispielsweise die Online-Akquise von Baufinanzierungskunden, neue vertriebskanalübergreifende Beratungs- und Angebotsprozesse für ausgewählte Produkte sowie neue Kontomodelle. Darüber hinaus gehören insbesondere Investitionen in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen (z. B. End-to-End Optimierung), die Erhöhung des Automatisierungsgrades im Bankgeschäft (z. B. Selbstbedienungsterminals, Geldausgabeautomaten) und neue, moderne Filialformate, welche die Strategie „digital & persönlich“ unterstützen, zum Investitionsspektrum.

Die effiziente Reaktion auf eine weiter verschärfte Regulierung wird einen weiterhin starken Schwerpunkt im Investitionsportfolio bilden, sodass die Einhaltung von regulatorischen Themen auch zukünftig gewährleistet werden kann. Dazu zählt u. a. die Umsetzung von Anforderungen aus den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), der neu gefassten EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), den Richtlinien über Konten- und Zahlungsdienste (PAD/ PSD), den Mindestanforderungen an das Risikomanagement, der Wohnimmobilienkreditrichtlinie, Basel III/IV sowie den Vorgaben der EZB und der BaFin.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Es ist zu erwarten, dass auf Basis der aktuellen Einschätzungen die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit und zur Kundenzufriedenheit 2016 zumindest das Niveau aus dem Jahr 2015 erreichen bzw. sich moderat verbessern werden. Diese Erwartung unterstellt keine grundlegenden Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Postbank.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2016 basiert auf unseren Erwartungen über die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Nichtsdestotrotz könnten sich eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten negativ auf den erwarteten Verlauf auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere, unerwartete und deutliche Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basiszenario nicht berücksichtigt wurde. Unsere Erwartungen beruhen auf unserer Zinsprognose, die für 2016 bei Laufzeiten über drei Monaten über dem aktuellen Marktzinsniveau liegt. Sollte sich das aktuelle Marktzinsniveau verstetigen, würde dies die Ergebnisentwicklung 2016 deutlich belasten.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um Aufwendungen in Zusammenhang mit der Integration in die Deutsche Bank bzw. die Entflechtung von der Deutschen Bank bereinigten – Kostenbasis.

Im Einzelnen erwarten wir, dass sich der Zinsüberschuss im Jahr 2016 trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus insgesamt moderat über dem Niveau des Jahres 2015 bewegen wird. Das Zinsergebnis dürfte dabei insbesondere von der erwarteten Volumenausweitung im Kreditgeschäft, durch Entfallen der außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse sowie von dem Auslaufen hochverzinslicher Verbindlichkeiten innerhalb der NCOU profitieren. Im operativen Kerngeschäft erwarten wir ebenfalls eine stabile Entwicklung, wobei steigende Erträge im Kreditgeschäft die rückläufigen Erträge aus dem Einlagengeschäft überkompensieren sollten. Begünstigend wirkt zudem, dass die im Kreditneugeschäft im Segment Retail Banking erzielten Margen über den Bestandsmargen liegen. Sowohl im Kredit- als auch im Einlagengeschäft gehen wir von einer Kombination aus Volumen- und Margeneffekten aus, die sich nach unserer Einschätzung im Kreditgeschäft gegenseitig verstärken und im Einlagengeschäft dagegen abschwächen sollten. Diese Erwartungen beruhen auf einer Zinsprognose für 2016, die für Laufzeiten über drei Monaten über dem aktuellen Marktzinsniveau liegt.

Der Provisionsüberschuss wird nach unseren Erwartungen im Jahr 2016 deutlich ansteigen. Wesentliche Ursachen hierfür sind zusätzliche externe Provisionserträge bei den zum 1. Januar 2016 wieder konsolidierten fünf Servicegesellschaften sowie erwartete Ertragszuwächse im Wertpapier- und Girogeschäft.

Für 2016 erwarten wir erneut ein positives Finanzanlageergebnis deutlich über dem Niveau von 2015, insbesondere infolge einer erwarteten Realisierung von Beteiligungswerten. Aufgrund des Wegfalls der jährlichen Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG im Zusammenhang mit dem zum 1. Januar 2016 wirksamen Anteilsverkauf der PBC Banking Services GmbH wird der erwartete positive Effekt etwas relativiert.

Im Handelsergebnis gehen wir für das Jahr 2016 aufgrund geringerer Bewertungsergebnisse von Zinsderivaten von einem deutlichen Rückgang im Vergleich zum Jahr 2015 aus.

In der Risikoversorge erwarten wir für 2016 aufgrund des geplanten Wachstums in unserem Kerngeschäft einen volumenbedingt deutlichen Anstieg im Vergleich zu dem historisch niedrigen Vorjahresniveau.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand gehen wir für das Jahr 2016 von einem spürbaren Anstieg insbesondere aufgrund der Konsolidierung der fünf Servicegesellschaften sowie der auf dem Höhepunkt erwarteten Aufwendungen im Zuge der Entflechtung von der Deutschen Bank aus. Gleichzeitig werden zukünftig die sonstigen Aufwendungen um die Vergütungen für die Leistungen der Servicegesellschaften entlastet. Strategisch werden wir weiter in die Bereiche Digitalisierung und Effizienz unseres Geschäftsmodells investieren. Darüber hinaus erwarten wir, die steigenden Belastungen zur Erfüllung erhöhter regulatorischer Anforderungen weiterhin durch ein striktes Kostenmanagement kompensieren und durch die Initiierung von strategischen Maßnahmen eine zusätzliche Entlastung im Verwaltungsaufwand erzielen zu können.

Für 2016 gehen wir von einem Anstieg der Mitarbeiterzahl, umgerechnet auf Vollzeitkräfte (FTE), um rund 3.600 aus. Diese Entwicklung wird maßgeblich durch die Wiedereingliederung der Servicegesellschaften in die Postbank Gruppe und die steigenden regulatorischen Anforderungen getrieben.

Trotz der geplanten positiven operativen Entwicklung erwarten wir das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Steuern im Jahr 2016 moderat rückläufig. Bereinigt werden hierbei die erwarteten Kosten für Integration in die bzw. Entflechtung von der Deutschen Bank sowie die positiven Effekte infolge einer erwarteten Realisierung von Beteiligungswerten. Gründe für die moderat rückläufige Entwicklung sind im Wesentlichen Dissynergien im Zusammenhang mit der Entflechtung von der Deutschen Bank und zusätzliche Belastungen durch die EU-Einlagensicherung.

Die Kosten für Integration in die bzw. Entflechtung von der Deutschen Bank werden 2016 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Aufgrund der entfallenden positiven Sondereffekte aus 2015 erwarten wir für 2016 einen Rückgang des Ergebnisses vor Steuern um einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag, der sich auch im Konzerngewinn nach Steuern niederschlagen wird.

Aufgrund dieser Entwicklungen gehen wir von einem entsprechenden Anstieg der Cost Income Ratio sowie einem deutlichen Rückgang des Return on Equity vor Steuern aus.

Bei den regulatorischen Kennzahlen erwarten wir eine stabile Entwicklung der harten Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio nach Feststellung) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und der Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in).

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Segmenten

Retail Banking

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für das Jahr 2016 von einer stabilen Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus. Es handelt sich hier um einen wenig volatilen und gegenüber anderen Bereichen risikoärmeren Geschäftszweig. Wir unterstellen allerdings eine weiter steigende Wettbewerbsintensität. Mit unserer aktuellen Positionierung sehen wir uns hierfür sehr gut aufgestellt.

Für das Jahr 2016 rechnen wir mit einem in etwa konstanten Zinsüberschuss, einem moderat steigenden Provisionsüberschuss sowie einer gegenüber der außergewöhnlich guten Entwicklung im Jahr 2015 deutlich ansteigenden Risikovor-sorge auf einem historisch gesehen weiterhin sehr niedrigen Niveau – insgesamt erwarten wir eine stabile operative Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr. Aufgrund des Rück-erwerbs von fünf Servicegesellschaften zum 1. Januar 2016 erwarten wir einen spürbaren Anstieg der Verwaltungsaufwendungen und eine gegenläufig spürbare Entlastung bei den Verrechnungen. Die Verwaltungsaufwendungen werden teilweise durch höhere einmalige Aufwendungen für den Effekt der EU-Einlagensicherung, höhere IT-Kosten, erwartete Dissynergien, Aufwendungen im Zusammenhang mit der Entflechtung von der Deutschen Bank und Investi-tionen in Effizienzmaßnahmen belastet, sodass der Gewinn vor Steuern im Segment Retail Banking aufgrund dieser Sondereffekte moderat zurückgehen wird.

Firmenkunden

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden wird im Jahr 2016 nach unseren Erwartungen insbesondere auf-grund von Sondereffekten moderat unter dem Niveau von 2015 liegen – auf operativer Ebene aber Fortschritte zeigen. Das geplante Geschäftswachstum sollte zu einem moderat verbesserten Zinsergebnis und einem deutlichen Anstieg im Provisionsüberschuss beitragen. Es erfordert allerdings auch höhere Aufwendungen, u.a. für den Vertrieb. Wir erwarten hierdurch ein positives Wachstum im Kreditneu-geschäft, was auch zu einem Anstieg der Kreditbestände in diesem Segment führen sollte. Darüber hinaus erwarten wir insbesondere einen deutlichen Anstieg der Verrechnungen, bedingt im Wesentlichen durch den Effekt der EU-Einlagen-sicherung und Investitionen in Effizienzmaßnahmen.

Financial Markets

Für das Segment Financial Markets, das u.a. die Ergebnisse aus dem Management unseres Bankbuchs beinhaltet, gehen wir für 2016 von einem weiterhin negativen, jedoch deutlich verbesserten Zinsergebnis sowie deutlich geringe-ren Gewinnrealisierungen im Finanzanlageergebnis aus, sodass das Ergebnis vor Steuern insgesamt moderat unter dem Niveau von 2015 liegen wird.

Non Core Operating Unit

Im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) erwarten wir für 2016 eine weitere spürbare Verbesserung des aller-dings anhaltend deutlich negativen Ergebnisses. Für den Jahresverlauf sind keine substanziellen Fälligkeiten zu er-warten. Das negative Zinsergebnis der NCOU sollte sich weiter moderat verbessern. Bei entsprechenden Gelegenheiten werden wir die Möglichkeit eines außerplanmäßigen Positionsabbaus prüfen, was zu positiven oder negativen nicht in der Prognose enthaltenen Ergebniseffekten führen könnte.

Cost Center/Konsolidierung

Für dieses Segment erwarten wir für 2016 ein positives, aber signifikant geringeres Ergebnis. Dies resultiert insbesondere aus dem beschriebenen Wegfall der im Jahr 2015 angefal-lenen positiven Sondereffekte aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV, die im Segment Cost Center/Konsolidierung erfasst wurden.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 24. Februar 2016

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr



2,5 Millionen Finanz-App-Downloads

Mit dem Postbank Finanzassistent, der mobilen Banking-App für Smartphones und Tablets, haben Kunden ihre Finanzen jederzeit auch von unterwegs im Griff. Dabei bietet die App nicht nur den Überblick über alle Postbank Konten. Die Kunden können auch jederzeit Überweisungen per Spracheingabe veranlassen und mit modernster Fingerprint-Technologie freigeben. Um die Übersicht zu behalten, lassen sich außerdem Umsätze ganz einfach festgelegten Kategorien zuordnen. Mit dem integrierten Sparhelfer können unsere Kunden sogar ihre Freunde bei Facebook zum Mitsparen einladen.

KONZERNABSCHLUSS

NACH INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS ZUM 31. DEZEMBER 2015

<u>GESAMTERGEBNISRECHNUNG</u>	<u>104</u>
<u>BILANZ</u>	<u>106</u>
<u>EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG</u>	<u>107</u>
<u>KAPITALFLUSSRECHNUNG</u>	<u>108</u>
<u>ANHANG – NOTES</u>	<u>110</u>
<u>SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 41)</u>	<u>149</u>
<u>BESTÄTIGUNGSVERMERK</u>	<u>196</u>

04

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2015

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Zinserträge	(8)	4.330	4.735
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	(8)	15	2
Zinsaufwendungen	(8)	-1.923	-2.251
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	(8)	-19	-1
Zinsüberschuss	(8)	2.403	2.485
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(9)	-209	-265
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.194	2.220
Provisionserträge	(10)	1.074	1.185
Provisionsaufwendungen	(10)	-288	-258
Provisionsüberschuss	(10)	786	927
Handelsergebnis	(11)	56	-6
Ergebnis aus Finanzanlagen	(12)	27	216
Verwaltungsaufwand	(13)	-2.724	-2.729
Sonstige Erträge	(14)	889	387
Sonstige Aufwendungen	(15)	-646	-802
Ergebnis vor Steuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich		-	219
Ergebnis vor Steuern gesamt		582	432
Ertragsteuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen		27	-100
Ertragsteuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich		-	-72
Ertragsteuern gesamt		27	-172
Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen		609	113
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenem Geschäftsbereich		-	147
Ergebnis nach Steuern		609	260
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzerngewinn		608	259

	2015	2014 ¹
Ergebnis je Aktie in €		
aus fortgeführten Geschäftsbereichen	2,78	0,51
aus aufgegebenem Geschäftsbereich	-	0,67
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €		
aus fortgeführten Geschäftsbereichen	2,78	0,51
aus aufgegebenem Geschäftsbereich	-	0,67

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	609	260
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	90	201
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	108	-121
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	108	-121
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-8	8
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	-10	318
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-10	318
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-28	311
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	18	7
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	0	-4
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	-1
Gesamtergebnis	698	460

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn (separat für fortgeführte Geschäftsbereiche und aufgegebenen Geschäftsbereich) durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2015 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 218.800.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	01.01.2014 ¹ Mio €
Barreserve	(17)	1.357	1.230	1.739
Forderungen an Kreditinstitute	(18)	15.876	19.602	20.096
Forderungen an Kunden	(19)	98.397	97.972	101.313
Risikovorsorge	(21)	-923	-1.361	-1.478
Handelsaktiva	(22)	647	697	1.824
Hedging-Derivate	(23)	78	119	113
Finanzanlagen	(24)	30.768	33.477	34.015
davon: als Sicherheit übertragen	(24)	5.971	6.344	6.952
Immaterielle Vermögenswerte	(25)	1.902	1.952	2.028
Sachanlagen	(26)	678	683	698
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	101	148	115
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	72	68	101
Sonstige Aktiva	(28)	1.155	810	717
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(29)	489	-	157
Summe der Aktiva		150.597	155.397	161.438

Passiva	Erläuterungen	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	01.01.2014 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(30)	15.443	17.583	18.282
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(31)	119.150	120.493	121.450
Verbriefte Verbindlichkeiten	(32)	3.446	4.571	7.342
Handelspassiva	(33)	665	767	1.681
Hedging-Derivate	(34)	208	298	460
Rückstellungen		703	854	688
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(35)	56	155	93
b) Sonstige Rückstellungen	(36)	647	699	595
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(37)	110	104	80
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(37)	9	41	70
Sonstige Passiva	(38)	466	526	833
Nachrangkapital	(39)	3.239	3.699	4.358
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten		-	-	168
Eigenkapital	(40)	7.158	6.461	6.026
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		3.987	3.640	3.134
d) Konzerngewinn		608	259	330
Anteile in Fremdbesitz		6	5	5
Summe der Passiva		150.597	155.397	161.438

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Konzerngewinn	Eigenkapital vor Fremdanteilen	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2013	547	2.010	3.232	23	330	6.142	5	6.147
Restatement			-121			-121		-121
Stand 01.01.2014	547	2.010	3.111	23	330	6.021	5	6.026
Ausschüttung						-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			330		-330	0		0
Ergebnis nach Steuern					259	259	1	260
Sonstiges Ergebnis			-113	314		201		201
Eigene Aktien im Bestand						-		-
Übrige Veränderungen			-25			-25	-1	-26
Stand 31.12.2014	547	2.010	3.303	337	259	6.456	5	6.461
Ausschüttung						-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			259		-259	0		0
Ergebnis nach Steuern					608	608	1	609
Sonstiges Ergebnis			100	-10		90		90
Eigene Aktien im Bestand						-		-
Übrige Veränderungen			-2			-2		-2
Stand 31.12.2015	547	2.010	3.660	327¹	608	7.152	6	7.158

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale, die in der Neubewertungsrücklage erfasst werden, und Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen, die in den Gewinnrücklagen erfasst werden, sowie darauf entfallende Ertragsteuern enthalten.



Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 40 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2015 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

Bei den Übrigen Veränderungen handelt es sich insbesondere um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DB Finanz-Holding GmbH.



¹Davon entfallen 78 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 29).

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	Erläuterungen	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Konzerngewinn		608	259
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		721	424
Veränderungen der Rückstellungen	(35), (36), (37)	-87	46
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-31	-403
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-47	-466
Zugangsbewertung Trust- Refinanzierungsstruktur		-280	0
Sonstige Anpassungen		-2.332	-2.275
Zwischensumme		-1.448	-2.415
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		3.666	251
Forderungen an Kunden		-1.070	3.399
Handelsaktiva		136	1.144
Hedging-Derivate positive Marktwerte		37	270
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte		-489	0
Sonstige Aktiva		-292	-82
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-2.132	-681
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-1.284	-1.500
Verbriefte Verbindlichkeiten		-1.060	-2.825
Handelspassiva		-102	-877
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-106	-97
Sonstige Passiva		-61	-307
Zinseinzahlungen		4.365	4.604
Zinsauszahlungen		-1.921	-2.543
Sonstige Zahlungszuflüsse		3	12
Erhaltene Dividendenzahlungen		0	0
Ertragsteuerzahlungen		17	-157
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1.741	-1.804

	Erläuterungen	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		4.713	3.672
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	7	66
Sachanlagen		2	2
Immateriellen Vermögenswerten		0	2
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-2.583	-1.626
Anteilen an Tochterunternehmen		0	-1
Sachanlagen		-55	-51
Immateriellen Vermögenswerten		-49	-36
Cashflow aus Investitionstätigkeit		2.035	2.028
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		-167	-733
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-167	-733
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(17)	1.230	1.739
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1.741	-1.804
Cashflow aus Investitionstätigkeit		2.035	2.028
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-167	-733
Effekte aus Wechselkursänderungen		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(17)	1.357	1.230

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

INHALTSVERZEICHNIS

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	112
(2) Konsolidierungskreis	112
(3) Konsolidierungsgrundsätze	114
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	114
(a) Fair Value und aktiver Markt	114
(b) Forderungen	114
(c) Leasinggeschäfte	115
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	115
(e) Handelsaktiva	116
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	116
(g) Hedging-Derivate	116
(h) Finanzanlagen	117
(i) Ausbuchung von Finanzinstrumenten	118
(j) Immaterielle Vermögenswerte	118
(k) Sachanlagen	119
(l) Verbindlichkeiten	119
(m) Handelspassiva	119
(n) Rückstellungen	120
(o) Währungsumrechnung	121
(p) Ertragserfassung	121
(q) Ertragsteuern	121
(r) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	122
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	122
(6) Anpassung von Vorjahreszahlen	123
(7) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	124

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(8) Zinsüberschuss	124
(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	125
(10) Provisionsüberschuss	125
(11) Handelsergebnis	126
(12) Ergebnis aus Finanzanlagen	126
(13) Verwaltungsaufwand	127
(14) Sonstige Erträge	127
(15) Sonstige Aufwendungen	127
(16) Ertragsteuern	128

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(17) Barreserve	128
(18) Forderungen an Kreditinstitute	129
(19) Forderungen an Kunden	129
(20) Kreditvolumen	130
(21) Risikovorsorge	130
(22) Handelsaktiva	131
(23) Hedging-Derivate	131
(24) Finanzanlagen	132
(25) Immaterielle Vermögenswerte	133
(26) Sachanlagen	136
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	137
(28) Sonstige Aktiva	138
(29) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	138
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	139
(31) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	139
(32) Verbriefte Verbindlichkeiten	140
(33) Handelspassiva	140
(34) Hedging-Derivate	140
(35) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	140
(36) Sonstige Rückstellungen	144
(37) Tatsächliche und latente Ertragsteuer- verpflichtungen	145
(38) Sonstige Passiva	146
(39) Nachrangkapital	146
(40) Eigenkapital	147

SONSTIGE ANGABEN

(41) Segmentberichterstattung	149
(42) Eventual- und andere Verpflichtungen	151
(43) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	151
(44) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	158
(45) Derivative Finanzinstrumente	159
(46) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	163
(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	165
(48) Fremdwährungsvolumen	165
(49) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	165
(50) Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital	166
(51) Restlaufzeitgliederung	167
(52) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	168
(53) Treuhandgeschäfte	169
(54) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	169
(55) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	169
(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	171
(57) Andere Angaben	188
(58) Namen und Mandate der Organmitglieder	188
(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	192
(60) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB	192
(61) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB	193
(62) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	194

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Muttergesellschaft der Deutsche Postbank AG, Bonn, ist die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main. Die Unternehmen des Postbank Teilkonzerns sind in den Konzernabschluss der Deutsche Bank AG einbezogen.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2015 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Geschäftsbericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 37v WpHG.



Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2015) enthält der Geschäftsbericht.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, (bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung und verkürzter Gesamtergebnisrechnung), die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.



Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Risikovorsorge, der immateriellen Vermögenswerte und der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit der latenten Steuern. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 43 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Form von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der Markt-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 28 Tochterunternehmen (31. Dezember 2014: 22) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

70

72

89

61

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Filial GmbH, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0

In den Konsolidierungskreis werden darüber hinaus acht Teilgesellschaftsvermögen gemäß IFRS 10 einbezogen. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Außerdem hält die Bank 49,9975 % Anteile an der PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main, deren Zweck der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an den Servicegesellschaften des Deutsche Bank Konzerns ist. Die Beteiligung an diesem assoziierten Unternehmen wurde zum Bilanzstichtag als zur Veräußerung bestimmt klassifiziert (siehe Note 29).

Im Juli 2015 wurden die Anteile an der Postbank P.O.S. Transact GmbH veräußert und die Gesellschaft anschließend entkonsolidiert. Aus der Veräußerung resultierte ein Finanzanlageergebnis in Höhe von 4,7 Mio €. Das erhaltene Entgelt in Höhe von 6,5 Mio €, das ausschließlich Zahlungsmittel nach IAS 7 darstellte, wird in der Kapitalflussrechnung unter

Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen. Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte der Gesellschaft betragen zum Abgangszeitpunkt 5 Mio €, die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 30 Mio €. Die abgegangenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bestanden im Wesentlichen aus sonstigen Aktiva und sonstigen Passiva. Zahlungsmittel bestanden bei der Gesellschaft nicht.

In der Berichtsperiode hat die Bank ihre ehemaligen Funding-Gesellschaften Deutsche Postbank Funding LLC I–IV sowie Deutsche Postbank Funding Trust I–IV mit Wirkung zum 10. Dezember 2015 von der Deutschen Bank zurückerworben. Die Funding-Gesellschaften werden als Tochtergesellschaften gemäß IFRS 10 im Postbank Konzern vollkonsolidiert.

Bei den Funding-Gesellschaften handelt es sich um eine Refinanzierungsstruktur. Hierbei hat die Postbank insgesamt vier Schuldverschreibungen begeben, die von jeweils einer LLC-Gesellschaft gehalten wird. Die LLC-Gesellschaften

haben ihrerseits jeweils Anleihen (Class B) begeben, die von den Trust-Gesellschaften gehalten werden. Die Trust-Gesellschaften haben sich ihrerseits über Emissionen extern am Markt refinanziert.

Es handelt sich bei der Transaktion nicht um einen Unternehmenserwerb im Sinne von IFRS 3, sondern um den Erwerb einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten einer Refinanzierungsstruktur. Aus der Zugangsbewertung der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gruppe zum Fair Value gemäß IAS 39 resultiert ein Ergebnis in Höhe von 280 Mio €. Das Ergebnis ist in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Sonstige Erträge“ enthalten.

Der als Zahlungsmittel entrichtete Kaufpreis für die Anteile an den Funding-Gesellschaften in Höhe von 0,4 Mio € ist in der Kapitalflussrechnung im Posten „Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an Tochterunternehmen“ enthalten. Durch den Erwerb der Gesellschaften erfolgte im Konzern lediglich ein sehr geringer Zugang von Zahlungsmitteln.

In der Konzernbilanz sind Verbindlichkeiten der Trust-Gesellschaften in dem Posten „Nachrangkapital“ in Höhe von 1.405 Mio € ausgewiesen.

Die Postbank Versicherungsvermittlung GmbH wurde am 21. Dezember 2015 rückwirkend zum 30. September 2015 auf ihre Muttergesellschaft, die Postbank Finanzberatung AG, verschmolzen.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.



Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 61 dargestellt.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutsche Postbank AG wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß IFRS 10.B86. Die Buchwerte der Anteile an den Tochterunternehmen bei dem Mutterunternehmen werden durch die Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Unternehmen ersetzt.

Die aus der Erstkonsolidierung nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 3 entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge (Geschäfts- und Firmenwerte) werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Das den Anteilen im Fremdbesitz zurechenbare Konzernergebnis wird in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Gesamtergebnisrechnung separat ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden blieben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Fair Value und aktiver Markt

Der Fair Value ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswertes oder bei Übertragung der Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten bzw. gezahlt würde. Sofern verfügbar, werden für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente auf dem aktiven Markt notierte Preise verwendet, dazu wird der jeweilige Hauptmarkt bzw. der vorteilhafteste Markt bestimmt (IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34).

Der aktive Markt ist insbesondere durch ein hohes Handelsvolumen bzw. Liquidität gekennzeichnet. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

Bei der Bestimmung des Hauptmarktes berücksichtigt die Postbank die folgenden kumulativen Kriterien:

- Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität,
- gewöhnliche Nutzung durch die Bank,
- die Bank hat Marktzugang zu dem definierten Hauptmarkt.

Als Hauptmarkt werden dabei in Abhängigkeit von der Produktart der Interbankenmarkt, der Brokermarkt, die Börsenplätze oder die Terminbörsen herangezogen.

Sofern die Bank zu dem Hauptmarkt keinen Zugang hat, wird für die Bestimmung des Fair Value der vorteilhafteste Markt betrachtet.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option gemäß IAS 39 ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B12 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 43. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter dem Posten „Forderungen



an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörenden Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 4,4 Mrd € (Vorjahr: 4,9 Mrd €). Die Änderung des beizulegenden Zeitwertes, soweit dies auf Änderungen beim Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte zurückzuführen ist, beträgt für das Berichtsjahr 8,8 Mio € (Vorjahr: 3,5 Mio €); die kumulierten Änderungen belaufen sich auf 8,8 Mio € (Vorjahr: 3,5 Mio €).

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikoversorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten sowie Hedge-Agien werden über die Laufzeit der Forderungen nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von am Markt beobachtbaren Parametern (aktuelle Swaprenditekurve plus Credit Spread). Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 43 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzposten und Produktarten. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht des Konzernlageberichts, differenziert nach den einzelnen Klassen, angegeben.

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing aktiviert die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen.

Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (erfolgswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht. Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse mit Bezug auf Immobilien.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen bzw. immateriellen Vermögenswerten aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand erfasst.

(d) Risikoversorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalisierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis der Parameter erwartete Verlustquote, Ausfallwahrscheinlichkeit und LIP-Faktor ermittelt wird. Die Risikoversorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen von definierten qualitativen und ratingbezogenen Trigger-Events, wie z. B. Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen, angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikoversorge) oder eine Direktabschreibung erfolgswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert;

- unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Forderungen, die seitens der Bank als endgültig uneinbringlich eingestuft werden, werden in entsprechender Höhe direkt erfolgswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für die Ermittlung der Portfoliowertberichtigung hat die Postbank im Rahmen ihrer turnusmäßigen Überprüfung im dritten Quartal die Bewertungsparameter modifiziert. Hierdurch wurde die Risikovorsorge in der Berichtsperiode ergebniswirksam um 27 Mio € erhöht. Eine Schätzung der Auswirkungen aus der vorgenommenen Modifizierung auf zukünftige Perioden ist von der Entwicklung des Kreditrisikos abhängig und daher nicht möglich.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag (Trade Date).

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B5 ff) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 43 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Derivate-Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Postbank hat zum 30. Juni 2015 die Bewertung für kündbare Cross-Currency-Swaps weiterentwickelt und hier wie bei anderen besicherten Derivaten die OIS-Diskontierung (Overnight-Index-Swap-Diskontierung) vorgenommen. Daraus ergab sich zum Zeitpunkt der Umstellung eine Belastung des Handelsergebnisses von 4 Mio €. Seit dem Umstellungszeitpunkt rechnet die Bank ausschließlich mit dem neuen Schätzverfahren.

Die trennungspflichtigen eingebetteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelsspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Weitere Informationen zu SCP-Beständen enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 43 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

151

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgegrenzt. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen bzw. positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten erfasst.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge bzw. negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die nicht zum Hedge Accounting designiert sind, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets erfolgswirksam bewertet und in den Bilanzposten „Handelsaktiva“ bzw. „Handelsspassiva“ als Derivate des Bankbuchs zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettopositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps, deren Bewertungs- und Zinsergebnisse nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen werden.

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Änderungen ihres beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) abgesichert. Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren, langfristigen Forderungen und emittierten Schuldverschreibungen Zinsswaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um

151

117

festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variabel verzinsliche Positionen umzuwandeln. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikro hedge bezeichnet.

Derivative Sicherungsinstrumente werden in erster Linie als Mikro hedgebeziehungen (Fair Value Hedges) zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken eingegangen.

Sofern keine effektiven Mikro hedgebeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Sicherungsinstrumente gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbilanz werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikro hedges (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikro hedgebeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig anhand eines retrospektiven Effektivitätstests überprüft.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst Schuldverschreibungen, Aktien und andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen, die alle nicht zu Handelszwecken gehalten werden.

Finanzanlagen der Postbank werden als Loans and Receivables (LaR) oder als Available for Sale (AfS) kategorisiert.

In die Bewertungskategorien LaR und AfS werden grundsätzlich Finanzinstrumente klassifiziert, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht und die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden. Umfasst das Finanzinstrument feste und bestimmbare Zahlungen und liegt kein aktiver Markt vor, erfolgt grundsätzlich die Kategorisierung als LaR, allerdings ist auch eine Zuordnung in die Kategorie AfS möglich.

Alle Eigenkapitalinstrumente werden der Kategorie AfS zugeordnet. Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen der Bewertungskategorie AfS werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist.

Der Posten der Finanzanlagen umfasst im Wesentlichen den Bestand an Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumenten sowie an Finanzbeteiligungen. Außerdem ist die Postbank im Rahmen von Investments in Eigenverbriefungen in geringem Umfang in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um synthetische Residential Mortgage Backed Securities (RMBS), die der Kategorie AfS zugeordnet werden.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit dem Fair Value. Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS) werden zum Handelstag bilanziell erfasst, während für Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables (LaR) die Erfassung zum Erfüllungstag (Settlement Date) erfolgt.

Die Folgebewertung der LaR-Bestände erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, Finanzanlagen der Kategorie AfS werden mit dem Fair Value bilanziert, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Fair Value werden bei Finanzanlagen der Kategorie AfS in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Nicht dauerhafte Fair-Value-Schwankungen der LaR-kategorisierten Finanzanlagen werden bilanziell nicht erfasst, sondern fließen in die stillen Lasten bzw. Reserven ein.

Wird für Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Agien und Disagien sowie Hedge-Agien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant amortisiert.

Bei Schuldtiteln erfolgt eine Abschreibung (Impairment) nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Bei AfS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen.

Bei Eigenkapitalinstrumenten werden bei signifikantem oder länger anhaltendem Rückgang des Fair Value erfolgswirksame Abschreibungen vorgenommen.

Sofern die Gründe für ein Impairment weggefallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die im Fall von Fremdkapitalinstrumenten erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral über das Eigenkapital vorzunehmen ist.

Ergebnisse aus Impairments bzw. aus ergebniswirksam erfasster Wertaufholung sowie aus Veräußerungen werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 ermittelt.



Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 43 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(i) Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen oder übertragen sind bzw. eine Verpflichtung übernommen wurde, diese Cashflows weiterzuleiten. Dementsprechend erfolgt ein Abgang, sobald substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden.

Sofern substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen weder zurückbehalten noch übertragen werden, erfolgt eine Ausbuchung, wenn die Verfügungsmacht über den Vermögenswert aufgegeben wurde. Ansonsten erfolgt eine bilanzielle Behandlung im Umfang des fortgeführten Engagements. Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen finanziellen Vermögenswert desselben Kontrahenten zu signifikant abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird, erfolgt eine Ausbuchung des bestehenden finanziellen Vermögenswertes.

(j) Immaterielle Vermögenswerte

Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte sowie erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21–23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a) – (f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. In der Berichtsperiode haben keine Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer mit wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis dieser bzw. künftiger Perioden stattgefunden. Die immateriellen Ver-

mögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist das der Fall, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft.

Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich um Markenwerte und erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte. Für Geschäfts- oder Firmenwerte sowie für den Markenwert erwartet die Bank, dass hieraus grundsätzlich zeitlich unbegrenzt Cashflows generiert werden können. Daher werden diese als immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer klassifiziert. Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden jährlich auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte den entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten.

Der Impairment-Test der Markenwerte erfolgt auf der Ebene des einzelnen Vermögenswertes. Hierzu wird der beizulegende Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten mit einem kapitalwertorientierten Verfahren ermittelt und mit dem Buchwert der Markenwerte verglichen. Der Wertbeitrag der Markenwerte wird dabei auf Basis des zusätzlichen Neugeschäfts abgeleitet, welches aufgrund des Markennamens BHW abgesetzt werden kann.

Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugrunde gelegt. Der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1% (Vorjahr: 1%) – sogenannte ewige Rente – angesetzt. Für die Ermittlung der Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Retail Banking wurde ein Abzinsungssatz von 7,48% (Vorjahr: 8,03%) berücksichtigt, für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Firmenkunden belief sich der Abzinsungssatz ebenfalls auf 7,48% (Vorjahr: 8,67%). Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins zuzüglich einer unternehmensspezifischen

Risikoprämie, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisiko­prämie ableitet.

Bezugnehmend auf IAS 36.134 (d) (ii) basieren die in der Planungsrechnung ermittelten Segmentergebnisse sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikovorsorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der Segmentergebnisse aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für den Planungszeitraum 2016 bis 2018 mit einer überdurchschnittlichen und für die darauffolgenden Jahre bis 2020 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gerechnet; zugleich wird davon ausgegangen, dass sich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2016 zwar leicht erhöht, aber bis zum Ende des Planungszeitraums auf einem immer noch sehr niedrigen Niveau verharrt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg überdurchschnittlich ansteigen. Ausgehend von einer sehr moderaten Inflation von 0,3 % im Jahr 2015 wird in den folgenden Jahren mit einem Anstieg in Richtung 2 % gerechnet. Der private Konsum sollte 2016 relativ stark und ab 2017 mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei die Sparquote vom niedrigen Niveau aus leicht ansteigt. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem niedrigen Zinsniveau leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat aus­ge­weitert wird. Trotz einer gestiegenen politischen Unsicherheit ist die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Jahr 2016 wegen der von Politik und EZB beschlossenen Maßnahmen eher gering.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt leichte Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten für die Markenwerte erfolgt auf Basis der prognostizierten Neugeschäftsentwicklung. Die nachhaltige Fortschreibung wird mit einem Wachstumsfaktor von 1 % (Vorjahr: 1 %) vorgenommen. Der verwendete Abzinsungssatz beträgt 7,48 % (Vorjahr: 8,03 %).

(k) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen

werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Kosten für Reparaturen und Instandhaltung werden in voller Höhe erfolgswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Komponenten des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungskosten von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Verbindlichkeiten für die Rück­erstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Die Berechnung der Verbindlichkeitshöhe erfolgt auf Basis von vorab definierten rationalen Entscheidungsmustern der Kunden. Für jeden einzelnen Kunden wird eine Einschätzung getroffen, ob die Inanspruchnahme des Bauspardarlehn und damit der Verzicht auf die Rückerstattung der Abschlussgebühren sowie die rückwirkende Vergütung von Zinsboni aus Kundensicht wirtschaftlich vorteilhaft sein kann.

Da das Kundenverhalten grundsätzlich nicht nur durch rationale Entscheidungsmuster erklärt werden kann, ergeben sich grundsätzliche gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Verbindlichkeitshöhe.

(m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva

erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen.

Die trennungspflichtigen eingebetteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

(n) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei der Deutsche Postbank AG und ihren Tochtergesellschaften bestehen Zusagen auf betriebliche Versorgungsleistungen. Die Zusagen werden in Abhängigkeit der grundlegenden Leistungsbedingungen und -voraussetzungen des jeweiligen Planes entweder als beitragsorientierte oder als leistungsorientierte Pläne klassifiziert.

Für die beitragsorientierten Pläne wird ein jährlich bereitzustellender Beitrag versicherungsmathematisch in eine Leistung umgewandelt und einem Versorgungskonto gutgeschrieben.

Die bestehenden leistungsorientierten Versorgungszusagen sehen nach Berechtigungsgruppen unterschiedliche Leistungen vor. Bei dem überwiegenden Teil der Leistungen handelt es sich um unmittelbare Versorgungszusagen. Seit der Übernahme der BHW Gruppe bestehen darüber hinaus auch mittelbare Versorgungszusagen über die Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG.

Unmittelbare Versorgungszusagen: Die unmittelbaren Versorgungszusagen sehen Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen vor, zumeist in Form von lebenslangen Rentenzahlungen. Im Einzelnen existieren, auch bedingt durch die Übernahmen von Versorgungsplänen im Zusammenhang mit Unternehmenstransaktionen, unterschiedliche Ausgestaltungen in Form von

- Rentenbausteinplänen, bei denen sich die spätere Rente jährlich in Abhängigkeit des bezogenen Gehalts erhöht;
- endgehaltsabhängigen Zusagen, bei denen sich die spätere Rente in Abhängigkeit von der verbrachten Dienstzeit und den vor Eintritt des Leistungsfalls bezogenen Gehältern ergibt;
- (dynamischen) Festrenten, bei denen die spätere Rentenhöhe festgesetzt wird, teils aber jährlich um einen festen Prozentsatz dynamisiert wird.

Die Zusagen der in den Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Postbank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer finanziert die Postbank im Durchführungsweg der Direktzusage.

Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG: Die Pensionskasse ist ein rechtlich selbstständiger Träger der betrieblichen Altersversorgung in Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) und gewährt den Versicherten einen Rechtsanspruch auf ihre Versorgungsleistungen. Sie unterliegt als regulierte Pensionskasse der uneingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf Grundlage des Versicherungsauf-

sichtsgesetzes (VAG). Die Finanzierung der Pensionskasse erfolgt im Wege der Kapitaldeckung – hierzu leisten die Trägerunternehmen regelmäßig Beiträge an die Pensionskasse. Die Solvabilität der Pensionskasse war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit sichergestellt. In der Pensionskasse versicherte Arbeitnehmer und Rentner haben in der Regel auch unmittelbare Versorgungszusagen, die durch Anrechnungslösungen mit den Pensionskassenversicherungen verbunden sind.

Zur Finanzierung der unmittelbaren Verpflichtungen, die nicht über die Pensionskasse gedeckt sind und die nicht bereits ausfinanziert waren, hat die Postbank im Jahr 2013 ein CTA (Contractual Trust Arrangement) eingerichtet. Das darin vorgehaltene Vermögen ist qualifiziert als Planvermögen unter IAS 19. Die Dotierungen des CTA unterliegen keinen gesetzlichen Mindestbeitragsanforderungen, sondern können von der Postbank frei, unter Berücksichtigung interner Vorgaben, bestimmt werden.

Die Höhe des Verpflichtungsumfanges wird jährlich von unabhängigen Versicherungsmathematikern unter Verwendung der von IAS 19 vorgeschriebenen Projected Unit Credit Method ermittelt. Der für die Diskontierung der Pensionsverpflichtungen anzuwendende Rechnungszins wird zum Bilanzstichtag auf Basis der Renditen hochwertiger langfristiger Unternehmensanleihen ermittelt. Die Annahmen zum Gehaltstrend spiegeln die Erwartungen der Postbank über die langfristige Entwicklung wider. Die nominale Rate der erwarteten Gehaltssteigerungen bestimmt sich dabei über die Inflation zuzüglich des langfristig erwarteten realen Gehaltstrends („Building Block Approach“). Als Referenz für die langfristige Inflationsentwicklung wird die implizite Inflation von in Euro notierten Inflationsswaps am Bilanzstichtag herangezogen.

Die zukünftigen Rentenanpassungen orientieren sich an der Inflation bzw. an der Gehaltsentwicklung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, sofern keine garantierte Anpassung von 1 % p. a. zugesagt ist.

Die für die Berechnungen angewendeten Parameter sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	2015	2014
Abzinsungssatz	2,4 %	2,0 %
Gehaltsdynamik	2,1 %	2,0 %
Inflationsrate	1,6 %	1,5 %
Sterblichkeit	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Sonstige Rückstellungen

Verpflichtungen aus anderen kurzfristigen oder langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer werden unter Anwendung der Vorschriften des IAS 19 überwiegend unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Dies gilt insbesondere für Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen.

Rückstellungen für gerichtliche und außergerichtliche Rechtsstreitigkeiten werden gebildet, wenn ein Mittelabfluss aus den laufenden Rechtsstreitigkeiten mehr als wahrscheinlich ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich

ermittelt werden kann. Bei der Bestimmung, ob der Mittelabfluss mehr als wahrscheinlich ist, und bei der Schätzung der Höhe der möglichen Verpflichtung berücksichtigt die Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen u. a. die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Da die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Höhe der Verpflichtung aus Rechtsstreitigkeiten mit Unsicherheiten verbunden ist, könnte die tatsächliche Verpflichtung am Ende des Gerichtsverfahrens bzw. der außergerichtlichen Beilegung die Höhe der gebildeten Rückstellung eventuell übersteigen.

(o) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich zum Stichtagskurs des jeweiligen Monats des Geschäftsvorfalles umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Posten werden, entsprechend der der Posten zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

(p) Ertragserfassung

Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und grundsätzlich im Zinsertrag bzw. im Zinsaufwand ausgewiesen. Bei der Anwendung der Effektivzinsmethode werden die erwarteten Cashflows über die gesamte Laufzeit des Vermögenswertes bzw. der Verbindlichkeit mit dem Effektivzins diskontiert. In die Berechnung des effektiven Zinssatzes fließen alle direkt zurechenbaren Transaktionskosten, Gebühren und andere erhaltene oder geleistete Zahlungen ein. Existiert ein zugehöriges Finanzinstrument, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinssatzes ebenfalls einbezogen.

Sofern auf finanzielle Vermögenswerte negative Zinsen gezahlt werden, werden diese nicht im Zinsertrag erfasst, sondern in einem gesonderten Posten des Zinsergebnisses „Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte“. Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten werden nicht im Zinsaufwand erfasst, sondern in einem gesonderten Posten des Zinsergebnisses „Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten“. Somit fließen atypische Zinsen in den Zinsüberschuss ein und werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen.

Die Erfassung der Erträge erfolgt in der Periode, in der die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmt werden können und der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft mit großer Wahrscheinlichkeit der Bank zufließen wird.

Die wiederkehrenden Gebühren und Entgelte für bestehendes Geschäft und die übrigen Gebühren aus Dienstleistungen (im Wesentlichen im Girogeschäft) werden zum Zeitpunkt der jeweiligen Leistungserbringung erfasst. Die Erfassung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung.

Im Wertpapier- und Fondsgeschäft erwirtschaftet die Bank neben Abschlussprovisionen, die mit dem Vertragsabschluss über das jeweilige Produkt erfasst werden, auch Vertriebsfolgeprovisionen. Die Vertriebsfolgeprovision bezieht sich im Wesentlichen auf die Bestandsbetreuung. Diese steht der Bank so lange zu, wie der jeweilige Vertrag dies vorsieht, und wird bei Leistungserbringung erfasst. Sofern Unsicherheiten über den Zeitpunkt der Leistungserbringung bestehen, erfolgt die Ertragserfassung bei Zahlungseingang.

Für die Vermittlung von Lebensversicherungen erhält die Bank insbesondere Abschlussprovisionen. Die Abschlussprovision wird mit der Zahlung des ersten Kundenbeitrags fällig und wird mit ihrem erwarteten Barwert unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen direkt nach erfolgter Leistungserbringung als Ertrag erfasst.

Die Bank erfasst die Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen, die der Bank über die Laufzeit dieser Versicherungen gezahlt werden, auf Basis einer zuverlässigen Schätzung des erwarteten Barwertes ebenfalls direkt nach erfolgter Leistungserbringung. Die zuverlässige Schätzung der oben genannten Provisionen wurde der Bank aufgrund des verbesserten Berichtssystems eines Produktgebers erst ab der Berichtsperiode möglich. Dadurch erhöhten sich die Provisionserträge in der Berichtsperiode insgesamt um 58 Mio €. Bis zum Beginn des Jahres 2015 für Neugeschäft und bis zum dritten Quartal 2015 für das Bestandsgeschäft wurden diese Provisionen erst bei Zahlungseingang erfasst. Eine Schätzung der Auswirkungen auf zukünftige Perioden ist aufgrund der Abhängigkeit von den zukünftigen Vermittlungserfolgen nicht möglich.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der seit dem Veranlagungsjahr 2012 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften nicht ausgewiesen, da diese vom Organträger, der Deutsche Bank AG, geschuldet werden.

Bei der Beurteilung der Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten müssen teilweise Einschätzungen getroffen werden. Eine abweichende steuerliche Beurteilung der Finanzbehörden kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der damit verbundenen Unsicherheit wird dadurch Rechnung getragen, dass ungewisse Steuerforderungen und -verpflichtungen dann angesetzt werden, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit aus Sicht der Postbank höher als 50 % ist. Eine Änderung der Einschätzung, z. B. aufgrund

von finalen Steuerbescheiden, wirkt sich auf die laufenden und latenten Steuerposten aus. Für bilanzierte unsichere Ertragsteuerposten wird als beste Schätzung die voraussichtlich erwartete Steuerzahlung zugrunde gelegt.

Für die weiterhin von den nicht zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist. Der Ansatz von latenten Steueransprüchen für steuerliche Verlustvorträge erfolgt aufgrund von zukünftig zu versteuerndem Einkommen im Rahmen eines Planungszeitraums von grundsätzlich fünf Geschäftsjahren.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuererminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie Available for Sale.

(r) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte
Langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn ihr Buchwert im Wesentlichen durch einen Verkauf realisiert wird und der Verkauf höchstwahrscheinlich ist.

Die als zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem niedrigeren Wert von bisherigem Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt und im Bilanzposten „Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte“ ausgewiesen. Ausnahmen von dieser Bewertungsregelung finden gemäß IFRS 5.5 u. a. auf Finanzinstrumente Anwendung. Die mit diesen Vermögenswerten verbundenen Verbindlichkeiten werden in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten“ ausgewiesen.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, deren Bewertung in den Anwendungsbereich des IFRS 5 fällt, werden, sofern der Vermögenswert an einem aktivem Markt gehandelt wird, insbesondere entweder die auf dem aktiven Markt notierten Preise oder bereits vorliegende Kaufangebote bzw. vereinbarte Preise herangezogen.

Die Bewertung der Vermögenswerte, deren Bewertung aus dem Anwendungsbereich des IFRS 5 ausgeschlossen ist, erfolgt weiterhin nach den jeweiligen Standards.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2015

In der Berichtsperiode wurden erstmals folgende Standards angewandt:

IAS 19

IAS 19 beinhaltet eine Anpassung zu „Defined Benefit Plans: Employee Contributions“, die dazu führt, dass die Arbeitnehmerbeiträge oder Beiträge von dritten Parteien, die mit der Arbeitsleistung verknüpft sind, als negative Leistung auf die Erdienungszeiträume erfasst werden. Die Bank wendet die Anpassung vorzeitig an. Aus der Änderung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank.

Annual Improvements 2010-2012 und Annual Improvements 2011-2013

Das IASB hat im Rahmen der beiden Projekte entstandene Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Aus der Anwendung der geänderten Standards haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ergeben.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Als Erstanwendungszeitpunkt betrachtet die Postbank den vom IASB in den jeweiligen Standards genannten Erstanwendungszeitpunkt, sofern eine frühzeitige Anwendung seitens der EU erlaubt ist.

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IAS 1 „Disclosure Initiative“	01.01.2016 EU-Verordnung 2015/2406 vom 18.12.2015	Bei der Änderung handelt es sich um eine Klarstellung in Bezug auf die Gliederung und den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung, der verkürzten Gesamtergebnisrechnung und der Bilanz. Die Änderungen beziehen sich auf die Anwendung des Wesentlichkeitsgrundsatzes, die Disaggregation von Abschlussposten und die Darstellung von Zwischensummen sowie auf die Struktur der Anhangangaben. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
IAS 16 und 38 „Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation“	01.01.2016 EU-Verordnung 2015/2231 vom 02.12.2015	Nach diesen Änderungen ist eine umsatzabhängige Abschreibungsmethode für Sachanlagen nicht zulässig, während es für immaterielle Vermögenswerte nur eine widerlegbare Vermutung gibt, dass ein solches Verfahren nicht angemessen ist. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
IFRS 9 „Financial Instruments“	01.01.2018 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ beinhaltet insbesondere Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zum Impairment und zum General Hedge Accounting (ohne Macro Hedge Accounting). Die Kategorisierung von Finanzinstrumenten erfolgt in Abhängigkeit der beiden Kriterien „Business Model“ und „Solely Payments of Principal and Interest“. Je nach Ausgestaltung dieser beiden Kriterien erfolgt die Folgebilanzierung entweder zu „Amortised Cost“ oder zum „Fair Value“ (erfolgswirksam oder -neutral). Bei den Regelungen zum Impairment wird das bisherige Incurred-Loss-Modell durch ein Expected-Credit-Loss-Modell abgelöst, mit dem erwartete Ausfallrisiken zeitnäher in der Rechnungslegung abgebildet werden können. Die neuen Regelungen zum General Hedge Accounting folgen weitgehend der internen Risikosteuerung. Die Postbank rechnet als Folge der neuen Regeln zum Impairment mit einer Erhöhung der Risikovorsorge, im Wesentlichen aufgrund der Umstellung auf einen 12-Month- bzw. Lifetime-ECL. Aus den Regelungen zur Kategorisierung werden Verschiebungen zwischen den Bewertungen zu Fair Value through Profit or Loss, Fair Value through Other Comprehensive Income und Amortised Cost erwartet. Die Postbank plant, das Beibehaltungswahlrecht für IAS 39 Hedge Accounting auszuüben; eine Anpassung von Vorperioden auf IFRS 9 ist nicht geplant.
IFRS 10 (am. 2014) und IAS 28 (am. 2014) „Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture“	Erstanwendungszeitpunkt ist noch nicht bekannt.	Bei den Änderungen handelt es sich um eine Klarstellung in Bezug auf die Erfassung nicht realisierter Erfolge aus Transaktionen zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“	01.01.2018 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Bei IFRS 15 handelt es sich um einen neuen Standard zur Umsatzrealisierung, der die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenführt und einheitliche Grundprinzipien festsetzt, die für alle Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anwendbar sind. Nach IFRS 15 ist der Betrag als Umsatzerlös zu erfassen, der für die Übertragung von Gütern oder Dienstleistungen an Kunden als Gegenleistung erwartet wird. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
Annual Improvements 2012–2014	01.01.2016 EU-Verordnung 2015/2343 vom 15.12.2015	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2012–2014 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
IFRS 16 „Leases“	01.01.2019 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Im Januar 2016 hat das IASB den neuen Standard zur Leasingbilanzierung veröffentlicht. IFRS 16 regelt den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angabepflichten bezüglich Leasingverhältnissen und ersetzt den aktuellen Leasingstandard IAS 17. Das neue Bilanzierungsmodell für den Leasingnehmer sieht vor, dass sämtliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sind. Die bisher unter IAS 17 geregelte Differenzierung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt für den Leasingnehmer somit komplett. Das Bilanzierungsmodell von IFRS 16 für den Leasinggeber unterscheidet sich nicht wesentlich von den aktuellen Regelungen des IAS 17. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.

(6) Anpassung von Vorjahreszahlen

Aufgrund neuer Erkenntnisse zum Kundenverhalten aus Bestandsmaßnahmen wurde die Bewertung und Erfassung der Verpflichtungen aus Zinsbonus-Bausparen zum 31. Dezember 2015 grundlegend überarbeitet. Als Folge der retrospektiven Überarbeitung werden die bisher als Rückstellungen bilanzierten Verpflichtungen nunmehr als finanzielle Verbindlichkeit erfasst. Die angepasste Bewertung führte zu einer Verminderung der Gewinnrücklagen zum 1. Januar 2014 in Höhe von 53 Mio €, zu einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 1.052 Mio €, einem Rückgang der sonstigen Rückstellungen von 975 Mio € sowie zu einem latenten Ertragsteueranspruch in Höhe von 23 Mio €. Im Geschäftsjahr 2014 ergaben sich aus der Folgebewertung der finanziellen Verbindlichkeiten zusätzliche Zinsaufwendungen in Höhe von 22 Mio € sowie ein latenter Steuerertrag in Höhe von 7 Mio €. In der Segmentberichterstattung wurden die

Folgebewertungseffekte den relevanten Segmenten Retail und NCOU zugeordnet. Das Konzernergebnis des Geschäftsjahres 2014 verminderte sich um 16 Mio €, sodass das Ergebnis je Aktie um 0,07 € sank.

Eine in Folge der Entkonsolidierung einer Tochtergesellschaft im Jahr 2013 unzutreffend erfasste Forderung an Kreditinstitute des Segments NCOU wurde ausgebucht. Die retrospektive Anpassung sorgte für eine Verminderung der Gewinnrücklagen zum 1. Januar 2014 in Höhe von 58 Mio €.

In der Berichtsperiode hat die Bank festgestellt, dass die Erfassung von Provisionserträgen aus der Vermittlung von Lebensversicherungen in Vorjahren nicht unter Berücksichtigung erwarteter zukünftiger Stornierungen erfolgt ist. Aus der hieraus resultierenden retrospektiven Anpassung ergab sich eine Verminderung der Sonstigen Aktiva sowie der Gewinnrücklagen zum 1. Januar 2014 um 10 Mio €. Im

Geschäftsjahr 2014 verminderten sich die Provisionserträge um 2 Mio € sowie die zum 31. Dezember 2014 erfassten Sonstigen Aktiva um 13 Mio €. Hieraus ergab sich eine Verminderung des Konzernergebnisses 2014 um 3 Mio €, die zu einem gesunkenen Ergebnis um 0,01 € je Aktie führte. Die Änderungen betrafen das Segment Retail.

(7) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Rahmen der Entflechtung von der Deutschen Bank hat die Postbank 100 % der Gesellschaftsanteile an ihren Servicegesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von der PBC Banking Services GmbH zurück-erworben. Die Servicegesellschaften werden ab diesem Zeitpunkt als Tochtergesellschaften gemäß IFRS 10 im Postbank Konzern vollkonsolidiert.

Gleichzeitig hat die Postbank mit Wirkung zum 1. Januar 2016 die von ihr gehaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH in Höhe von 49,9975 % an die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG verkauft.

Der Erwerb der Anteile an den Servicegesellschaften stellt einen Unternehmenserwerb unter einheitlicher Beherrschung dar, da die Postbank Servicegesellschaften und die Postbank sowohl vor als auch nach der Transaktion von der Deutsche Bank AG beherrscht werden. Der im Rahmen des Rückerwerbs der Servicegesellschaften entstehende Differenzbetrag zwischen der gewährten Gegenleistung in Höhe von 410 Mio € und dem Saldo der zu Konzernbuchwerten der Deutsche Bank AG übernommenen Vermögenswerte und Schulden der Servicegesellschaften wird die Gewinnrücklagen des Postbank Konzerns im Januar 2016 um 265 Mio € reduzieren.

Da die Beteiligung an der PBC Banking Services GmbH bereits zum 31. Dezember 2015 zum Fair Value abzüglich der Veräußerungskosten gemäß IFRS 5 bewertet wurde (siehe Note 29), ergab sich aus dem Anteilsverkauf im Jahr 2016 kein weiterer Ergebniseffekt.

Nach erfolgter Eintragung des Squeeze Out in das Handelsregister am 21. Dezember 2015 sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutsche Postbank AG kraft Gesetzes auf die Deutsche Bank übergegangen. Mit sofortiger Wirkung wurde der Handel der Postbank Aktie an allen Börsen eingestellt. Die letzte Börsenzulassung wurde mit Ablauf des 13. Januar 2016 widerrufen. Somit ist die Deutsche Postbank AG ab dem 14. Januar 2016 nicht mehr börsennotiert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(8) Zinsüberschuss

	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.772	4.079
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	557	641
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-2	3
	4.327	4.723
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	3	12
	3	12
	4.330	4.735
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	15	2
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	1.467	1.694
Verbrieften Verbindlichkeiten	130	183
Nachrangkapital	173	201
Swaps	153	173
	1.923	2.251
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	19	1
Gesamt	2.403	2.485

Der Zinsüberschuss des Geschäftsjahres enthält Aufwendungen aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse in Höhe von 59 Mio €.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 18 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €) enthalten (Unwindung nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Weiterhin sind im Zinsüberschuss die Zinsen aus derivativen Geschäften in Höhe von 197 Mio € (Vorjahr: 200 Mio €) enthalten, denen Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen in Höhe von –44 Mio € (Vorjahr: –27 Mio €) wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	–36	–247
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	34	250
Gesamt	–2	3

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2015 Mio €	2014 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	367	425
Portfoliowertberichtigungen	90	0
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	25	16
Direkte Forderungsabschreibung	51	56
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	228	174
Portfoliowertberichtigungen	45	9
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	24	24
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	27	25
Gesamt	209	265

Im Risikovorsorgeaufwand sind weder Zuführungen (Vorjahr: 0 Mio €) noch Auflösungen (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten, die Forderungen an Kreditinstitute betreffen.

In Höhe von 208 Mio € (Vorjahr: 274 Mio €) entfällt der Risikovorsorgeaufwand auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables, in Höhe von 1 Mio € ergibt sich ein Risikovorsorgeaufwand auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen (Vorjahr: Risikovorsorgeertrag 8 Mio €).

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	115	149
Bauspardarlehen	2	2
Gewerbliche Kredite	40	84
Ratenkredite	146	109
Kontokorrentkredite	64	81
Portfoliowertberichtigungen	90	0
Gesamt	457	425

	2015 Mio €	2014 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	93	88
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	26	66
Ratenkredite	65	0
Kontokorrentkredite	43	18
Portfoliowertberichtigungen	45	9
Gesamt	273	182

(10) Provisionsüberschuss

	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Girogeschäft	336	360
Wertpapiergeschäft	60	46
Kredit- und Avalgeschäft	22	29
Filialgeschäft	209	388
Sonstiges Provisionsgeschäft	159	104
Gesamt	786	927

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 5 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) und wird in dem Posten „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

In den Provisionserträgen waren 533 Mio € (Vorjahr: 552 Mio €) und in den Provisionsaufwendungen 189 Mio € (Vorjahr: 176 Mio €) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

(11) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2015 Mio €	2014 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	0	0
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen (Zinsprodukte)		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Darlehen (Held for Trading)	-4	-4
	-4	-4
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	1.900	2.865
Aufwand aus Derivaten	-1.871	-2.880
	29	-15
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-158	17
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	175	-10
	17	7
Devisenergebnis	14	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	0	-1
Gesamt	56	-6

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 53 Mio € (Vorjahr: 73 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung nach IAS 39.

(12) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2015 Mio €	2014 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	16	23
davon Verkaufsergebnis	18	32
Verkaufsgewinne	19	38
Verkaufsverluste	1	6
davon Wertminderungsergebnis	-2	-9
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	20	23
davon Verkaufsergebnis	21	24
Verkaufsgewinne	22	24
Verkaufsverluste	1	0
davon Wertminderungsergebnis	-1	-1
Ergebnis aus Beteiligungen	-9	170
davon laufendes Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	20	22
davon Bewertungsergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-38	-
Gesamt	27	216

	2015 Mio €	2014 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	39	56
Ergebnis aus Beteiligungen	-9	170
Impairment	-3	-10
Gesamt	27	216

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 3 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: 10 Mio €).

Im Geschäftsjahr wurde keine Wertberichtigung auf geschlossene Fonds vorgenommen (Vorjahr: 7 Mio €).

Hinsichtlich der Ergebnisentwicklung bei Beteiligungen an assoziierten Unternehmen verweisen wir auf Note 29.

(13) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	932	879
Soziale Abgaben	94	95
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	165	157
	1.191	1.131
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.394	1.470
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	82	64
Abschreibungen auf Sachanlagen	57	64
Gesamt	2.724	2.729

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 95 Mio € (Vorjahr: 102 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 46 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) enthalten. Weiterhin ist im Verwaltungsaufwand der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 46 Mio € (Vorjahr: 47 Mio €) erfasst.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 413 Mio € (Vorjahr: 393 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutsche Post AG 91 Mio € (Vorjahr: 158 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 158 Mio € (Vorjahr: 140 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 85 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 69 Mio € (Vorjahr: 80 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 20 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 134 Mio € (Vorjahr: 130 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) und auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 24 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) vorgenommen.

(14) Sonstige Erträge

	2015 Mio €	2014 Mio €
Erträge aus Beziehungen mit Servicegesellschaften	302	241
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	41	32
Erstattungen aus Sozialbereichen	11	12
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	10	5
Übrige	525	97
Gesamt	889	387

Bei den Erträgen gegenüber Servicegesellschaften handelt es sich im Wesentlichen um die Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften des Deutsche Bank Konzerns.

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 35 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 31 Mio €).

In dem Posten „Übrige“ sind u. a. Erträge aus dem Erwerb der Trust-Gesellschaften in Höhe von 280 Mio €, Erträge mit der Deutschen Bank im Zusammenhang mit der Beendigung der IT-Kooperation und der Änderung vertraglicher Regelungen zu Nutzungsrechten an Software in Höhe von 162 Mio € sowie Erträge aus Operating-Leasing-Verhältnissen enthalten. Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen ab dem 1. Januar 2016 beläuft sich aufgrund des Rückerwerbs der Servicegesellschaften auf 0 Mio € (Vorjahr: 30 Mio €).

Darüber hinaus ist in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(15) Sonstige Aufwendungen

	2015 Mio €	2014 Mio €
Aufwendungen aus Beziehungen mit Servicegesellschaften	521	458
Aufwendungen aus Prozessen und Regressen	53	214
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	12	29
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Postbeamtenversorgungskasse (BAnstPT PVK)	11	9
Aufwendungen für sonstige Steuern	6	7
Aufwendungen aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	19	2
Übrige	24	83
Gesamt	646	802

Bei den Aufwendungen gegenüber Servicegesellschaften handelt es sich um die Entgelte für die nach Geschäftsbesorgungsverträgen erbrachten Leistungen.

Die Aufwendungen aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten betreffen Abgangsverluste.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) enthalten.

Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(16) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	16	28
Gewerbeertragsteuer	6	16
	22	44
Ertragsteuern Vorjahr	-3	107
	19	151
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	-40	-46
Steuerliche Verlustvorträge	-6	-5
	-46	-51
Gesamt	-27	100

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	609	113
Ertragsteuern	-27	100
Ergebnis vor Steuern	582	213
Anzuwendender Steuersatz	30,63 %	32,59 %
Rechnerische Ertragsteuer	178	69
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	-1	0
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	0	0
aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	24	41
aus steuerfreien Erträgen	-10	-97
wegen Hinzurechnungen/Kürzungen für lokale Ertragsteuer	2	5
aus Organschaft	-223	-35
aus Veränderung der Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	0	10
für Steuern aus Vorjahren	3	107
Sonstige	0	0
	-205	31
Ertragsteueraufwand	-27	100

Aufgrund der formaljuristischen Betrachtungsweise wird beim anzuwendenden Steuersatz der gewichtete durchschnittliche Steuersatz verwendet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(17) Barreserve

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Kassenbestand	963	960
Guthaben bei Zentralnotenbanken	394	270
Gesamt	1.357	1.230

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 390 Mio € (Vorjahr: 266 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll zum Ende Dezember 2015 beträgt 852 Mio € (Vorjahr: 848 Mio €).

(18) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.270	1.055
Andere Forderungen	9.463	13.095
	10.733	14.150
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	264	460
Andere Forderungen	4.879	4.992
	5.143	5.452
Gesamt	15.876	19.602

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 3.225 Mio € (Vorjahr: 3.853 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	15.876	19.602
davon Fair Value Hedge	78	105
Gesamt	15.876	19.602

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	13.144	16.373
Tagesgelder	837	891
Darlehen	68	384
Namenschuldverschreibungen	425	228
Termingelder	1.100	1.101
Sonstige Forderungen	302	625
Gesamt	15.876	19.602

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	14.038	15.833	1.006	1.392
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	14.038	15.833	1.006	1.392

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2015 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 13.144 Mio € (Vorjahr: 16.373 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute sowie Industrielandschuldverschreibungen.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 9,1 Mrd € (Vorjahr: 18,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 6,8 Mrd € (Vorjahr: 1,5 Mrd €).

(19) Forderungen an Kunden

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Private Baufinanzierungen	68.312	69.249
Bauspardarlehen	3.140	3.564
Gewerbliche Kredite	12.175	11.944
Forderungen an öffentliche Haushalte	4.621	3.132
Ratenkredite	6.453	6.098
Kontokorrentkredite	2.176	2.339
Schuldscheindarlehen	1.485	1.536
Sonstige Forderungen	35	110
Gesamt	98.397	97.972
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	42.564	44.247
Kommunalkredite	4.118	2.963 ²
Inländische Kunden	91.663	90.613
Ausländische Kunden	6.734	7.359
Gesamt	98.397	97.972

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Vorjahresangabe um –151 Mio € korrigiert wegen unzutreffender Zuordnung

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,6 % (Vorjahr: 1,4 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 75.791 Mio € (Vorjahr: 75.016 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 86,8 Mrd € auf festverzinsliche Forderungen sowie 11,6 Mrd € auf variabel verzinsliche Forderungen.

Die Aufgliederung auf die Produktgruppen wurde im Vergleich zum Vorjahr verändert.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Loans and Receivables	93.988	93.040
davon Fair Value Hedge	1.535	1.556
Fair-Value-Option	4.409	4.932
Gesamt	98.397	97.972

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 259 Mio € (Vorjahr: 227 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	67	59
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	94	50
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	40	77
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	32	23
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	17	13
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	9	5
Gesamt	259	227

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	259	227
Nicht garantierte Restwerte	3	4
Bruttogesamtinvestition	262	231
Nicht realisierter Finanzertrag	14	18
Nettoinvestition	248	213
Barwert der nicht garantierten Restwerte	3	3
Barwert der Mindestleasingzahlungen	245	210

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

(20) Kreditvolumen

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	15.876	19.602
Forderungen an Kunden	98.397	97.972
Bürgschaften und Garantien	404	394
Gesamt	114.677	117.968

(21) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	923	1.361
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	43	43
Gesamt	966	1.404

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Stand 1. Januar	1.208	1.316	153	162	1.361	1.478
Umgliederung wegen IFRS 5	-196	-	-	-	-196	-
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	367	425	90	-	457	425
Abgänge						
Inanspruchnahme	412	336	-	-	412	336
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	228	174	45	9	273	183
Unwinding	18	24	-	-	18	24
Währungsumrechnungsdifferenzen	4	1	0	0	4	1
Stand 31. Dezember	725	1.208	198	153	923	1.361

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	263	320
Bauspardarlehen	3	4
Gewerbliche Kredite	144	184
Ratenkredite	193	377
Kontokorrentkredite	122	323
Portfoliowertberichtigungen	198	153
Gesamt	923	1.361

Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.710 Mio € (Vorjahr: 2.335 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet.

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 51 Mio € (Vorjahr: 56 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 27 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €).

Die Aufgliederung der Einzelwertberichtigungen auf die Produktgruppen wurde im Vergleich zum Vorjahr geändert.

(22) Handelsaktiva

Im Geschäftsjahr 2015 bestanden die Handelsaktiva im Wesentlichen aus Derivaten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Baudarlehen Held for Trading	91	139
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	81	93
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	475	465
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	0	0
Gesamt	647	697

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 473 Mio € (Vorjahr: 494 Mio €) fällig.

(23) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	0	12
	0	12
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12	13
Verbriefte Verbindlichkeiten	8	8
Nachrangkapital	55	82
	78	107
Gesamt	78	119

Bestände in Höhe von 68 Mio € (Vorjahr: 107 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(24) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	16.462	16.721
von anderen Emittenten	13.980	16.116
	30.442	32.837
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Investmentfondsanteile	261	179
	261	179
Beteiligungen	60	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	5	6
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	–	433
Gesamt	30.768	33.477

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind analog dem Vorjahr am Bilanzstichtag keine fälligen Wertpapiere und Zinscoupons enthalten.

Bestände in Höhe von 26.179 Mio € (Vorjahr: 29.301 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 28 Mrd € mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 2,4 Mrd € mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 83 Mio € (Vorjahr: 127 Mio €).



Hinsichtlich der Entwicklung der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen verweisen wir auf Note 29.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	17.408	20.642
davon Fair Value Hedge	4.614	4.116
Available for Sale	13.034	12.195
davon Fair Value Hedge	6.457	4.551
	30.442	32.837
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	261	179
	261	179
Beteiligungen (Available for Sale)	60	22
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	5	6
Gesamt	30.768	33.044

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.428	32.815
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Beteiligungen	48	7

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Verbindlichkeiten	11.924	13.579
Eventualverbindlichkeiten	0	0
Gesamt	11.924	13.579

Für Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften in Höhe von 5.335 Mio € wurden Sicherheiten in Form von Finanzanlagen, die weiterhin in der Bilanz ausgewiesen werden, in Höhe von 5.971 Mio € übertragen.

Von den übertragenen Sicherheiten könnten Finanzanlagen in Höhe von 5.971 Mio € (Vorjahr: 6.344 Mio €) vom Empfänger aufgrund vertrags- oder gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden (IAS 39.37(a)).

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –39 Mio € (Vorjahr: 254 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode 12 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €) der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Wertminderungen in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) erfasst, um der Kursentwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2015 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 8,4 Mrd € sowie einen Buchwert von 8,0 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2015 um weitere 367 Mio € (Vorjahr: 312 Mio €) entlastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2015 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 21 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €).

Im Berichtsjahr sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 170 Mio € (Vorjahr: 229 Mio €) angefallen.

(25) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	248	277
Selbst erstellte Software	46	63
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	27	31
Gesamt	1.902	1.952

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.568 Mio € (Vorjahr: 1.568 Mio €) auf das Segment Retail Banking und mit 13 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) auf das Segment Firmenkunden.

In dem Posten „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 139 Mio € enthalten. Die Marke BHW ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 58 Mio € (Vorjahr: 62 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 10 Mio € (Vorjahr: 20 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermö- genswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2014	1.644	1.039	178	63	2.924
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Zugänge	-	10	7	16	33
Umbuchungen	-	12	32	-44	0
Abgänge	41	11	-	4	56
Endbestand 31.12.2014	1.603	1.050	217	31	2.901
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Zugänge	-	9	15	25	49
Umbuchungen	-	-	16	-16	0
Abgänge	-	-	4	13	17
Endbestand 31.12.2015	1.603	1.059	244	27	2.933

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2014	22	744	130	0	896
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	41	24	–	65
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	12	–	–	12
Endbestand 31.12.2014	22	773	154	0	949
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	38	44	–	82
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	–	–	–	0
Endbestand 31.12.2015	22	811	198	0	1.031
Buchwert 31.12.2014	1.581	277	63	31	1.952
Buchwert 31.12.2015	1.581	248	46	27	1.902

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2015 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2015 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	–	–	–	–	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	277	9	–	–	38	248
Selbst erstellte Software	63	15	4	16	44	46
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	31	25	13	–16	–	27
Gesamt	1.952	49	17	0	82	1.902

Aufgrund der Beendigung der IT-Kooperation ist eine einheitliche Corebanking-Lösung nicht mehr vorgesehen. Mit der seitens der Deutschen Bank zu leistenden Abgeltung der bisher gemachten Aufwendungen wurde die in dem Zusammenhang aktivierte Software und Software in Entwicklung als nicht mehr nutzbar eingestuft. Abgänge in Höhe von 17 Mio € wurden im sonstigen Aufwand erfasst.

Des Weiteren wurden in der Berichtsperiode Nutzungsrechte an Software vertraglich geändert. Infolgedessen wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 21 Mio € vorgenommen. Darüber hinaus ergaben sich außerplanmäßige Abschreibungen auf vorteilhafte Verträge in Höhe von 3 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,0 Mio € (Vorjahr: 0,6 Mio €) aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungskostensatz beträgt 0,9%.

Zum 31. Dezember 2015 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 23 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €).

(26) Sachanlagen

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Grundstücke und Gebäude	513	532
Betriebs- und Geschäftsausstattung	143	142
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22	9
Gesamt	678	683

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2014	977	439	3	1.419
Zugänge	–	43	7	50
Umbuchungen	–	1	–1	0
Abgänge	52	46	–	98
Endbestand 31.12.2014	925	437	9	1.371
Zugänge	–	41	14	55
Umbuchungen	–	1	–1	0
Abgänge	5	3	–	8
Endbestand 31.12.2015	920	476	22	1.418

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2014	425	296	–	721
Abschreibungen	21	43	–	64
Zuschreibungen	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	53	44	–	97
Endbestand 31.12.2014	393	295	–	688
Abschreibungen	19	38	–	57
Zuschreibungen	5	–	–	5
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	–	–	–	0
Endbestand 31.12.2015	407	333	–	740
Buchwert 31.12.2014	532	142	9	683
Buchwert 31.12.2015	513	143	22	678

In der Berichtsperiode wurden bei Immobilien außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 7 Mio € vorgenommen. Aufgrund der von einem unabhängigen Gutachter vorgenommenen Neubewertung erfolgten bei anderen Immobilien Zuschreibungen in Höhe von 5 Mio €.

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2015 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbu- chungen Mio €	Zuschrei- bungen Mio €	Abschrei- bungen Mio €	Buchwert 31.12.2015 Mio €
Grundstücke und Gebäude	532	–	5	–	5	19	513
Betriebs- und Geschäftsausstattung	142	41	3	1	–	38	143
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9	14	–	–1	–	–	22
Gesamt	683	55	8	0	5	57	678

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 22 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €).

(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	101	148
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	61	65
steuerliche Verlustvorträge, davon	11	3
inländisch	11	0
ausländisch	0	3
	72	68
Gesamt	173	216

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	0	0
Risikovorsorge	2	1
Handelsaktiva	118	116
Finanzanlagen	9	0
Sachanlagen	7	7
Sonstige Aktiva	0	100
Passivposten		
Verbindlichkeiten	86	112
Handelsspassiva	221	302
Hedging-Derivate	9	64
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	81	69
Andere Rückstellungen	7	4
Sonstige Passiva	2	3
	542	778
Steuerliche Verlustvorträge	11	5
Saldierung mit passiven latenten Steuern	481	715
Gesamt	72	68

Im Berichtsjahr wurden latente Steueransprüche auf temporäre Differenzen in Höhe von 42 Mio € und auf zeitlich nicht befristete Verlustvorträge in Höhe von 10 Mio € nicht angesetzt.

Die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge entfallen auf inländische Tochtergesellschaften der Deutsche Postbank AG.

(28) Sonstige Aktiva

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	687	575
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	210	54
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	175	106
Forderungen an Finanzbehörden	30	47
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	7	8
Übrige	46	20
Gesamt	1.155	810

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen im Wesentlichen 533 Mio € (Vorjahr: 459 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen für Baufinanzierungen.

Bestände in Höhe von 711 Mio € (Vorjahr: 475 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Ansprüche aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank enthalten (siehe Note 14). Realisierte Beträge aus der Vermittlung von Versicherungsverträgen werden unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfasst (siehe Note 4(p)).

(29) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Aktiva	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kunden	209
Risikoversorge	-196
Finanzanlagen	471
Sachanlagen	5
Gesamt	489

Forderungen an Kunden und Risikoversorge

Im vierten Quartal 2015 hat die Bank beschlossen, ein Forderungsportfolio zu veräußern. Der Buchwert des Portfolios belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 209 Mio €, und die für die betroffenen Forderungen gebildete Risikoversorge belief sich auf 196 Mio €. Die Forderungen entfallen in voller Höhe auf die Kategorie Loans and Receivables und sind dem Level 3 zugeordnet. Dem Buchwert steht ein entsprechender Zeitwert zum Stichtag 31. Dezember 2015 in gleicher Höhe gegenüber. Das Forderungsportfolio ist im Segment Retail Banking ausgewiesen. Die Veräußerung wird voraussichtlich innerhalb des ersten Quartals 2016 vollzogen.

Finanzanlagen

Im Dezember 2015 hat die Bank den Kaufvertrag über den Rückwerb ihrer ehemaligen Servicegesellschaften und die Veräußerung der von der Bank gehaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH unterzeichnet (Näheres zur Transaktion beinhaltet Note 7). Infolgedessen hat die Bank die Beteiligung an der PBC Banking Services GmbH und damit verbunden die Ansprüche auf Ausgleichszahlung als Veräußerungsgruppe gemäß IFRS 5 klassifiziert. Bis zur Einstufung der Beteiligung als zur Veräußerung gehalten war die Beteiligung nach der Equity-Methode bilanziert und bewertet. Im Rahmen der Bewertung nach den IFRS-5-Vorschriften wurde der Buchwert der Veräußerungsgruppe in Höhe von 38 Mio € auf 393 Mio € abgeschrieben. Die Beteiligung ist dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet. Die Veräußerung der Beteiligung erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2016.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die US-amerikanische Visa Inc. die Anteile an Visa Europe, an der eine Vielzahl von europäischen Banken beteiligt ist, erwerben wird. Hierbei sollen die Mitgliedscheine der Mitgliedsunternehmen von VISA Europe, darunter auch die der Postbank, von Visa Inc. angekauft werden. Visa Inc. strebt an, die Transaktion spätestens im zweiten Quartal des Jahres 2016 abzuschließen. Als Folge dessen hat die Bank ihre Beteiligung an der VISA Europe, die bisher zu Anschaffungskosten gemäß IAS 39.46 (c) bewertet war, auf Basis der mitgeteilten Kaufpreisanteile neu bewertet und die Beteiligung in Höhe von 78 Mio € als zur Veräußerung bestimmter Vermögenswert klassifiziert. Bei der Ermittlung des Fair Value wurden alle Bestandteile der Gegenleistung (Cash-Komponente, Preferred Shares und Earn-Out-Zahlung) herangezogen. Im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung wurden für die Preferred Shares Annahmen in Bezug auf die Conversion Rate (Umtauschverhältnis in Stammaktien) und die Liquidität der Aktien berücksichtigt. Die Cash-Komponente wurde in voller Höhe berücksichtigt, während die Earn-Out-Zahlung aufgrund der fehlenden verlässlichen Bestimmbarkeit in Bezug auf das Neugeschäft mit Visa Inc. mit einem Wert von Null angesetzt wurde. Der so entstandene Bewertungseffekt in Höhe von 78 Mio € ist in der Neubewertungsrücklage enthalten. Da die Fair-Value-Ermittlung auf nicht beobachtbaren Marktparametern beruht, wurde die Beteiligung an Visa als Level-3-Asset eingestuft, sodass im Geschäftsjahr 2015 hieraus ein Transfer in die Level-3-Bestände in Höhe von 78 Mio € resultiert. Eine Veränderung der Annahmen zur Conversion Rate und Liquidität der Aktien in Höhe von +/-10 % würde zu einer Wertänderung des Fair Values von +/-1 Mio € führen. Die Beteiligung ist dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

Sachanlagen

Außerdem plant die Bank, in der Folgeperiode drei Immobilien zu verkaufen. Die Klassifizierung der Immobilien als zur Veräußerung gehalten hat zu keiner Wertminderung geführt. Die Immobilien sind dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

Veräußerungsabsicht nach dem Stichtag

Im Januar 2016 hat die Bank beschlossen, sich von einem Teil einer strategischen Beteiligung im ersten Halbjahr 2016 zu trennen. Die Beteiligung ist dem Segment Financial Markets zugeordnet.

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	156	864
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.181	16.269
	15.337	17.133
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	97	125
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9	325
	106	450
Gesamt	15.443	17.583

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 670 Mio € (Vorjahr: 668 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 9.063 Mio € (Vorjahr: 8.932 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 15,3 Mrd € (Vorjahr: 16,5 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,1 Mrd € (Vorjahr: 1,1 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2015 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 5,3 Mrd € (Vorjahr: 6,8 Mrd €).

(31) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	41.728	44.370
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	113	123
	41.841	44.493
Bauspareinlagen	19.341	20.062
darunter: zu vergütende Zinsboni	1.026	1.101
darunter: zu erstattende Abschlussgebühren	58	73
darunter: auf gekündigte Verträge	104	95
darunter: auf zugeteilte Verträge	3	4
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	43.185	39.746
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	14.783	16.192
	57.968	55.938
Gesamt	119.150	120.493
Inländische Kunden	117.207	118.118
Ausländische Kunden	1.943	2.375
Gesamt	119.150	120.493

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 7.499 Mio € (Vorjahr: 8.206 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 25.130 Mio € (Vorjahr: 26.216 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 72,1 Mrd € (Vorjahr: 71,2 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 47,1 Mrd € (Vorjahr: 49,3 Mrd €).

In den Bauspareinlagen sind Zinsbonusverpflichtungen in Höhe von 1.026 Mio € (Vorjahr: 1.101 Mio €) enthalten, die an den Bausparer bei Darlehensverzicht zu zahlen sind. Des Weiteren wurden in Höhe von 58 Mio € (Vorjahr: 73 Mio €) zu erstattende Abschlussgebühren (Darlehensverzicht bei Altтарifen) berücksichtigt.

(32) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes) ausgewiesen.

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	67	67
Hypothekendarlehen	2.471	3.536
Sonstige Schuldverschreibungen	908	968
Gesamt	3.446	4.571

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.370 Mio € (Vorjahr: 2.406 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.285 Mio € (Vorjahr: 3.402 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 3,2 Mrd € (Vorjahr: 4,3 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,2 Mrd € (Vorjahr: 0,3 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) direkt abgesetzt.

(33) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs ausgewiesen.

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	99	109
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	501	552
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	65	106
Gesamt	665	767

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 516 Mio € (Vorjahr: 581 Mio €) fällig.

(34) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	2	5
	2	5
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	30	37
	30	37
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	176	224
	176	224
Passivposten		
Nachrangkapital	0	32
	0	32
Gesamt	208	298

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 144 Mio € (Vorjahr: 233 Mio €) fällig.

(35) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungszusagen ermitteln sich wie folgt:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.249	2.362
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	-2.193	-2.207
Nettopensionsrückstellungen	56	155

Die Entwicklung der Nettopensionsrückstellung stellt sich wie folgt dar:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Bilanzwert 1. Januar	155	93
Dienstzeitaufwand	43	30
Nettozinsaufwand	3	2
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus der Änderung demografischer Annahmen	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus der Änderung finanzieller Annahmen	-144	488
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen	15	-2
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	28	-358
Arbeitgeberbeiträge an das Planvermögen	-45	-98
Erbrachte Pensionsleistungen	0	0
Transfers und Unternehmenstransaktionen	1	0
Bilanzwert 31. Dezember	56	155

Für leistungsorientierte Pensionspläne wurden im Geschäftsjahr 2015 folgende Aufwendungen erfasst:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Dienstzeitaufwand	43	30
Nettozinsaufwand	3	2
Gesamt	46	32

Die Entwicklung des Barwertes der Versorgungsverpflichtungen und des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens sind in den folgenden Tabellen dargestellt:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Barwert der Versorgungsverpflichtungen am 1. Januar	2.362	1.855
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten	90	96
Dienstzeitaufwand	43	30
Zinsaufwand	47	66
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand und Gewinne (-)/Verluste (+) aus Planabgeltungen	0	0
Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten	-129	486
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-129	486
aus der Änderung demografischer Annahmen	0	0
aus der Änderung finanzieller Annahmen	-144	488
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	15	-2
Zahlungen und sonstige Änderungen	-74	-75
Arbeitnehmerbeiträge	3	4
Erbrachte Pensionsleistungen	-78	-79
Zahlungen für Planabgeltungen	0	0
Transfers und Unternehmenstransaktionen	1	0
Barwert der Versorgungsverpflichtungen am 31. Dezember	2.249	2.362

	2015 Mio €	2014 Mio €
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	2.207	1.762
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten	44	64
Zinsertrag	44	64
Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten	-28	358
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	-28	358
Zahlungen und sonstige Änderungen	-30	23
Arbeitnehmerbeiträge	3	4
Arbeitgeberbeiträge	45	98
Zahlungen für Planabgeltung	0	0
Erbrachte Pensionsleistungen	-78	-79
Transfers und Unternehmenstransaktionen	0	0
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.193	2.207

Für die Versorgungsverpflichtungen bestehen keine Erstattungsansprüche.

Für das Geschäftsjahr 2016 werden Beiträge in das Planvermögen (inklusive direkter Leistungszahlungen) in Höhe von 73 Mio € (Vorjahr: 69 Mio €) erwartet.

Die Aufteilung des Barwertes der Versorgungsverpflichtungen auf die verschiedenen Berechtigten Gruppen und die gewichtete Duration dieser Verpflichtungen zeigt die folgende Tabelle:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Aktive Anwärter	765	802
Mit unverfallbarer Anwartschaft ausgeschiedene Anwärter	377	414
Rentner	1.107	1.146
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.249	2.362
Gewichtete Duration der Verpflichtungen in Jahren	17,6	17,9

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens verteilt sich auf folgende Anlageklassen:

	2015 Mio €	2015 in %	2014 Mio €	2014 in %
Planvermögen auf Basis von Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt	1.578	72,0	1.895	85,9
Barmittel	19	0,9	102	4,6
Aktien	0	0,0	0	0,0
Staatsanleihen	1.559	71,1	1.708	77,4
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	0	0,0	26	1,2
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	0	0,0	0	0,0
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	0	0,0	59	2,7
Derivate	0	0,0	0	0,0
Planvermögen, für das keine Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt bestehen	615	28,0	312	14,1
Barmittel	0	0,0	0	0,0
Aktien	0	0,0	0	0,0
Staatsanleihen	43	2,0	21	1,0
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	388	17,7	169	7,7
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	33	1,5	13	0,6
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	98	4,4	54	2,4
Derivate	53	2,4	55	2,5
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.193	100	2.207	100

Im Planvermögen sind 15 Mio € (Vorjahr: 69 Mio €) eigene Finanzinstrumente der BHW Bausparkasse AG enthalten.

Die Anlage und das Risikomanagement der Vermögensmittel, mit Ausnahme derer des Pensionskassenvermögens der BHW Bausparkasse AG, orientieren sich am Anlageziel der Deutschen Bank unter Berücksichtigung Postbank-spezifischer Anforderungen.

Ziel des Risikomanagements ist vorrangig die Minimierung von Schwankungen zwischen dem Barwert der Versorgungsverpflichtungen und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarkt Bewegungen. Zur Erreichung wird eine Anlagestrategie verfolgt, welche im Wesentlichen das Risiko-profil der Versorgungszusagen hinsichtlich Marktrisikofaktoren wie Zinsniveau, Kreditausfallrisiko und Inflation widerspiegelt.

Die Anlagestrategie für das Pensionskassenvermögen der BHW Bausparkasse AG wird vom Vorstand der Pensionskasse festgelegt. Dabei werden sämtliche aufsichtsrechtlichen Vorgaben (VAG in Verbindung mit der Anlageverordnung AnIV) berücksichtigt. Die Anlagestrategie wird regelmäßig auf Angemessenheit überprüft.

Die Pensionsverpflichtungen sind sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Seitdem der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisiko-profil des Konzerns, bezogen auf wichtige Kapitalmarkt Bewegungen, zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtungen gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch die Abteilung Marktrisikomanagement durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarkt Bewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben.

Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv im Hinblick auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und in den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung verbundener Risiken in den Pensionsplänen sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der unten stehenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor bzw. jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert.

	2015 Mio €	2014 Mio €
Abzinsungssatz (-100 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	422	456
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	304	348
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	118	108
Abzinsungssatz (+100 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-355	-381
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	-304	-348
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	-51	-33
Inflationsrate (-50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-83	-89
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	0	0
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	-83	-89
Inflationsrate (+50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	87	98
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	0	0
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	87	98
Gehaltsdynamik (-50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen = Rückgang des Nettobilanzwertes	-14	-13
Gehaltsdynamik (+50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzwertes	15	13
Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten um 10 %		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzwertes	79	82

Die erwarteten Pensionszahlungen der leistungsorientierten Pläne zeigt die folgende Tabelle. Die ausgewiesenen Zahlungen umfassen sowohl die aus dem Planvermögen als auch die direkt von der Postbank zu erbringenden Leistungszahlungen.

	Mio €
Erwartete Zahlungen 2016	82
Erwartete Zahlungen 2017	83
Erwartete Zahlungen 2018	84
Erwartete Zahlungen 2019	86
Erwartete Zahlungen 2020	87
Erwartete Zahlungen 2021–2025	454

(36) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 31.12.2014/ 01.01.2015 ¹ Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Umbuchung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2015 Mio €
Personalbezogene Rückstellungen	217	-64	-24		89	218
Prozesse und Regresse	199	-116	-32	5	82	138
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	43		-24		24	43
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	2					2
Übrige	238	-101	-21		130	246
Gesamt	699	-281	-101	5	325	647

In den Zuführungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind 447 Mio € (Vorjahr: 402 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Für den überwiegenden Teil der Rückstellungen wird eine Inanspruchnahme in den Jahren 2016 bis 2018 erwartet.

Personalbezogene Rückstellungen betreffen Verpflichtungen aus Programmen zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen, u. a. Vorruhestand und Altersteilzeit.

Die Rückstellungen für Prozesse und Regresse bestehen im Wesentlichen für Risiken im Zusammenhang mit widerriefenen Darlehensverträgen und für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Der Großteil der letztgenannten Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds, deren Vertrieb 2012 eingestellt wurde. In diesem Zusammenhang bestehen auch Eventualverbindlichkeiten (siehe dazu Note 42). Außerdem beinhaltet der Betrag die Rückstellungen für eine Vielzahl von gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen in unterschiedlichen Bereichen. Da es sich bei den rechtlichen Verfahren um vergleichbare Verfahren handelt, werden diese jeweils zu einer Gruppe zusammengefasst. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Mittelabflüsse, soweit eine verlässliche Schätzung möglich ist, werden nicht einzeln ausgewiesen. Die Postbank geht davon aus, dass eine Offenlegung weiterer Detailinformationen zu den Rechtsstreitigkeiten den Verlauf der jeweiligen Verfahren ernsthaft beeinträchtigen könnte.

Die Rückstellungen für das Kreditgeschäft beziehen sich im Wesentlichen auf die Risiken aus Eventualverpflichtungen sowie unwiderruflichen Kreditzusagen.

In den übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen für variable Vergütungsanteile in Höhe von 44 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €), für Zinsen auf Steuernachzahlungen in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 35 Mio €), für Risiken aus dem Vertrieb von Produkten in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr 47 Mio €), für Provisionszahlungen in Höhe von 20 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €), für Jubiläumzahlungen in Höhe von 5 Mio €

(Vorjahr: 4 Mio €) und für eine Vielzahl von weiteren rückstellungspflichtigen Sachverhalten enthalten.

In den Rückstellungen für variable Vergütungsanteile ist der Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen in Höhe von 15,2 Mio € (Vorjahr: 12,5 Mio €) enthalten. Die Postbank gewährt Vorstandsmitgliedern und Geschäftsleitern, die nicht Mitglieder des Postbank Vorstands sind, sowie Risk Takern anteilsbasierte Vergütungen. Vorstandsmitglieder erhalten hierbei Aktien-Awards sowie virtuelle Aktien aus den Jahren 2011 bis 2013 der Deutschen Bank. Risk Takern wird die anteilsbasierte Vergütung in Form von virtuellen Aktien, orientiert am Aktienkurs der Deutsche Bank, gewährt. Art und Bedingungen der entsprechenden Vereinbarungen für die Mitglieder des Postbank Vorstands werden in Note 56 ausführlich beschrieben.

Der Anstieg gegenüber 2014 ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine höhere Personenanzahl in der Gruppe der Risk Taker. Vom Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen entfallen auf die Mitglieder des Vorstands 6,7 Mio € (Vorjahr: 7,3 Mio €). Der beizulegende Zeitwert der Schuld in Höhe von 15,2 Mio € wurde unter Berücksichtigung von Erwartungen über die künftige Zielerreichung, im Fall bereits gewährter virtueller Aktien unter Berücksichtigung der letzten gehandelten Xetra-Kurse zum Stichtag und erwarteter Kursschwankungen bis zum Ende der Sperrfrist bestimmt; in beiden Fällen wurde der Zeitwert des Geldes bis zum Zeitpunkt der erwarteten Auszahlung in die Berechnung einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen von 5,1 Mio € (Vorjahr: 4,0 Mio €) erfasst.

Die Anzahl der durch Umwandlung im März 2015 (Vorjahr: März 2014) gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 123 Tausend Stück (Vorjahr: 109 Tausend Stück) der Deutsche Bank AG sowie die unverfallbaren virtuellen Aktien auf 3 Tausend Stück (Vorjahr: 5 Tausend Stück) der Deutsche Postbank AG; die Umwandlung erfolgte auf Basis der Xetra-Kurse in Höhe von 24,19 € (Vorjahr: 24,99 €) bzw. 35,73 € (Vorjahr: 35,14 €). Für die 2015 ausgeschütteten Dividenden wurde ein Dividenden-

151

171

äquivalent berechnet und die Stückzahl der gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien entsprechend erhöht. Für die Rückwandlung und Auszahlung der gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist im März 2016 (Vorjahr: März 2015) wurden 3,2 Mio € (Vorjahr: 3,4 Mio €) berücksichtigt. Zurückgewandelt und ausgezahlt wurden im Jahr 2015 109 Tausend

Aktien (Vorjahr: 73 Tausend Aktien) der Deutsche Bank AG zu einem Kurs von 30,89 € (Vorjahr: 32,22 €) und 5 Tausend Aktien (Vorjahr: 7 Tausend Aktien) der Deutsche Postbank AG zu einem Kurs von 35,76 € (Vorjahr: 36,46 €), die im Jahr 2014 gewährt worden waren.

(37) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2015 ¹ Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2015 Mio €
Tatsächliche Steuern	104	6	12	24	110
Latente Steuern	41	-	36	4	9
Gesamt	145	6	48	28	119

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	173	251
Risikovorsorge	0	7
Handelsaktiva	208	259
Hedging-Derivate	0	4
Finanzanlagen	2	32
Sachanlagen	6	6
Sonstige Aktiva	66	68
Passivposten		
Verbindlichkeiten	0	16
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28	107
Andere Rückstellungen	6	5
Sonstige Passiva	1	1
	490	756
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	481	715
Gesamt	9	41

(38) Sonstige Passiva

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	80	117
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	63	84
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	85	83
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	38	35
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	39	42
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	40	40
Rechnungsabgrenzungsposten	8	7
Sonstige Verbindlichkeiten	113	118
Gesamt	466	526

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €) fällig.

(39) Nachrangkapital

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Hybride Kapitalinstrumente	1.405	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	928	2.586
Genussrechtskapital	884	1.091
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	22	22
Gesamt	3.239	3.699

Von dem bilanziellen Nachrangkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) insgesamt 1.175 Mio €¹ (Vorjahr: 2.677 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 2.461 Mio € (Vorjahr: 3.412 Mio €) fällig.

Der Zinsaufwand für Hybride Kapitalinstrumente beträgt 5 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 18 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 121 Mio € (Vorjahr: 145 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 24 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Nach dem Erwerb der Trust-Gesellschaften werden die vier Emissionen in Form von Trust Preferred Securities im Berichtsjahr unter den Hybriden Kapitalinstrumenten ausgewiesen (siehe Note 2). Im Vorjahr erfolgte der Ausweis der von der Postbank im Rahmen dieser Emissionen begebenen und in diesem Geschäftsjahr konsolidierten anfänglichen Schuldverschreibungen unter den Nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2015 beträgt insgesamt 46 Mio € (Vorjahr: 54 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 29 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 1.466 Mio € (Vorjahr: 1.881 Mio €) gegen zinsinduzierte Änderungen des Fair Value abgesichert.

Das Nachrangkapital ist mit 0,6 Mrd € (Vorjahr: 2,5 Mrd €) festverzinslich sowie mit 2,6 Mrd € (Vorjahr: 1,2 Mrd €) variabel verzinslich.

(40) Eigenkapital

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.660	3.303
Neubewertungsrücklage	327 ²	337
Andere Rücklagen	3.987	3.640
Bilanzgewinn	608	259
Anteile in Fremdbesitz	6	5
Gesamt	7.158	6.461

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren und Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Plänen unter Berücksichtigung von latenten Steuern erfasst.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter den unter Tagesordnungspunkt 9a näher festgelegten Bedingungen bis zum 8. Juli 2019 ermächtigt, einmalig oder mehrmals Genussscheine, hybride Schuldverschreibungen, Options- und Wandelschuldverschreibungen auszugeben. Der Gesamtnennbetrag darf insgesamt 3 Mrd € nicht übersteigen. Options- beziehungsweise Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 273,5 Mio € ausgegeben werden.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- bzw. Wandelgenussscheinen, Options- und Wandelschuldverschreibungen, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter Tagesordnungspunkt 9a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind. Die bedingte Kapitalerhöhung kann bis zum 8. Juli 2019 nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die näheren Einzelheiten zum bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Davon entfallen 78 Mio € auf eine zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 29).

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

Finanzinstrumente Available for Sale		
	2015 Mio €	2014 Mio €
Stand 1. Januar	337	23
Bewertungsänderungen	-28	311
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	11	57
Available for Sale nicht gehedgt	-39	254
Bestandsänderungen	18	7
Impairment	1	1
davon Available for Sale	1	1
davon Loans and Receivables (umgewidmet)	0	0
Verkauf/Hedge-Auflösung	-13	-28
davon Available for Sale	-21	-24
davon Loans and Receivables (umgewidmet)	8	-4
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	30	34
davon Available for Sale	31	35
davon Loans and Receivables (umgewidmet)	-1	-1
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	0	-4
Stand 31. Dezember	327¹	337

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Geschäftsjahr 12 Mio € erfolgswirksam entnommen (Vorjahr: 27 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 30 Mio € der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam zugeführt (Vorjahr: 34 Mio €). Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 28 Mio € (Vorjahr: Erhöhung 311 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 0 Mio € (Vorjahr: -4 Mio €) auf einen Endbestand von -2 Mio € (Vorjahr: -2 Mio €).

SONSTIGE ANGABEN

(41) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking		Firmenkunden		Financial Markets		Non Core Operating Unit		Cost Center/ Konsolidierung		Gesamt		Finanzinformationen aufgebener Geschäftsbereich ²		Summe aus fortgeführten Geschäftsbereichen	
	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	2.608	2.591	267	277	-48	47	-365	-430	-59	0	2.403	2.485		0	2.403	2.485
Handelsergebnis	22	-10	1	1	33	3	0	0	0	0	56	-6		0	56	-6
Finanzanlageergebnis	0	0	-2	-10	29	50	13	-10	-13	385	27	415		199	27	216
Provisionsüberschuss	741	877	80	83	-21	-15	6	6	-20	0	786	951		24	786	927
Gesamterträge	3.371	3.458	346	351	-7	85	-346	-434	-92	385	3.272	3.845		223	3.272	3.622
Verwaltungsaufwand	-1.593	-1.707	-59	-79	-44	-51	-17	-25	-1.011	-892	-2.724	-2.754		-25	-2.724	-2.729
Risikovorsorge	-174	-221	-34	-37	1	1	-2	-8	0	0	-209	-265		0	-209	-265
Sonstige Erträge	49	4	2	16	1	1	4	3	833	340	889	364		-23	889	387
Sonstige Aufwendungen	-146	-222	-1	-1	0	-3	-16	-100	-483	-432	-646	-758		44	-646	-802
Verrechnungen	-891	-783	-90	-99	-42	-38	-38	-40	1.061	960	0	0		0	0	0
Ergebnis	616	529	164	151	-91	-5	-415	-604	308	361	582	432		219	582	213
Externe Erträge ³	3.367	3.453	344	348	-7	85	-346	-434	-86	393	3.272	3.845		223	3.272	3.622
Intersegmenterträge	4	5	2	3	0	0	0	0	-6	-8	0	0		0	0	0
Wertminderungen	-27	-37	-1	-1	-1	-1	0	0	-110	-90	-139	-129		-1	-139	-128
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-26	-36	-1	-1	-1	-1	0	0	-80	-90	-108	-128		-1	-108	-127
Cost Income Ratio (CIR)	78,9%	79,8%	46,0%	51,2%	-2783,0%	107,3%	-20,8%	-38,4%			81,0%	83,5%			81,0%	88,1%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	20,4%	19,9%	33,4%	25,2%	-6,2%	-0,5%	-25,7%	-31,7%			8,8%	6,9%				

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.



Die im Berichtsjahr durchgeführten Anpassungen der Vorjahreszahlen (siehe Note 6) wurden in der Segmentberichterstattung ebenfalls berücksichtigt. Im Segment Retail Banking verringerte sich dadurch der Provisionsüberschuss um 2 Mio €, und der Zinsüberschuss stieg um 3 Mio €. Im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) reduzierte sich der Zinsüberschuss um 26 Mio €.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Post-, Bank-

und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutsche Postbank AG, des inländischen Retail-Geschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie weiterer Tochtergesellschaften, namentlich der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH und der Postbank P.O.S. Transact GmbH (bis zum 31. Juli 2015), zusammen. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Es handelt sich um Finanzinformationen des aufgegebenen Geschäftsbereichs inklusive der darauf entfallenden Konsolidierungseffekte.

³Bei den externen Erträgen handelt es sich um den Saldo der externen Teilbeträge aus den Posten Zinserträge, Zinsaufwendungen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Den dritten Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, des Firmenkundengeschäfts der Deutsche Postbank AG sowie aus Teilen der Ergebnisse der Deutsche Postbank International S.A. und der Zweigniederlassung Luxemburg, jeweils ohne ausgewählte Einzelengagements, sowie aus Teilen der gewerblichen Immobilienfinanzierungen.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) und der Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen sowohl aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutsche Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Tochter Deutsche Postbank International S.A. und der Zweigniederlassung Luxemburg (jeweils ohne Firmenkundengeschäft) als auch aus den Ergebnissen der Teilgesellschaftsvermögen.

Das Segment NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Retail-Geschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen zugeordnet.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Tochtergesellschaften Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG sowie den Anspruch aus der Ausgleichszahlung für die Anteile an der PBC Banking Services GmbH gemäß § 304 AktG. Im ersten Quartal des Vorjahres waren die Ergebnisse von Postbank Service GmbH, BHW Kreditservice GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und Postbank Direkt GmbH Teil des Segments. Ferner ist die Überleitung zum Konzernergebnis Bestandteil des Segments. Darüber hinaus werden einzelne Sondereffekte diesem Segment zugerechnet. Das Jahr 2014 war von der Entkonsolidierung der Servicegesellschaften geprägt gewesen, die an die PBC Banking Services GmbH übertragen wurden. Das Jahr 2015 war wesentlich von der Vorbereitung auf die Entflechtung von der Deutschen Bank beeinflusst.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutsche Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	3.030	2.975
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	370	393
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	340	508
Transaction Banking Insourcing	0	22
Übriges	-468	-53
Summe Erträge	3.272	3.845

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns. Die Erträge des Segments NCOU werden unter der Position „Übriges“ ausgewiesen.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Europa enthält die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region USA beinhaltet die Deutsche Postbank Funding LLC I-IV und die Deutsche Postbank Funding Trust I-IV, Wilmington, Delaware. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Deutschland	3.207	3.766	537	482	2.563	2.619
Europa	65	79	45	-50	17	17
USA	0	0	0	0	0	0
Gesamt	3.272	3.845	582	432	2.580	2.636

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

(42) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	404	394
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.788	4.847 ²
davon bereitgestellte Baudarlehen	4.019	3.099
Sonstige Verpflichtungen	13.905	14.232 ³
Gesamt	20.097	19.473

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Zusätzlich beinhaltet der Betrag eine Eventualverbindlichkeit für Prozesse und Regresse, die sich auf die Beratung und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds beziehen. Weitere Detailinformationen zu diesem Sachverhalt werden nicht gesondert dargestellt, da hieraus die Lage der Bank in den entsprechenden Verfahren ernsthaft beeinträchtigt werden kann.

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme sind insbesondere bei Kreditlinien, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen regelmäßig variabel.

Kreditzusagen und Kreditlinien beinhalten in der Regel eine Rückzahlungsvereinbarung. Darüber hinaus ist eine Erstattung nur begrenzt möglich.

(43) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Fair-Value-Hierarchie

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dementsprechend ordnet die Postbank die Bestände wie folgt dem entsprechenden Level zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Level 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Vorjahresangabe um -1.229 Mio € korrigiert wegen unzutreffender Zuordnung

³Vorjahresangabe um 1.229 Mio € korrigiert wegen unzutreffender Zuordnung

Zum 31. Dezember 2015

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Klassen	31.12.2015 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	647	0	646	1
Held-for-Trading- Darlehen	91	0	91	0
Derivate	556	0	555	1
Hedging-Derivate	78	0	78	0
Forderungen an Kunden	4.409	0	4.409	0
private Baufinanzierungen	4.409	0	4.409 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	13.361	10.666	2.661	34
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.035	10.618	2.389	28
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	261	0	261	0
Beteiligungen	65	48	11	6
Sonstige Aktiva	105	0	0	105
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105	0	0	105
Gesamt	18.600	10.666	7.794	140

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Klassen	31.12.2015 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelspassiva	665	0	665	0
Derivate	665	0	665	0
Hedging-Derivate	208	0	208	0
Gesamt	873	0	873	0

Zum 31. Dezember 2014

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Klassen	31.12.2014 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	697	0	696	1
Held-for-Trading- Darlehen	139	0	139	0
Derivate	558	0	557	1
Hedging-Derivate	119	0	119	0
Forderungen an Kunden	4.933	0	4.933	0
private Baufinanzierungen	4.933	0	4.933 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	12.402	10.229	2.099	74
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.195	10.222	1.899	74
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	179	0	179	0
Beteiligungen	28	7	21	0
Sonstige Aktiva	27	0	0	27
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27	0	0	27
Gesamt	18.178	10.229	7.847	102

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Klassen	31.12.2014 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	767	0	765	2
Derivate	767	0	765	2
Hedging-Derivate	298	0	298	0
Gesamt	1.065	0	1.063	2

Im Rahmen der Bewertung der Level-2-Bestände – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – greift die Postbank auf sogenannte Discounted-Cash-Flow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis-Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und

Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell berücksichtigt.

Der Anstieg der Level-1-Bestände im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus einem höheren Volumen an Finanzanlagen mit quotierten Preisen auf aktiven Märkten. Die Abgänge (im Wesentlichen Fälligkeiten) an Level-1- und Level-2-Beständen von Finanzanlagen wurden durch Zugänge in der Berichtsperiode überkompensiert, sodass letztendlich die Bestände der Finanzanlagen in Level 1 und in Level 2 angestiegen sind.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind, Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen werden dem Level 3 zugeordnet.

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair Value Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte							
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2015							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Gesamt	
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	74	0	27	102
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	-1	0	0	-1
in GuV	0	0	0	0	0	0	0
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-1	0	0	-1
Erwerbe	0	0	0	0	0	78	78
Veräußerungen	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-45	0	0	-45
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	6	0	0	6
Endbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-1	0	0	-1

Zum 31. Dezember 2014 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte							
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2014							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Gesamt	
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an Kreditinstitute Mio €	Sonstige Aktiva Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	61	0	9	71
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	15	0	0	15
in GuV	0	0	0	0	0	0	0
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	15	0	0	15
Erwerbe	0	0	0	0	0	18	18
Veräußerungen	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-2	0	0	-2
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	1	0	0	74	0	27	102
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	15	0	0	15

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2015			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Gesamt Mio €
Anfangsbestand	2	0	2
Summe Gewinne oder Verluste	-2	0	-2
in GuV	-2	0	-2
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	0	0	0
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	-2	0	-2

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 hatten sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2014			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Gesamt Mio €
Anfangsbestand	2	0	2
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0
in GuV	0	0	0
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	2	0	2
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0

Die Bewertung der Finanzinstrumente, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt derzeit mittels Arranger/Dealer Quotes, die durch ein internes Bewertungsmodell validiert werden. Im internen Bewertungsmodell wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Unter der Annahme einer Veränderung der Arranger/Dealer Quotes um +/- 100 Basispunkte würde sich der Fair Value um +/- 0,3 Mio € verändern.

In der Berichtsperiode wurden Anteile an geschlossenen Fonds in Höhe von 6 Mio € unter Anpassung des Vorjahres in Level 3 transferiert. Diese Bestände werden mit Cash-flow-Modellen, die risikoadjustierte Planannahmen der einzelnen Fonds berücksichtigen, bewertet. Sofern die Planannahmen um +/-10 % von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Values von +/- 1 Mio € ergeben.

Weiterhin wurden dem Level 3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zugeordnet, die sich auf Provisionsforderungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Versicherungen beziehen. Die Fair Values werden auf Basis der für die Vermittlung von Versicherungen zu erhaltenden Abschlussprovisionen unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen/erwarteter vorzeitiger Beendigungen ermittelt. Die zuverlässige Ermittlung der Fair Values der oben genannten Provisionen basiert auf dem Berichtssystem des Produktgebers und enthält Annahmen über die Stornoquote/erwartete vorzeitige Beendigungen der abgeschlossenen Versicherungen. Unter der Annahme der Veränderung der Stornoquoten von +/-5% würde sich eine Änderung des Fair Values der Forderung von +/-8 Mio € ergeben, die als Änderung der Zahlungsströme erfolgswirksam erfasst werden würde.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2015					31.12.2014	
	Buchwert Mio €	Beizulegen- der Zeitwert Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegen- der Zeitwert Mio €
Aktiva							
Barreserve	1.357	1.357	1.357	–	–	1.230	1.230
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	15.875	15.898	837	14.760	301	19.602	19.614
Wertpapierpensions- geschäfte	13.144	13.149		13.149		16.373	16.381
Tagesgelder	837	837	837			834	834 ¹
Darlehen	68	70		70		384	387
Namenschuldver- schreibungen	425	440		440		228	229
Termingelder	1.100	1.101		1.101		1.101	1.101
Sonstige Forderungen	301	301			301	682	682
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	93.988	99.502	–	–	99.502	93.040	100.825
Private Baufinanzierungen	63.903	68.901			68.901	64.317	71.142
Bauspardarlehen	3.140	3.140			3.140	3.564	3.810
Gewerbliche Kredite	12.175	12.258			12.258	11.944	12.111
Forderungen an öffentliche Haushalte	4.621	4.549			4.549	3.132	3.153
Ratenkredite	6.453	6.937			6.937	6.098	6.597
Kontokorrentkredite	2.176	2.176			2.176	2.339	2.339
Schuldscheindarlehen	1.485	1.506			1.506	1.536	1.564
Sonstige Forderungen	35	35			35	110	110
Risikovorsorge (Loans and Receivables)	–924	–924	–	–	–924	–1.361	–1.361
Private Baufinanzierungen	–352	–352			–352	–361	–361
Bauspardarlehen	–5	–5			–5	–4	–4
Gewerbliche Kredite	–159	–159			–159	–207	–207
Forderungen an öffentliche Haushalte	–4	–4			–4	0	0
Ratenkredite	–268	–268			–268	–425	–425
Kontokorrentkredite	–134	–134			–134	–364	–364
Schuldscheindarlehen	0	0			0	0	0
Sonstige Forderungen	–2	–2			–2	0	0
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	17.408	17.998	11.420	6.571	7	20.642	21.289
Schuldverschreibun- gen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.408	17.998	11.420	6.571	7	20.642	21.289
Sonstige Aktiva (Loans and Receivables)	318	318			318	203	203
	128.022	134.149	13.614	21.331	99.204	133.356	141.800
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten (Liabilities at amortised cost)	15.443	15.920	79	5.336	10.505	17.583	18.308
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	119.150	121.184	–	–	121.184	120.493	123.053
Spareinlagen	41.841	41.841	–	–	41.841	44.493	44.493
Bauspareinlagen	19.341	19.341	–	–	19.341	20.062	20.062 ¹
Andere Verbindlichkeiten	57.968	60.002	–	–	60.002	55.938	58.498
Verbriefte Verbind- lichkeiten und Nach- rangkapital (Liabilities at amortised cost)	3.446	3.898	74	–	3.824	4.571	5.121
Öffentliche Pfandbriefe	67	74	74	–	–	67	76
Hypothekendarlehen	2.471	2.551	–	–	2.551	3.536	3.653
Sonstige Schuldver- schreibungen	908	1.273	–	–	1.273	968	1.392
Nachrangkapital (Liabilities at amortised cost)	3.239	3.497	–	–	3.497	3.699	3.686
Sonstige Passiva (Liabilities at amortised cost)	296	296	–	–	296	349	349
	141.574	144.795	153	5.336	139.306	146.695	150.517

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(44) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

	Erläuterungen	2015 Mio €	2014 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	(8)		
Loans and Receivables		4.096	4.527
Available for Sale		215	191
Held for Trading		-153	-173
Liabilities at amortised cost		-1.755	-2.076
Nettogewinne und -verluste (11), (12)			
Held for Trading		39	-12
Designated as at Fair Value		17	7
Loans and Receivables		16	23
Available for Sale		20	23

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Aktiva	17.171	15.379	129.018	136.285	146.189	151.664
Loans and Receivables	6.227	5.777	121.363	127.710	127.590	133.487
Forderungen an Kreditinstitute	78	105	15.798	19.497	15.876	19.602
Forderungen an Kunden	1.535	1.556	92.453	91.484	93.988	93.040
Finanzanlagen	4.614	4.116	12.794	16.526	17.408	20.642
Sonstige Aktiva	-	-	318	203	318	203
Available for Sale	6.457	4.551	7.008	7.878	13.465	12.429
Finanzanlagen	6.457	4.551	6.903	7.851	13.360	12.402
Sonstige Aktiva	-	-	105	27	105	27
Held for Trading	-	-	647	697	647	697
Handelsaktiva	-	-	647	697	647	697
Fair-Value-Option	4.409	4.932	-	-	4.409	4.932
Forderungen an Kunden	4.409	4.932	-	-	4.409	4.932
Hedging-Derivate	78	119	-	-	78	119
Passiva	12.278	13.564	130.169	134.196	142.447	147.760
Liabilities at amortised cost	12.005	13.160	129.569	133.535	141.574	146.695
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	670	668	14.773	16.915	15.443	17.583
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.499	8.205	111.651	112.288	119.150	120.493
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.370	2.406	1.076	2.165	3.446	4.571
Nachrangkapital	1.466	1.881	1.773	1.818	3.239	3.699
Sonstige Passiva	-	-	296	349	296	349
Held for Trading	65	106	600	661	665	767
Handelspassiva	65	106	600	661	665	767
Hedging-Derivate	208	298	-	-	208	298

(45) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indeoptionsgeschäften abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Nettingmöglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Derivate des Handelsbestands	146.926	168.182	556	558	665	767
Hedging-Derivate	22.167	20.752	78	119	208	298
Gesamt	169.093	188.934	634	677	873	1.065

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Fair Value					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	1.661	2.055	67	77	72	88
Devisenswaps	5.711	2.508	24	34	32	22
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	7.372	4.563	91	111	104	110
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	136.532	160.683	348	410	505	568
Cross Currency Swaps	904	1.436	111	32	47	82
Forward Rate Agreements	-	-	-	-	-	-
OTC-Zinsoptionen	116	136	-	-	-	1
Sonstige zinsgebundene Verträge	1.926	1.223	5	4	8	3
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	-	-	-	-	-	-
Gesamtbestand Zinsderivate	139.478	163.478	464	446	560	654

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktienoptionen (long/short)	2	18	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexoptionen	–	–	–	–	–	–
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	2	18	–	–	–	–
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	74	123	1	1	1	3
Gesamtbestand Kreditderivate	74	123	1	1	1	3
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	146.926	168.182	556	558	665	767
davon Derivate des Bankbuchs	51.808	72.887	475	465	501	552
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	14.733	15.231	0	0	65	106
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	22.160	20.567	78	82	206	296
Cross Currency Swaps	7	185	–	37	2	2
Credit Default Swaps	–	–	–	–	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	22.167	20.752	78	119	208	298
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	169.093	188.934	634	677	873	1.065

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	10	12	46	53
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0	18	12
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	0	0	9	52
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0	0	33	39
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2	0	16	49
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1	3	17	15
mehr als 5 Jahre	65	104	69	78
	78	119	208	298

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	45	55	85	83
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	58	58	64	103
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	15	42	97	59
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	14	19	45	56
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	41	9	52	49
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	53	40	41	59
mehr als 5 Jahre	330	335	281	358
	556	558	665	767

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und die negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	396	385	791	966
Sonstige Kontrahenten in der OECD	238	292	82	99
Nicht OECD	–	–	–	–
	634	677	873	1.065

(46) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 31. Dezember 2015 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	21.115	–5.239	15.876	–	–	–13.095	2.781
Handelsaktiva	7.276	–6.629	647	–241	–62	–	344
Hedging-Derivate	1.414	–1.336	78	–8	–9	–	61
Gesamt	29.805	–13.204	16.601	–249	–71	–13.095	3.186

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.470	–5.135	5.335	–	0	–4.982	353
Handelspassiva	8.108	–7.443	665	–241	–368	–	56
Hedging-Derivate	834	–626	208	–8	–115	–	85
Gesamt	19.412	–13.204	6.208	–249	–483	–4.982	494

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) sind Gegenstand der Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzposten „Handelsaktiva“, „Handelspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wider. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Forderungen an Kreditinstitute bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2014.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Netto-betrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)	22.270	-2.611	19.659	-	-	-16.357	3.302
Handelsaktiva	8.698	-8.001	697	-153	-39	-	505
Hedging-Derivate	1.624	-1.505	119	-48	-8	-	63
Gesamt	32.592	-12.117	20.475	-201	-47	-16.357	3.870

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Netto-betrag
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.179	-2.419	6.760	-	-14	-6.370	376
Handelspassiva	9.766	-8.999	767	-153	-410	-	204
Hedging-Derivate	998	-699	299	-48	-160	-	91
Gesamt	19.943	-12.117	7.826	-201	-584	-6.370	671

(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2015 Anzahl	31.12.2014 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	491	616
Zwangsverwaltungsverfahren	32	76
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	514	494

(48) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Fremdwährungsaktiva	3.369	2.179
Fremdwährungspassiva	3.359	2.186

(49) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die Postbank erfüllt die Anforderungen aus Basel III, die seit dem 1. Januar 2014, in Form der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV), die wiederum im KWG sowie in begleitenden Verordnungen deutschen Rechts umgesetzt wurden, in Kraft getreten sind. Im Jahr 2015 galten noch zahlreiche Übergangsvorschriften.

Die Ermittlungs- und Steuerungsprozesse der Postbank für die Eigenmittelausstattung sowie die Leverage Ratio entsprechen dem aktuellen Stand von Gesetzen, Verordnungen und Standards der European Banking Authority (EBA). Interne Berechnungen erfolgen dabei stets sowohl für die Ergebnisse bei Anwendung der aktuell gültigen Übergangsvorschriften (regulatory phased-in) wie auch ohne Anwendung dieser erleichternden Übergangsvorschriften (fully phased-in). Die Eigenmittelenwicklungen werden in beiden Sichtweisen überwacht und gesteuert.

Im Jahr 2016 werden für die Postbank erstmals zusätzliche Kapitalpufferanforderungen schlagend. Diese Kapitalpuffer sind alle durch hartes Kernkapital (CET 1) abzudecken, das, bezogen auf die risikogewichteten Aktiva, zusätzlich zu den bestehenden Mindestanforderungen vorzuhalten ist. Die CRR regelt Übergangsfristen, die eine stufenweise Erhöhung der Kapitalpufferanforderungen im Zeitraum zwischen 2016 und 2019 vorsehen. Die Anforderungen an Kapitalpuffer werden je nach Pufferart direkt durch die CRD IV bzw. das KWG definiert oder aber instituts- bzw. landesspezifisch durch die Aufsicht festgelegt und kommuniziert.

Der Kapitalerhaltungspuffer ist in seiner Höhe bereits durch die CRD IV definiert und wird im Jahr 2016 mit einer Kapitalanforderung von 0,625 % der risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Der maximale Kapitalerhaltungspuffer wird im Jahr 2019 mit 2,5 % erreicht sein. Die BaFin hat den antizyklischen Kapitalpuffer für Deutschland für das Jahr 2016 auf 0 % festgesetzt. Dies gilt jedoch nicht für alle Länder, in denen die Postbank Exposures hat. Es ist sichergestellt, dass diese jeweiligen landesspezifischen Pufferanforderungen eingehalten werden. Darüber hinaus hat der Postbank Konzern als Teil des Deutsche Bank Konzerns noch keine Mitteilung

über weitere einzuhaltende Kapitalpuffer erhalten.

Die externen, durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Eigenmittelanforderungen stellen für die Postbank eine harte Untergrenze im Rahmen der strategischen Steuerung dar. Sie sind in das Risikoappetit-Framework eingebunden. Die entsprechenden Kennzahlen werden sowohl auf der Ebene des Postbank Konzerns als auch auf der Ebene der Einzelinstitute im Konzern ermittelt und gesteuert, die unter den Anwendungsbereich der CRR fallen.

Die Postbank hat im Jahr 2015 alle geltenden Eigenmittelanforderungen zu jedem Zeitpunkt erfüllt.

Die Steuerung der Eigenmittelanforderungen ist in den übergreifenden Kapitalsteuerungsprozess eingebunden. Dieser umfasst die regulatorische und die ökonomische Steuerungssicht. Hinsichtlich der ökonomischen Kapitalsteuerung verweisen wir auf unsere Darstellungen der Note 50 „Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital“.



Die regulatorische Kapitalsteuerung legt den Fokus auf die Anforderungen an das harte Kernkapital (CET 1) und berücksichtigt darüber hinaus das Kernkapital (Tier 1) und das Gesamtkapital (own funds). Somit werden die Anforderungen der Säule I abgedeckt. Das Kapitalsteuerungskonzept umfasst die folgenden drei Stufen:

- Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten gemäß CRR/CRD IV bzw. gegebenenfalls gemäß Festsetzung durch die BaFin/EZB,
- Beobachtung und Einhaltung des intern definierten Schwellenwertes, bei dessen Unterschreitung ein Handlungsimpuls im Sinne auszuarbeitender Kapitalsteuerungsmaßnahmen ausgelöst wird,
- Anstreben einer durch den Vorstand im Rahmen der Festlegung der Risikostrategie jährlich neu definierten mittelfristigen Zielquote für das CET 1.

Für die Leverage Ratio besteht bisher keine aufsichtsrechtliche Mindestanforderung. Im Jahr 2015 hat die Bank zur internen Steuerung Schwellenwerte sowie interne Zielquoten festgelegt. Diese sind über die Risikostrategie in die übergreifende Kapitalsteuerung eingebunden.

Der übergreifende Kapitalsteuerungsprozess beinhaltet verschiedene Überwachungs- und Prognoseprozesse für die definierten Kennzahlen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird einmal jährlich eine Vorschau auf die Entwicklung von Eigenmittel- und Verschuldungsquoten über die folgenden fünf Jahre auf der Basis von Volumen-, Migrations- und Ergebnisplanungen sowie dezidierter Planungsannahmen aufgestellt.

Monatlich werden die aktuellen Quoten für die Eigenmittelausstattung und den Verschuldungsgrad berechnet. Vierteljährlich werden die aktuellen Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstestberechnungen im Gesamtbankrisikobericht an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet.

Die Risikostrategie definiert entsprechende interne Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung Handlungsimpulse ausgelöst und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden.

Unterjährig erfolgt darüber hinaus ein Forecast der Eigenmittelquoten mit Blick auf das Ende des Geschäftsjahres, um die Notwendigkeit von Steuerungsmaßnahmen zu prüfen.

Die Steuerung der Eigenkapital- und der Verschuldungsquoten erfolgt im Bankrisikokomitee. Maßnahmen zur Steuerung und Optimierung dieser Quoten werden daneben auch im Asset & Liability Committee diskutiert.

Die auf Basis des aktuellen Regelwerks ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß CRR/CRD IV (regular phased-in) stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015 ¹ Mio €	31.12.2014 ² Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	39.016	38.902
Marktrisikopositionen	32	93
Operationelle Risiken	6.125	4.656
Gesamt-Risikoaktiva	45.173	43.651
regular phased-in:		
Hartes Kernkapital (CET 1)	6.203	4.673
Zusätzliches Kernkapital (AT 1)	75	0
Kernkapital (Tier 1)	6.278	4.673
Ergänzungskapital (Tier 2)	1.102	2.573
Eigenmittel (own funds)	7.380	7.246
	%	%
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	13,7	10,7
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	13,9	10,7
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	16,3	16,6
fully phased-in:		
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	11,4	10,2
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	11,4	10,2
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	15,1	16,3

Die harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio) gemäß Meldung per 31. Dezember 2015, (regular phased-in) beträgt 12,0 %.

Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtsverbindlichkeiten zusammen.

(50) Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital

Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung

stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2015 und 2014 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten (ökonomischer Gläubigerschutz)		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Kreditrisiken	2.800	2.800
Marktrisiken	2.180	2.150
Operationelle Risiken	700	700
Geschäftsrisiken	2.670	2.700
Summe vor Diversifikation	8.350	8.350
Diversifikationseffekte	1.490	1.490
Summe nach Diversifikation	6.860	6.860
Freie Risikodeckungsmasse	4.830	5.020
Risikodeckungsmasse gesamt	11.690	11.880

Weiterführende Angaben zum Management des ökonomischen Risikokapitals werden im Abschnitt „Risikobericht“ des Konzernlageberichts dargestellt.

(51) Restlaufzeitengliederung

Die Restlaufzeiten zu Buchwerten stellen sich zum 31. Dezember 2015 wie folgt dar:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.534	7.124	3.993	1.092	1.143	85	598	307	15.876
Forderungen an Kunden	4.495	9.415	8.696	9.137	9.187	8.105	7.873	41.489	98.397
Handelsaktiva	–	92	82	16	15	41	58	343	647
Hedging-Derivate	–	10	–	–	–	2	1	65	78
Finanzanlagen	–	1.517	3.072	4.972	6.234	3.743	2.372	8.858	30.768
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	15	82	4	–	–	–	–	101
Latente Ertragsteueransprüche	–	–	23	4	10	6	5	24	72
Sonstige Aktiva	189	179	76	128	86	73	62	362	1.155
Gesamt	6.218	18.352	16.024	15.353	16.675	12.055	10.969	51.448	147.094
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	253	5.565	562	1.423	1.280	1.033	880	4.447	15.443
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.417	42.437	8.166	5.373	3.261	2.840	2.061	11.595	119.150
Verbriefte Verbindlichkeiten	84	10	67	61	10	123	1.154	1.937	3.446
Handelspassiva	–	85	64	97	45	52	41	281	665
Hedging-Derivate	–	46	18	9	33	16	17	69	208
Rückstellungen	9	25	169	273	117	47	12	51	703
Pensionsrückstellungen	–	1	2	2	2	2	2	45	56
Sonstige Rückstellungen	9	24	167	271	115	45	10	6	647
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	14	51	20	8	–	17	–	110
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	2	–	–	–	3	4	9
Sonstige Passiva	189	155	99	4	4	6	5	4	466
Nachrangkapital	50	4	724	86	402	134	14	1.825	3.239
Gesamt	44.002	48.341	9.922	7.346	5.160	4.251	4.204	20.213	143.439
Eventualverpflichtungen	404	–	–	–	–	–	–	–	404
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.788	–	–	–	–	–	–	–	5.788



Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note 45 ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2014:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute ¹	1.515	6.546	7.688	1.432	342	1.257	503	319	19.602
Forderungen an Kunden	4.344	9.102	9.510	10.184	8.656	8.907	7.490	39.779	97.972
Handelsaktiva	–	58	145	89	19	9	41	336	697
Hedging-Derivate	–	12	–	–	–	–	3	104	119
Finanzanlagen	–	1.126	3.050	4.621	5.135	6.328	3.743	9.474	33.477
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	129	18	1	–	–	–	148
Latente Ertragsteueransprüche ¹	–	–	12	8	3	3	9	33	68
Sonstige Aktiva ¹	232	8	95	96	68	59	50	202	810
Gesamt	6.091	16.852	20.629	16.448	14.224	16.563	11.839	50.247	152.893
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	989	6.884	778	764	1.358	1.307	1.027	4.476	17.583
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹	39.938	45.571	8.768	3.856	3.946	3.252	2.680	12.482	120.493
Verbriefte Verbindlichkeiten	111	41	1.017	77	60	10	123	3.132	4.571
Handelsspassiva	–	83	103	59	56	49	59	358	767
Hedging-Derivate	–	53	12	52	39	49	15	78	298
Rückstellungen	1	27	278	253	126	40	13	116	854
Pensionsrückstellungen	–	2	7	9	9	10	9	109	155
Sonstige Rückstellungen ¹	1	25	271	244	117	30	4	7	699
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	–	–	82	22	–	–	–	–	104
Latente Ertragsteuerpflichtungen	–	–	2	0	0	2	2	35	41
Sonstige Passiva	231	195	75	4	3	6	1	11	526
Nachrangkapital	79	4	204	706	86	403	134	2.083	3.699
Gesamt	41.349	52.858	11.319	5.793	5.674	5.118	4.054	22.771	148.936

Eventualverpflichtungen	394	–	–	–	–	–	–	–	394
Unwiderrufliche Kreditzusagen	4.847	–	–	–	–	–	–	–	4.847

(52) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BANSTPT), Postbeamtenversorgungskasse (PVK) Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die Patronatserklärung für die Deutsche Postbank International S.A. (heute: PB International S.A.), Luxemburg, ist ab dem 1. Juli 2014 gegenstandslos geworden und wurde daher zu diesem Stichtag hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt, nachdem die Deutsche Postbank AG, Zweig-

niederlassung Luxemburg, den Geschäftsbetrieb der Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, insgesamt unter fast vollständiger Übernahme der Aktiva und Passiva der Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, zum 1. Juli 2014 aufgenommen hat.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutsche Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaften. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch die Gläubiger gegenüber.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	49	53
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	40	43
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	30	33
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	22	22
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	16	14
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	37	40
Gesamt	194	205

(53) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	1	1
Forderungen an Kunden	440	507
	441	508
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	441	508
	441	508

(54) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2015	Gesamt 2014
Vollzeitkräfte		
Beamte	4.479	4.781
Angestellte	9.077	9.596
	13.556	14.377
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.079	1.160
Angestellte	3.232	3.394
	4.311	4.554
	17.867	18.931

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(55) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Gegenstand dieser Note sind Angaben zu Beziehungen mit strukturierten Unternehmen, die von der Postbank nicht beherrscht und somit nicht konsolidiert werden.

Unter Beziehungen zu strukturierten Unternehmen sind vertragliche und nichtvertragliche Geschäftsbeziehungen zu verstehen, die die Postbank schwankenden positiven und/oder negativen Renditen aus der Geschäftstätigkeit eines strukturierten Unternehmens aussetzen.

Ein strukturiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem – aufgrund der besonderen Ausgestaltung – die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Ein strukturiertes Unternehmen zeichnet sich oft durch nachfolgende charakterisierende Eigenschaften aus: beschränkte Aktivitäten, enger und genau definierter Unternehmenszweck, unzureichende Eigenkapitalausstattung und Finanzierung, die zur Konzentration von Kredit- oder anderen Risiken führt.

Die Postbank hat im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen u. a. Kreditbeziehungen zu Immobilienobjektgesellschaften, deren Zweck Halten und Vermieten der gewerblichen Immobilien im Wesentlichen in Deutschland und in Europa ist, und zu nationalen und internationalen Immobilienfonds (Kategorie „Gewerbliche Immobilienfinanzierungen“). Die Finanzierung der Immobilien erfolgt durch Eigen- und Fremdkapitalaufnahme. Bei den Immobilienobjektgesellschaften kommt in der Regel ein höherer Fremdkapitalanteil zum Einsatz.

Unter die Beziehungen mit strukturierten Unternehmen fallen ebenfalls die im Bestand des Konzerns befindlichen von strukturierten Unternehmen (z. B. Verbriefungsgesellschaften) emittierten Wertpapiere (Kategorie „Sonstige“) und Fondszertifikate/-anteile (Kategorie „Fonds“).

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen, dem die Bank ausgesetzt sein könnte, gezeigt. Das maximale Ausfallrisiko bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Transaktionen setzt sich zusammen aus dem Bilanzwert und dem Wert der außerbilanziellen Verpflichtungen der Bank, die mit Beziehungen zu strukturierten Unternehmen zusammenhängen. Das maximale Ausfallrisiko wird ohne Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten gezeigt.

Der Umfang der strukturierten Unternehmen wird mithilfe folgender Größen dargestellt:

- Gewerbliche Immobilienfinanzierungen: Vermögenswerte des strukturierten Unternehmens,
- Fonds: Wert des Nettovermögens,
- Sonstige: Nominalwerte der ausgegebenen Notes.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	4.268	–	11	4.279
Handelsaktiva	1	–	–	1
Finanzanlagen	3	261	–	264
Risikovorsorge	88	–	–	88
Maximales Ausfallrisiko	4.364	261	11	4.636
Forderungen an Kunden	4.268	–	11	4.279
Handelsaktiva	1	–	–	1
Finanzanlagen	3	261	–	264
Risikovorsorge	88	–	–	88
Außerbilanzielle Verpflichtungen	181	–	–	181
Umfang der strukturierten Unternehmen	5.590	5.571	500	11.661

Die nachfolgende Tabelle enthält die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2014.

	Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €	31.12.2014 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	4.516	–	9	4.525
Finanzanlagen	3	179	–	182
Risikovorsorge	98	–	–	98
Maximales Ausfallrisiko	4.458	179	9	4.646
Forderungen an Kunden	4.516	–	9	4.525
Finanzanlagen	3	179	–	182
Risikovorsorge	98	–	–	98
Außerbilanzielle Verpflichtungen	37	–	–	37
Umfang der strukturierten Unternehmen	5.663	4.856	500	11.019

Die außerbilanziellen Verpflichtungen stellen vertragliche Verpflichtungen der Bank, eine finanzielle Unterstützung an die strukturierten Unternehmen zu leisten, dar. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle Unterstützung, zu der die Bank nicht vertraglich verpflichtet war, an die strukturierten Unternehmen weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

(56) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutsche Bank AG, die die Postbank beherrscht, sowie einer geringen Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutsche Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG und der Deutsche Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutsche Postbank AG beherrscht werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 61) verzeichnet.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutsche Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen Zahlungen an die BAnstPT, PVK (vormals Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.) in Höhe von 95 Mio € (Vorjahr: 97 Mio €) umfassen.

Mit Wirkung zum 10. Dezember 2015 hat die Postbank die Beteiligungen an acht Funding-Gesellschaften erworben (weitere Informationen zu der Transaktion sind in der Note 2 „Konsolidierungskreis“ enthalten). Infolgedessen werden die Beziehungen zu diesen Gesellschaften ab dem Übertragungszeitpunkt nicht mehr in dieser Note offengelegt, da diese Bestandteil des Konzernabschlusses sind.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Seit Anfang des Jahres 2012 besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutsche Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG), als herrschendem Unternehmen.

112

193

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	1.330	1.372
Sonstige nahestehende Unternehmen	6.022	7.646
	7.352	9.018
Forderungen an Kunden		
Sonstige nahestehende Unternehmen	98	100
	98	100
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	111	27
	111	27
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	0	39
	0	39
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	1.066	961
	1.066	961
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	198	18
Sonstige nahestehende Unternehmen	12	36
	210	54

Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen im Wesentlichen Geldmarktgeschäfte mit der Deutsche Bank AG und ihren Tochtergesellschaften.

Aufgrund der Auflösung einer Hedge-Beziehung wurden im zweiten Quartal des Jahres 2015 die bestehenden Derivate auf der Aktivseite in die Handelsaktiva umgliedert.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Anleihen der Deutsche Bank AG.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	5.383	7.462
	5.383	7.462
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	8	10
Sonstige nahestehende Unternehmen	184	213
	192	223
Handelspassiva		
Deutsche Bank AG	220	193
	220	193
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	3	36
	3	36
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	39	16
DB Finanz-Holding GmbH	2	15
Sonstige nahestehende Unternehmen	30	8
	71	39
Nachrangkapital		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	1.619
	0	1.619

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutsche Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte.

Aufgrund der Auflösung einer Hedge-Beziehung wurden im zweiten Quartal des Jahres 2015 die bestehenden Derivate auf der Passivseite in die Handelspassiva umgliedert.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH handelt es sich um die Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die in den Gewinnrücklagen erfasst wurden.

Bei dem Nachrangkapital handelt es sich um die im Rahmen der Trust-Emissionen von der Deutsche Postbank AG ursprünglich begebenen Schuldverschreibungen. Die Bank hat die Trust-Gesellschaften in der Berichtsperiode erworben und konsolidiert diese in ihrem Konzernabschluss. Die begebenen Schuldverschreibungen werden daher im Rahmen der Konsolidierung berücksichtigt und sind nicht mehr Gegenstand dieser Note. Die in der Berichtsperiode bis zum Erwerb der Trust-Gesellschaften aus den Schuldverschreibungen entstandenen Zinsaufwendungen sind unter den Zinsaufwendungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen ausgewiesen (siehe dazu Tabelle „Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen“). Mehr zur Transaktion beinhaltet die Note 2 „Konsolidierungskreis“.

Gegenüber der Deutsche Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 68 Mio € (31. Dezember 2014: 64 Mio €).

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2015 Mio €	2014 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	17	26
Sonstige nahestehende Unternehmen	7	8
	24	34
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	3	10
Sonstige nahestehende Unternehmen	53	72
	56	82
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	0	9
Sonstige nahestehende Unternehmen	22	19
	22	28
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	2
	4	4
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	13	-66
	13	-66
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	-18	22
	-18	22
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	28	23
Tochtergesellschaften	17	16
Sonstige nahestehende Unternehmen	22	8
	67	47
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	202	40
Tochtergesellschaften	3	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	334	275
	539	317
Sonstige Aufwendungen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	521	414
	521	414

Die Sonstigen Erträge gegenüber der Deutschen Bank bestehen im Wesentlichen aus Erträgen im Zusammenhang mit der Beendigung der IT-Kooperation und der Änderung vertraglicher Regelungen zu Nutzungsrechten an Software in Höhe von 162 Mio €.

Bei sonstigen Erträgen gegenüber sonstigen Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um die Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften des Deutsche Bank Konzerns.

Die sonstigen Aufwendungen gegenüber sonstigen Unternehmen beinhalten im Wesentlichen die Entgelte für die von Servicegesellschaften erbrachten Leistungen.

Personen in Schlüsselpositionen

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 127 T€ (Vorjahr: 600 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 1.530 T€ (Vorjahr: 1.903 T€) von nahestehenden Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Die nachfolgende Tabelle stellt in der Berichtsperiode entstandenen Personalaufwand in Verbindung mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Postbank gemäß IAS 24.17 dar.

	2015 T€	2014 T€
Kurzfristig fällige Leistungen	5.160,8	3.996,8
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2.816,7	1.782,9
Andere langfristig fällige Leistungen	1.892,0	2.063,3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,0
Anteilsbasierte Vergütung	1.927,5	2.063,3
Gesamtvergütung gemäß IAS 24.17	11.797,0	9.906,3

Die kurzfristig fälligen Leistungen beinhalten neben der Grundvergütung und dem unmittelbar in bar zu vergütenden Anteil der variablen Vergütung auch die Nebenleistungen, die im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern bestehen.

Die Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen den Dienstzeitaufwand der Berichtsperiode dar. Als andere langfristig fällige Leistungen ist der Periodenaufwand für die gewährte Barzuwendung mit langfristiger Anreizwirkung dargestellt.

Der Gesamtbuchwert der Verpflichtung aus gewährten Zuwendungen für Vorstandsmitglieder belief sich zum Bilanzstichtag auf 11.402 T€ (Vorjahr: 12.574 T€).

Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften aktiver Vorstandsmitglieder beläuft sich zum Jahresende auf 21.659 T€ (Vorjahr: 19.358 T€).

Die Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder für die Berichtsperiode in Höhe von 1.541,3 T€ (Vorjahr: 1.578,8 T€) wird gemäß IAS 24.17 als kurzfristig fällige Leistung klassifiziert.

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems entnehmen Sie dem nachfolgenden Kapitel „Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung“ und dem Vergütungsbericht des Konzernlageberichts.

Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wird das Plenum seit dem Geschäftsjahr 2014 in diesen Themen durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisiko- und Complianceprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2015

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Prüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue gesetzliche bzw. regulatorische Vorgaben.

Maßgebliche Zielsetzung für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Einbeziehung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines auf Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex durchgeführten horizontalen sowie vertikalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe für das Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Für das Jahr 2015 wurde ein vertikaler Vergütungsvergleich innerhalb der Postbank Gruppe durchgeführt, der ebenfalls die Angemessenheit der Vergütung als Ergebnis hatte.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, die Unternehmensziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben sowie unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen maximalen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des § 25a Abs. 5 KWG hat die Hauptversammlung der Postbank ein Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 für die Vorstandsmitglieder gebilligt.

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung¹ der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutsche Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 nochmals modifiziert. Diese Modifikationen dienen dazu, die Positionierung der Postbank als künftig unabhängig von dem Deutsche Bank Konzern agierendes Bankinstitut abzubilden und insoweit im Gefüge der Zurückbehaltungssystematik auch weiterhin die richtigen Anreize zu setzen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart.

Die wesentlichen Grundzüge des Vorstandsvergütungssystems für das Geschäftsjahr 2015 sind im Weiteren ausführlich dargestellt. Auf die im Vergleich zu 2015 bestehenden Unterschiede der noch nachwirkenden Regelungen für 2014 und auf das Vergütungssystem für die vorangegangenen Geschäftsjahre (2013 und früher), aus denen in den Berichtsjahren noch Vergütungen zufließen, wird anschließend gesondert eingegangen.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

Erfolgsabhängige Komponente (variable Vergütung)

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die Höhe der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder wird, ausgehend von einem vereinbarten Zielwert für die variable Vergütung, auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Postbank Gruppen-, Ressort- und Individualzielen, auf der Basis von Messkriterien (Key Performance Indicators) ermittelt, wobei einheitliche Postbank Gruppenziele in der Gewichtung den überwiegenderen

Anteil der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2015

Die Gewährung, d. h. die Vergabemodalitäten, der für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung, wurde mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert und aufgrund der geänderten strategischen Planung der Deutschen Bank im Hinblick auf die Positionierung der Postbank für 2015 erneut modifiziert. Die ausstehenden Vergütungselemente aus den Jahren vor 2014 unterliegen im Hinblick auf ihre Auszahlung bzw. Zuteilung weiterhin dem bis dahin gültigen Vergütungsmodell.

Die variable Vergütung wird unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich findet die im Deutsche Bank Konzern etablierte Zurückbehaltungsmatrix Anwendung, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist auf insgesamt 225.000 € begrenzt.

Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar (Cash-Bonus) ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Zurückbehaltungs- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab. Für die für das Geschäftsjahr 2015 zu gewährenden aktienbasierten Vergütungselemente ist bereits vertraglich eine Umwandlung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugeteilten Deutsche Bank Aktien-Awards in Postbank Aktien-Awards bzw. ein anderes wertbasiertes Vergütungselement vorgesehen, wenn die Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern herausgelöst ist. Hierdurch bleibt die Wertentwicklung der noch aufgeschobenen Vergütungselemente optimal mit den Erfolgsbeiträgen der Vorstandsmitglieder verknüpft. Der Umwandlungszeitpunkt ist mit Wirkung zu Beginn des nächsten Monats drei Monate nach erfolgter Entkonsolidierung vorgesehen. Maßgeblich für die Umwandlung ist der Wert des jeweiligen Deutsche Bank Aktien-Awards auf Basis der durchschnittlichen Xetra-Schlusskurse während der letzten zehn Handelstage vor dem Umwandlungsdatum.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die

Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine weitere Haltefrist, während der besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen gelten. Für den für das Geschäftsjahr 2015 gewährten EUA beträgt die Haltefrist zwölf Monate. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben. Um die Gesamtverantwortung der Vorstandsmitglieder bereits im Prozess der Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern stärker zu betonen, wurde für den REA für das Geschäftsjahr 2015 eine einheitliche Zurückbehaltungsfrist von drei Jahren beschlossen, nach der der Award in einer Tranche unverfallbar wird (sogenanntes „Cliff Vesting“).

An die genannte Zurückbehaltungsfrist schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine zwölfmonatige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Zurückbehaltungsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen.

Für das Geschäftsjahr 2015 bedeutet dies, dass die Vorstandsmitglieder einheitlich den Wert ihrer für das Jahr 2015 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (vier Jahre nach Festlegung) realisieren können.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von EUA und REA gewährt werden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2016 ermittelt.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – RIA) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Zurückbehaltungsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2015 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2019 ausgezahlt.

Die genannten Awards berechtigen nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die Vergütungskomponenten EUA, RIA und REA unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Zurückbehaltungs- bzw. Haltefristen. Diese Bedingungen und Fristen bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die entsprechenden Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Für die zurückbehalten gewährten Vergütungselemente REA und RIA

gelten sogenannte Leistungsbedingungen, d. h. Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank Gruppe bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn die Leistungsbedingungen, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern der Postbank Gruppe und/oder des Konzerns, nicht erfüllt sind. Den REA für 2015 betreffend, verfallen, wenn die Leistungsbedingungen in einem Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums nicht erfüllt sind, bis zu 1/3 des REA. Eine weitere Leistungsbedingung ist die sogenannte Common-Equity-Tier-1-Leistungsbedingung. Danach verfallen bis zu 100 % des noch nicht unverfallbaren REA, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor Ablauf der Zurückbehaltungsfrist die Kernkapitalquote (Common-Equity-Tier-1-Quote) des Deutsche Bank Konzerns bzw. der Postbank Gruppe unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten). Der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern Rechnung tragend, ist ab 2017 keine Messung der Leistungsbedingungen mit Bezug auf die Deutsche Bank mehr vorgesehen. Das Ergebnis der Postbank bzw. die Leistung ihrer Vorstandsmitglieder wird nach der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern keinen (nennenswerten) Einfluss mehr auf das Deutsche Bank Ergebnis haben.

Sämtliche zurückbehalten gewährten Vergütungselemente (REA, RIA) sowie der EUA und der REA während der Haltefrist unterliegen darüber hinaus dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutsche Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats nochmals mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 modifiziert, wobei die Grundstrukturen unverändert geblieben sind. Vor diesem Hintergrund kann für die Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 im Wesentlichen auf die vorstehenden Ausführungen für das Geschäftsjahr 2015 verwiesen werden. Dies gilt insbesondere für die Aufteilung der variablen Vergütung in die Vergütungselemente Cash-Bonus, Equity Upfront Award (EUA), Restricted Incentive Award (RIA) sowie Restricted Equity Award (REA).

Im Unterschied zu dem ab dem Geschäftsjahr 2015 modifizierten Vergütungssystem beträgt die Haltefrist für die aktienbasierte Vergütung des Geschäftsjahres 2014 (EUA, REA) einheitlich sechs Monate. Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von EUA und REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse

der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt. Es ist keine automatische Umwandlung der Aktien-Awards nach der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern vorgesehen.

Den Verantwortlichkeiten innerhalb des Konzerngefüges Rechnung tragend, waren die Zurückbehaltungszeiträume der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung (REA) unterschiedlich ausgestaltet. Grundsätzlich wird der für das Geschäftsjahr 2014 vergebene REA in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar. Für Mitglieder des Vorstands, die im Geschäftsjahr 2014 zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet waren (dies betraf Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), fanden im Jahr 2014 Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Zurückbehaltungsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden (sogenanntes „Cliff Vesting“).

Für das Geschäftsjahr 2014 bedeutet dies, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet waren, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Für das Geschäftsjahr 2014 sahen die Vergütungselemente folgende (Zins-)Aufschläge vor:

- **Equity Upfront Award:**
Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist.
- **Restricted Equity Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent.
- **Restricted Incentive Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe.

Die Verfallbedingungen für die aufgeschoben gewährten Vergütungselemente RIA und REA sehen eine Messung sowohl am Postbank Gruppen- wie auch am Deutsche Bank Konzernergebnis vor.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 waren im Jahr 2015 noch Vergütungselemente offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstanden bzw. anstehen.

Die Kurzfristkomponente wurde zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung

– ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutsche Bank AG umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutsche Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag lagen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wurden diese Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares wurden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben. Im Jahr 2015 wurde die Kurzfristkomponente II aus dem Vergütungsjahr 2013 ausgezahlt. Für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wurde nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist die Stückzahl der Phantom Shares mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie der letzten zehn Handelstage bis zum Ablauf der Sperrfrist (30,89 €) multipliziert.

Die Langfristkomponente wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für die Vergütungsjahre 2012 und 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbaren Jahr das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt wurden bzw. für die Vergütungsjahre 2012 und 2013 noch zur Umwandlung ausstehen. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgten bzw. erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren. Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II), die nach Ablauf einer zwölfmonatigen Sperrfrist wieder in einen Eurobetrag umgewandelt werden.

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufge-

schobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2010 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2015 wurde nach Ablauf der Sperrfrist die Langfristkomponente II der Jahre 2010 (dritte Tranche), 2011 (zweite Tranche) sowie 2012 (erste Tranche) ausbezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2014 in virtuelle Aktien auf Basis der Deutsche Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnittskurs der Aktie (siehe oben, 30,89 €) multipliziert. Im Jahr 2015 wurde darüber hinaus die Langfristkomponente I der Jahre 2011 (dritte Tranche), 2012 (zweite Tranche) sowie 2013 (erste Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen (Langfristkomponente II) wurde in virtuelle Aktien der Deutsche Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 23. März 2015 (30,30 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2016 an.

Für die im Jahr 2015 am Tag der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG gesperrten Phantom Shares wurden ein Dividendenäquivalent auf der Basis der für die Deutsche Bank AG ausgeschütteten Dividende in Höhe von 0,75 € berechnet und die Phantom-Share-Anteile entsprechend erhöht.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risiko-orientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist begrenzt durch die maximale Höhe der variablen Vergütung von 150 % des vereinbarten Zielwertes.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung (Grundvergütung sowie variable Vergütung) pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende

Januar 2016 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenium vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 festgelegt.

Die für das Geschäftsjahr 2015 festgelegte Vergütung für die sieben Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit beträgt insgesamt – ohne Berücksichtigung von Nebenleistungen und dem Versorgungsaufwand – 8.231,1 T€ (Vorjahr: 6.177,0 T€). Davon entfallen 4.250,0 T€ (Vorjahr: 3.301,3 T€) auf fixe, d. h. erfolgsunabhängige, und 3.981,1 T€ (Vorjahr: 2.875,7 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten.

Die nachfolgend angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Postbank hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

In den nachfolgenden Tabellen sind für jedes einzelne Mitglied des Vorstands einerseits die für das Geschäftsjahr gewährten Zuwendungen, andererseits die Zuflüsse im bzw. für das Berichtsjahr und der Versorgungsaufwand im bzw. für das Berichtsjahr nach Maßgabe der Empfehlungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex individuell dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2015 (2014):

Gewährte Zuwendungen	Frank Strauß Vorstandsvorsitzender						Marc Heß ⁵ CFO					
	01.01.–31.12.2015				01.01.–31.12.2014		01.01.–31.12.2015				01.01.–31.12.2014	
	festgelegt		Zielwert		(Min)	(Max)	festgelegt		Zielwert		(Min)	(Max)
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	660,0	660,0	660,0	660,0	528,0	528,0
Nebenleistungen	22,5	22,5	22,5	22,5	39,0	39,0	35,1	35,1	35,1	35,1	35,1	35,1
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	772,5	772,5	772,5	772,5	789,0	789,0	695,1	695,1	695,1	695,1	563,1	563,1
Einjährige variable Vergütung	112,5	112,5	0,0	112,5	112,5	112,5	112,5	112,5	0,0	112,5	92,4	92,4
davon unmittelbar ausgezahlt	112,5	112,5	0,0	112,5	112,5	112,5	112,5	112,5	0,0	112,5	92,4	92,4
Mehrfährige variable Vergütung	589,5	537,5	0,0	862,5	541,8	537,5	511,2	465,0	0,0	753,8	372,4	369,6
davon Equity Upfront Award	112,5	112,5	0,0	112,5	112,5	112,5	112,5	112,5	0,0	112,5	92,4	92,4
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) und für 2015 (bis 2019) ¹	238,5	212,5	0,0	375,0	216,8	212,5	199,3	176,2	0,0	320,6	141,4	138,6
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) sowie für Senior Management Group bis 2010 für 2015 (bis 2020) ²	238,5	212,5	0,0	375,0	212,5	212,5	199,4	176,3	0,0	320,7	138,6	138,6
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	702,0	650,0	0,0	975,0	654,3	650,0	623,7	577,5	0,0	866,3	464,8	462,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.474,5	1.422,5	772,5	1.747,5	1.443,3	1.439,0	1.318,8	1.272,6	695,1	1.561,4	1.027,9	1.025,1
Versorgungsaufwand ³	617,4	617,4	617,4	617,4	379,4	379,4	592,5	592,5	592,5	592,5	352,4	352,4
Gesamtvergütung (DCGK)	2.091,9	2.039,9	1.389,9	2.364,9	1.822,7	1.818,4	1.911,3	1.865,1	1.287,6	2.153,9	1.380,3	1.377,5
Gesamtvergütung ⁴	1.452,0	1.400,0	750,0	1.725,0	1.404,3	1.400,0	1.283,7	1.237,5	660,0	1.526,3	992,8	990,0

Gewährte Zuwendungen	Susanne Klöß-Braekler ⁶ Produkte						Dr. Ralph Müller COO					
	01.01.–31.12.2015				01.11.–31.12.2014		01.01.–31.12.2015				01.11.–31.12.2014	
	festgelegt	Zielwert	(Min)	(Max)	festgelegt	Zielwert	festgelegt	Zielwert	(Min)	(Max)	festgelegt	Zielwert
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	480,0	480,0	480,0	480,0	80,0	80,0	500,0	500,0	500,0	500,0	83,3	83,3
Nebenleistungen	24,1	24,1	24,1	24,1	2,8	2,8	15,2	15,2	15,2	15,2	2,1	2,1
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	504,1	504,1	504,1	504,1	82,8	82,8	515,2	515,2	515,2	515,2	85,4	85,4
Einjährige variable Vergütung	88,9	88,0	0,0	112,5	14,7	14,7	105,0	100,0	0,0	112,5	16,7	16,7
davon unmittelbar ausgezahlt	88,9	88,0	0,0	112,5	14,7	14,7	105,0	100,0	0,0	112,5	16,7	16,7
Mehrfürige variable Vergütung	355,5	352,0	0,0	547,5	59,1	58,7	420,0	400,0	0,0	637,5	68,5	66,7
davon Equity Upfront Award	88,9	88,0	0,0	112,5	14,7	14,7	105,0	100,0	0,0	112,5	16,7	16,7
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) und für 2015 (bis 2019) ¹	133,3	132,0	0,0	217,5	22,4	22,0	157,5	150,0	0,0	262,5	25,5	25,0
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) sowie für Senior Management Group bis 2020 für 2015 (bis 2020) ²	133,3	132,0	0,0	217,5	22,0	22,0	157,5	150,0	0,0	262,5	26,3	25,0
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	444,4	440,0	0,0	660,0	73,8	73,4	525,0	500,0	0,0	750,0	85,2	83,4
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	948,5	944,1	504,1	1.164,1	156,6	156,2	1.040,2	1.015,2	515,2	1.265,2	170,6	168,8
Versorgungsaufwand ³	278,7	278,7	278,7	278,7	180,2	180,2	415,7	415,7	415,7	415,7	162,5	162,5
Gesamtvergütung (DCGK)	1.227,2	1.222,8	782,8	1.442,8	336,8	336,4	1.455,9	1.430,9	930,9	1.680,9	333,1	331,3
Gesamtvergütung ⁴	924,4	920,0	480,0	1.140,0	153,8	153,4	1.025,0	1.000,0	500,0	1.250,0	168,5	166,7

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zu den vertraglich zugesagten Werten ergeben.

Die Ressortbezeichnungen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2014 und den überwiegenden Teil des Berichtsjahres 2015. Mit Wirkung ab dem 1. Dezember 2015 wurden englische Ressortbezeichnungen angepasst sowie – als inhaltliche Veränderungen – Herrn Dr. Müller die Ressortverantwortung für „Firmen und Märkte“ übertragen sowie die Ressortverantwortung von Herrn Stemmer um „IT/OPS“ ergänzt.

¹Für das Geschäftsjahr 2014 beinhaltet der gewährte Betrag den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %. Für das Geschäftsjahr 2015 wird kein Zinsaufschlag gewährt.

²Der Betrag beinhaltet für die für 2014 gewährten Restricted Equity Awards bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d.h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %. Für das Geschäftsjahr 2015 beträgt die Zurückbehaltungsfrist einheitlich für alle Vorstandsmitglieder drei Jahre, an die sich eine einjährige Haltefrist anschließt. Die Awards werden in einer Tranche unverfallbar („Cliff Vesting“).

³Der gezeigte Versorgungsaufwand für das Geschäftsjahr 2014 für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Postbank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁴Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

⁵Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Herrn Heß ab dem 1. Juli 2012 bis zum 31. Dezember 2014 um 20 % gesenkt. Die Beschäftigung im Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern bestand im Geschäftsjahr 2015 nicht mehr.

⁶Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20 % gesenkt.

Gewährte Zuwendungen	Hans-Peter Schmid Filialvertrieb						Ralf Stemmer Ressourcen/CAO					
	01.01.–31.12.2015				01.01.–31.12.2014		01.01.–31.12.2015				01.01.–31.12.2014	
	festgelegt	Zielwert	(Min)	(Max)	festgelegt	Zielwert	festgelegt	Zielwert	(Min)	(Max)	festgelegt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0
Nebenleistungen	23,3	23,3	23,3	23,3	21,5	21,5	23,7	23,7	23,7	23,7	24,6	24,6
Summe (fixe Vergütungs- bestandteile)	623,3	623,3	623,3	623,3	621,5	621,5	683,7	683,7	683,7	683,7	684,6	684,6
Einjährige variable Vergütung	105,5	105,0	0,0	112,5	99,8	105,0	112,5	112,5	0,0	112,5	109,7	112,5
davon unmittelbar ausgezahlt	105,5	105,0	0,0	112,5	99,8	105,0	112,5	112,5	0,0	112,5	109,7	112,5
Mehrfährige variable Vergütung	422,2	420,0	0,0	675,0	409,5	420,0	485,3	465,0	0,0	753,8	450,4	465,1
davon Equity Upfront Award	105,5	105,0	0,0	112,5	99,8	105,0	112,5	112,5	0,0	112,5	109,7	112,5
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) und für 2015 (bis 2019) ¹	158,3	157,5	0,0	281,2	152,6	157,5	186,4	176,2	0,0	320,6	167,9	176,3
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) sowie für Senior Management Group bis 2020 für 2015 (bis 2020) ²	158,4	157,5	0,0	281,3	157,1	157,5	186,4	176,3	0,0	320,7	172,8	176,3
Summe (variable Vergütungs- bestandteile)	527,7	525,0	0,0	787,5	509,3	525,0	597,8	577,5	0,0	866,3	560,1	577,6
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.151,0	1.148,3	623,3	1.410,8	1.130,8	1.146,5	1.281,5	1.261,2	683,7	1.550,0	1.244,7	1.262,2
Versorgungsaufwand ³	424,0	424,0	424,0	424,0	341,5	341,5	163,0	163,0	163,0	163,0	125,4	125,4
Gesamtvergütung (DCGK)	1.575,0	1.572,3	1.047,3	1.834,8	1.472,3	1.488,0	1.444,5	1.424,2	846,7	1.713,0	1.370,1	1.387,6
Gesamtvergütung ⁴	1.127,7	1.125,0	600,0	1.387,5	1.109,3	1.125,0	1.257,8	1.237,5	660,0	1.526,3	1.220,1	1.237,6

Gewährte Zuwendungen	Hanns-Peter Storr CRO					
	01.01.–31.12.2015				01.01.–31.12.2014	
	festgelegt	Zielwert	(Min)	(Max)	festgelegt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	17,9	17,9	17,9	17,9	19,6	19,6
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	617,9	617,9	617,9	617,9	619,6	619,6
Einjährige variable Vergütung	112,1	105,0	0,0	112,5	105,0	105,0
davon unmittelbar ausgezahlt	112,1	105,0	0,0	112,5	105,0	105,0
Mehrfährige variable Vergütung	448,4	420,0	0,0	675,0	423,2	420,0
davon Equity Upfront Award	112,1	105,0	0,0	112,5	105,0	105,0
davon Restricted Incentive Awards für 2014 (bis 2018) und für 2015 (bis 2019) ¹	168,1	157,5	0,0	281,2	160,7	157,5
davon Restricted Equity Awards für 2014 (bis 2018) sowie für Senior Management Group bis 2020 für 2015 (bis 2020) ²	168,2	157,5	0,0	281,3	157,5	157,5
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	560,5	525,0	0,0	787,5	528,2	525,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.178,4	1.142,9	617,9	1.405,4	1.147,8	1.144,6
Versorgungsaufwand ³	325,4	325,4	325,4	325,4	241,5	241,5
Gesamtvergütung (DCGK)	1.503,8	1.468,3	943,3	1.730,8	1.389,3	1.386,1
Gesamtvergütung ⁴	1.160,5	1.125,0	600,0	1.387,5	1.128,2	1.125,0

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zu den vertraglich zugesagten Werten ergeben.

Die Ressortbezeichnungen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2014 und den überwiegenden Teil des Berichtsjahres 2015. Mit Wirkung ab dem 1. Dezember 2015 wurden englische Ressortbezeichnungen angepasst sowie – als inhaltliche Veränderungen – Herrn Dr. Müller die Ressortverantwortung für „Firmen und Märkte“ übertragen sowie die Ressortverantwortung von Herrn Stemmer um „IT/OPS“ ergänzt.

¹Für das Geschäftsjahr 2014 beinhaltet der gewährte Betrag den einmaligen Aufschlag in Höhe von 2 %. Für das Geschäftsjahr 2015 wird kein Zinsaufschlag gewährt.

²Der Betrag beinhaltet für die für 2014 gewährten Restricted Equity Awards bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5 %. Für das Geschäftsjahr 2015 beträgt die Zurückbehaltungsfrist einheitlich für alle Vorstandsmitglieder drei Jahre, an die sich eine einjährige Haltefrist anschließt. Die Awards werden in einer Tranche unverfallbar („Cliff Vesting“).

³Der gezeigte Versorgungsaufwand für das Geschäftsjahr 2014 für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Postbank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁴Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

⁵Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Herrn Heß ab dem 1. Juli 2012 bis zum 31. Dezember 2014 um 20 % gesenkt. Die Beschäftigung im Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern bestand im Geschäftsjahr 2015 nicht mehr.

⁶Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20 % gesenkt.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2015:

Zufluss	Frank Strauß		Marc Heß ⁴		Susanne Klöß-Braekler ⁵		Dr. Ralph Müller		Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr	
	Vorstands- vorsitzender		CFO		Produkte		COO		Filialvertrieb		Ressourcen / CAO		CRO	
	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2014	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2014	01.01.– 31.12. 2015	01.11.– 31.12. 2014	01.01.– 31.12. 2015	01.11.– 31.12. 2014	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2014	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2014	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2014
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Festvergütung	750,0	750,0	660,0	528,0	480,0	80,0	500,0	83,3	600,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	22,5	39,0	35,1	35,1	24,1	2,8	15,2	2,1	23,3	21,5	23,7	24,6	17,9	19,6
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	772,5	789,0	695,1	563,1	504,1	82,8	515,2	85,4	623,3	621,5	683,7	684,6	617,9	619,6
Einjährige variable Vergütung	267,0	233,4	221,7	194,3	88,9	14,7	105,0	16,7	219,1	197,5	243,3	217,2	236,8	207,9
davon unmittelbar ausgezahlt ¹	112,5	112,5	112,5	92,4	88,9	14,7	105,0	16,7	105,5	99,8	112,5	109,7	112,1	105,0
davon Kurzfristkomponente II ²	154,5	120,9	109,2	101,9	0,0	0,0	0,0	0,0	113,6	97,7	130,8	107,5	124,7	102,9
Mehrfährige variable Vergütung	382,9	114,2	446,0	297,5	16,8	0,0	19,1	0,0	439,1	282,5	474,1	292,5	372,0	135,1
davon Langfristkomponente I														
Langfristkomponente I für 2010 (bis 2014), (2014 3. Tranche)	0,0	0,0	0,0	70,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	70,0	0,0	70,0	0,0
Langfristkomponente I für 2011 (bis 2015), (2014 2. und 2015 3. Tranche)	26,5	26,5	54,0	54,0	0,0	0,0	0,0	0,0	47,5	47,5	50,0	50,0	41,7	41,7
Langfristkomponente I für 2012 (bis 2016), (2014 1. Tranche und 2015 2. Tranche)	61,7	61,7	52,0	52,0	0,0	0,0	0,0	0,0	49,9	49,9	54,9	54,9	52,5	52,5
Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017), (2015 1. Tranche)	75,0	0,0	53,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	55,1	0,0	63,5	0,0	60,5	0,0
davon Langfristkomponente II														
Langfristkomponente II für 2010 (bis 2015), (2014 2. und 2015 3. Tranche)	0,0	0,0	72,1	68,6	0,0	0,0	0,0	0,0	72,1	68,6	72,1	68,6	0,0	0,0
Langfristkomponente II für 2011 (bis 2016), (2014 1. und 2015 2. Tranche)	27,3	26,0	55,6	52,9	0,0	0,0	0,0	0,0	48,9	46,5	51,5	49,0	43,0	40,9
Langfristkomponente II für 2012 (bis 2017), (2015 1. Tranche)	63,6	0,0	53,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	51,4	0,0	56,5	0,0	54,1	0,0
davon Equity Upfront Award														
Equity Upfront Award für 2014 (in 2015)	128,8	0,0	105,8	0,0	16,8	0,0	19,1	0,0	114,2	0,0	125,6	0,0	120,2	0,0
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	649,9	347,6	667,7	491,8	105,7	14,7	124,1	16,7	658,2	480,0	717,4	509,7	608,8	343,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.422,4	1.136,6	1.362,8	1.054,9	609,8	97,5	639,3	102,1	1.281,5	1.101,5	1.401,1	1.194,3	1.226,7	962,6
Versorgungsaufwand ³	617,4	379,4	592,5	352,4	278,7	180,2	415,7	162,5	424,0	341,5	163,0	125,4	325,4	241,5
Gesamtvergütung (DCGK)	2.039,8	1.516,0	1.955,3	1.407,3	888,5	277,7	1.055,0	264,6	1.705,5	1.443,0	1.564,1	1.319,7	1.552,1	1.204,1

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich zugeflossenen Werten ergeben.

Die Ressortbezeichnungen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2014 und den überwiegenden Teil des Berichtsjahres 2015. Mit Wirkung ab dem 1. Dezember 2015 wurden englische Ressortbezeichnungen angepasst sowie – als inhaltliche Veränderungen – Herrn Dr. Müller die Ressortverantwortung für „Firmen und Märkte“ übertragen sowie die Ressortverantwortung von Herrn Stemmer um „IT/OPS“ ergänzt.

¹Der Betrag beinhaltet den unmittelbar ausgezahlten Baranteil der variablen Vergütung für 2014 bzw. 2015.

²Der Betrag beinhaltet den jeweils aus dieser Komponente im Jahr zugeflossenen Betrag für die Vergütungsjahre 2012 bzw. 2013.

³Der für 2014 gezeigte Versorgungsaufwand für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet den Aufwand für das gesamte Geschäftsjahr inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Postbank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestruktur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

⁴Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Herrn Heß ab dem 1. Juli 2012 bis zum 31. Dezember 2014 um 20 % gesenkt. Die Beschäftigung im Geschäftsbereich PBC im Deutsche Bank Konzern bestand im Geschäftsjahr 2015 nicht mehr.

⁵Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20 % gesenkt.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2015 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 7.949,2 T€ (Vorjahr: 6.135,1 T€). Hiervon entfielen 4.411,8 T€ (Vorjahr: 3.446,0 T€) auf erfolgsunabhängige Komponenten, 2.788,4 T€ (Vorjahr: 2.138,3 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 749,0 T€ (Vorjahr: 550,8 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Die Langfristkomponente I bzw. die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach DRS 17 erst im Geschäftsjahr der Auszahlung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt bzw. der Award gewährt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre bzw. in den Jahren 2015 und 2014 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der Nebenleistungen.

DRS 17	Frank Strauß		Marc Heß ³		Susanne Klöß-Braekler ⁴		Dr. Ralph Müller		Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr		Summe	
	Vorstandsvorsitzender		CFO		Produkte		COO		Filialvertrieb		Ressourcen/CAO		CRO		2015	2014
	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2014	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2014	01.01.–31.12.2015	01.11.–31.12.2014	01.01.–31.12.2015	01.11.–31.12.2014	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2014	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2014	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2014		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Vergütung																
Erfolgsabhängige Komponenten																
Ohne langfristige Anreizwirkung																
unmittelbar ausbezahlt	112,5	112,5	112,5	92,4	88,9	14,7	105,0	16,7	105,5	99,8	112,5	109,7	112,1	105,0	749,0	550,8
Mit langfristiger Anreizwirkung																
Bar																
Langfristkomponente I ¹	163,2	88,2	159,0	176,0	0,0	0,0	0,0	0,0	152,5	167,4	168,4	174,9	154,7	94,2	797,8	700,7
Aktienbasiert																
Equity Upfront Award	112,5	112,5	112,5	92,4	88,9	14,7	105,0	16,7	105,5	99,8	112,5	109,7	112,1	105,0	749,0	550,8
Restricted Equity Awards ²	238,5	212,5	199,4	138,6	133,3	22,0	157,5	26,3	158,3	157,1	186,4	172,8	168,2	157,5	1.241,6	886,8
Summe erfolgsabhängige Komponenten	626,7	525,7	583,4	499,4	311,1	51,4	367,5	59,7	521,8	524,1	579,8	567,1	547,1	461,7	3.537,4	2.689,1
Erfolgsunabhängige Komponenten																
Festvergütung	750,0	750,0	660,0	528,0	480,0	80,0	500,0	83,3	600,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0	4.250,0	3.301,3
Nebenleistungen	22,5	39,0	35,1	35,1	24,1	2,8	15,2	2,1	23,3	21,5	23,7	24,6	17,9	19,6	161,8	144,7
Summe	1.399,2	1.314,7	1.278,5	1.062,5	815,2	134,2	882,7	145,1	1.145,1	1.145,6	1.263,5	1.251,7	1.165,0	1.081,3	7.949,2	6.135,1

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten Werten ergeben.

Die Ressortbezeichnungen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2014 und den überwiegenden Teil des Berichtsjahres 2015. Mit Wirkung ab dem 1. Dezember 2015 wurden englische Ressortbezeichnungen angepasst sowie – als inhaltliche Veränderungen – Herrn Dr. Müller die Ressortverantwortung für „Firmen und Märkte“ übertragen sowie die Ressortverantwortung von Herrn Stemmer um „IT/OPS“ ergänzt.

¹Zufluss aus der jeweils in den Vorjahren zugesagten Langfristkomponente I (Details siehe Zuflusstabelle)

²Der Betrag beinhaltet für die für 2014 gewährten Restricted Equity Awards bei Vorstandsmitgliedern, die nicht der sogenannten Senior Management Group zugeordnet sind, d. h. bei Herrn Dr. Müller, Herrn Schmid und Herrn

Stemmer, einen einmaligen Aufschlag von 5%. Für das Geschäftsjahr 2015 beträgt die Zurückbehaltungsfrist einheitlich für alle Vorstandsmitglieder drei Jahre, an die sich eine einjährige Haltefrist anschließt. Die Awards werden in einer Tranche unverfallbar („Cliff Vesting“).

³Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Herrn Heß ab dem 1. Juli 2012 bis zum 31. Dezember 2014 um 20% gesenkt. Die Beschäftigung im Geschäftsbereich PBC im Deutsche Bank Konzern bestand im Geschäftsjahr 2015 nicht mehr.

⁴Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20% gesenkt.

Aktienanwartschaften

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) sowie in Form von Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurde, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,108 €) ermittelt. Hieraus ergab sich folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

	Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Frank Strauß	2014	4.150,07	7.839,01
Marc Heß	2014	3.408,59	5.112,88
Susanne Klöß-Braekler	2014	541,05	811,57
Dr. Ralph Müller	2014	614,82	968,35
Hans-Peter Schmid	2014	3.679,73	5.795,57
Ralf Stemmer	2014	4.047,70	6.375,15
Hanns-Peter Storr	2014	3.873,40	5.810,09

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) sowie in Form von Restricted Equity Awards (REA) zu gewähren ist, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge (siehe „festgelegte Werte“ in der DCGK-Gewährungstabelle) durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2016 ermittelt. Dieser Kurswert lag bei Aufstellung des Konzernabschlusses noch nicht vor, sodass die errechneten Anwartschaften im Geschäftsbericht des Folgejahres abzulesen sind.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Festvergütung).

Für die Vorstandsmitglieder Schmid und Stemmer ist eine Obergrenze für die versorgungsfähige Festvergütung festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Postbank für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Strauß, Heß, Klöß-Braekler, Dr. Müller und Storr liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % der versorgungsfähigen Festvergütung. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Nach diesen Versorgungszusagen besteht ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Betriebliche Altersversorgung	Frank Strauß		Marc Heß ¹		Susanne Klöß-Braekler ²		Dr. Ralph Müller ²		Hanns-Peter Storr	
	Vorstands- vorsitzender		CFO		Produkte		COO		CRO	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Versorgungsbaustein	187,5	187,5	165,0	165,0	120,0	101,3	125,0	81,2	150,0	150,0
Verzinsung	52,1	38,5	133,3	116,4	21,0	13,1	18,6	10,5	48,7	37,5
Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres	919,6	680,1	2.355,4	2.057,0	371,6	230,6	328,7	185,1	861,3	662,5
Dienstzeitaufwand (Service Cost (IFRS)) im Geschäftsjahr	617,4	379,4	592,5	352,4	278,7	180,2	415,7	162,5	325,4	241,5
Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) nach IFRS am Ende des Geschäftsjahres	2.550,6	2.004,1	7.220,2	6.751,0	845,2	546,5	918,4	549,0	1.648,3	1.337,2

Betriebliche Altersversorgung	Hans-Peter Schmid		Ralf Stemmer	
	Filialvertrieb		Ressourcen/ CAO	
	2015	2014	2015	2014
	T€	T€	T€	T€
Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres	60,00 %	58,00 %	60,00 %	60,00 %
Maximaler Versorgungsgrad	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %
Dienstzeitaufwand (Service Cost (IFRS)) im Geschäftsjahr	424,0	341,5	163,0	125,4
Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) nach IFRS am Ende des Geschäftsjahres	3.822,1	3.593,3	4.654,2	4.576,5

Die Ressortbezeichnungen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2014 und den überwiegenden Teil des Berichtsjahres 2015. Mit Wirkung ab dem 1. Dezember 2015 wurden englische Ressortbezeichnungen angepasst sowie – als inhaltliche Veränderungen – Herrn Dr. Müller die Ressortverantwortung für „Firmen und Märkte“ übertragen sowie die Ressortverantwortung von Herrn Stemmer um „IT/OPS“ ergänzt.

¹Bei Herrn Heß hat die Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2014 20 % der wirtschaftlichen Lasten erstattet.

²Die Darstellung für Frau Klöß-Braekler und Herrn Dr. Müller beinhaltet das gesamte Geschäftsjahr 2014 inklusive der Zeit vor der Vorstandsbestellung. Mit Blick auf die avisierte Bestellung zu Vorstandsmitgliedern der Bank verfügten sie bereits für ihre Tätigkeit als Generalbevollmächtigte über Versorgungszusagen gemäß der Zusagestructur des Postbank Vorstands. Diese Zusagen wurden mit der Bestellung zum Vorstand fortgeführt.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen im Berichtsjahr 4,34 Mio € (Vorjahr: 4,86 Mio €). Die Bezüge beinhalten die im jeweiligen Jahr zugeflossenen Versorgungsbezüge sowie Vergütungsbestandteile aus aktiver Vorstandstätigkeit. Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder belief sich 2015 auf 85,05 Mio € (Vorjahr: 85,74 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2015

Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Aus der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung besteht noch ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsizes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss. Die Höhe der variablen Vergütung ist in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie darf den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht übersteigen, und die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie etwaiger Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 500 € je Sitzung des Gesamtaufsichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Grundvergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet. Die variable Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung wird nach Ablauf der Hauptversammlung gezahlt, die den Konzernabschluss für das Referenzjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Grundvergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutsche Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 1.541,3 T€ (Vorjahr: 1.578,8 T€). Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung für das Geschäftsjahr 2013.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2015 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2015			Geschäftsjahr 2014		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Stefan Krause ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	160,0	58,0	218,0	160,0	58,0	218,0
Wilfried Anhäuser	–	–	–	–	3,2	3,2
Marietta Auer	–	–	–	–	3,2	3,2
Rolf Bauermeister	40,0	19,5	59,5	40,0	18,0	58,0
Susanne Bleidt	60,0	29,0	89,0	60,0	16,4	76,4
Wilfried Boysen	–	7,6	7,6	20,0	13,6	33,6
Prof. Dr. Edgar Ernst	100,0	41,0	141,0	100,0	39,5	139,5
Annette Harms	–	–	–	–	2,1	2,1
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	70,0	30,5	100,5	70,0	25,8	95,8
Dr. Tessen von Heydebreck	120,0	40,5	160,5	120,0	38,1	158,1
Dr. Peter Hoch	–	15,2	15,2	50,0	28,2	78,2
Elmar Kallfelz	–	–	–	–	4,3	4,3
Prof. Dr. Ralf Krüger	–	–	–	–	3,2	3,2
Hans-Jürgen Kummertat	40,0	19,5	59,5	40,0	11,1	51,1
Prof. Dr. Katja Langenbucher	40,0	4,5	44,5	20,0	1,5	21,5
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Christiana Riley ²	–	–	–	–	–	–
Karl von Rohr ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	100,0	41,0	141,0	100,0	26,7	126,7
Lawrence A. Rosen	26,7	14,8	41,5	40,0	16,5	56,5
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Michael Spiegel ²	–	–	–	–	–	–
Eric Stadler	100,0	35,5	135,5	100,0	34,5	134,5
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	70,0	30,5	100,5	70,0	29,0	99,0
Renate Treis	90,0	38,0	128,0	90,0	37,0	127,0
Wolfgang Zimny	70,0	29,5	99,5	70,0	18,9	88,9
Summe	1.086,7	454,6	1.541,3	1.150,0	428,8	1.578,8

¹Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Vergütung entfällt aufgrund konzerninterner Policies der Deutsche Bank AG.

Herr Heider erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb der BHW Holding AG und der BHW Bausparkasse AG eine Vergütung in Höhe von 14,3 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2015 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 654,5 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Zum 31. Dezember 2015 befinden sich keine von der Deutsche Postbank AG ausgegebenen Aktien im Besitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands in Höhe von 0 € (Vorjahr: 462,6 T€) und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 58,2 T€ (Vorjahr: 67,4 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

(57) Andere Angaben

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Postbank hat eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in Höhe von 12 Mio € abgegeben, über die das First Loss-Piece eines Retail-Kredit-Portfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen wird.

Wesentliche Beschränkungen des Transfers von Vermögenswerten innerhalb des Postbank Konzerns

Gesetzliche, regulatorische und vertragliche Regelungen können den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb eines Konzerns beschränken. Hiervon betroffen sind im Postbank Konzern Vermögenswerte in Höhe von 19.515 Mio € (Vorjahr: 21.883 Mio €), die zur Deckung von besicherten Emissionen (Pfandbriefen), und Vermögenswerte in Höhe von 5.971 Mio € (Vorjahr: 6.344 Mio €), die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheiten verwendet werden, sowie Vermögenswerte in Höhe von 38 Mio € (Vorjahr: 38 Mio €), die als Abwicklungssicherheiten hinterlegt sind.

Darüber hinaus existieren bei einzelnen Gesellschaften des Konzerns gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Gewinnausschüttung, insbesondere gemäß § 268 Abs. 8 HGB, und bezüglich des Mindestkapitals. Diese Beschränkungen sind aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung.

(58) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)
Marc Heß, Bonn
Susanne Klöß-Braekler, München
Dr. Ralph Müller, Königstein/Taunus
Hans-Peter Schmid, Baldham
Ralf Stemmer, Königswinter
Hanns-Peter Storr, Bonn

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutsche Postbank AG zum 31. Dezember 2015 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß	Vorsitzender des Vorstands
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 15. März 2015)	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Bonn

Marc Heß

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 16. März 2015)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Susanne Klöß-Braekler

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Eurex Zürich AG, Zürich (Schweiz)

Dr. Ralph Müller

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	MyMoneyPark AG, Zürich (Schweiz)

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats	PB International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Hanns-Peter Storr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Werner Steinmüller Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich (Vorsitzender)	Vorsitzender seit 4. November 2015
Stefan Krause Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender und Mitglied vom 14. Juli 2015 bis 31. Oktober 2015
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender und Mitglied bis 25. Juni 2015
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Prof. Dr. Katja Langenbucher Professorin für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Bankrecht Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main	
Karen Meyer Global Chief Operating Officer Human Resources Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	seit 1. Februar 2016
Dr. Christian Ricken Bankangestellter, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v.d.Höhe	bis 31. Januar 2016
Christiana Riley CFO Corporate & Investment Banking Deutsche Bank AG, Bad Homburg	seit 28. August 2015
Karl von Rohr Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Oberursel	
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	bis 28. August 2015
Christian Sewing Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Osnabrück	
Michael Spiegel Global Head of Trade Finance and Cash Management Corporates Deutsche Bank AG, London	seit 17. November 2015

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell
Timo Heider Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Kreditservice GmbH, Emmerthal
Hans-Jürgen Kummertat Beamter, Köln
Bernd Rose Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl
Wolfgang Zimny Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutsche Postbank AG zum 31. Dezember 2015 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner:

Werner Steinmüller Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 4. November 2015	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Stefan Krause Vorsitzender des Aufsichtsrats vom 14. Juli 2015 bis 31. Oktober 2015	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 13. Juli 2015)	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 16. Juli 2015)	Deutsche Bank Financial LLC, Wilmington

Rainer Neske Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 25. Juni 2015	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2015)	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Edgar Ernst	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	DMG SEIKI AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats	VONOVIA SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Stiftungsrats	Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall GmbH, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Kommanditgesellschaft CURA Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Hamburg
Mitglied des Beirats	DECM Deutsche Einkaufs-Center-Management G.m.b.H., Hamburg

Karen Meyer Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Februar 2016	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Beirats	Deutsche Bank HR Solutions GmbH, Frankfurt am Main

Dr. Christian Ricken Mitglied des Aufsichtsrats bis 31. Januar 2016	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Januar 2016)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	norisbank GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors (bis 31. Januar 2016)	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

Karl von Rohr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Lawrence A. Rosen Mitglied des Aufsichtsrats bis 28. August 2015	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Mai 2015)	Lanxess AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Qiagen GmbH, Hilden

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Bernd Rose	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Eric Stadler	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Beirats	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(59) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2015 Mio €	2014 Mio €
Abschlussprüfungen	5,5	5,5
Andere Bestätigungsleistungen	2,1	2,1
Steuerberatungsleistungen	0,4	0,5
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	2,7	3,6
Gesamt	10,7	11,7

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

(60) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die folgenden vollkonsolidierten Tochterunternehmen nehmen für das Geschäftsjahr 2015 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB in Anspruch:

- Postbank Beteiligungen GmbH
- Postbank Filial GmbH
- Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH.

(61) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB**Anteilsbesitzliste**

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	905.069	8.657
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ³
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ³
BHW Holding AG, Hameln	100,0	727.503	0 ³
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	2.120	449
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0		4
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0		5
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0		6
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0		7
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	33	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	-3 ⁵
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	47	1 ⁶
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	217	13 ⁷
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	6.180	7
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	56	0
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ³
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ³
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	55.750	-4.021
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn		3.599.159	119.233 ²
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	503.692	21.677
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	548.747	19.476
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	581.423	16.684
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	666.583	24.627
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	359.927	14.244
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	361.453	11.497
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	222.312	7.507
Teilgesellschaftsvermögen PB 26	100,0	300.601	231
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 ³
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ³
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	35.492	35.421 ³
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	70.523	22.105
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.908	0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	16.081	2.997
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ³
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	61.566	9.975 ³

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.083	-60
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ³
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG in Insolvenz, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhle „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	0	-36
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.167	37
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	29	4
b) Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			
PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main	49,9	570.029	0 ^{3,8}
c) Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	0	-14
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	40,7	0	-21
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	5
Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	27,8	32.973	-28
Nummus Financial GmbH, Eppstein	27,8	34.500	-75
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	326	16
d) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	29.098	330
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	39.793	2.802
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	42.868	3.136
paydirekt GmbH, Frankfurt am Main	8,3	9.965	-3.435

¹ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

² In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

³ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

⁴ Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust I. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust I, als auch die Deutsche Postbank Funding LLC I.

⁵ Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust II. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust II als auch die Deutsche Postbank Funding LLC II.

⁶ Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust III. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust III, als auch die Deutsche Postbank Funding LLC III.

⁷ Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust IV. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust IV, als auch die Deutsche Postbank Funding LLC IV.

⁸ Die Gesellschaft hält sämtliche Anteile an der Betriebs-Center für Banken AG, der BHW Kreditservice GmbH, der DB Investment Services GmbH, der DB Kredit Service GmbH, der KEBA Gesellschaft für interne Services mbH, der PBC Services GmbH der Deutschen Bank, der Postbank Direkt GmbH, der Postbank Service GmbH, der Telefon-Servicegesellschaft der Deutsche Bank mbH und der VÖB-ZVD Processing GmbH.

(62) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben gemeinsam letztmals am 17. Dezember 2015 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2015 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 24. Februar 2016

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 25. Februar 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer



300.000 Mittelstandskunden

Zuverlässigkeit. Flexibilität. Unternehmerisches Verständnis. Das ist es im Kern, was mittelständische Firmenkunden von ihrer Bank erwarten – und bei uns finden. Bei Leistungen vom Zahlungsverkehr über Zins- und Währungsmanagement, Leasing und Factoring bis hin zu Firmenkrediten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen entscheiden sich immer mehr Unternehmen für die Postbank als Hauptbankverbindung. Darin sehen wir den Lohn für Kompetenz, gute Erreichbarkeit und Partnerschaft auf Augenhöhe.

WEITERE INFORMATIONEN

REGULATORISCHE ANGABEN	200
KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN	220
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	220
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	222
BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	223
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	224
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	226
GREMIEN	228
GLOSSAR	230
ADRESSEN	238
FINANZKALENDER 2016	

05

REGULATORISCHE ANGABEN

Aufsichtsrechtliche Offenlegung

Seit Dezember 2010 ist die Postbank Teil der Deutsche Bank Institutsgruppe und veröffentlicht seitdem alle für die aufsichtsrechtliche Offenlegung relevanten Informationen im Rahmen der Säule-III-Berichterstattung des Deutsche Bank Konzerns. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsbedingungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) ist seit 2014 zusätzlich auch auf Ebene wesentlicher Tochterge-

sellschaften von EU-Mutterinstituten eine aufsichtsrechtliche Offenlegung erforderlich. Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Postbank Konzern (im Folgenden: Postbank) als Teilkonzern der Deutsche Bank Institutsgruppe.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die von der Postbank gemäß Teil 8 i. V. m. Art. 13 der CRR sowie gemäß den auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Umsetzungen im Kreditwesengesetz (KWG) zu veröffentlichenden Angaben und nennt den Berichtsteil, in dem die Veröffentlichung erfolgt:

Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen	
Säule-III-Offenlegungsthema	Ort im Geschäftsbericht 2015
Angaben zu Eigenmitteln gemäß Art. 437 CRR und zu Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 438 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zu Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 CRR und zu Kreditrisikominderungsstechniken gemäß Art. 453 CRR, soweit nicht bereits über die qualitativen Angaben im Konzernlagebericht 2015 (s. u.) abgedeckt	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Rechtliche und organisatorische Struktur sowie Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26a KWG)	- Corporate Governance Bericht - Konzernlagebericht 2015, „Geschäfts- und Rahmenbedingungen“ - Konzernrisikobericht 2015, „Organisation des Risikomanagements“
Qualitative Angaben zu Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 442 a) und b) CRR und zu Kreditrisikominderungsstechniken gemäß Art. 453 a) bis e) CRR	- Konzernrisikobericht 2015, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“
Angaben zur Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)	- Konzernlagebericht 2015, „Vergütungsbericht“
Angaben zur Verschuldung (Art. 451 CRR)	- Weitere Informationen „Regulatorische Angaben“

Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Ansätzen

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß CRR – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2015 die regulatorische Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Real Estate)), angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften, Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 17 Solvabilitätsverordnung (SolV) ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland und UK (Commercial Real Estate). Vorbehaltlich der noch ausstehenden Zulassung ist für 2016 eine Überführung des PK-Dispo-Ratingsystems in den A-IRBA-Ansatz vorgesehen.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des rating-basierten Ansatzes mittels externer Ratings kalkuliert.

Zum Berichtsstichtag hat der Postbank Konzern mit der synthetischen Verbriefungstransaktion PB Domicilio 2007-1 der BHW Bausparkasse AG lediglich eine aufsichtsrechtlich relevante Originatorverbriefung im Bestand. Die originierten Verbriefungstransaktionen Provide Blue 2005-1, Provide Blue 2005-2 und PB Domicile 2006-1 wurden gekündigt. Der wesentliche Risikotransfer ist per 31. Dezember 2015 nicht mehr gegeben, sodass die den Transaktionen zugrunde liegenden Forderungen nach den Ansätzen des jeweiligen Portfolios kalkuliert werden.

Für sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen und Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Die Postbank hält aktuell keine Beteiligungen, für die auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten die Eigenmittelunterlegung ermittelt wird. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank den Standardansatz und nicht mehr einen fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA).

112

Angaben zur regulatorischen Konsolidierung

Der regulatorische Konsolidierungskreis entspricht den bilanziell konsolidierten Unternehmen, wie in Note 2 des Konzernanhangs dargestellt, wobei die folgenden zwei Gesellschaften bilanziell, aber nicht aufsichtsrechtlich konsolidiert werden:

- Postbank Finanzberatung AG,
- Postbank Immobilien GmbH.

Gleiches galt im Vorjahr auch für die Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, die jedoch am 21. Dezember 2015 rückwirkend zum 30. September 2015 auf ihre Muttergesellschaft, die Postbank Finanzberatung AG, verschmolzen wurde.

Die Postbank besitzt keine Tochtergesellschaften, die aufsichtsrechtlich, aber nicht bilanziell zu konsolidieren sind.

Angaben zum Gesamtportfolio

Die Angaben zum Gesamtportfolio mit Durchschnittsbeträgen je Forderungsklasse während des Berichtszeitraums sowie aufgeschlüsselt nach Branchen, Regionen und Restlaufzeiten gemäß Art. 442 CRR sind in den nachstehenden Tabellen dargestellt. Die Tabellen stellen jeweils das Kreditvolumen ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Forderungsklassen, zum Offenlegungs-

stichtag dar. Ausgewiesen sind die Risikopositionswerte (EAD – erwartete Inanspruchnahmen zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls) vor Berücksichtigung von Substitutionseffekten unter Verwendung von Kreditumrechnungsfaktoren. Bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte werden jeweils mit ihren historischen Anschaffungswerten bzw. ihren Wiederbeschaffungswerten ausgewiesen, die Derivate mit ihren positiven Wiederbeschaffungswerten zuzüglich eines regulatorischen Add-on. Die Forderungsklassen, bei denen die Postbank kein Engagement hält, sind in den Tabellen nicht dargestellt. Dabei handelt es sich um die Forderungsklassen „Kurzfristige Forderungen an Banken und Unternehmen“ sowie „Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen“. Die Risikopositionsklasse „Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen“ wird nicht innerhalb der nachstehenden Tabellen ausgewiesen. Der Gesamtwert der entsprechenden Risikopositionen beträgt zum Berichtsstichtag 2.698 Mio € (per 31. Dezember 2014: 2.882 Mio €). Darüber hinaus liegt der Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP) zum Berichtsstichtag bei 56 Mio € (per 31. Dezember 2014: 62 Mio €).

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittsbeträge der Risikopositionen während des Berichtszeitraums ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Forderungsklassen:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte inklusive aufgeschlüsselter Durchschnittsbeträge				
Forderungsklassen	Durchschnittsbeträge		Gesamt	
	01.01.2015 – 31.12.2015 Mio €	01.01.2014 – 31.12.2014 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	145	11	171	17
IRBA Institute	10.808	13.188	9.706	11.963
IRBA Unternehmen	21.486	21.077	22.228	20.848
IRBA Mengengeschäft	77.487	75.625	78.943	75.917
IRBA Beteiligungen	422	320	419	421
IRBA Verbriefungen	1.215	2.448	53	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	10.882	11.508	11.107	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.409	7.610	8.682	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.309	2.588	2.170	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	931	884	937	881
KSA Internationale Organisationen	1.417	1.270	1.396	1.298
KSA Institute	1.870	2.880	1.717	2.877
KSA Unternehmen	923	1.018	864	906
KSA Mengengeschäft	2.386	2.436	2.334	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.568	2.731	2.467	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	286	298	263	284
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	12	24	–	20
KSA Verbriefungen	495	1.429	376	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	1.039	1.328	–	1.619
KSA Beteiligungen	228	334	227	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
Gesamt	145.316	149.007	144.060	146.528

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte, differenziert nach Forderungsklassen und aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen bzw. Schuldnergruppen, aus:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Forderungsklassen	Retail-Kunden		Banken/Versicherungen/Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	-	-	171	17	-	-	-	-	-	-	-	-	171	17
IRBA Institute	-	-	9.704	11.958	2	-	0	5	-	-	-	-	-	-	9.706	11.963
IRBA Unternehmen	299	308	2.268	1.957	1	2	6.630	6.333	7.236	7.045	4.087	3.647	1.707	1.556	22.228	20.848
IRBA Mengengeschäft	78.943	75.917	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	78.943	75.917
IRBA Beteiligungen	-	-	418	420	-	-	-	-	1	-	-	-	0	1	419	421
IRBA Verbriefungen	-	672	53	944	-	156	-	-	-	-	-	-	-	-	53	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	-	-	396	273	10.711	11.034	-	-	-	-	-	-	-	-	11.107	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-	-	8.664	8.010	18	20	0	-	-	-	-	-	8.682	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	-	-	1.819	2.101	265	189	-	-	45	43	-	-	41	49	2.170	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	937	881	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	937	881
KSA Internationale Organisationen	-	-	863	719	533	579	-	-	-	-	-	-	-	-	1.396	1.298
KSA Institute	-	-	1.676	2.872	-	-	-	-	-	-	-	-	41	5	1.717	2.877
KSA Unternehmen	5	24	55	58	0	3	255	339	253	181	155	177	141	124	864	906
KSA Mengengeschäft	2.334	2.305	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.334	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.349	2.574	-	-	-	-	111	85	3	4	0	-	4	1	2.467	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	211	234	0	-	0	-	13	21	23	2	3	-	13	27	263	284
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
KSA Verbriefungen	370	784	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	376	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	31	-	1.570	-	-	-	-	-	8	-	10	-	1.619
KSA Beteiligungen	-	-	54	54	-	-	-	-	21	10	-	-	152	163	227	227
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	84.511	82.818	18.249	22.294	20.347	21.560	7.027	6.803	7.582	7.285	4.245	3.832	2.099	1.936	144.060	146.528

Von den ausgewiesenen Werten entfallen nachstehende Risikopositionswerte auf Engagements mit kleinen und mittleren Unternehmen (im Folgenden: KMU):

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)																	
Forderungs- klassen	Retail- Kunden		Banken/ Versiche- rungen/ Finanz- dienst- leister		Staaten		Gewerb- liche Real- kredite		Dienst- leister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt		
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	
IRBA Mengengeschäft	280	283	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	280	283
IRBA Unternehmen	0	1	11	10	-	-	29	-	600	474	449	428	93	68	1.182	981	
KSA Unternehmen	-	-	-	1	-	-	39	35	31	18	42	25	9	5	122	84	
KSA Mengengeschäft	36	42	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36	42	
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	-	-	5	6	0	-	-	-	1	-	6	6	
Gesamt	316	326	11	11	-	-	73	41	631	492	491	453	103	73	1.626	1.396	

Die nachstehende Tabelle weist die Risikopositionen, differenziert nach Forderungsklassen und aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen geografischen Geschäftsgebieten, aus. Die Zuordnung erfolgt nach dem juristischen Sitzland des Kreditnehmers.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach geografischen Gebieten												
Forderungsklassen	Deutschland		Westeuropa		Nordamerika		Sonstige Regionen		Gesamt			
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €		
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	140	17	-	-	31	-	171	17		
IRBA Institute	6.111	7.203	3.405	4.441	184	266	6	319	9.706	11.963		
IRBA Unternehmen	13.906	12.848	7.288	7.079	578	468	456	921	22.228	20.848		
IRBA Mengengeschäft	78.580	75.581	286	266	26	25	51	70	78.943	75.917		
IRBA Beteiligungen	419	421	-	-	-	-	-	-	419	421		
IRBA Verbriefungen	-	1.659	53	113	-	-	-	-	53	1.772		
KSA Staaten und Zentralbanken	865	801	10.174	10.461	-	-	68	45	11.107	11.307		
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.682	7.804	0	226	-	-	-	-	8.682	8.030		
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.100	2.380	70	2	-	-	-	-	2.170	2.382		
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	937	758	-	-	-	123	937	881		
KSA Internationale Organisationen	-	-	1.396	1.145	-	-	-	153	1.396	1.298		
KSA Institute	1.108	2.379	609	498	-	-	-	-	1.717	2.877		
KSA Unternehmen	764	765	37	68	0	7	63	73	864	906		
KSA Mengengeschäft	2.251	2.223	80	80	1	-	2	2	2.334	2.305		
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	270	240	2.196	2.422	0	1	1	2	2.467	2.664		
KSA Ausgefallene Positionen	122	138	136	146	0	-	5	-	263	284		
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	20	-	-	-	-	-	-	-	20		
KSA Verbriefungen	-	293	376	497	-	-	-	-	376	790		
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	1.599	-	20	-	-	-	-	-	1.619		
KSA Beteiligungen	223	222	4	5	-	-	-	-	227	227		
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Gesamt	115.401	116.576	27.187	28.244	789	767	683	1.708	144.060	146.528		

Die aufsichtlichen Risikopositionswerte, differenziert nach Forderungsklassen und den für die Postbank wesentlichen Restlaufzeitbändern, werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Girokonten, Avale und Geschäfte in Abwicklung sind grundsätzlich dem Restlaufzeitband „unter ein Jahr“ zugeordnet. Das im Laufzeitband „über fünf Jahre“ ausgewiesene Volumen ist zum Großteil geprägt durch längerfristige Anleihen sowie private Baufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Restlaufzeiten								
Forderungsklassen	< 1 Jahr		1–5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	8	17	84	–	79	–	171	17
IRBA Institute	4.006	4.050	4.186	6.882	1.514	1.031	9.706	11.963
IRBA Unternehmen	5.092	4.457	6.788	6.682	10.348	9.709	22.228	20.848
IRBA Mengengeschäft	3.686	4.205	6.557	6.970	68.700	64.742	78.943	75.917
IRBA Beteiligungen	–	–	–	–	419	421	419	421
IRBA Verbriefungen	53	81	–	71	–	1.620	53	1.772
KSA Staaten und Zentralbanken	614	402	7.654	7.175	2.839	3.730	11.107	11.307
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.050	1.402	3.612	3.106	4.020	3.522	8.682	8.030
KSA Sonstige öffentliche Stellen	627	341	1.173	1.638	370	403	2.170	2.382
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	137	–	636	778	164	103	937	881
KSA Internationale Organisationen	102	83	855	982	439	233	1.396	1.298
KSA Institute	201	1.014	42	52	1.474	1.811	1.717	2.877
KSA Unternehmen	101	170	332	324	431	412	864	906
KSA Mengengeschäft	1.034	1.163	411	445	889	697	2.334	2.305
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	974	984	427	564	1.066	1.116	2.467	2.664
KSA Ausgefallene Positionen	263	284	–	–	–	–	263	284
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	20	–	–	–	–	–	20
KSA Verbriefungen	–	–	6	6	370	784	376	790
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	8	–	10	–	1.601	–	1.619
KSA Beteiligungen	–	–	–	–	227	227	227	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	17.948	18.681	32.763	35.685	93.349	92.162	144.060	146.528

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikopositionswerte für die gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR kalkulierten Spezialfinanzierungen, aufgeteilt nach Risikogewichtsklassen. Dabei handelt es sich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilienleasing sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten.

Risikopositionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen		
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Risikogewichtskategorie 1 (stark)	1.398	1.380
Risikogewichtskategorie 2 (gut)	46	61
Risikogewichtskategorie 3 (befriedigend)	22	41
Risikogewichtskategorie 4 (schwach)	11	40
Risikogewichtskategorie 5 (ausgefallen)	40	103
Gesamt	1.517	1.625

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte für Beteiligungen aus, die mit einfachem Risikogewicht gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR kalkuliert werden. Neben diesen Beteiligungswerten hält die Postbank zum Berichtsstichtag weitere Risikopositionswerte in Höhe von 25,3 T€ (per Vorjahresresultimo: 9 Mio €) auf Beteiligungen, denen ein aufsichtliches Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR in Höhe von 250 % zugewiesen wird.

Risikopositionswerte für IRBA-Beteiligungen nach einfacher Risikogewichtsmethode		
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios (Risikogewicht 190 %)	–	–
Börsengehandelte Beteiligungspositionen (Risikogewicht 290 %)	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen (Risikogewicht 370 %)	419	412
Gesamt	419	412

Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken

Die beiden nachstehenden Tabellen zeigen gesondert die besicherten IRBA- und KSA-Risikopositionswerte. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 453 CRR sind im Konzernlagebericht im Abschnitt „Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ enthalten.

Besicherte Risikopositionswerte in den internen Ratingansätzen										
Forderungsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Sonstige Sicherheiten		Gesamter besicherter Risikopositionswert	
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	171	17	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Institute	9.706	11.963	219	–	0	–	–	–	219	–
IRBA Unternehmen	22.228	20.848	–	–	726	610	5.239	4.910	5.965	5.520
IRBA Mengengeschäft	78.943	75.917	–	–	42	14	66.717	64.702	66.759	64.716
IRBA Beteiligungen	419	421	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Verbriefungen	53	1.772	–	–	–	156	–	–	–	156
Gesamt	111.520	110.938	219	–	769	780	71.956	69.612	72.944	70.392

Im Kreditrisikostandardansatz können finanzielle Sicherheiten sowie in begrenztem Umfang Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate angerechnet werden. Die nachstehende Tabelle weist keine grundpfandrechtlichen Sicherheiten aus, da im Standardansatz durch Immobilien besicherten Positionen ein bevorzugtes Risikogewicht zugewiesen wird.

Besicherte Risikopositionswerte im Kreditrisikostandardansatz										
Forderungsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Gesamter besicherter Risikopositionswert			
	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €		
KSA Staaten und Zentralbanken	11.107	11.307	–	–	–	–	–	–		
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.682	8.030	–	–	–	–	–	–		
KSA Sonstige öffentliche Stellen	2.170	2.382	–	–	–	–	–	–		
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	937	881	–	–	–	–	–	–		
KSA Internationale Organisationen	1.396	1.298	–	–	–	–	–	–		
KSA Institute	1.717	2.877	–	750	–	–	–	750		
KSA Unternehmen	864	906	–	–	6	6	6	6		
KSA Mengengeschäft	2.334	2.305	–	–	–	–	–	–		
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	2.467	2.664	–	–	–	–	–	–		
KSA Ausgefallene Positionen	263	284	0	–	–	–	0	–		
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	20	–	–	–	–	–	–		
KSA Verbriefungen	376	790	–	–	68	68	68	68		
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	1.619	–	–	–	–	–	–		
KSA Beteiligungen	227	227	–	–	–	–	–	–		
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–		
Gesamt	32.540	35.590	0	750	74	74	74	824		

Angaben zur Risikovorsorge

Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Risikovorsorgebeträge beziehen sich auf das gesamte Portfolio der Postbank Gruppe, d. h., sie umfassen die Portfolios der IRB-Ansätze und des KSA-Ansatzes. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 442 (a) und (b) CRR sind in den Abschnitten „Überfällige und notleidende Engagements“ sowie „Kreditrisikovorsorge“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ des Konzernlageberichts enthalten.

72

Die gebildete Risikovorsorge bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an Tochterunternehmen werden im Folgenden nicht ausgewiesen, sondern fließen in das Finanzanlageergebnis ein (siehe Note 12 des Konzernanhangs).

126

In der nachfolgenden Tabelle werden die Buchwerte notleidender und überfälliger Kredite sowie die Stichtagsbestände der Einzelwertberichtigungen, der Portfoliowertberichtigungen und der Rückstellungen bzw. deren jeweilige Veränderungen sowie die Direktabschreibungen und die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen im Berichtsjahr 2015 sowie des Vorjahres ausgewiesen, jeweils bezogen auf die für die Postbank wesentlichen Branchen. Die ausgewiesenen Nettoaufwendungen ergeben sich als Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen der Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen. Die Rückstellungen beziehen sich im Wesentlichen auf offene Zusagen und Avale.

Insgesamt spiegelt sich auch in der Darstellung der Risikovorsorge – aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen und Schuldnergruppen – die Fokussierung der Postbank auf das Retail-Geschäft wider. Die Buchwerte notleidender Engagements umfassen auch die aufgrund der Ausfallvererbung als notleidend gekennzeichneten Forderungen eines Kunden.

Risikovorsorge, aufgegliedert nach Branchen und Schuldnergruppen

Forderungsklassen		Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
		31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2014 Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	1.760	2.105	53	47	8	9	266	353	88	90	99	117	39	64	2.313	2.785
	Überfällige Engagements	168	143	407	–	–	–	7	6	6	2	8	3	2	–	598	154
Bestände	Einzelwertberichtigungen	514	948	–	–	4	–	95	137	28	31	59	73	25	19	725	1.208
	Portfoliowertberichtigungen	179	131	0	–	–	–	7	10	–	–	10	9	3	3	199	153
	Rückstellungen	22	27	–	–	–	–	6	–	–	–	15	15	–	–	43	43
Aufwendungen der Periode	Einzelwertberichtigungen	137	239	–	–1	4	–	6	39	3	3	4	3	11	–1	165	282
	Portfoliowertberichtigungen	48	4	–	–	–	–	–4	–10	–	–	1	–3	0	–	45	–9
	Rückstellungen	–5	–13	0	–	–	–	6	–	–	–	0	6	–	–	1	–8

Analog zeigt die folgende Übersicht eine Aufgliederung der Risikovorsorge nach den für die Postbank bedeutenden geografischen Regionen/Gebieten. In dieser Tabelle werden in Übereinstimmung mit der CRR keine Veränderungen der Bestände an Risikovorsorge ausgewiesen. Die Verteilung der Risikovorsorge entspricht der Verteilung der Positionswerte in den zugrunde liegenden Kreditportfolios.

		Risikovorsorge, aufgegliedert nach geografischen Gebieten							
		Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
Positions- werte		31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
		Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Notleidende Engagements		1.926	2.375	351	384	36	26	2.313	2.785
	Überfällige Engagements	549	140	42	8	7	7	598	155
Bestände	Einzelwert-berichtigungen	616	1.084	100	117	9	7	725	1.208
	Portfoliowert-berichtigungen	190	148	9	5	–	–	199	153
	Rückstellungen	43	43	–	–	–	–	43	43



Hinsichtlich der Änderungen der Risikovorsorge im Laufe des Berichtsjahres und der Angaben gemäß Art. 442 i) CRR wird auf Note 21 des Konzernanhangs verwiesen.

Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung

Die Eigenmittel der Postbank werden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben der CRR und der SolvV ermittelt. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsguppe gemäß Art. 11 ff. CRR bzw. gemäß KWG und dient der Offenlegung der Eigenmittelelemente während der Übergangszeit gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) und der Abstimmung der Eigenmittelbestandteile mit den Bilanzpositionen gemäß Art. 437 Abs. 1 a) CRR.

Die nachstehende Tabelle zeigt zunächst die Werte der IFRS-Konzernbilanz auf Basis des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises und in der darauffolgenden Spalte die Werte der sogenannten regulatorischen Bilanz auf Basis des regulatorischen Konsolidierungskreises. Im Gegensatz zur IFRS-Konzernbilanz werden in der regulatorischen Bilanz die Tochtergesellschaften Postbank Finanzberatung AG, Postbank Versicherungsvermittlung GmbH und Postbank Immobilien GmbH nicht konsolidiert. Die Delta-Spalte zeigt die Differenz zwischen den Werten der IFRS-Konzernbilanz und denen der regulatorischen Bilanz. Die Referenzen in der letzten Spalte verweisen auf die nachfolgenden Tabellen zur Darstellung der Eigenmittelzusammensetzung. Zur Abstimmung der für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen mit den regulatorischen Eigenmittelbestandteilen werden die Referenzen am Ende dieses Abschnitts im Anschluss an die Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“ erläutert.



Darstellung der Bilanz gemäß handelsrechtlichem und regulatorischem Konsolidierungskreis							
	IFRS-Bilanz		Regulatorische Bilanz		Delta		Referenz
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	
Aktiva							
Barreserve	1.357	1.230	1.357	1.230	0	0	
Forderungen an Kreditinstitute	15.876	19.602	15.876	19.601	0	-1	
Forderungen an Kunden	98.397	97.972	98.391	97.965	-6	-7	
Risikovorsorge	-923	-1.361	-924	-1.361	-1	0	
Handelsaktiva	647	697	647	697	0	0	
Hedging-Derivate	78	119	78	119	0	0	
Finanzanlagen	30.768	33.477	30.976	33.685	208	208	
Immaterielle Vermögenswerte	1.902	1.952	1.473	1.523	-429	-429	g
Goodwill	1.581	1.581	1.152	1.152	-429	-429	
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	321	371	321	371	0	0	
Sachanlagen	678	683	676	681	-2	-2	
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	101	148	99	147	-2	-1	
Latente Ertragsteueransprüche	72	68	62	67	-10	-1	
Sonstige Aktiva	1.155	810	1.150	803	-5	-7	
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	489	0	489	0	0	0	
Summe der Aktiva	150.597	155.397	150.350	155.157	-247	-240	
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.443	17.583	15.443	17.583	0	0	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	119.150	120.493	119.234	120.566	84	73	
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.446	4.571	3.445	4.571	-1	0	
Handelspassiva	665	767	665	767	0	0	
Hedging-Derivate	208	298	208	299	0	1	
Rückstellungen	703	854	680	815	-23	-39	
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	110	104	109	103	-1	-1	
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	9	41	3	44	-6	3	
Sonstige Passiva	466	526	422	483	-44	-43	
Nachrangkapital	3.239	3.699	3.239	3.699	0	0	h, i
darunter: Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	20	20	20	20	0	0	i
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	0	0	0	0	0	0	
Eigenkapital	7.158	6.461	6.902	6.227	-256	-234	f
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	0	0	a
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.010	0	0	b
c) Andere Rücklagen	3.987	3.640	3.744	3.401	-243	-239	
Gewinnrücklagen	4.040	3.783	3.783	3.520	-257	-262	c
AOCI	-53	-143	-39	-120	14	23	d
d) Konzerngewinn	608	259	595	264	-13	5	e
Anteile in Fremdbesitz	6	5	6	5	0	0	
Summe der Passiva	150.597	155.397	150.350	155.157	-247	-240	

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6 des Konzernabschlusses

Die regulatorischen Eigenmittel werden in die drei Kapitalklassen hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital unterteilt. Gemäß den Übergangsregelungen der CRR werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen regulatorischen Anpassungen sukzessive eingeführt werden.

Die nachstehenden Tabellen informieren gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) über die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie über die Korrekturposten, Abzüge und Beschränkungen. Die Tabelle basiert auf dem „Muster für die Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit“ des Anhangs VI der Durchführungs-

verordnung Nr. 1423/2013 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegungspflichten der Institute in Bezug auf Eigenmittel gemäß CRR (CRR-DVO).

Die Spalte „Betrag der Eigenmittelposition“ enthält dabei den Betrag, der die Grundlage für die Berechnung der Eigenmittel der Postbank zum Berichtsstichtag bzw. zum Vorjahresresultimo bildet. Die Spalte „CRR-Verweis“ gibt die anwendbaren Vorschriften aus der CRR an. Die darauffolgende Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen. Die letzte Spalte enthält die Referenzen zu den für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ² Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen							
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.557	2.557			a+b	26 (1), 27, 28, 29
	davon: Gezeichnetes Kapital ³	547	547			a	
	davon: Kapitalrücklage ³	2.010	2.010			b	
2	Einbehaltene Gewinne	3.763	3.499			c	26 (1) (c)
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	-120	-120			d	26 (1)
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	-				26 (1) (f)
4	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das harte Kernkapital ausläuft	0	-				486 (2)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	0	-				483 (2)
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem harten Kernkapital)	0	-	-	-		84, 479, 480
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	0	264			e	26 (2)
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	6.200	6.200			f	
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-20	-20				34, 105
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-596	-291	-895	-1.165	g	36 (1) (b), 37, 472 (4)
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-2	-1	-3	-4		36 (1) (c), 38, 472 (5)
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-	-				33 (a)
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-170	-52	-255	-208		36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	-	-				32 (1)
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ⁴	-1	-	-1	-2		33 (b)
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (e), 41, 472 (7)
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (f), 42, 472 (8)
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (g), 44, 472 (9)
18	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-	-				36 (1) (k)
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (i), 89 bis 91
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (iii), 379 (3)
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-	-				48 (1)
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	-				36 (1) (i), 48 (1) (b), 470, 472 (11)
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-	-				36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf Grundlage des Konzernabschlusses per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6 des Konzernabschlusses.

³Verzeichnis der EBA gemäß Art. 26 Abs. 3

⁴Darin enthalten sind auch gemäß Art. 33 c) CRR Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko der Postbank resultieren.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ² Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (a), 472 (3)
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (l)
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	-	89				
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468	59	89				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	-32	-32				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Gewinne aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	-	-				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	-	-				467
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Verluste aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	91	121				468
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-				481
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-30	-1.253				36 (1) (j)
28	Gesamte regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1)	-759	-1.528				
29	Hartes Kernkapital (CET1)	5.441	4.673				
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente							
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	-	-				51, 52
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	-	-				
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	-	-				
33	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital ausläuft	991	16			i	486 (3)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-				483 (3)
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	-	-				85, 86, 480
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	-				486 (3)
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	991	16				
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-				52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-				56 (b), 58, 475 (3)
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				56 (d), 59, 79, 475 (4)
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	-1.021	-1.269				
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-1.021	-1.269				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: immaterielle Vermögensgegenstände	-894	-1.165				
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-127	-104				
	davon: eigene Instrumente	-	-				
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-				477, 477 (3), 477 (4) (a)
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-				467, 468, 481

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf Grundlage des Konzernabschlusses per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6 des Konzernabschlusses

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ² Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €		
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	–	–				56 (e)
43	Gesamte regulatorische Anpassungen am zusätzlichen Kernkapital (AT1)	–1.021	–1.269				
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	–	–				
45	Kernkapital insgesamt (T1 = CET1 + AT1)	5.441	4.673				
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen							
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.000	2.589			h, i	62, 63
47	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das Ergänzungskapital ausläuft	111	3			h, i	486 (4)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018						483 (4)
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	64	85	–27	–33	h	87, 88, 480
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	–	–				486 (4)
50	Kreditrisikoanpassungen	–	–				62 (c) und (d)
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	1.175	2.677				
Ergänzungskapital (T2): Regulatorische Anpassungen							
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	–	–				63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2)
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	–	–				66 (b), 68, 477 (3)
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	–				66 (c), 69, 70, 79, 477 (4)
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	–	–				
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	–	–				
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	–				66 (d), 69, 79, 477 (4)
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	–127	–104				
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–127	–104				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	–127	–104				
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–	–				475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a)
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	–	–				467, 468, 481
57	Gesamte regulatorische Anpassungen am Ergänzungskapital (T2)	–127	–104				
58	Ergänzungskapital (T2)	1.047	2.573				
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	6.489	7.246				
Risikogewichtete Aktiva							
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	305	161				
	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, resultierend aus temporären Differenzen	305	161				472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b)
	davon: Instrumente des harten Kernkapitals relevanter Entitäten, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	–	–				475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b)
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	45.173	43.651				

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf Grundlage des Konzernabschlusses per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6 des Konzernabschlusses

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen							
Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2015 Mio €	31.12.2014 ² Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €		
Eigenkapitalquoten und -puffer							
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	12,05 %	10,70 %				92 (2) (a), 465
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	12,05 %	10,70 %				92 (2) (b), 465
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	14,36 %	16,60 %				92 (2) (c)
64	Institutspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	4,50 %	4,00 %				CRD 128, 129, 130
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	–	–				
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	–	–				
67	davon: Systemrisikopuffer	–	–				
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	–	–				CRD 131
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	6,05 %	5,20 %				CRD 128
Abzüge vom harten Kernkapital							
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	5	23				36 (1) (h), 45, 46, 472 (10), 56 (c), 59, 60, 475 (4), 66 (c), 69, 70, 477 (4)
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	–	–				36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind)	122	64				36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital							
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	54	61				62
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	206	201				62
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2022)							
80	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des harten Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
81	Wegen Obergrenze aus hartem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
82	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	991	16				484 (4), 486 (3) und (5)
83	Wegen Obergrenze aus zusätzlichem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	161	4				484 (4), 486 (3) und (5)
84	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des Ergänzungskapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	111	3				484 (5), 486 (4) und (5)
85	Wegen Obergrenze aus Ergänzungskapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	50	1				484 (5), 486 (4) und (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Auf Grundlage des Konzernabschlusses per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Anpassungen des Kapitals gemäß Note 6 des Konzernabschlusses

Am 10. Dezember 2015 hat die Deutsche Postbank AG von der Deutsche Bank AG die Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV und die Deutsche Postbank Funding Limited Liability Companies (LLCs) I–IV zurückerworben und ab diesem Zeitpunkt wieder konsolidiert. Diese Erweiterung im Konsolidierungskreis bewirkt, dass die nachrangigen Schuldverschreibungen der Deutsche Postbank AG, die von der Deutsche Postbank Funding LLCs I–IV gehalten werden, als konzerninterne Transaktionen behandelt werden. Im Gegenzug werden die von der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV emittierten Trust Preferred Securities den Eigenmitteln der Postbank hinzugerechnet. Die Auswirkungen auf die Bestandteile der Eigenmittel werden in den nachfolgenden Erläuterungen mit aufgeführt.

Das harte Kernkapital (Zeile 29) besteht in erster Linie aus dem gezeichneten Kapital und der Kapitalrücklage (Zeile 1), den Gewinnrücklagen (Zeile 2), sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen (Zeile 3) sowie dem Konzerngewinn (Zeile 5a) und berücksichtigt die in den Zeilen 7 bis 27 aufgeführten regulatorischen Anpassungen.

Das zusätzliche Kernkapital besteht aus Vermögenseinlagen typischer stiller Gesellschafter und den Trust Preferred Securities der Funding Trusts I–IV, deren Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital gemäß Art. 486 Abs. 3 CRR bis zum 31. Dezember 2021 ausläuft (Zeile 33). Da die regulatorischen Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (Zeile 43) größer sind als die zusätzlichen Kernkapitalinstrumente (Zeile 36), weist die Postbank kein zusätzliches Kernkapital nach regulatorischen Anpassungen (Zeile 44) aus. Der Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital überschreitet (Zeile 27), wird in den regulatorischen Anpassungen des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Das Ergänzungskapital (Zeile 58) umfasst Genussrechtskapital, nachrangige Verbindlichkeiten und anteilig die Trust Preferred Securities der Funding Trusts I–III, soweit diese nicht im Rahmen der Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2021 dem zusätzlichen Kernkapital zuzurechnen sind (Zeile 46). Die Anrechnung der Trust Preferred Securities des Funding Trust IV und der Vermögenseinlagen typischer stiller Gesellschafter auf das Ergänzungskapital läuft gemäß Art. 486 Abs. 4 CRR bis zum 31. Dezember 2021 aus (Zeile 47). Zum Ergänzungskapital zählende Eigenmittelinstrumente, die vom Tochterunternehmen BHW Bausparkasse AG begeben worden sind und von Dritten gehalten werden (Zeile 48), sowie die regulatorischen Anpassungen, die in den Zeilen 52 bis 56 c aufgeführt werden, sind ebenfalls Bestandteile des Ergänzungskapitals. Die regulatorischen Anpassungen bestanden dabei zum Berichtsstichtag analog zum Vorjahresultimo ausschließlich aus Abzugspositionen, welche aus den Übergangsbestimmungen (Zeile 56) resultieren.

Zu den einzelnen Referenzen werden folgende zusätzliche Erläuterungen gegeben:

- (a+b) Die harten Kernkapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio in Höhe von 2.557 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: 2.557 Mio €) entsprechen dem Gezeichneten Kapital in Höhe von 547 Mio € (per 31. Dezember 2014: 547 Mio €) zuzüglich der Kapitalrücklage in Höhe von 2.010 Mio € (per 31. Dezember 2014: 2.010 Mio €).

- (c) Der Unterschiedsbetrag in Höhe von –20 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: –21 Mio €) zwischen den einbehaltenen Gewinnen in Höhe von 3.763 Mio € (per 31. Dezember 2014: 3.499 Mio €) und den Gewinnrücklagen in Höhe von 3.783 Mio € (per 31. Dezember 2014: 3.520 Mio €) ergibt sich durch die Abzugspflicht des Fonds zur baupartechnischen Absicherung (–20 Mio €).

- (d) Das kumulierte sonstige Ergebnis in Höhe von –120 Mio € (per 31. Dezember 2014: –120 Mio €) entspricht zum Berichtsstichtag nicht dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Wert in Höhe von –39 Mio € (per 31. Dezember 2014: –120 Mio €), da aufgrund der Nichtanrechnung des Konzerngewinns der Wert per 31. Dezember 2014 auch in der Meldung per 31. Dezember 2015 als Grundlage herangezogen wird.

- (e) Der Konzerngewinn in Höhe von 595 Mio € (per 31. Dezember 2014: 264 Mio €) wurde in der Meldung nicht angerechnet.

- (f) Der Unterschiedsbetrag in Höhe von –702 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: –26 Mio €) zwischen dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital in Höhe von 6.902 Mio € (per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Kapitalanpassungen gemäß Note 6 des Konzernabschlusses: 6.227 Mio €) und dem harten Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen in Höhe von 6.200 Mio € (per 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung der Kapitalanpassungen gemäß Note 6 des Konzernabschlusses: 6.200 Mio €) setzt sich zusammen aus dem Abzug des Fonds zur baupartechnischen Absicherung (–20 Mio €, per 31. Dezember 2014: –21 Mio €), der Nichtberücksichtigung der unterjährigen Abführung des HGB-Ergebnisses (2 Mio €, per 31. Dezember 2014: 0 Mio €), der Differenz im kumulierten sonstigen Ergebnis (–81 Mio €, per 31. Dezember 2014: 0 Mio €), der Nichtanrechnung des Konzerngewinns (–595 Mio €, per 31. Dezember 2014: 0 Mio €) und der Nichtanrechenbarkeit der Anteile in Fremdbesitz (–6 Mio €, per 31. Dezember 2014: –5 Mio €).

- (g) Der Unterschied im Ausweis der immateriellen Vermögenswerte zwischen dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Betrag in Höhe von 1.473 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: 1.523 Mio €) und der Angabe in der Eigenmittelübersicht in Höhe von 1.490 Mio € (per 31. Dezember 2014: 1.456 Mio €) beträgt 17 Mio € (per 31. Dezember 2014: –67 Mio €) und ist im Abzug von latenten Steuerschulden sowie in aufgrund der Nichtanrechnung des Konzerngewinns nicht berücksichtigten Abschreibungen begründet.

- (h) Von dem bilanziellen Nachrangkapital in Höhe von 3.239 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: 3.699 Mio €) sind insgesamt 1.175 Mio € (per 31. Dezember 2014: 2.677 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar. Der Rückgang des regulatorisch anrechenbaren Betrags resultiert insbesondere aus dem Rückerwerb der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV und der Deutsche Postbank Funding LLCs I–IV, die im Rahmen der Übergangsbestimmungen anteilig dem zusätzlichen Kernkapital zugerechnet werden (siehe auch Referenz (i)).

- (i) Von den bilanziellen Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter in Höhe von 20 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: 20 Mio €) sind im Rahmen der Übergangsregelung 14 Mio € (per 31. Dezember 2014: 16 Mio €) im zusätzlichen Kernkapital (siehe Zeile 33) und 3 Mio € (per 31. Dezember 2014: 3 Mio €) im Ergänzungskapital (siehe Referenz (h) und Zeile 47) anrechenbar. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 977 Mio € des in Zeile 33 ausgewiesenen zusätzlichen Kernkapitals bezieht sich auf die zum 31. Dezember 2015 konsolidierten Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV.

Das regulatorisch anrechenbare Ergänzungskapital in Höhe von 1.175 Mio € zum Berichtsstichtag (per 31. Dezember 2014: 2.677 Mio €) setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 736 Mio € (per 31. Dezember 2014: 2.589 Mio €) anrechenbare Ergänzungskapitalinstrumente der Deutsche Postbank AG (Amortisation in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit) (siehe Zeile 46)

- 372 Mio € im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV (siehe Zeile 46 und 47)

- 3 Mio € (per 31. Dezember 2014: 3 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter der Deutsche Postbank AG (siehe Referenz (i) und Zeile 47)

- 64 Mio € (per 31. Dezember 2014: 85 Mio €) zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende Instrumente der BHW Bausparkasse (siehe Zeile 48)

Eigenmittelzusammensetzung unter Anrechnung des Konzerngewinns

Unter Anrechnung des Konzerngewinns 2015 würde sich, abweichend von den zu meldenden Werten der Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“, folgende Kapitalgrößen (regular phased-in) ergeben:

- Hartes Kernkapital: 6.203 Mio € (Zeile 29)
- Kernkapital insgesamt: 6.278 Mio € (Zeile 45)
- Eigenmittel insgesamt: 7.380 Mio € (Zeile 59)

Somit würden unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) 13,7 % und die Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio) 13,9 % betragen. Für die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) würde sich ein Wert in Höhe von 16,3 % ergeben.

Eigenkapitalsteckbriefe sowie Verträge bzw. Prospekte der begebenen Eigenkapitalinstrumente

Gemäß Art. 437 Abs. 1 b) und c) CRR haben Institute im Anwendungsbereich der CRR eine Beschreibung der Hauptmerkmale sowie die vollständigen Bedingungen der von ihnen begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals offenzulegen. Dieser Verpflichtung kommt die Postbank im

Rahmen der Veröffentlichung auf ihrer Internetseite nach. Die entsprechenden Angaben werden vierteljährlich aktualisiert. Die Angaben sind unter folgendem Link abrufbar: https://www.postbank.de/postbank/ir_kapitalinstrumente_prospekte.html.

Eigenmittelanforderungen

Im Nachfolgenden wird die auf Basis regulatorischer Bemessungsgrundlagen ermittelte Eigenmittelunterlegung, getrennt nach Risikoarten und Ansatz, dargestellt, wobei die Eigenmittelunterlegung – unter Berücksichtigung der gültigen Übergangsbestimmungen der CRR und der SolvV – die jeweils mit 8 % multiplizierte Summe der anzurechnenden Risikopositionen darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelunterlegung betrug zum Jahresultimo 2015 insgesamt 3.614 Mio € (per 31. Dezember 2014: 3.492 Mio €).

Der Ausweis der Gesamtrisikobeträge für operationelle Risiken hat sich gegenüber dem Vorjahr geändert, da die Postbank die Eigenmittelunterlegung für operationelle Risiken für das Jahr 2015 nach dem Standardansatz und nicht mehr wie in den Vorjahren auf Basis fortgeschrittener Messansätze kalkuliert hat.



Eigenmittelunterlegungen nach Risikoarten und Ansatz		
	31.12.2015 Mio €	31.12.2014 Mio €
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert im Standardansatz¹		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	0	0
Öffentliche Stellen	5	5
Multilaterale Entwicklungsbanken	–	–
Internationale Organisationen	–	–
Institute	14	16
Unternehmen	68	74
Mengengeschäft	139	138
Durch Immobilien besicherte Positionen	70	76
Ausgefallene Positionen	24	26
Gedekte Schuldverschreibungen	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	0	9
Standardansatz insgesamt	320	344
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert auf Basis interner Einstufungen¹		
IRB-Basis-Ansatz		
Staaten und Zentralbanken	–	2
Institute	73	98
Unternehmen	287	315
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	360	415
Fortgeschrittener IRBA		
Staaten und Zentralbanken	1	–
Institute	107	110
Unternehmen	568	509
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, gegenüber KMU	0	1
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, nicht gegenüber KMU	1.067	982
Mengengeschäft, qualifiziert revolving	6	7
Mengengeschäft, Sonstige, gegenüber KMU	6	6
Mengengeschäft, Sonstige, nicht gegenüber KMU	358	326
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	2.113	1.941
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	149	162
IRB-Ansätze insgesamt	2.622	2.518
Gesamtrisikobetrag für Verbriefungspositionen		
Verbriefungspositionen (IRBA)	0	34
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	7	31
Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt	7	65
Gesamtrisikobetrag für Beteiligungspositionen		
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering	18	18
Beteiligungspositionen (einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	124	122
Börsengehandelt	–	–
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen	124	122
Beteiligungspositionen mit aufsichtsrechtlichem Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR	0	2
Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt	142	142
Weitere Gesamtrisikobeträge		
Börsengehandelte Schuldtitel (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Fremdwährungspositionen (kalkuliert im Standardansatz)	3	7
Sonstige Marktrisikopositionen (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (kalkuliert im Standardansatz)	490	–
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (kalkuliert mit fortgeschrittenen Messansätzen)	–	373
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA, kalkuliert im Standardansatz)	30	43
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP)	0	0
Sonstige Gesamtrisikobeträge	–	–
Summe	3.614	3.492

¹Ohne Verbriefungen, Beteiligungen und Ausfallfonds einer ZGP

Verschuldungsquote

Mit der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht wurde die Verschuldungsquote als neue Beobachtungskennzahl definiert. Für 2015 erfolgt erstmals die Offenlegung gemäß Art. 451 CRR, und für 2018 wird die Einführung einer verbindlichen Mindestquote erwartet. Ziel der Festlegung einer Verschuldungsquote sind die Begrenzung der Verschuldung in der Bankenbranche und die Minderung des Risikos eines ungeplanten, destabilisierenden Schuldenabbauprozesses in wirtschaftlichen Stresssituationen.

Die Verschuldungsquote ist der Quotient aus dem Kernkapital und der Gesamtrisikopositionsmessgröße. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische Bewertungsvorgaben gemäß Art. 429 CRR angewendet.

Im Oktober 2014 wurden die Regelungen des Art. 429 CRR durch die Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 neu gefasst. Die nachfolgenden Angaben zur Verschuldungsquote entsprechen diesen neuen fachlichen Anforderungen sowie dem Entwurf der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zur Offenlegung der Verschuldungsquote (EBA/ITS/2014/04/rev1) vom 15. Juni 2015. In Übereinstimmung mit der Offenlegung der Eigenmittel wird das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird die Bilanzsumme der Postbank auf die Gesamtrisikopositionsmessgröße übergeleitet. Die Bewertung der Aktiva für die Verschuldungsquote und die in der Tabelle dargestellten Anpassungseffekte ergeben sich aus den Bestimmungen der CRR:

- Anpassung durch Konsolidierung: Für die Ermittlung der Gesamtrisikopositionsmessgröße ist der gleiche regulatorische Konsolidierungskreis einzubeziehen wie für die Berechnung der Eigenmittel.
- Anpassungen für derivative Finanzinstrumente: Derivatepositionen werden auf Basis der aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen angesetzt, dieser Betrag kann um erhaltene Sicherheiten reduziert werden. Für einen möglichen Anstieg der Wiederbeschaffungskosten wird ein Aufschlag nach der Marktbewertungsmethode ermittelt.
- Anpassungen für Pensionsgeschäfte: Unter bestimmten Bedingungen dürfen Barforderungen mit Barverbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften aufgerechnet werden, es ist ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko zu ermitteln.
- Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte: Bei außerbilanziellen Positionen wird deren Nominalbetrag mit den Umrechnungsfaktoren des Kreditrisikostandardansatzes gewichtet. Dabei ist eine Untergrenze von mindestens 10 % zu beachten, gebildete Risikovorsorge darf diesen Anrechnungsbetrag nicht mindern.
- Sonstige Anpassungen: Aktiva, die in der Eigenmittelberechnung als Kapitalabzugsposten berücksichtigt werden, sind nicht Bestandteil der Gesamtrisikopositionsmessgröße.

Überleitung der Bilanzsumme zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote		31.12.2015 Mio €
1	Summe der im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögenswerte	150.597
2	Anpassung für Beteiligungen, die zu Bilanzierungszwecken konsolidiert werden, die jedoch nicht zum aufsichtlichen Konsolidierungskreis gehören	-247
3	(Anpassung für Treuhandvermögen, das gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften in der Bilanz ausgewiesen wird, aber von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gemäß Art. 429 Abs. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommen ist)	-
4	Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	369
5	Anpassungen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	49
6	Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte (d. h. Umwandlung der außerbilanziellen Geschäfte in Kreditäquivalenzbeträge)	4.634
EU-6a	(Anpassung für Risikopositionen aus Intragruppenforderungen, die von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommen sind)	-
EU-6b	(Anpassungen für Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 von der Gesamtrisikopositionsmessgröße ausgenommen sind)	-
7	Sonstige Anpassungen	-1.414
davon: 7a	Anpassungen für EK-Abzugspositionen	-1.728
davon: 7b	Anpassungen für CTA-Pensionsfonds (bilanzielles Netting)	-
davon: 7c	Sonstige Anpassungen	314
8	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote insgesamt	153.988

Die folgende Tabelle zeigt Teilbeträge der Gesamtrisikopositionsmessgröße für alle Aktiva und außerbilanziellen Geschäfte sowie mögliche Ausnahmetatbestände gemäß Art. 429 CRR und das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen:

Berechnung der Verschuldungsquote		31.12.2015 Mio €
Bilanzielle Risikopositionen (ausgenommen Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)		
1	Bilanzwirksame Positionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und Treuhandvermögen, jedoch einschließlich Sicherheiten)	136.886
2	(Aktiva, die zur Ermittlung des Kernkapitals abgezogen werden)	-1.728
3	Summe der bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	135.158
Derivative Risikopositionen		
4	Wiederbeschaffungskosten für alle Derivatgeschäfte (d. h. bereinigt um anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	387
5	Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	616
EU-5a	Risikopositionswert gemäß Ursprungsrisikomethode	-
6	Hinzugerechneter Betrag von gestellten Sicherheiten für Derivatgeschäfte, wenn diese gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften von den Bilanzaktiva abgezogen werden	-
7	(Abzug bei in bar erhaltenen Nachschüssen in Derivatgeschäften)	-
8	(Ausgenommene Risikopositionen aus für Kunden über eine qualifizierte zentrale Gegenpartei abgerechnete Geschäfte)	-
9	Bereinigter effektiver Nominalwert von geschriebenen Kreditderivaten	-
10	(Bereinigte Aufrechnungen des effektiven Nominalwerts und Zuschlagsabzüge für ausgestellte Kreditderivate)	-
11	Derivative Risikopositionen insgesamt (Summe der Zeilen 4 bis 10)	1.003
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften		
12	Brutto-Aktiva aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	18.279
13	(Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften)	-5.135
14	Aufschlag auf das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	49
EU-14a	Ausnahme für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte: Aufschlag auf das Gegenparteiausfallrisiko gemäß Art. 429b Abs. 4 und Art. 222 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-
15	Risikopositionen aus als Agent getätigten Geschäften	-
EU-15a	(Ausgenommene Risikopositionen aus für Kunden über eine qualifizierte zentrale Gegenpartei abgerechnete Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)	-
16	Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften insgesamt (Summe der Zeilen 12 bis 15a)	13.193
Andere außerbilanzielle Risikopositionen		
17	Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	22.089
18	(Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge)	-17.455
19	Andere außerbilanzielle Risikopositionen (Summe der Zeilen 17 und 18)	4.634
Gemäß Art. 429 Abs. 7 und 14 CRR ausgenommene Risikopositionen (bilanziell und außerbilanziell)		
EU-19a	(Gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommene gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis (bilanziell und außerbilanziell))	-
EU-19b	(Gemäß Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommene Risikopositionen (bilanziell und außerbilanziell))	-
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionen		
20	Kernkapital	5.441
21	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Summe der Zeilen 3, 11, 16, 19, EU-19a und EU-19b)	153.988
Verschuldungsquote		
22	Verschuldungsquote	3,53 %
Anwendung von Übergangsbestimmungen und Wert ausgebuchter Treuhandpositionen		
EU-23	Anwendung von Übergangsbestimmungen für die Definition der Kapitalmessgröße	transitional
EU-24	Wert ausgebuchter Treuhandpositionen gemäß Art. 429 Abs. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-

Unter Anrechnung des Konzerngewinns des Geschäftsjahres 2015 würde sich, abweichend von den zu meldenden Werten der Tabelle „Berechnung der Verschuldungsquote“, ein Kernkapital (regular phased-in) in Höhe von 6.278 Mio € ergeben (Zeile 20). Somit würde die Verschuldungsquote unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsbestimmungen (regular phased-in) 4,1 % betragen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über sämtliche bilanzielle Risikopositionen mit Ausnahme von Derivaten und Pensionsgeschäften, aufgeteilt nach aufsichtsrechtlichem Handelsbuch und Anlagebuch sowie den Forderungsklassen für das Adressenausfallrisiko.

Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und ausgenommene Risikopositionen)	
	31.12.2015 Mio €
Bilanzielle Risikopositionen insgesamt (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und ausgenommene Risikopositionen)	136.886
davon: Risikopositionen des Handelsbuchs	–
davon: Risikopositionen des Anlagebuchs	136.886
davon:	
Gedekte Schuldverschreibungen	4.993
Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	24.641
Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die NICHT wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	291
Institute	4.727
Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	73.146
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	11.113
Unternehmen	11.363
Ausgefallene Positionen	1.710
Andere Forderungsklassen (z. B. Beteiligungspositionen, Verbriefungs-Risikopositionen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	4.902

Im Geschäftsjahr 2015 hat sich die Verschuldungsquote der Postbank verbessert. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind der Anstieg des Kernkapitals und die planmäßige Reduzierung der Bilanzsumme (vgl. hierzu Kapitel „Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung“).



Durch die Optimierung der Bilanzsumme wurde die Gesamtrisikopositionsmessgröße reduziert.

Die Verschuldungsquote stellt im Rahmen des internen Risikomanagementprozesses der Postbank einen wesentlichen Indikator für das Risiko einer übermäßigen Verschuldung des Instituts dar. Aus diesem Grund hat die Postbank die Steuerung der Verschuldungsquote fest in das Risikomanagement und ebenfalls in die Risikostrategie integriert. Der Fachbereich Capital and Risk Analytics erstellt jährlich eine Mittelfristplanung (5-Jahres-Horizont) für das Kernkapital und die Gesamtrisikopositionsmessgröße sowie fortlaufend Forecast- und Szenarioberechnungen sowie Abweichungsanalysen. Aufbauend hierauf sind die Bilanzvolumen der Aktiv- und Passivprodukte limitiert und ein Frühwarnsystem implementiert. Die Verschuldungsquote (auch unter Stressszenarien) ist fester Bestandteil der vierteljährlichen internen Risikoberichterstattung. Die Ergebnisse zur Verschuldungsquote werden dem Bankrisikokomitee, dem Vorstand und dem Prüfungsausschuss zugeleitet.

KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT¹

	2015				2014				2015	2014
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.038	1.089	1.102	1.116	1.144	1.166	1.210	1.214	4.345	4.734
Zinsaufwendungen	-509	-467	-468	-498	-523	-541	-585	-600	-1.942	-2.249
Zinsüberschuss	529	622	634	618	621	625	625	614	2.403	2.485
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-64	-64	-27	-54	-73	-72	-68	-52	-209	-265
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	465	558	607	564	548	553	557	562	2.194	2.220
Provisionserträge	259	278	258	279	299	289	295	327	1.074	1.210
Provisions- aufwendungen	-74	-69	-81	-64	-71	-65	-60	-63	-288	-259
Provisionsüberschuss	185	209	177	215	228	224	235	264	786	951
Handelsergebnis	21	10	-1	26	1	3	-7	-3	56	-6
Ergebnis aus Finanzanlagen	-30	13	15	29	-10	18	392	15	27	415
Verwaltungsaufwand	-831	-611	-633	-649	-701	-689	-660	-704	-2.724	-2.754
Sonstige Erträge	588	111	101	89	146	105	91	22	889	364
Sonstige Aufwendungen	-209	-149	-144	-144	-381	-138	-216	-23	-646	-758
Ergebnis vor Steuern	189	141	122	130	-169	76	392	133	582	432
Ertragsteuern	44	-4	-6	-7	11	-4	-153	-26	27	-172
Ergebnis nach Steuern	233	137	116	123	-158	72	239	107	609	260
Ergebnis Konzern- fremde	-1	0	0	0	0	0	-1	0	-1	-1
Konzernverlust/ -gewinn	232	137	116	123	-158	72	238	107	608	259

VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2015				2014				2015	2014
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern ¹	233	137	116	123	-158	72	239	107	609	260
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	72	115	-185	88	99	63	31	8	90	201
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-10	124	6	-12	11	-30	-38	-64	108	-121
Neubewertungs-gewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-10	124	6	-12	11	-30	-38	-64	108	-121
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-5	-4	0	1	13	0	-6	1	-8	8
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	87	-5	-192	100	77	95	75	71	-10	318
Veränderung der Neubewertungs-rücklage	87	-5	-192	100	77	95	75	71	-10	318
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	81	-14	-191	96	72	96	70	73	-28	311
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	6	9	-1	4	5	-1	5	-2	18	7
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	0	0	1	-1	-2	-2	0	0	0	-4
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	0	0	0	0	0	-1	0	-1	-1
Gesamtergebnis¹	304	252	-69	211	-59	135	269	115	698	460

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €
Zinserträge	6.900	6.100	5.158	4.734	4.345
Zinsaufwendungen	-3.990	-3.397	-2.695	-2.249	-1.942
Zinsüberschuss	2.910	2.703	2.463	2.485	2.403
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-383	-384	-319	-265	-209
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.527	2.319	2.144	2.220	2.194
Provisionserträge	1.502	1.423	1.376	1.210	1.074
Provisionsaufwendungen	-250	-269	-256	-259	-288
Provisionsüberschuss	1.252	1.154	1.120	951	786
Handelsergebnis	64	-103	-53	-6	56
Ergebnis aus Finanzanlagen	-554	-15	274	415	27
Verwaltungsaufwand	-3.204	-2.991	-3.177	-2.754	-2.724
Sonstige Erträge	107	148	129	364	889
Sonstige Aufwendungen	-114	-118	-119	-758	-646
Ergebnis vor Steuern	78	394	318	432	582
Ertragsteuern	34	-106	13	-172	27
Ergebnis nach Steuern	112	288	331	260	609
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn	111	287	330	259	608
Cost Income Ratio (CIR)	87,3%	80,0%	83,8%	83,4%	81,0%
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	1,4%	6,8%	5,5%	6,9%	8,8%
nach Steuern	2,0%	4,8%	5,7%	4,2%	9,2%

BILANZ – MEHRJAHRESÜBERSICHT

Aktiva	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013¹ Mio €	31.12.2014¹ Mio €	31.12.2015 Mio €
Barreserve	3.652	2.054	1.739	1.230	1.357
Forderungen an Kreditinstitute	20.322	27.646	20.096	19.602	15.876
Forderungen an Kunden	110.743	106.266	101.313	97.972	98.397
Risikovorsorge	-1.826	-1.745	-1.478	-1.361	-923
Handelsaktiva	6.892	5.135	1.824	697	647
Hedging-Derivate	1.277	565	113	119	78
Finanzanlagen	46.480	37.027	34.015	33.477	30.768
Immaterielle Vermögenswerte	2.274	2.248	2.028	1.952	1.902
Sachanlagen	791	768	698	683	678
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	73	0	0	0	0
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	206	113	115	148	101
Latente Ertragsteueransprüche	404	127	101	68	72
Sonstige Aktiva	647	719	717	810	1.155
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	-	7.039	157	-	489
Summe der Aktiva	191.935	187.962	161.438	155.397	150.597

Passiva	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2013¹ Mio €	31.12.2014¹ Mio €	31.12.2015 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.050	17.334	18.282	17.583	15.443
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	134.127	131.732	121.450	120.493	119.150
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.727	9.436	7.342	4.571	3.446
Handelspassiva	8.591	5.953	1.681	767	665
Hedging-Derivate	1.817	1.002	460	298	208
Rückstellungen	2.557	2.974	688	854	703
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.161	1.530	93	155	56
b) Sonstige Rückstellungen	1.396	1.444	595	699	647
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	129	115	80	104	110
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	153	137	70	41	9
Sonstige Passiva	689	721	833	526	466
Nachrangkapital	5.438	3.196	4.358	3.699	3.239
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	-	9.382	168	-	-
Eigenkapital	5.657	5.980	6.026	6.461	7.158
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	2.985	3.132	3.134	3.640	3.987
d) Konzerngewinn	111	287	330	259	608
Anteile in Fremdbesitz	4	4	5	5	6
Summe der Passiva	191.935	187.962	161.438	155.397	150.597

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking	
	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €
Zinsüberschuss	2.428	2.461	2.485	2.591	2.608	442	390	302	277	267	2	1
Handelsergebnis	-9	-29	17	-10	22	0	0	-2	1	1	0	0
Finanzanlage- ergebnis	-1	0	0	0	0	0	-3	0	-10	-2	0	0
Provisionsüber- schuss	1.032	974	908	877	741	93	89	90	83	80	327	294
Gesamterträge	3.450	3.406	3.410	3.458	3.371	535	476	390	351	346	329	295
Verwaltungs- aufwand	-2.204	-1.773	-1.980	-1.707	-1.593	-129	-97	-95	-79	-59	-295	-277
Risikovorsorge	-291	-242	-210	-221	-174	-68	-48	-38	-37	-34	0	0
Sonstige Erträge	39	32	31	4	49	7	8	9	16	2	18	11
Sonstige Aufwendungen	-25	-23	-31	-222	-146	4	0	0	-1	-1	-4	0
Verrechnungen		-700	-516	-783	-891		-91	-92	-99	-90		-6
Ergebnis vor Steuern	969	700	704	529	616	349	248	174	151	164	48	23
Cost Income Ratio (CIR)	63,9 %	72,6 %	75,1 %	79,8 %	78,9 %	24,1 %	39,5 %	49,8 %	51,2 %	46,0 %	89,7 %	95,9 %
Eigenkapital- Rendite vor Steuern (RoE)	41,1 %	28,3 %	28,3 %	19,9 %	20,4 %	51,9 %	35,1 %	27,1 %	25,2 %	33,4 %	-	-

	Financial Markets					NCOU					Cost Center/ Konsolidierung					Konzern				
	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 ¹ Mio €	2015 Mio €
Zinsüberschuss	92	-44	115	47	-48	-59	-109	-416	-430	-365	5	4	-23	0	-59	2.910	2.703	2.463	2.485	2.403
Handelsergebnis	17	-4	-52	3	33	62	-66	-15	0	0	-6	-4	-1	0	64	-103	-53	-6	56	
Finanzanlageergebnis	67	70	22	50	29	-679	-98	-60	-10	13	59	16	312	385	-13	-554	-15	274	415	27
Provisionsüberschuss	1	-3	-14	-15	-21	3	10	18	6	6	-204	-210	118	0	-20	1.252	1.154	1.120	951	786
Gesamterträge	177	19	71	85	-7	-673	-263	-473	-434	-346	-146	-194	406	385	-92	3.672	3.739	3.804	3.845	3.272
Verwaltungsaufwand	-103	-77	-63	-51	-44	-104	-61	-27	-25	-17	-369	-706	-1.012	-892	-1.011	-3.204	-2.991	-3.177	-2.754	-2.724
Risikovorsorge	-3	5	-2	1	1	-21	-99	-69	-8	-2	0	0	0	0	-383	-384	-319	-265	-209	
Sonstige Erträge	3	0	19	1	1	9	55	1	3	4	32	41	69	340	833	108	147	129	364	889
Sonstige Aufwendungen	-1	0	0	-3	0	-19	-25	-32	-100	-16	-70	-69	-56	-432	-483	-115	-117	-119	-758	-646
Verrechnungen		-51	-33	-38	-42		-102	-53	-40	-38		950	694	960	1.061	0	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern	73	-104	-8	-5	-91	-808	-495	-653	-604	-415	-553	22	101	361	308	78	394	318	432	582
Cost Income Ratio (CIR)	58,2%	673,7%	107,5%	107,3%	-2779,7%	-15,5%	-62,0%	-23,7%	-38,4%	-20,8%	-	-	-	-	-	87,3%	80,0%	83,8%	83,5%	81,0%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	5,6%	-7,6%	-0,7%	-0,5%	-6,2%	-62,0%	-36,2%	-44,3%	-31,7%	-25,7%	-	-	-	-	-	1,4%	6,8%	5,5%	6,9%	8,8%

ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN (STAND 31. DEZEMBER 2015)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU-Verordnung ^{4,7}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	rev. 2011	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2009	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	632/2010 v. 19.07.2010
IAS 28	rev. 2012	Investments in Associates and Joint Ventures	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	01.01.2006	1154/2012 v. 11.12.2012
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
IFRS 2	rev. 2009	Share-based payment	Anteilsbasierte Vergütung	01.01.2011	244/2010 v. 23.03.2010
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU-Verordnung ^{4,7}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1156/2012 v. 13.12.2012
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
IFRS 10	2012	Consolidated Financial Statements	Konzernabschlüsse	01.01.2014	1254/2012 v. 11.12.2012
IFRS 12	2012	Disclosures of Interest in Other Entities	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	01.01.2014	1154/2012 v. 11.12.2012
IFRS 13	2012	Fair Value Measurement	Bemessung des beizulegenden Zeitwertes	01.01.2013	1154/2012 v. 11.12.2012
1.3. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 21	2013	Levies	Bilanzierung von Abgaben	01.07.2014	634/2014 v. 13.06.2014
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁶					
DRS 16	2008	n. r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n. r.
DRS 17	2007	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n. r.
DRS 20	2012	n. r.	Konzernlagebericht	01.01.2013	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i. V. m. § 161 AktG	2013	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	10.06.2013	n. r.
FWBO	2013	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	28.10.2013	n. r.

¹Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

²Die Postbank wendet immer aktuelle Standards inklusive Amendments an.

³Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.

⁴Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

⁵IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

⁶Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

⁷Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

GREMIEN

Vorstände

Frank Strauß, Bad Nauheim
Vorsitzender

Marc Heß, Bonn

Susanne Klöß-Braekler, München

Dr. Ralph Müller, Königstein/Taunus

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Hanns-Peter Storr, Bonn

Aufsichtsrat

Werner Steinmüller, Dreieich
Vorsitzender seit 4. November 2015
Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG

Stefan Krause, Frankfurt am Main
Vorsitzender und Mitglied vom 14. Juli 2015
bis 31. Oktober 2015
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Rainer Neske, Frankfurt am Main
Vorsitzender und Mitglied bis 25. Juni 2015
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske¹, Berlin
Stv. Vorsitzender
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Rolf Bauermeister¹, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesverwaltung

Susanne Bleidt¹, Bell
Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V.

Stefanie Heberling, Wuppertal
Regionsleitung Köln/Bonn/Aachen
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG

Timo Heider¹, Emmerthal
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche Postbank AG
und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Kreditservice
GmbH

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Bank Stiftung

Hans-Jürgen Kummetat¹, Köln
Beamter

Prof. Dr. Katja Langenbacher, Frankfurt am Main
Professorin für Bürgerliches Recht,
Wirtschaftsrecht und Bankrecht,
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Karen Meyer, Frankfurt am Main
Global Chief Operating Officer
Human Resources Deutsche Bank AG
seit 1. Februar 2016

Dr. Christian Ricken, Bad Homburg v. d. Höhe
Bankangestellter, Deutsche Bank AG
bis 31. Januar 2016

Christiana Riley, Bad Homburg
CFO Corporate & Investment Banking
Deutsche Bank AG
seit 28. August 2015

Karl von Rohr, Oberursel
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Bernd Rose¹, Menden (Sauerland)
Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/
Postbank Filial GmbH

Lawrence A. Rosen, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG
bis 28. August 2015

Christian Sewing, Osnabrück
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Michael Spiegel, London
Global Head of Trade Finance and
Cash Management Corporates Deutsche Bank AG
seit 17. November 2015

Eric Stadler¹, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für
Banken AG

Gerd Tausendfreund¹, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft (ver.di)

Renate Treis¹, Brühl
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG

Wolfgang Zimny¹, Bornheim
Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG Zentrale

¹Arbeitnehmersvertreter

GLOSSAR

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferrisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferrisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Auf internen Ratings basierender Ansatz – IRBA (Internal Rating Based Approach)	Der IRBA ist ein Ansatz zur Berechnung aufsichtlicher Kapitalanforderungen für Kreditrisikopositionen im Rahmen der Baseler Eigenmittlereinbarung. Dieser erlaubt es dem Institut, interne Ratingmethoden und Schätzungen für die Ermittlung spezifischer Risikoparameter zu verwenden. Wesentliche Risikoparameter, die das Risikogewicht maßgeblich beeinflussen, sind die Ausfallwahrscheinlichkeit („PD“), die Verlustquote bei Ausfall („LGD“) und Konversionsfaktoren („CCF“).
Ausfall	Ein Ausfall eines Kreditnehmers liegt vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist oder es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss.
Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD)	Die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls eines Geschäftspartners wird für den Zeitraum der nächsten zwölf Monate bestimmt und als Prozentsatz angegeben.
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Basel III	Basel III ist ein umfassendes Reformpaket des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, mit dem die Regulierung, die Aufsicht und das Risikomanagement im Bankensektor gestärkt werden sollen. Ziel der Maßnahmen ist es, die Resistenz des Bankensektors gegenüber Schocks aus Stresssituationen im Finanzsektor und in der Wirtschaft, unabhängig von ihrem Ursprung, zu steigern, das Risikomanagement und Führungsstrukturen zu verbessern und die Transparenz und Offenlegung der Banken zu stärken.
Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht	Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht entwickelt auf internationaler Ebene abgestimmte Regeln zur Bankenaufsicht. Mitglieder des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind die Vertreter von Notenbanken und Aufsichtsbehörden zahlreicher Länder. Der Baseler Ausschuss ist bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel angesiedelt.
Basis Point Value (bpv)	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01 %) ändert.

Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivism (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.
Common Equity Tier 1 Capital Ratio (CET1-Quote)	Harte Kernkapitalquote. Wird ermittelt als Quotient aus dem harten Kernkapital, das den höchsten Anforderungen an Kapitalpositionen der CRR entspricht, und den risikogewichteten Aktiva (Risk-Weighted Assets).
CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.
CRD 4	Capital Requirements Directive – Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen.
CRR	Capital Requirements Regulation – Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen.
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.
Eigenmittel	Als Eigenmittel wird die Summe aus Kernkapital (bestehend aus hartem und zusätzlichem Kernkapital) sowie Ergänzungskapital bezeichnet.

Eigenmittelanforderungen	Institute sollen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern bzw. zum Schutz der ihnen anvertrauten Vermögenswerte angemessene Eigenmittel vorhalten. Die Kreditinstitute müssen gemäß den Baseler Eigenkapitalanforderungen daher 8 % ihrer gewichteten Risikoaktiva zur Abdeckung wesentlicher Bankrisiken (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko und Operationelles Risiko) mit haftendem Eigenkapital (Eigenmittel) unterlegen.
Einfache Risikogewichtungsansätze im IRBA	<p>Für Spezialfinanzierungen werden im einfachen Risikogewichtungsansatz die Risikogewichte 50 %, 70 %, 90 %, 115 % und 250 % anhand der Beurteilung bestimmter Faktoren (u. a. Finanzkraft, politische und rechtliche Rahmenbedingungen, Transaktions- oder Vermögenswertmerkmale) gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR regulatorisch vorgegeben.</p> <p>Der einfache Risikogewichtungsansatz für IRBA-Beteiligungen gibt für Positionen gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR ein aufsichtliches Risikogewicht zur Ermittlung der risikogewichteten Risikopositionsbeträge vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • nicht an der Börse bzw. privat gehandelte Beteiligung in einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio (Risikogewicht 190 %) • Beteiligungsposition in Bezug zu einer an einer Börse gehandelten Beteiligung (Risikogewicht 290 %) • sonstige Fälle (Risikogewicht 370 %).
Einzelwertberichtigung, EWB	Ist der Buchwert eines Engagements höher als der voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderung unter Berücksichtigung vorhandener Sicherheiten, so ist eine Neubewertung des Geschäfts erforderlich, indem eine gewinnmindernde Einzelwertberichtigung (dauerhafte Wertminderung bzw. Impairment) auf die einzelne Forderung in einem Korrekturposten (Aktivposten mit negativem Vorzeichen) angesetzt wird. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten.
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments, wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.
Erwarteter Verlust, EV (Expected Loss, EL)	Der Erwartete Verlust misst Verluste, die durch Kredit-, Markt- und Operationelle Risiken innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verluste zu erwarten sind.
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.
Forbearance	Unter dem Begriff „Forbearance“ werden Geschäfte der Bank subsumiert, für die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners Modifikationen am Kreditvertrag vorgenommen wurden (z. B. Nachverhandlungen, Restrukturierungen und auch Refinanzierungen sowie Garantien für Refinanzierungszwecke).

Forderungsklasse	Zur Bestimmung risikogewichteter Positionswerte ist es erforderlich, die jeweiligen Adressenausfallrisikopositionen gemäß CRR definierten Forderungsklassen (z. B. Staaten und Zentralbanken, Institute, Mengengeschäft, Unternehmen) zuzuordnen.
Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Fortgeschrittener Messansatz (Advanced Measurement Approach, AMA)	Der Advanced Measurement Approach bezeichnet ein unter den Baseler Kapitaladäquanzrichtlinien vorgeschlagenes Messverfahren zur Bestimmung des Operationellen Risikos, das auf einer internen Modellierungsmethode basiert.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der erfolgswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
ICAAP	Interner Kapitalbemessungsprozess – internes Verfahren, nach dem Institute bankintern sicherzustellen haben, dass stets genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.
Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.
IRB-Basis-Ansatz (Foundation IRBA)	Der Foundation IRBA ist ein differenzierter Ansatz zur Berechnung aufsichtlicher Kapitalanforderungen für Risikopositionen, der die Verwendung interner Ratingmethoden erlaubt, während Verlustquoten (LGD) und Konversionsfaktoren (CCF) aufsichtlich bestimmt werden.

IRB-Fortgeschrittene-Ansätze (Advanced-IRBA)	Der Advanced-IRBA ist ein differenzierter Ansatz zur Berechnung aufsichtlicher Kapitalanforderungen für Risikopositionen, der neben der Verwendung interner Ratings die Schätzung sonstiger Risikoparameter (Verlustquote (LGD) und Konversionsfaktor (CCF)) zulässt.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, CCF)	Der Konversionsfaktor ist ein Multiplikator zur Umwandlung außerbilanzieller Positionen in Positionswertäquivalente, der die erwartete Inanspruchnahme einer Forderung zum Zeitpunkt des Schuldnerausfalls unter Berücksichtigung eingeräumter Verfügungsrahmen (z. B. Kreditlinien) abschätzen soll.
Kreditrisikominde- rungstechnik (KRMT)	Durch den Einsatz verschiedener Instrumente bzw. Techniken des Risikomanagements können Kreditrisiken reduziert werden. Die Postbank nutzt als KRMT insbesondere Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen, Netting-Rahmenvereinbarungen, Garantien, Warenkreditversicherungen und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).
Kreditrisikostandard- ansatz (KSA)	Der KSA ist ein anerkannter Ansatz zur Berechnung der aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen für Positionen des Kreditrisikos. Im KSA dürfen die Institute für bestimmte Risikopositionsklassen das Risikogewicht von Kreditrisikopositionen auf der Grundlage externer Bonitätsbeurteilungen ermitteln. Abhängig von der externen Bonitätsbeurteilung werden den Kreditrisikopositionen je nach Risikopositionsklasse Risikogewichte (0 %, 10 %, 20 %, 50 %, 100 %, 150 %, 225 %, 350 %, 650 % oder 1.250 %) zugeordnet. Für un beurteilte Kreditrisikopositionen werden pauschale Risikogewichte aufsichtlich festgelegt.
Kreditwertanpassungen (Credit Value Adjust- ments, CVA)	Die CRR sieht grundsätzlich für OTC-Derivate eine Eigenmittelunterlegung für das Credit-Valuation-Adjustment-Risiko vor. Im Unterschied zum Gegenparteiausfallrisiko ist darunter das Risiko zu verstehen, dass sich der positive Wiederbeschaffungswert mindert, weil sich die Kreditrisikoprämie für die Gegenpartei erhöht, ohne dass sie ausfällt.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Leverage Ratio	Die Verschuldungsquote gemäß Art. 429 CRR ist der Quotient aus dem Kernkapital (Tier 1) und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure). Letztere entspricht der Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen unter Anwendung aufsichtsrechtlicher Bewertungsanpassungen.
Liquiditätsrisiko	Bezeichnet das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Liquidity Coverage Ratio (LCR)	Stellt das Verhältnis aus dem Bestand der qualitativ hochwertigen liquiden Aktiva zu dem erwarteten Liquiditätsabfluss in einem 30-Tage-Stressszenario dar.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Der Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.

Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Net Stable Funding Ratio (NSFR)	Die NSFR ist das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zur erforderlichen stabilen Refinanzierung und sollte kontinuierlich mindestens 100 % betragen. <ul style="list-style-type: none">• Die verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als der Teil von Eigen- und Fremdmitteln, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt.• Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und des außerbilanziellen Engagements dieser Bank abhängig.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Non-Performing	Als „Non-Performing“ werden Geschäfte klassifiziert, bei denen ein wesentlicher Teil des Geschäfts mehr als 90 Tagen in Verzug ist bzw. – unabhängig von einem Verzug – ein erkennbares Risiko besteht, dass die vollständige Rückzahlung nicht erfolgen kann.
Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“ verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II, werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (over-the-counter) gehandelt werden.
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen, PEWB)	Pauschalierte Einzelwertberichtigungen werden auf Forderungen in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite gebildet, sofern diese objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und sich der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Portfoliowertberichtigungen (POWB)	Portfoliowertberichtigungen werden für solche Verluste aus dem Kreditgeschäft gebildet, die eingetreten sind, jedoch noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank bildet für die Fälle Wertberichtigungen auf Portfoliobasis anhand der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote und des LIP-Faktors für ein spezifisches Portfolio in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe.

Positionswert (Exposure at Default, EAD)	Der Positionswert ist der erwartete ausstehende Kreditbetrag gegenüber einem Kreditnehmer zum Zeitpunkt seines Ausfalls.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate):	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlusts nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite	Grundlegende Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Return on Tangible Equity (RoTE)	Eigenkapitalrendite. Ergänzende Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital in der Berichtsperiode abzüglich der durchschnittlichen immateriellen Vermögenswerte in der Berichtsperiode auf Ebene der Gesamtbank darstellt.
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft.
Risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets, RWA)	Risikogewichtete Aktiva bezeichnen mit Kredit-, Markt- und/oder Operationellen Risiken behaftete Positionen, die entsprechend den aufsichtlichen Anforderungen gewichtet sind. Sie ergeben sich aus den aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen multipliziert mit dem Faktor 12,5.
Risikokonzentration	Eine Risikokonzentration ist eine Anhäufung von Risikopositionen, die bei bestimmten Entwicklungen oder Ereignissen gleichartig reagieren. Neben Risikopositionen gegenüber Einzeladressen, die allein aufgrund ihrer Größe eine Risikokonzentration darstellen, können Risikokonzentrationen sowohl durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart als auch durch den Gleichlauf von Risikopositionen über verschiedene Risikoarten hinweg (aufgrund gemeinsamer Risikofaktoren oder durch das Zusammenspiel verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten) entstehen.
Risikovorsorge	Den besonderen Risiken im bilanziellen und im außerbilanziellen Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind grundsätzlich Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden. Die Postbank bildet im Rahmen der Risikovorsorge insbesondere für Bürgschaften, Avale sowie unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, Rückstellungen.
Säule III	Zur Stärkung der Marktdisziplin enthält die dritte Säule des Baseler Rahmenwerks Offenlegungsvorgaben für die Institute. Dem liegt die Erwartung zugrunde, dass gut informierte Marktteilnehmer eine risikobewusste Geschäftsführung und ein wirksames Risikomanagement von Kreditinstituten in ihren Anlage- und Kreditentscheidungen honorieren bzw. risikoreicheres Verhalten entsprechend sanktionieren. Für die Kreditinstitute ergibt sich daraus ein zusätzlicher Anreiz, ihre Risiken zu kontrollieren und effizient zu steuern.
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentberichterstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).

Sell-and-Buy-Back-Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
SolvV	Solvabilitätsverordnung – Verordnung zur angemessenen Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.
Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberichtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD)	Die Verlustquote bei Ausfall bemisst den prognostizierten Verlust zum Zeitpunkt eines Ausfalls des Geschäftspartners als Prozentsatz der ausstehenden Forderung zum Ausfallzeitpunkt.
Volatilität	Kurschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten erfolgswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

ADRESSEN

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank AG
Zweigniederlassung Luxemburg
PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31-1
Telefax: +352 34 95 32-550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Tochtergesellschaften (Auswahl)

Betriebs-Center für Banken AG
Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postfach
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

PB Firmenkunden AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3300
Telefax: 0228 5500-3399
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Service GmbH
Kruppstraße 2
45128 Essen
Postfach
45125 Essen
Telefon: 0201 819-8001
Telefax: 0201 819-8009
E-Mail: direkt@postbank.de

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach
31781 Hameln
Telefon: 05151 18-6700
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

Postbank Filialvertrieb AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Systems AG
Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

BHW Kreditservice GmbH
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 02 16
Telefon: 05151 18-8000
Telefax: 05151 18-8999
E-Mail: info@bhw-kreditservice.de

Postbank Finanzberatung AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0228 5500-1555
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

VÖB-ZVD Processing GmbH
Sitz der Geschäftsleitung:
Alemannstraße 1
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Postbank Direkt GmbH
Reuterstraße 122
53129 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Immobilien GmbH
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 42
31763 Hameln
Telefon: 0228 5500-1155
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: immobilien@postbank.de

PB Factoring GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3311
Telefax: 0228 5500-3339
E-Mail: factoring@postbank.de

Postbank Leasing GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3322
Telefax: 0228 5500-3323
E-Mail: leasing@postbank.de

FINANZKALENDER 2016

23. März 2016	Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2015
29. April 2016	Zwischenmitteilung zum 31. März 2016
29. Juli 2016	Veröffentlichung 6-Monatsbericht zum 30. Juni 2016
9. November 2016	Zwischenmitteilung zum 30. September 2016

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114 –126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Konzept, Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Der klimaneutrale Druck
mit der Deutschen Post

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

